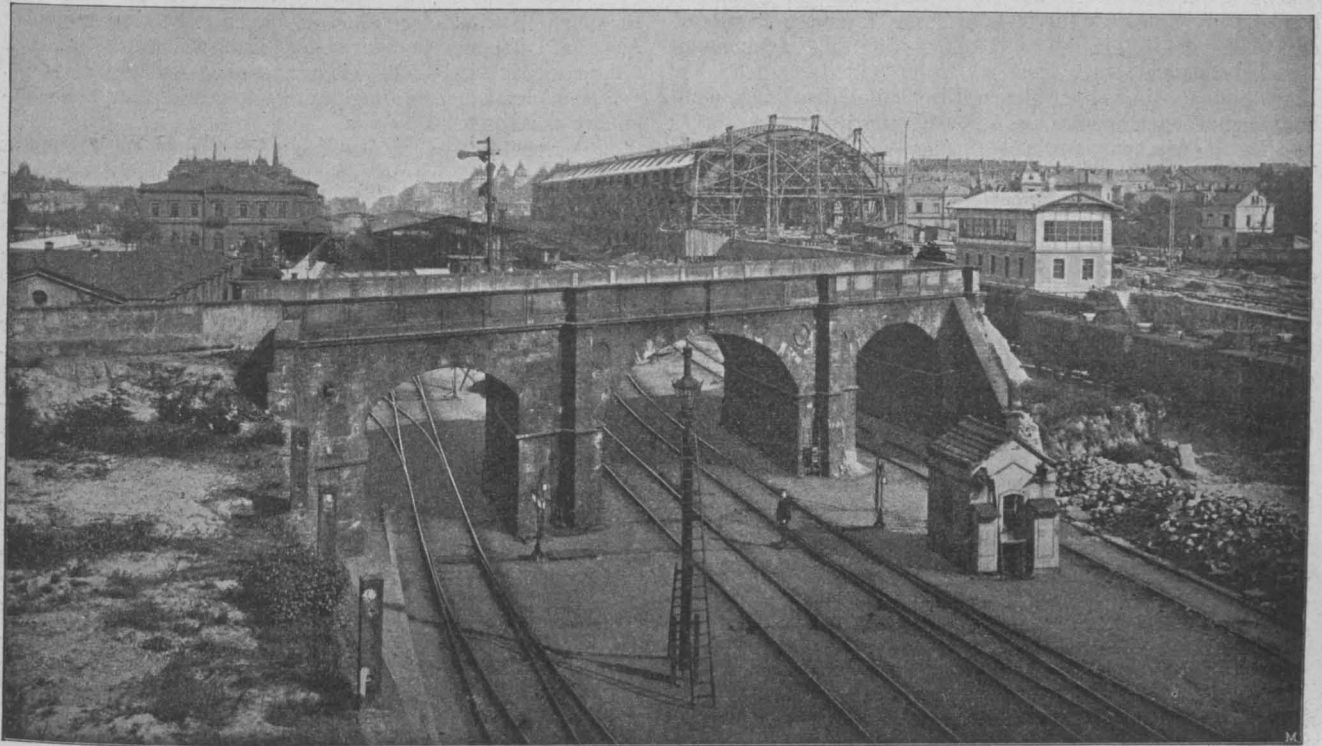


Berlin, den 3. Juni 1896.

Inhalt: Die Umgestaltung der Bahnanlagen in Dresden. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Bücherschau. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.



Altes Empfangs-Gebäude.

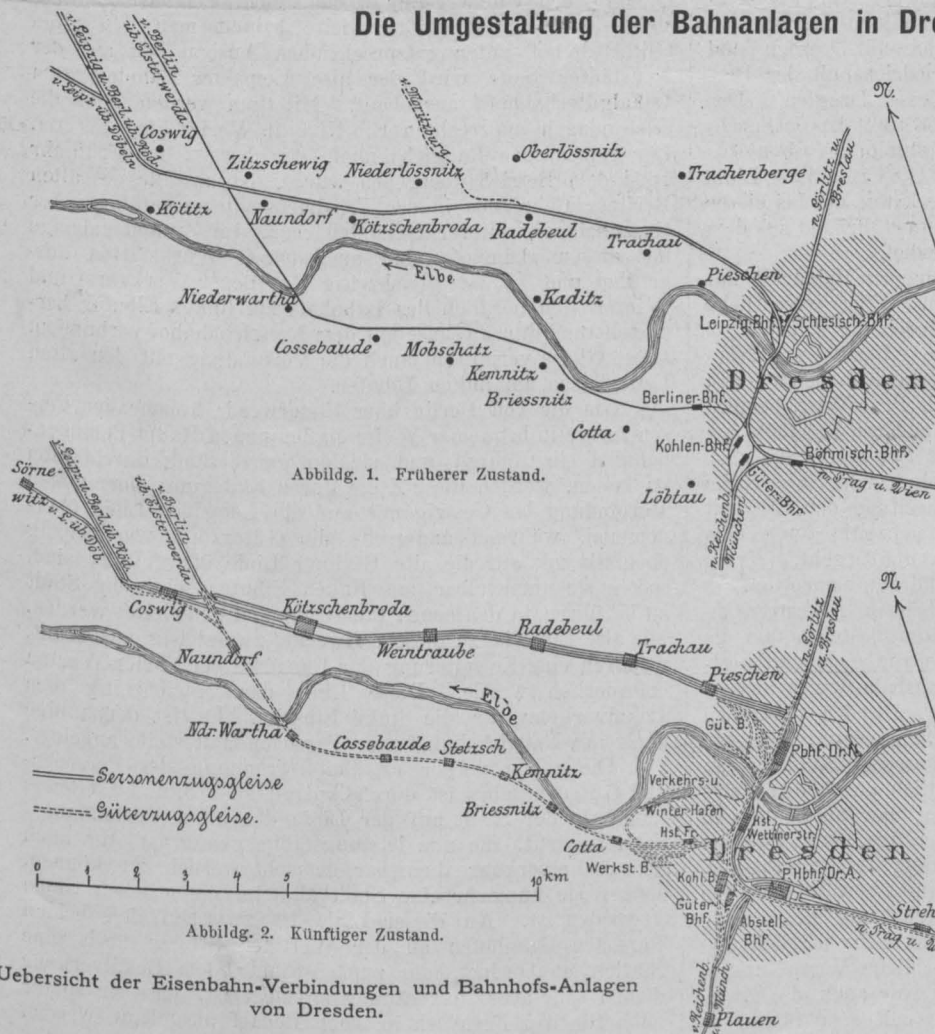
Südhalle des neuen Empfangs-Gebäudes.

Alte Ueberführung der Kohlschütter Strasse.

Bau des neuen Hauptbahnhofes in Dresden-Altstadt 1895. Blick von Westen.

(Nach einer fotogr. Aufnahme von M. Fischer in Dresden.)

Die Umgestaltung der Bahnanlagen in Dresden.



Abbildg. 1. Früherer Zustand.

Abbildg. 2. Künftiger Zustand.

Übersicht der Eisenbahn-Verbindungen und Bahnhofs-Anlagen von Dresden.



m Frühjahr 1890 wurde dem sächsischen Landtage seitens der Regierung der Entwurf zu einer durchgreifenden

Umgestaltung der unzureichenden Bahnanlagen in Dresden vorgelegt und hierfür eine Summe von 34,87 Mill. *M.* gefordert. Für die Durchführung dieser Umgestaltung war eine zehnjährige Bauzeit in Aussicht genommen. In der Dtschn. Btg. 1890, S. 67 ist auf diese Vorlage kurz hingewiesen worden. Sie wurde von den Kammern angenommen; es erwies sich aber bei näherer Bearbeitung bald als wünschenswerth, den Entwurf zu erweitern, um auf lange Zeit hinaus allen Ansprüchen zu genügen. Die Summe des Voranschlages erhöhte sich infolgedessen auf 53,776 Mill. *M.* Auch diese Summe wurde vom Landtage bewilligt. Hierzu kommt noch für die Ausführung eines grossen Verkehrs- und Winterhafens in Verbindung mit den Bahnanlagen eine Summe von 7,45 Mill. *M.*, und an Kosten, die seitens der Stadtgemeinde für kostenlose Ueberlassung von Grund und Boden, Herstellung neuer Zufuhrstrassen zu den Bahnhöfen und Veränderung bestehender Strassenzüge, Verlegung des Weisseritz-

Flüsschens und andere zumtheil nur in losem Zusammenhange mit dem Hauptunternehmen stehende Ausführungen aufzuwenden sind, schätzungsweise ein Betrag von 6 Mill. M.

Schon die Anführung dieser Anschlagssummen lässt erkennen, dass es sich um ein bedeutsames Unternehmen handelt, das noch dadurch besonderes Interesse gewinnt, dass hier die seltene Möglichkeit vorlag, die gesamten Bahnhofsanlagen einer grossen Stadt einschliesslich der Einmündung der verschiedenen Eisenbahnlinien nach einheitlichen Gesichtspunkten zeitgemäss umzugestalten.

Da inzwischen die Ausführung weit fortgeschritten ist und einzelne Theile bereits seit längerer Zeit in vollem Betriebe stehen, für die anderen aber die Entwürfe wenigstens feste Gestalt angenommen haben, so ist es wohl am Platze, auf das Unternehmen auch an dieser Stelle näher einzugehen. Als Grundlage der nachstehenden Ausführungen diente dabei die vortreffliche Veröffentlichung des Baurathes O. Klette im „Sächs. Civilingenieur“ Bd. XLI. Heft 2. Durch mehrfachen Besuch der Baustellen in Dresden hat sich Verfasser ausserdem aus eigener Anschauung über die Ausführungen zu unterrichten gesucht und hat dabei die liebenswürdigste Unterstützung seitens der Fachgenossen gefunden.

Es sei denselben, namentlich aber Hrn. Geheimrath Köpcke und Hrn. Brth. Klette an dieser Stelle hierfür besonderer Dank ausgesprochen.

Ehe auf den Plan der neuen Anlagen eingegangen werden kann, muss kurz auf den früheren Zustand hingewiesen werden und auf die Gründe, welche eine Umgestaltung der alten Verhältnisse gebieterisch forderten.

Wie an anderen Orten, so sind auch die Bahnhöfe in Dresden zunächst als Endstationen der zugehörigen, von verschiedenen Gesellschaften bezw. dem Staat erbauten Linien angelegt und nur dem damaligen Bedürfnisse der betreffenden Linie entsprechend ausgestaltet worden. So wurde 1837 der Leipziger Bahnhof für die Linie Leipzig-Dresden in der Neustadt ausgeführt, 1847 ebendasselbst der schlesische Bahnhof für die Linie Görlitz-Dresden. Seitens des Staates wurde 1851 der böhmische Bahnhof für die Linie Bodenbach-Dresden in Altstadt erbaut. 1855 kam hierzu noch der Alberts-Bahnhof für die Linie Tharandt-Dresden und schliesslich als letzter 1875 in der Friedrichstadt der Berliner Bahnhof für die Linie Berlin-Zossen-Dresden. Der Alberts-Bahnhof wurde allerdings schon 1869 kassirt, nachdem die Tharandter Linie nach erfolgtem Ausbau bis Chemnitz vom Staate erworben war. Die Chemnitzer Linie wurde in den böhmischen Bahnhof eingeleitet, der bei dieser Gelegenheit wesentliche Umgestaltungen erfuhr und aus dem Alberts-Bahnhof wurde ein Kohlenbahnhof.

Es bestanden also 4 getrennte Personen-Bahnhöfe mit eigenen Güter- und Verschub-Anlagen. Eine wesentliche Verbesserung erfuhr dieser Zustand durch die schon 1852 hergestellte 2gleisige Verbindung der Altstadt und Neustadt, die, anfangs nur dem Güterverkehr dienend, dann auch für die durchgehenden Züge nach Prag-Wien benutzt wurde und Gelegenheit gab, auch die anderen Bahnhöfe anzuschliessen. Es entstand so eine Art Stadtbahn, die aber auf der Neustädter Seite mehr verkehrsreiche Strassen im Niveau kreuzt und erst nach Ueberschreitung der Elbe mit der steinernen Marien-Brücke, die gleichzeitig auch dem Strassenverkehr dient, in eine Hochbahn übergeht. Trotz dieser überaus wichtigen Verbindung blieben namentlich für den Güterverkehr infolge der verschiedenen Abfertigungsstellen der Güter grosse Schwierigkeiten bestehen und die Ordnung der Güterzüge erforderte zeitraubende und kostspielige Verrichtungen. Die Verbindungsbahn wurde ausserdem stark überlastet und bereitete dem wachsenden städtischen Verkehr grosse Schwierigkeiten durch die Niveaure Kreuzungen. Immer unzureichender wurden die Personen-Bahnhöfe an Gleis- und Bahnsteig-Anlagen, namentlich durch den stetig gesteigerten Lokal- und Vorortverkehr, der an Sonn- und Festtagen infolge der zahlreichen Sonderzüge, die in Dresden ein- und auslaufen, nur mit Ueberlastung des Betriebs-Personals und unter Gefährdung des Publikums bewältigt werden konnte. Die regelmässige Aufrechterhaltung des durchgehenden Fernverkehrs war dabei nicht mehr möglich und die Folge waren vielfache und erhebliche Verspätungen. Für den durchgehenden Fernverkehr war auch die Zweiteilung der Bahnhofsanlagen in Neustadt sehr lästig, da

ein Uebergang der Wagen vom Leipziger zum Schlesischen Bahnhof nur in sehr beschränktem Umfange stattfinden konnte. Die Reisenden mussten also über die Strasse von einem zum anderen Bahnhof gehen.

Diese Gründe waren die Veranlassung zu dem vollständigen Umbau der alten Anlagen, die im Lageplan Abbildg. 1 übersichtlich dargestellt sind, während Abbildg. 2 den neuen Zustand nach Vollendung aller Anlagen darstellt.

Für die Umgestaltung waren folgende Hauptgesichtspunkte maassgebend.

Der wichtigste Grundsatz war die vollständige Trennung des Güter- und Personen-Verkehrs einerseits und des Durchgangs- bezw. Lokalverkehrs auf den Personenbahnhöfen andererseits. Bei entsprechender Erweiterung der letzteren schien es ferner wünschenswerth, die Zahl zu beschränken, um den Betrieb zu vereinfachen. Es war dabei auch die Frage erwogen worden, ob es nicht zweckmässig sei, einen einzigen Haupt-Personenbahnhof zu schaffen; man ist aber mit Recht hiervon wieder abgekommen, um nicht zu einschneidende Veränderungen in dem Verkehrsleben der Stadt hervorzurufen. Man beschränkte daher die Zahl der Fernbahnhöfe auf 2 und wählte den alten Böhmischen Bahnhof, wegen seiner günstigen Lage zum Centrum der Stadt und da er ohnehin schon den stärksten Verkehr aufwies, zum Haupt-Personenbahnhof, auf dem alle Personenzüge ein- und ausfahren.

Auf diesem Bahnhofe findet auch die Zusammenstellung der Personenzüge statt, es werden dort überhaupt alle Verrichtungen vorgenommen, die für den Personenverkehr erforderlich sind. Auf der Neustädter Seite werden die beiden Personenbahnhöfe in einen zusammengezogen, der auf dem Gebiete des alten Schlesischen Bahnhofes liegt und als Zwischenbahnhof für den Personenverkehr dient. Die Ausführung dieses Bahnhofes erforderte die Herstellung eines neuen Anschlusses der Leipziger Linie von Pieschen aus.

Auch die Zahl der Güterbahnhöfe wird auf 2 beschränkt, während der gesammte Verschubdienst in einem einzigen Bahnhofe vereinigt wird, der mit sämtlichen Anlagen für den Güterverkehr in unmittelbarer Gleisverbindung steht. Auf der Altstädter Seite behielt man den alten Güterbahnhof unter entsprechendem Ausbau bei, auf der Neustädter Seite wird der alte Leipziger Bahnhof zum Lokalgüterbahnhof ausgebaut. Mit ihm werden auch die Gleisanlagen am rechten Elb-Ufer in Verbindung gesetzt. Der gemeinsame Rangirbahnhof, der bereits im Frühjahr 1894 dem Betrieb übergeben wurde, ist anstelle des alten Berliner Bahnhofes in der Friedrichstadt ausgeführt unter Hinzunahme weiterer Geländeflächen. Im Zusammenhange mit diesem Bahnhofe sind ausgedehnte Werkstätten ausgeführt und es ist gleichzeitig ein neuer Verkehrs- und Winterhafen nördlich des Bahnhofes am linken Elbufer hergestellt und durch Gleise mit dem Rangirbahnhof verbunden. Diese Gleise vermitteln auch die Verbindung mit den alten Ladegleisen am linken Elbufer.

Um die von Berlin über Elsterwerda kommenden Personenzüge in bequemer Weise in den neuen Haupt-Personenbahnhof einzuführen und sie die ganze Stadt durchlaufen zu lassen, werden diese Züge durch Einlegung einer neuen Verbindung bei Coswig mit auf die Leipziger Linie übernommen, während andererseits die Güterzüge von Leipzig ebenfalls mit auf die alte Berliner Linie übergeführt sind, sodass sie unmittelbar am linken Elbufer, ohne die Stadt zu berühren, in den neuen Rangirbahnhof eingeleitet werden. Die alte Linie ist zu diesem Zwecke zweigleisig ausgebaut, wodurch eine Erweiterung der Elbrücke bei Nieder-Wartha erforderlich wurde. Diese Linie dient gleichzeitig dem Lokalverkehr für die linke Elbseite. Es ist demzufolge auch am Rangirbahnhof eine Personen-Haltestelle angelegt.

Die schon vorher erwähnte Trennung des Personen- und Güterverkehrs ist durch Anlage eines 3. und 4. Gleises innerhalb der Stadt auf der Linie der alten Verbindungsbahn bewirkt, die nun leistungsfähig genug ist, um auch dem Lokalverkehr dienstbar gemacht werden zu können, sodass sie nunmehr eine Stadtbahn im eigentlichen Sinne geworden ist. An dieser Linie ist zwischen den beiden Personen-Bahnhöfen an der Wettiner Strasse noch eine Station angeordnet, die zunächst nur dem Lokalverkehr dienen soll, aber so geräumig angelegt ist, dass sie später auch für den Fernverkehr nach Bedarf ausgebaut werden

kann. Für die beiden neuen Gleise der Stadtbahn wollte man ursprünglich nur eine Verbreiterung der alten Marienbrücke ausführen, man hat aber vorgezogen, unterhalb derselben eine ganz neue Eisenbahnbrücke für 4 Gleise zu errichten, nach deren Fertigstellung die alte Brücke in ihrer vollen Breite von 17^m für den Strassenverkehr frei wird. Die Stadtgemeinde erwirbt die alte Brücke für die Summe von 1,5 Mill. M.

Die Verbindungsbahn ist im Interesse des städtischen Verkehrs natürlich als Hochbahn ausgeführt und auch der Neustädter Bahnhof sowie die Haltestelle Wettiner Strasse liegen in ganzer Ausdehnung in der Höhe dieser Gleise, sodass Niveaufkreuzungen mit Strassen nur für selten benutzte Nebengleise verblieben sind. Bei dem Hauptbahnhof in der Altstadt gestatteten es die örtlichen Verhältnisse, die dem Lokalverkehr dienenden Gleise tief liegen zu lassen und nur diejenigen für den Fernverkehr zu heben. Es wird hierauf bei der näheren Beschreibung der neuen Bahnhofsanlagen nochmals eingegangen werden.

Für die Höhenlage der Stadtbahn und der Bahnhöfe war der Umstand maassgebend, dass westlich vom Böhm. Bahnhof 3 Strassen so hoch liegen, dass sie nur überführt werden konnten, während östlich nur Unterführungen möglich waren. Man gab dem Hauptbahnhof daher eine Höhe von nur 4,5^m über Strasse, sodass die östlichen Strassen behufs Unterführung noch etwas gesenkt werden mussten. Oestlich erreichen die Gleise erst hinter Strehlen die alte Höhe. Bis zur Ueberschreitung der Elbe steigen die Gleise westlich auf 6^m empor. Der Bahnhof Neustadt liegt ebenfalls etwa 6^m über Erdgleiche. Bei Pieschen erreichen die Gleise erst wieder die alte Höhenlage.

Zu erwähnen ist noch, dass die Linie vom rechten Elb-

ufer von Neustadt bis Pieschen 4 gleisig ausgebaut ist, die von Pieschen bis Coswig später 4 gleisig ausgebaut werden soll. Der Grunderwerb ist bereits für 4 Gleise erfolgt. Es ist dies im Interesse des stetig wachsenden Vorortverkehrs geschehen, der nur dann in angemessener Weise befriedigt werden kann, wenn Vorort- und Fernverkehr vollständig von einander getrennt sind, also auf den Vorortgleisen eine regelmässige Zugfolge mit kurzen Abständen eingerichtet werden kann. Um die grosse Bedeutung hervorzuheben, welche der Vorortverkehr für Dresden besitzt, sei angeführt, dass nach Klette von 6 777 085 Reisenden, die im Jahre 1888 auf den Bahnhöfen in Dresden ankamen bzw. von denselben abreisten, 3 925 516 Personen innerhalb eines Umkreises von 20^{km} Halbmesser verblieben, also dem Vorortverkehr zuzurechnen sind. Von 1877 bis 1888 wuchs der Vorortverkehr um 63 %, der Fernverkehr um 37 %. Als einzelnes Beispiel sei die Station Klotzsche, 3^{km} von Dresden-Neustadt entfernt, angeführt. Hier wuchs der Personenverkehr von 39 746 Personen im Jahre 1877 auf 379 493 im Jahre 1892. In 15 Jahren ist also fast eine Verzehnfachung des Verkehrs eingetreten.

In gleicher Weise wie der Personenverkehr hat auch der Güterverkehr in Dresden zugenommen. Er wuchs von 1878—93, also innerhalb 15 Jahren um 106 %, von 1 173 347^t auf 2 419 669^t, Abgang und Ankunft zusammen gerechnet.

So wie eine Kreuzung der städtischen Strassenanlagen in Schienenhöhe vermieden ist, hat man auch nach Möglichkeit alle Niveaufkreuzungen verschiedener Eisenbahnlinien unter sich umgangen und damit Anlagen geschaffen, die eine möglichst vollkommene Betriebssicherheit gewährleisten. —

(Fortsetzung folgt.)

Mittheilungen aus Vereinen.

Architekten- und Ingenieur-Verein in Hamburg.
Versammlung vom 10. April 1896.

Vorsitz: Hr. Zimmermann. Anwesend 48 Personen. Aufgenommen: Hr. Hugo Burgmann, Direktor der Gas- und Wasserwerke in Altona.

Hr. Hennicke setzt seinen Bericht fort über die Ausschussberatungen betr. den Ersatz massiver Gebäude-Wände durch Eisenkonstruktionen, indem er zunächst betont, wie sehr bei Konstruktionen die Annahmen betreffs des Winddruckes von einander abweichen. Ueber Windgeschwindigkeit kann selbst die Deutsche Seewarte in Hamburg mangels genügender Beobachtungs-Instrumente keine ausreichenden Angaben machen; die früheren Angaben des preussischen Ministeriums haben sich nachträglich als nicht völlig zutreffend erwiesen und von den an ihre Stelle getretenen weichen wieder die Beobachtungen von Franzius in Bremen ab. Die Kommission empfiehlt deshalb dringend, in erster Linie auf die Sammlung der nöthigen grundlegenden Erfahrungen auf diesem Gebiete hinzuwirken. Sodann kommt der Redner auf die bei den Hamburger Versuchen geschehenen Feststellungen zurück, wobei — entgegen den kürzlich vorgebrachten Zweifeln — Korkstein sich als vorzügliches Isolirmaterial gegen die Einwirkungen des Feuers auf Eisenkonstruktionen erwiesen habe. In der nun folgenden Besprechung, an welcher sich der Vorsitzende und die Mitglieder Gleim, Westphalen, Himmelheber, sowie der Referent betheiligen, stehen sich die beiden Ansichten gegenüber, ob es nöthig sei, im vorliegenden Falle die Standfestigkeit besonders zu erwähnen oder ob, wie die Kommission annimmt, deren Sicherung sich, wie bei jeder Konstruktion auch hier von selbst verstehe. — Ergebniss ist Annahme der Kommissions-Vorschläge.

Hr. Himmelheber erstattet nun Bericht über die 20 zuletzt erfolgten Anschaffungen für die Bibliothek.

Endlich theilt Hr. Löwengard das Ergebniss der Ausschuss-Beratungen über die Grundsätze für das Verfahren bei Wettbewerben auf dem Gebiete der Architektur und des Ingenieurwesens mit unter Vergleichung desselben mit den verwandten Vorschlägen des Badischen Vereins und der Vereinigung Berliner Architekten. Die gedruckt vorliegenden Kommissions-Vorschläge werden an die Versammlung als Grundlage der Besprechung vertheilt.

Sie unterscheiden zwei Klassen von Wettbewerben: I. Öffentlichen Wettbewerb und zwar a) als Weltwettbewerb, b) als Deutschen und c) als Ortswettbewerb. II. Den beschränkten, wobei wieder zu I. und II. Skizzen- und Entwurfs-Konkurrenzen sich sondern. Für alle sehr grossen und bedeutungsvollen Aufgaben ist eine gemeinschaftliche Berathung des Programms seitens der erwählten Preisrichter in Verbindung mit dem ausschreibenden Bauherrn erwünscht. In allen Fällen muss das Programm vor der Ausschreibung wenigstens von der Mehrheit der Preisrichter

gemeinsam berathen werden und unbedingt von allen genehmigt sein. Sodann folgen die Einzelangaben, welche dasselbe zu enthalten hat, wobei zu unterscheiden bleibt, was als Bedingung vorgeschrieben und was nur als erwünscht zu bezeichnen ist. — Die Annahme des Preisrichteramts soll Verzichtleistung auf jede direkte und indirekte Betheiligung an der Konkurrenz bedingen.

Von der Preisvertheilung müssen alle Pläne ausgeschlossen werden, welche die vorgeschriebenen Bedingungen verletzen, während jeder eingereichte Entwurf vom Preisgericht zum Ankauf empfohlen werden kann. — Die Summe der ausgesetzten Preise muss für die relativ besten Arbeiten vertheilt werden, soweit entsprechende Entwürfe in der Zahl der Preise vorhanden sind. Nur wo es im Programm ausgesprochen ist, hat das Preisgericht das Recht, Verschiebungen in der Zahl und Höhe der Preise vorzunehmen.

Die Entscheidungen des Preisgerichts sind öffentlich bekannt zu machen und das Protokoll mit den gutachtlich begründeten Urtheilen, sowie die besonderen Referate über die einzelnen Arbeiten zu vervielfältigen und allen Bewerbern zuzustellen. — Es folgen nun Vorschläge für die Bemessung der Preise aufgrund der Honorarnorm für die verschiedenen inbetracht kommenden Klassen derselben, ferner bezüglich des Eigenthums- und Veröffentlichungs-Rechts des Preisausschreibers, und endlich für die Ausstellung nach der Preisvertheilung. —

Die Kommissions-Vorschläge werden nach lebhafter Besprechung sammt einem Antrage des Hrn. Cohn angenommen, wonach im Programm eine Angabe darüber erwünscht ist, welcher Preis für 1^{cm} des betr. Gebäudes der Berechnung der Baukosten zugrunde gelegt werden soll. Gstr.

Versammlung am 17. April 1896. Vors. Hr. Zimmermann. Anwesend 68 Personen. Angemeldet als Mitglied Hr. Narten, königl. Wasserbau-Inspektor in Harburg und Hr. Gust. Benjamin, Zivil-Ingenieur in Hamburg.

Nach Erledigung der laufenden Geschäfts-Angelegenheiten spricht Hr. Ingenieur Asmussen über die Schiffswerft von Blohm & Voss in Hamburg. Der Vorsitzende dankt Hrn. Asmussen für seinen höchst interessanten und in fesselnder Form gehaltenen Vortrag, der von allen Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, und über den in d. Bl. besonders berichtet werden soll.

Hr. Kofahl weist darauf hin, dass Hr. Prof. Riedler in der Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure einen Aufsatz über die wünschenswerthe Ausbildung der Techniker auf den technischen Hochschulen veröffentlicht habe, und empfiehlt den Anwesenden dringend, diesen Aufsatz zu lesen, da er in vielen Punkten mit den auch hier im Verein zum Ausdruck gebrachten Ansichten übereinstimme; er verliest mehrere Stellen aus dem genannten Schriftstücke. Hm.

Vermischtes.

Lüftung der Strassenkanäle durch die Abfallröhren der Häuser. In No. 33 d. Bl. ist unter dem Artikel „Durchgangssystem contra Trennungssystem“ als besonders zweckmässig hervorgehoben worden die „günstige Ventilation des Strassenkanals durch die Regenröhren der Häuser“. In denjenigen Häusern mit einfachem Dach und niedrigem Bodenraum, wie in der dort zugehörigen Skizze angegeben ist, mag diese Art der Ventilation am Platze sein, aber in solchen mit Mansarddach und dahinter liegenden Wohnungen ist sie vollständig gesundheitsschädlich. Die aufsteigenden Kanalgase breiten sich an der Mündung der Rinne nothwendigerweise aus und ich weiss aus Erfahrung, dass infolge dessen die Fenster einer bezgl. Mansardenwohnung bis zu einem Halbmesser von 5 m von der Mündung des Abfallrohrs nicht geöffnet werden dürfen, zumal wenn die Luftströmung nach den Fenstern gerichtet ist. Der dem Rohre entströmende, insbesondere in den Sommermonaten auftretende Geruch, ist einfach unerträglich. Nun giebt es aber viele Hunderte solcher Wohnungen, die, weil im 3. und 4. Obergeschosse liegend, vorwiegend von weniger bemittelten Leuten bezogen werden, welche grossentheils von der Schädlichkeit der überriechenden Kanalgase nicht immer eine klare Vorstellung haben.

Es können hiernach die Regenröhren der Häuser mit Mansardenwohnungen keineswegs als ein günstiges Mittel zur Lüftung der Strassenkanäle angesehen werden; vielmehr muss eine solche durch ein Parallelrohr bewirkt werden, das die Stürze der obersten Fenster um mindestens 0,5 m überragt.

Dresden, im April 1896.

B. K., Baumeister.

Zur Stellung der städtischen höheren Baubeamten. Vor kurzem ist von dem Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine ein Heftchen herausgegeben worden, welches auf 98 Oktavseiten die Berichte der Einzelvereine wiedergiebt über die Frage der Stellung der höheren städtischen Baubeamten. Die Berichte erstrecken sich über die in 47 grösseren deutschen Städten vorhandenen Verhältnisse. Wenn das gebotene Material auch noch nicht als vollständig erschöpfend angesehen werden kann, so beweist es doch, dass diese Frage noch in vielen Städten der Lösung bedarf.

So erfreulich es auch ist, dass in allerjüngster Zeit von einschichtigen grösseren Stadtverwaltungen zeitgemässer Wandel geschaffen worden ist (Dresden, Leipzig, Frankfurt a. M., Mainz u. a.), so bedauerlich ist es, dass, wie aus den Berichten hervorgeht, bei vielen deutschen Städten die Aufhebung der veralteten Unterbeamtenstellung noch erübrigt.

Wir empfehlen das Heftchen, welches allen Einzelvereinen zugegangen sein dürfte, den betheiligten Kollegen zum eingehenden Studium.

Bücherschau.

Comité des Monuments de l'Art Arabe. Exercice 1894. Fasc. XI. Le Caire, Imprimerie nationale 1895. 8°. 175 S. und 10 Tafeln.

In der vorliegenden Lieferung giebt das Comité zur Erhaltung der arabischen Baudenkmäler in Aegypten seine Berichte für das Jahr 1894 heraus und begleitet dieselben mit einer Reihe trefflicher Aufnahmen arabischer Denkmäler, welche zumtheil in geometrischer Auftragung, zumtheil in Lichtdrucken nach der Natur gegeben sind. Es sind durchweg Bauwerke von interessantem künstlerischen Gepräge, so die 1869 zerstörte Moschee Ezbek in Kairo, die Moschee der Gemahlin des Sultans Kaitbai im Fayûm, die Moschee Kadi Yehia Zein-el-Dyn in Kairo und das ausserordentlich reizvolle Palais Bardak in Kairo, das in Grundrissen, Schnitten, geometrischen und natürlichen Ansichten gegeben ist.

Führer durch die Bibliothek des Kunstgewerbe-Museums zu Berlin. 2. Auflage der Anleitung. Berlin 1896. W. Speemann. 50 Pf.

Hauptwerke der Bibliothek des Kunstgewerbe-Museums zu Berlin. I. Möbel und Holzarbeiten. Berlin 1896. W. Speemann. 25 Pf.

Die fortgesetzten und, wie man wohl sagen darf, von glücklichem Erfolge begleiteten Bestrebungen des Direktors der Bibliothek des kgl. Kunstgewerbe-Museums zu Berlin, Dr. Peter Jessen, die Bestände derselben für die verschiedenen Klassen der Interessenten möglichst nutzbar zu machen, finden in den beiden vorliegenden Schriften beredeten Ausdruck. Unternimmt es der Führer, auf die reichen Bestände der Bibliothek im allgemeinen hinzuweisen und dem Suchenden den Weg zu zeigen, so darf die in der zweiten Schrift zum Ausdruck kommende Neuerung vielleicht als eine noch wichtigere und von grösserem praktischen Nutzen begleitete betrachtet werden, weil sie die Hauptwerke der einzelnen Sondergebiete anführt. Dem vorliegenden Heftchen über Möbel und Holzarbeiten sollen zunächst Heftchen über dekorative Malerei und Plastik folgen. Dem Heftchen ist die Bibliotheksordnung angefügt, die uns an einzelnen Stellen reformbedürftig erscheint.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortl. K. E. O. Fritsch, Berlin. Druck von Wilhelm Greve, Berlin SW

Preisbewerbungen.

Bismarck-Denkmal am Starnberger See. In No. 30 wie in No. 35 der Dtsch. Bztg. ist wiederholt berichtet, dass der Bismarck-Verein in München die Entwürfe der beim zweiten Wettbewerb theilgenommenen Künstler um die Summe von je 500 M angekauft und letztere selbst zu Ehrenmitgliedern des Bismarck-Vereins erwählt habe. Ist dieser Bericht richtig, so muss es doch wohl als eine merkwürdige Behandlung der Sache gelten, dass, wie uns von unterrichteter Seite mitgetheilt wird, der Bismarck-Verein Münchens es bisher nicht der Mühe werth gefunden hat, den theilgenommenen Künstlern von diesem seinem Beschluss überhaupt nur Kenntniss zu geben — von der Bezahlung der genannten Summe ganz abgesehen — obwohl der Wettbewerb schon vor 3 Monaten entschieden wurde und die Entwürfe der Künstler einfach vom Verein zurückbehalten wurden, Sapienti sat. —

Der Wettbewerb um Entwürfe für ein neues Rathaus in Hannover ist nach dreitägiger Thätigkeit des Preisgerichtes dahin entschieden worden, dass der erste Preis von 12 000 M dem Entwurf des Hrn. Prof. Hubert Stier in Hannover verliehen worden ist. Der zweite Preis von 8000 M wurde dem Entwurf des Hrn. Theodor Kösser in Leipzig, die beiden dritten Preise von je 5000 M den Entwürfen der Hrn. Otto Schmidt in Chemnitz und Heinrich Seeling in Berlin, die beiden vierten Preise von je 3000 M den Hrn. Ludwig Klingenberg in Oldenburg und Hermann Eggert in Berlin zugesprochen. Ob und welche Entwürfe zum Ankauf für je 3000 M empfohlen worden sind, wie es das Preisausschreiben in Aussicht stellte (s. Dtsch. Bztg. 1895, S. 428), ist uns noch nicht bekannt. —

Personal-Nachrichten.

Baden. Das Ritterkr. I. Kl. mit Eichenl. ist verl.: dem Bahnbauinsp. Brth. Wolff in Konstanz u. dem Bahnbauinsp. Obering. Gockel in Heidelberg; das Eichenlaub zum innehab. Ritterkr. II. Kl. mit Schwertern dem Obering. Kräuter in Karlsruhe.

Hamburg. Ing.-Wesen d. Baudeput.: Die Ing. Boockholtz, Düvel u. Langhoff sind zu Bmstrn. ernannt.

Preussen. Dem kgl. Hausfideikommiss-Bauinsp. Temor in Berlin ist der Char. als kgl. Hausfideikommiss-Brth. verliehen; der bei dem Erweiterungsbau der techn. Hochschule in Aachen beschäft. Reg.-Bmstr. Hennicke ist z. Landbauinsp. ernannt. Der bei d. kgl. Reg. in Marienwerder beschäft. Wasserbauinsp. Konrad ist der kgl. Reg. in Schleswig überwiesen; der kgl. Reg.-Bmstr. Gerlach ist inf. Anstellg. als Stadtbauinsp. in Köln a. Rh. aus d. Staatsdienste geschieden; dem kgl. Reg.-Bmstr. Erlandsen in Breslau ist die nachges. Entlassg. aus d. Staatsdienste ertheilt; der kgl. Kreisbauinsp. Bartels in Schleusingen i. Th. ist gestorben.

Brief- und Fragekasten.

Berichtigung. In dem Artikel: „Bauveränderungen im alten Nürnberg“ ist statt Jettner Zeltner, S. 278, 1. Sp. Z. 30 v. o. statt 1842 1892 und 2. Sp. Z. 17 v. u. statt zwischen neben zu setzen. —

Wir erlauben uns bei dieser Gelegenheit, unseren Herren Mitarbeitern die dringende Bitte vorzutragen, die Manuskripte und in ihnen namentlich die Zahlen und Eigennamen deutlich schreiben zu wollen. Die Redaktion der Deutschen Bauzeitung.

Hrn. O. W. in W. Der fragliche Grundriss ist unseres Wissens noch nirgends veröffentlicht worden, soll aber in der Neuauflage von „Berlin und seine Bauten“ im August d. J. erscheinen. Erscheint Ihnen eine frühere Kenntnissnahme desselben erwünscht, so empfehlen wir Ihnen, sich an die Erbauer des betr. Bauwerkes, die Hrn. Arch. Cremer & Wolfenstein, Berlin, zu wenden.

Hrn. S. in H. Wir sind zu unserem Bedauern nicht in der Lage, Auskünfte über Submissions-Entscheidungen zu ertheilen.

Hrn. Arch. M. P. in Dr. Bl. Die Bildhauer-Firma H. Giesecke in Berlin W., Kurfürstenstr. 126, dürfte Ihnen in allen Fragen al fresco modellirter Putzornamente bereitwilligst Auskunft ertheilen.

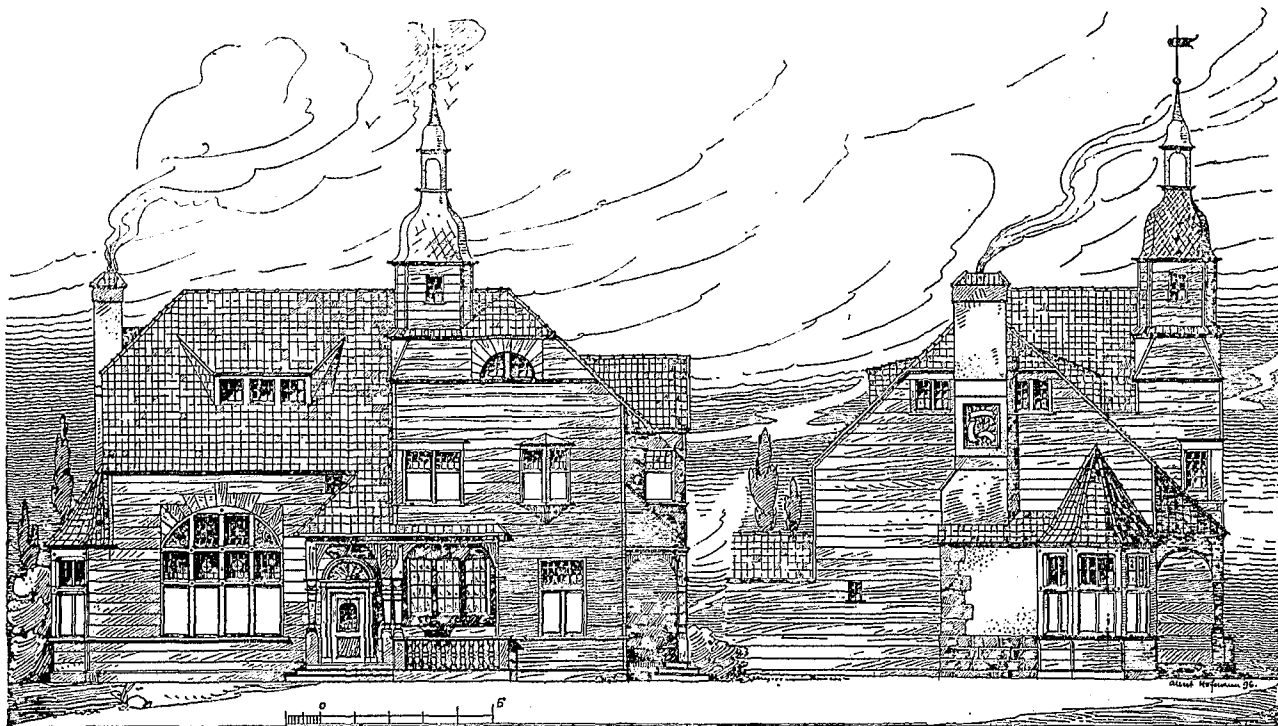
Hrn. Stadtbau techn. P. in L. Wir rathen unbedingt zu Monier und möglichstster Vermeidung aller plastischen Ornamente. Sollte nicht die Malerei ein genügendes Dekorationsmittel sein?

Hrn. Stadtbtrth. W. in R. Ausser den umfangreichen Kapiteln I. Die Bauausführung und II. Grundzüge der Baurechts- und Baupolizei-Wissenschaften in dem Werke „Hilfswissenschaften zur Baukunde“, Berlin, E. Toeche, welche beiden Kapitel eine grosse Reihe einschlägiger Fragen für Stadtbauämter enthalten, wüssten wir Ihnen keine besondere Litteratur über Verwaltung, innere Einrichtung, Arbeitseinteilung usw. eines Stadtbauamtes zu geben, falls uns nicht etwa aus dem Leserkreise nähere Angaben mitgetheilt werden, um die wir gegebenenfalls hiermit dankend bitten.

Berlin, den 6. Juni 1896.

Inhalt: Wohnhaus der Farm Yuulong bei Melbourne, Victoria, Süd-Australien. — Die Schiffswerft von Blohm & Voss in Hamburg. — Die wechsel-

vollen Schicksale des Bremer Rathhauses. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Brief- und Fragekasten.



Wohnhaus der Farm Yuulong bei Melbourne, Victoria, Süd-Australien.

(Hierzu noch die Abbildungen auf S. 298.)

Der Bauherr, ein Deutscher, Hr. Georg Stoeving, wünschte, soweit Klima und Lebensgewohnheit dies zulassen, eine Anwendung der deutschen Bauweise. Im Grundrisse sind allerdings die dort herrschenden englischen Lebensgewohnheiten maassgebend, vor allem in der Anlage der Kamine an der Aussenwand (der in der Halle mit dem beliebten, traulichen

Als Baumaterial war nur Holz (mit Ausschluss der Kamine) in Aussicht zu nehmen, da Steine dort im Hinterlande viel theurer kommen. Die übliche Bauweise ist folgende. In die etwas erhöht angelegte Betonschüttung, auf die der Erdgeschoss-Fussboden zu liegen kommt, werden Pfosten eingerammt. Sie werden aussen so verschalt, dass das obere Brett das untere deckt, innen aber mit gestemmer Arbeit versehen oder auch ganz glatt verschalt und tapeziert. Der Zwischenraum wird mit einem schlechten Wärmeleiter, meist Sägespänen, fest vollgestopft. Das Dach ist mit Schindeln gedeckt, das Thürmchen erhielt Kupferbekleidung. Die Aussenwände wurden weiss gestrichen, die Fensterkreuze grün, das Dach roth.

An der Rückseite des Hauses liegt der Hof, rechts und links begrenzt von zwei Häuschen, Küche und Stallung; geradeaus schliessen sich gleich Paddocks an. Diese Häuschen werden fertig zum Aufstellen gekauft und zwar von der Regierung, welche dergleichen Häuschen für die Bahnbeamten usw. auf Vorrath anfertigt und auch an Private abgibt. Im Hofe steht im Schatten eines Baumes auf hohem Gerüst das Wasserreservoir, welches in Verbindung mit dem Bad und Kloset (welches nur bei Nacht und in Krankheitsfällen anstelle des Hofklosets benutzt wird) sowie der Küche steht.

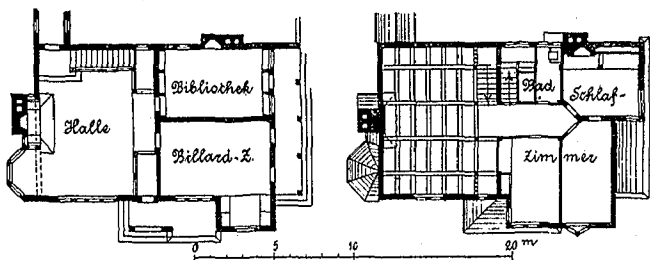
Die hohen Wände der Halle und die durch eine kleine Luke für sich beleuchtete Gallerie über dem Windfang sollen zur Aufnahme der vom Bauherrn auf seinen Reisen gesammelten Felle, Waffen und Schmucksachen dienen.

Leipzig.

Architekt Tscharmann.

Erdgeschoss.

Obergeschoss.



Kaminplätzchen), und der Einfluss des Klimas: die Vorbauten zur Abhaltung der Sonne und die Anordnung der Fenster, welche nicht nach Axen, nicht nach malerischen Absichten, sondern nur nach Bedarf stets so gelegt wurden, dass die Sonne möglichst früh nicht mehr ins Zimmer scheint. So blieb nur im Aufbau möglich, die Erinnerung an die behaglichen, alten deutschen Bauten wachzurufen. Vor allem dürfte sich das Haus durch die Formgebung des Thürmchens von den dort heimischen (englischen) Bauten unterscheiden.

Die Schiffswerft von Blohm & Voss in Hamburg.

Nach einem Vortrage des Ing. Asmussen im Arch.- u. Ing.-V. zu Hamburg.

(Hierzu die Lagepläne auf S. 292.)

Der Bau der Werft begann im Frühjahr 1877 auf einem am Schanzengraben belegenen Gelände von 100 m Breite und 150 m Länge; sie war schon nach Fertigstellung der ersten Anlagen eine der grössten Deutschlands, denn es konnten auf derselben damals schon Schiffe von über 100 m Länge gebaut werden. Die in Fachwerk hergestellten Gebäude bestanden aus der Maschinenfabrik, der Kesselschmiede, in der Kessel bis zu 50 t hergestellt werden konnten, dem Magazin, vor den Helgen, dem Schiffbauschuppen mit Glühofen für Spanten und Platten,

der Schmiede mit Dampfhammer und 15 Feuern, Schlosserei, Kupferschmiede, Klempnerei, Tischlerei, Bureau-Gebäude, Modellschuppen und Mastenkrahn. Die Beleuchtung wurde schon damals elektrisch eingerichtet. Im Mai 1878 wurde das erste eiserne Segelschiff (National, später Flora) für eigene Rechnung begonnen, aber erst 2 Jahre später vom Stapel gelassen.

Am 14. November 1878 ging die erste Bestellung auf das Eisdampfschiff „Stade“ ein und 2 Tage später, am 16. Novbr. 1878, bestellte eine Rhederei auf Fehmarn einen eisernen Schrauben-

dampfer, der den Namen „Burg“ erhielt und als erstes auf der Werft fertig gestelltes Schiff am 10. Mai 1879 vom Stapel lief. Weitere Bestellungen liefen in den folgenden Jahren ein, sodass in den Jahren 1883 und 1884 schon je 10 Schiffe gebaut werden konnten.

Die Werft war ursprünglich für 800 Arbeiter gebaut, beschäftigte aber 1883 schon 1200; das Bedürfniss zu einer Erweiterung der Anlagen wurde deshalb fühlbar. Man erkannte bald, dass, wenn man der unter den günstigeren Bedingungen der billigeren Kohlen- und Eisenpreise arbeitenden englischen Konkurrenz begegnen und sich nicht nur auf das Reparaturgeschäft beschränken, sondern mit Vortheil den Neubau betreiben wollte, dies nur möglich sei, wenn die Werft mit vollkommensten Einrichtungen, besten Werkzeugen und Transportmitteln ausgestattet sei. Gerade als man sich hierzu entschloss, im Jahre 1883, entstand durch den Anschluss Hamburgs an das deutsche Zollgebiet die Gefahr, dass die Werft vom Freihafengebiet ausgeschlossen würde; dank der eifrigen Fürsorge der Behörden gelang es aber durch Anlage eines Freihafenkanals vor der Werft diese Gefahr abzuwenden. Zur Vergrößerung der Werft wurde das Gelände westlich des bisherigen Platzes bis zum Köhlbrand erworben, das damals allerdings fast ausschliesslich aus Sumpf bestand und deshalb durch eine 5–6 m starke Sandschüttung für den Bauplatz vorbereitet werden musste. Der hierzu nöthige Sand wurde durch Baggerung vor dem Werftplatz gewonnen, wodurch dort gleichzeitig bessere Wassertiefen-Verhältnisse erzielt wurden. Es sind dort in den Jahren 1886 und 1887 im ganzen 500 000 cbm Sand gebaggert worden. Gleichzeitig wurde mit der Herstellung einer 400 m langen Vorsetze begonnen, durch welche den grössten Seeschiffen die Möglichkeit verschafft ist, unmittelbar an den Kai der Werft anzulegen. Während dieser Vorbereitungs-Arbeiten verfasste man die Entwürfe für die Neubauten. Man plante zuerst die Herstellung von Massivbauten mit gusseisernen Säulen, schmiedeisernen Dachbindern und Wellblechdächern. Hr. Prof. Intze, welcher um eine Begutachtung dieser Entwürfe gebeten war, konstruirte dieselben aber um und wählte durchweg Schmiedeisen-Konstruktionen und für die Dächer Schwemmstein-Gewölbe mit Holzzement-Abdeckung. Diese Konstruktionen, die wenig Reparaturen erfordern, haben sich gut bewährt.

Von den Neubauten wurde zunächst im Jahre 1886 die Kesselschmiede in Angriff genommen. Die Fundamente dieses Gebäudes stehen auf rd. 3 m Sandschüttung und sind so verbreitert, dass der Sohlendruck 12 500 kg auf 1 qm nicht übersteigt. Im Juni 1887 wurde durch die Gutehoffnungshütte mit der Aufstellung der Eisenkonstruktionen begonnen und diese ohne Anwendung eines Gerüsts so gefördert, dass schon im Mai 1888 die Schmiede und die Kesselschmiede bezogen werden konnten.

Es wurde nun zunächst provisorisch die Hälfte der Kesselschmiede als Maschinenfabrik eingerichtet und gleichzeitig mit dem Neubau der Sägerei und des Zimmerschuppens fortgeführt. Beide Gebäude haben Dächer aus Rabitzgewebe mit Kalk-Gipsputz auf eisernen Pfetten und Bindern erhalten.

Die Maschinenfabrik ist rd. 100 m lang und 46 m breit; sie wurde in sehr kurzer Zeit erbaut; denn am 8. Juli 1889 wurde die erste Säule der Eisenkonstruktion gestellt und schon vor Winter 1889 war das ganze Gebäude unter Dach. Das Gebäude besteht aus einem hohen Mittelschiff auf schmiedeisernen Gitterstützen und zwei ungleich breiten Seitenschiffen. Die Aussenwände der Seitenschiffe sowie die Giebelwände sind massiv, die hohen Seitenwände des Mittelschiffes aus Rabitzkonstruktion. Während des Winters 1889 konnte die Montage der Laufkräne und Arbeitsmaschinen in der Maschinenfabrik ausgeführt werden. Diese Montage ging sehr schnell vonstatten, da die Laufkräne durch den schon in der Kesselschmiede vorhandenen elektrischen Antrieb der dortigen Laufkräne mit elektrischem Antrieb versehen werden konnten, was die Montage der Arbeitsmaschinen sehr erleichterte.

Die elektrisch angetriebenen Laufkräne sind wohl mit die ersten derartigen Anlagen in Deutschland gewesen. Die Firma Blohm & Voss entschloss sich zu deren Ausführung, trotzdem eine angesehene Fabrik damals davon abrathen zu sollen glaubte. In der Maschinenfabrik befinden sich 3 Betriebsmaschinen von 150 HP. zum Antrieb, ferner 2 Laufkräne von 30, 2 von 15 und 2 von 10 t Tragkraft, 2 grössere Montagekräne und verschiedene kleine für den Transport von Lasten. Unter den Werkzeugmaschinen fällt besonders die grosse Horizontal- und Vertikal-Hobelmaschine auf, welche eine Fläche von $6,1 \times 6,7 = 40,9$ qm zu hobeln gestattet. Ausserdem befinden sich in dem Gebäude noch 170 Arbeitsmaschinen, worunter viele Spezialmaschinen, die es gestatten, die Handarbeit am Schraubstock ganz wesentlich einzuschränken. Inbezug auf die Konstruktion des Gebäudes ist noch zu erwähnen, dass sich der Rabitz-Gipsputz nicht so bewährt hat wie der Rabitz-Zementputz bei der Kesselschmiede. Die Schwemmstein-Gewölbe haben sich dagegen sehr gut gehalten. Bei der Eisenkonstruktion ist weniger auf Gewichtersparung als auf Einfachheit der Konstruktion und der Montage gesehen, weshalb reichlich Profileisen verwendet, kom-

plizirte genietete Träger aber nach Möglichkeit vermieden sind.

Die Dachbinder der Mittelhalle bestehen aus Parallelträgern, deren horizontale Untergurte zugleich als die Druckstäbe eines horizontal liegenden Fachwerktügers ausgenutzt sind, welcher die Bestimmung hat, den Winddruck auf die hohen Giebelmauern zu übertragen. Der Fussboden der Halle ist zumtheil aus Teakholz-Abfällen, zum grössten Theil aber aus imprägnirten Buchenholz-Klötzen hergestellt. Von den übrigen Gebäuden ist noch dasjenige für die Tischlerei zu erwähnen; ein dreistöckiges massives Gebäude mit Holzzementdach und Beton-Zwischendecken. Die Säulen und Unterzüge sind mit Zement ausgegossen bzw. stark ummantelt. Das dreistöckige massive Verwaltungs-Gebäude enthält die Zimmer für die Betriebsbeamten, die Bureaus der Chefs, das kaufmännische Comtoir, den Modellsaal und in den beiden Obergeschossen die Zeichensäle für Maschinen- und Schiffbau, im Keller Archivräume usw.

Der grösste überdachte Raum ist die nach der Werft offene Schiffbauhalle, deren Innenkonstruktion auch aus Eisen, deren Dach aber aus Dachpappe auf Holzschalung besteht. Vor der Schiffbauhalle liegen die Helgen, auf denen Schiffe von 180 m Länge Platz finden. Längere Schiffe müssen auf den Helgen unter einem entsprechenden Winkel schräg gelegt werden.

Besondere Sorgfalt ist dem Transportwesen auf der Werft zugewendet, indem man bestrebt war, durch möglichst vollkommene Einrichtungen alle Transporte möglichst billig zu gestalten. Zu diesem Zwecke durchziehen die ganze Werft Schienengleise in 3 verschiedenen Spurweiten, nämlich in einer solchen von 2 m für schwere Kesselwagen und Drehkräne, von 1,435 m im Anschluss an die Hauptbahngleise und in einer von Lokomotiven befahrene Schmalspur von 0,85 m Weite, sodass im ganzen 14 km Gleis mit 97 Weichen auf dem Werftplatz liegen. In den von Lokomotiven befahrenen Gleisen sind Drehscheiben völlig vermieden. Der Fahrpark besteht zurzeit aus 3 Lokomotiven, 140 Wagen, 2 fahrbaren Drehkränen von 1,5 bzw. 3 Tons Tragkraft und bis zu 15 m Ausladung. Ausserdem dienen für das Heben der Lasten noch eine Anzahl Kräne auf den Kais, und mehrere Mastenkräne zum Heben der Lasten unmittelbar beim Bau der Schiffe. Die Bedeutung dieser vielen Hebezeuge für den Betrieb auf der Werft erhält aus dem Umstande, dass für ein für den Bremer Lloyd gebautes Schiff allein 5400 t an Eisenplatten und Spanten sowie 1500 t an Kessel und Maschinenteilen zu transportieren waren. Früher wurden diese beim Bau der Schiffe verwendeten Mastenkräne durch Dampfkraft betrieben, doch sind später zu diesem Zweck auf der Werft konstruirte elektrische Winden eingeführt worden, von denen jetzt 10 Stück von 1,5–2 Tons Tragkraft mit 15 m Hubgeschwindigkeit in Thätigkeit sind.

Die auf der Werft vorhandenen Schornsteine fallen dem Besucher schon von weitem auf durch die an denselben in $\frac{2}{3}$ ihrer Höhe, rd. 25 m über dem Gelände angebrachten Wasserreservoir nach dem Patent Intze, welche einen Fassungsraum von 60 cbm haben. Diese Reservoir haben sich gut bewährt und auch die anfangs gehegte Befürchtung, dass sie einfrieren würden, die zur Anlage besonderer Heizvorrichtungen Veranlassung gab, ist vergeblich gewesen, da thatsächlich die Schornsteinwärme stets genügt hat, um das Einfrieren zu verhindern. Die Füllung der Reservoir geschieht durch eine Pumpenanlage etwa 160 m davon entfernt. Elektrische Wasserstandszeiger registriren den Wasserstand in den Reservoir in dem Pumpenhaus.

Die Schornsteine sollen für 12 Kornwallkessel ausreichen, von denen vorerst nur 8 ausgeführt sind. Letztere liefern den Dampf für 7 Betriebsmaschinen von je 150 HP. und für viele kleinere Antriebsmaschinen für Werkzeugmaschinen, Pumpen usw. Die Dampfleitung ist durchweg oberirdisch, zwischen den Gebäuden auf Rohrbrücken montirt.

Neben dem Dampf und der Elektrizität spielt auch eine hydraulische Kraft-Transmission eine bedeutende Rolle im Betriebe der Werft. Es dient hierzu eine besondere Dampfpumpe, welche in Verbindung mit einer Akkumulatoren-Anlage das Wasser auf 100 Atmosphären drückt. Dieses hochgespannte Wasser wird zu vielen Zwecken, namentlich zum Biegen, Pressen, Nieten, Schneiden usw. benutzt. Ganz besonders eignet sich die hydraulische Kraft-Transmission für die schweren Kesselnietungen. Auch bei der Verlängerung der Lloyd-Dampfer, die in den vergangenen Jahren auf der Werft ausgeführt worden ist, diente die hydraulische Kraft-Transmission zum Auseinanderziehen der getrennten Vorder- und Hintertheile der Schiffskörper. Für die elektrische Beleuchtung ist eine eigene Betriebsanlage von rd. 350 HP. erforderlich.

Die Anzahl der auf der Werft beschäftigten Arbeiter hatte im Winter 1895 die Zahl von 3800 neben rd. 200 Angestellten erreicht.

Für die Zukunft sind noch erhebliche Erweiterungsbauten, theils geplant, theils schon der Vollendung nahe. Vor allem machte sich nach Erbauung der Schnell dampfer der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft und anderer grösserer Schiffe der Hamburger Rhedereien das Bedürfniss nach einer grösseren Schwimmdock-Anlage geltend. Bei der gegebenen Lage der Werft machte es erhebliche Schwierigkeiten, für ein

solches grosses Dock den geeigneten Liegeplatz zu finden. Diese Schwierigkeit ist aber dank der Unterstützung seitens der Sektion für Strom- und Hafenbau der Baudeputation glücklich überwunden, indem es gelang, südwestlich von dem jetzigen Werftplatz ein besonderes Bassin für das 17 500 Tons Tragkraft erhaltende neue Dock mit freiem Ausgang in die Vordereibe herzustellen.

Ferner sind noch geplant: ein Holzschuppen, ein Schlosserei-Gebäude, ein Giesserei-Gebäude, eine Vergrößerung der Schiff-

bauhalle, ein Magazinegebäude, eine Vergrößerung der Zimmerei mit Trockenofen. Neben dem neuen Dock soll noch ein grosser Krahn von 150 t Tragkraft bei 20 m Ausladung ausgeführt werden. Die Konstruktion des Auslegers dieses Krahns ist so beschaffen, dass die Ausladung vergrössert werden kann, so dass bei 32 m Ausladung noch eine Last von 45 t gehoben werden kann. In der höchsten Stellung des Auslegers überragt derselbe den Schornstein der Werft noch um 10 m.

H.

Die wechselnden Schicksale des Bremer Rathhauses.

Nicht ohne gerechtfertigte Leidenschaft hat sich die kunstverständige Öffentlichkeit in eine lebhafte Besprechung der Angelegenheiten des Bremer Rathhauses und insbesondere seiner herrlichen Halle eingelassen, die nach einem weit angelegten Plane umgestaltet und damit demselben Schicksal zugeführt werden soll, dem bereits andere Theile dieses Juwels unserer deutschen Vergangenheit zum Opfer gefallen sind. Auch an dem Bremer Rathhause droht der grosse Besitz einer reichen Bürgerschaft, die mit freigebigen Händen zu spenden bereit war und ist, zum Fluche zu werden, wenn es nicht noch einem gütigen Geschick in letzter Stunde gelingen sollte, die drohende Gefahr abzuwenden. Wenn sie einträte, wäre sie allerdings leider nur eine folgerichtige Erscheinung, die an die früheren Vorgänge anknüpft und plus ça change, plus c'est la même chose.

Viel ist an dem ehrwürdigen Bauwerk im Laufe der Jahre verbrochen worden — mehr, als der unbefangene Beurtheiler seiner Herrlichkeiten ahnt und mehr, als bisher in weiteren Kreisen bekannt geworden ist. Es ist aber vielleicht bei dem jetzigen Stande der Dinge eine heilsame Lehre, von einem Eingeweihten über die baulichen Veränderungen und leider auch Verwüstungen der Vergangenheit belehrt zu werden und wir benützen zu diesem Zwecke gerne eine uns zur Verfügung gestellte eingehende Arbeit des Hrn. Architekten Joh. Rippe in Bremen, dem infolge seiner Theilnahme an einer Reihe von Arbeiten an dem Bauwerke eine besonders eingehende Bekanntschaft mit den einschlägigen Verhältnissen beiwohnt. Der Bericht ist mit Aeusserungen subjektiver Empfindung durchsetzt, die wir aber glauben stehen lassen zu sollen. Wir haben uns bemüht, den umfangreichen Ausführungen die Stimmung zu lassen, unter der sie niedergeschrieben wurden, im übrigen aber, den eisernen Geboten folgend, die uns der Raum der D. B. zu beobachten zwingt, zum Verständniss des Ganzen unwesentliche Stellen ausgelassen. Hier folgt der Bericht:

„Es mag wohl selten ein Gebäude unserer Stadt so viele Umwandlungen mitgemacht haben und so vielen Angriffen ausgesetzt gewesen sein, wie das Rathhaus. Etwa um 1400 wurde dasselbe als ein gothischer Backsteinbau aufgeführt. Die Form des Grundrisses ist ein längliches Viereck von etwa 41,30 m äusserer Länge und etwa 15 m Breite, mit Mauerstärken von 7, 5½ und 4½ Fuss Bremer Maass, von dem Keller, der unteren und oberen Halle gemessen. Die Langseite nach dem Marktplatz liegt nach Süden; an der Nordecke befand sich im Freien eine Treppenanlage, von welcher eine Thür nach der oberen Halle führte; ihre Thorhaken sitzen noch jetzt hinter dem Loigny-Bilde, der Spitzbogen der Thür aber reicht in den Dachraum des späteren Anbaues. An den beiden Schmalseiten befinden sich die gothischen Portale für die untere Halle, die daneben sitzenden Fenster waren gradlinig abgedeckt. Die darüber sitzenden Fenster zur Beleuchtung der oberen Halle sind, je 3 an der Zahl, mit Spitzbögen geschlossen und mit reichem Maasswerk versehen. Die Langseite am Marktplatz hatte hohe schmale Fenster mit Stichbögen zur Beleuchtung der oberen Halle. Die freien Aussenseiten waren abwechselnd mit rothen und schwarzglasuren Schichten verblendet. An den 4 Ecken waren ausgekragte, auf Figuren ruhende, achteckige Thürmchen mit gekuppelter Spitze, bis über das Dach ragend, vorhanden, auf welchen Wetterfahnen sasssen. In diesen Thürmchen waren und sind noch z. Th. Wendeltreppen, die zum Dachraum führten. Das Hauptgesims, leicht ausgekragt, war mit kräftigen hohen Zinnen versehen; unter ihm sasssen kleine Rundnischen (wahrscheinlich mit Wappen verziert). Ein hohes Dach, wahrscheinlich mit Sollinger Platten gedeckt (die bei alten Gebäuden hier ortsübliche Deckung) bildete den Abschluss. Es war an den Schmalseiten abgewalmt und die Spitzen der Walme waren mit Wetterfahnen geschmückt.

An jedem Fensterpfeiler der drei freien Seiten des Obergeschosses stehen je eine Sandstein-Figur mit Baldachin, Kaiser, Kurfürsten und Bischöfe darstellend, welche auch jetzt noch vorhanden sind; dieselben waren bemalt und theilweise vergoldet. An der Marktseite befand sich ein Bogengang mit Kreuzgewölben; die Pfeiler desselben waren aus Sandstein und hatten verzierte Kapitelle, der Schaft mit Sockel besass runde Form. Die Spitzbögen nahmen einen Aufbau mit Zinnengesims auf, welches ein Geschoss bildete und mit einem Pultdache abgedeckt war. In der Mitte dieses Bogenganges sass ein Erkerbau von dem, wie es heisst, der Richterspruch des öffentlichen Gerichts erfolgte und der von einem besonderen Raum von der oberen Halle

aus zugänglich war. Am oberen Ende dieses Bogenganges, dem Roland gegenüber, wurde das Markt- oder auch Schöffengericht abgehalten. Zwischen den Kellerfenstern befinden sich jetzt noch in der ganzen Länge des Bogenganges gemauerte Pfeiler als Sitzplätze, welche aus jener Zeit stammen.

Die hintere Seite des Rathhauses hatte wahrscheinlich in einer Länge von etwa 31 m einen Anbau, welcher beim Umbau im 17. Jahrhundert abgebrochen wurde. Grosse Nischen und Fundamentmauern deuten auf ihn hin.

In der unteren Halle stehen zum Tragen der ersten Balkenlage in zwei Reihen 24 hölzerne Säulen aus der ersten Bauperiode mit Trägern, Sattelhölzern und Kopfbögen in gothischen Profilierungen. Leider sind dieselben zumtheil erneuert und sitzen in Scheidewänden; zumtheil sind sie mit Bretterumkleidungen versehen, die aus den 40 er Jahren dieses Jahrhunderts stammen.

Der Rathskeller war in gothischer Bauweise mit Sandsteinsäulen und Kreuzgewölben hergestellt. Die jetzt noch vorhandenen Wandkragsteine der Gurtbögen zeigen gothische Profilierungen und haben eine achteckige Grundform. Dieselben waren bis 1874 unter glattem Verputz versteckt gehalten. Ein aus der gothischen Periode stammendes Wandgemälde in farbiger Ausführung, in einer grossen Wandnische sitzend und von Putz und einer neueren Malerei verdeckt, wurde zufällig im vorigen Jahre beim Herunterfallen dieses Putzes entdeckt. Möglicherweise sind an anderen Stellen noch weitere Malereien vorhanden. Das Bild stellt einen Kirchenfürsten und einen Rathsherrn dar. Der 2. Band „Bremische Geschichte und Alterthümer“ zeigt ein kolorirtes Bild des Marktplatzes vom Jahre 1600, woraus die Form des Rathhauses und die gothische Architektur zu ersehen ist. Ich habe dasselbe s. Z. aus verschiedenen vorhandenen Ansichten zusammengestellt und gezeichnet.

Aus welchem Grunde das Rathhaus zu Anfang des 17. Jahrhunderts umgebaut wurde, liegt im Dunkeln; indess scheint nicht ausgeschlossen zu sein, dass bei einer Bürgerrevolte, wo viele Rathsherren aus der Stadt flüchten mussten, das Rathhaus demolirt wurde. Die Chroniken berichten darüber nichts.

Die Zinnen des Daches und des Geschosses über dem Bogengange am Markt machten das Rathhaus zu einer Vertheidigungsstätte des Rathes gegen die Bürger und Innungen, welche eine bewaffnete Macht bildeten, in der Stadtverwaltung manchen Strauss ausgefochten haben und Klöster Kirchen und Komthurei stürmten und vernichteten.

Es wurden anfangs des 17. Jahrhunderts nicht allein die Fassaden geändert, sondern auch ein neues Dach mit neuer Balkenlage darunter aufgesetzt und die Hängekuppel-Gewölbe des Rathskellers nebst Pfeilern und Bögen erneuert. Von dem alten Hauptgesims findet sich auch selbst an der Hinterseite keine Spur mehr. Ebenso fehlen drei Eckthürme, nur der an der Nordecke sitzende ist noch zumtheil erhalten. Die tragende Figur ist ein Meisterstück der Gothik. Eine Thurmterasse wird noch benutzt, die anderen sind vermauert.

Die Bautheile der heutigen Fassade aus den Jahren 1616 bis 1622, durch Meister Läder von Bentheim gefertigt, zeigen in allen Theilen feine Formen und Profilierungen und eine Bearbeitungsweise von grösster Genauigkeit. Das Scharriren, die aufgeschlagenen Flächen sind ausserordentlich fein und haarscharf genau gehalten. Ich habe trotz Stüchens ein Steinhauerzeichen nicht finden können, wie ich ein solches beim Kornhause gefunden habe, als ich dessen Fassade wieder herstellte, ebenso wenig habe ich ein solches bei der Wiederherstellung der Stadtwage, des Stisser'schen Hauses an der Langenstrasse und des ehem. Krameramthauses (Gewerbehause) gefunden. Die figürlichen Theile des Rathhauses sind in allen Theilen Meisterwerke der Bildhauerei; die Linien, die Muskulatur, die Stellungen, Grössenverhältnisse, die Tiefarbeitungen, um die Wirkung hervorzu bringen, sind so meisterhaft gehalten, dass sie für jeden Architekten zum Studium dienen sollten.

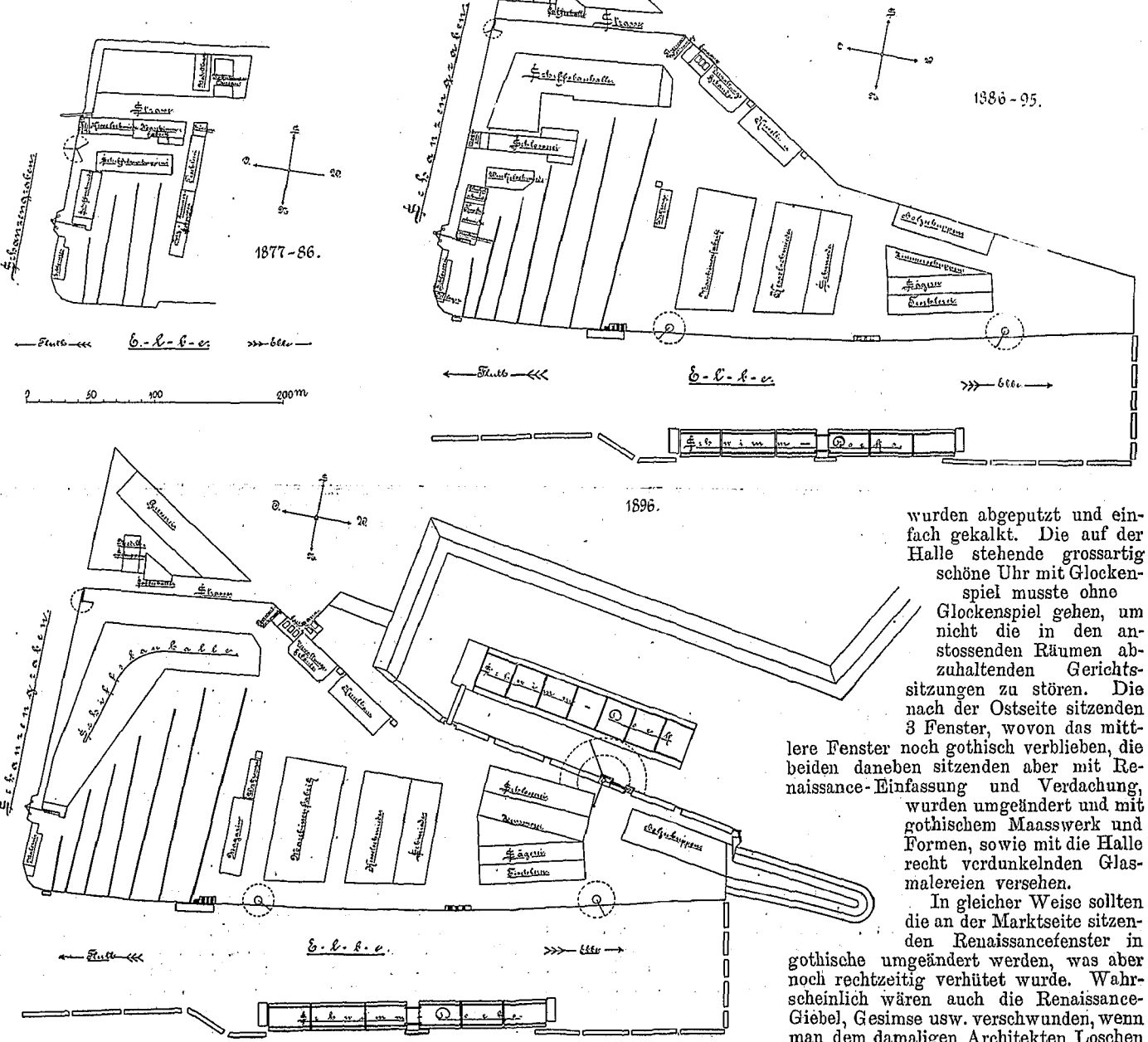
Leider ist der Mittelbau, auf 4 Säulen ruhend, nicht genügend gegründet und hat sich infolge dessen vom alten Gebäude abgesetzt. Ich habe ihn seinerzeit kräftig verankern lassen und wollte ihn mit neuen Fundamenten versehen lassen, scheute aber die Gefahr und die Kosten dafür zu beantragen. Man sollte von derartigen alten Gebäuden mit Kanälen, Wasser- und Gasleitungsröhren soweit wie nur möglich entfernt bleiben oder die Fundamente vorher genau prüfen, ehe man sie in Gefahr bringt.

Im Innern des Rathhauses wurden nach und nach ausser dem Einbau der zweigeschossigen Güldenammer, der unteren

sogen. Kriegsstube (jetzt Erbe- und Handfesten-Amt) und der Untergerichtsstube, beide mit wunderschönen hölzernen geschnitzten Portalen, nach Thüreinfassungen aus Sandstein im frühen und späten Renaissancestil in der unteren und oberen Halle aufgestellt; davon war eine in Marmor und Alabaster, zumtheil geschliffen und polirt, vom Herzog von Braunschweig-Lüneburg der Stadt geschenkt (leider gänzlich verkommen und verdorben). Ferner wurden die Marktseitenfenster mit Wappen der Rathsherren und Aelternleute, die Wände mit Wandgemälden und Bildern versehen.

Die erneuerte Balkendecke, mit kräftigen profilirten Sattelhölzern an den Enden, erhielt eine ornamentale Oelmalerei mit den Kaiserbildern in Medaillonform, von Karl d. Gr. bis Sigismund. Die inneren Wandflächen der oberen und unteren Halle waren noch in Backstein ausgefugt. An der schmalen Westseite sassen in den Maasswerken Glasmalereien, Kaiser und Kurfürsten darstellend.

Als das Revolutionsjahr 1848 dem Bremischen Staate eine Verfassung und die Bürgerschaft (gesetzgebender Körper) gab, wurde die obere Halle als Sitzungssaal der Bürgerschaft eingerichtet und dazu von Zimmerleuten eine Tribüne für die Zuhörer gebaut. Dabei wurde die reich verzierte Scheidewand entfernt, zum Bauhof gebracht und schliesslich zerschnitten und verbrannt. Die Tribüne wurde 1851 wieder herausgerissen. Die Figur der Treppenspindel verschwand und es wurde ein Glaskasten über der Wendeltreppe errichtet, welchen ich etwa 15 Jahre später beim Besuch des Königs Wilhelm 1868 entfernen liess. Etwa Mitte der fünfziger Jahre wurden die Wappen- und Fürstenfenster herausgenommen, um sie ausbessern zu lassen. Sie kamen zum Bauhof und wurden in Kisten verpackt. Gelder konnten nicht dafür bewilligt werden und so hängen sie jetzt zumtheil im Gewerbe-Museum. Die Leopold und Ferdinands sind nicht mehr an der Stelle. Die Deckenmalerei wurde anfangs 1853 wegen Geldmangels statt in Oel in Leimfarbe erneuert. Die Wandflächen



Lagepläne der Schiffswerft von Blohm & Voss in Hamburg.

wurden abgeputzt und einfach gekalkt. Die auf der Halle stehende grossartige schöne Uhr mit Glockenspiel musste ohne Glockenspiel gehen, um nicht die in den anstossenden Räumen abzuhaltenen Gerichtssitzungen zu stören. Die nach der Ostseite sitzenden 3 Fenster, wovon das mittlere Fenster noch gothisch verblieben, die beiden daneben sitzenden aber mit Renaissance-Einfassung und Verdachung, wurden umgeändert und mit gothischem Maasswerk und Formen, sowie mit der Halle recht verdunkelnden Glasmalereien versehen.

In gleicher Weise sollten die an der Marktseite sitzenden Renaissancefenster in gothische umgeändert werden, was aber noch rechtzeitig verhindert wurde. Wahrscheinlich wären auch die Renaissance-Giebel, Gesimse usw. verschwunden, wenn man dem damaligen Architekten Loschen — einem fanatischen Gothiker — freie Hand gelassen hätte, wie man an dem

im Renaissancestil 1669 gebauten und von ihm im Innern 1862 umgebauten Gewerbehausa (Krameramthaus) erlebt hat und sehen kann.

In den achtziger Jahren wurde vom Architekten J. G. Poppe eine Umrahmung des Loigny-Bildes mit diesem zusammen, an der Nordecke der oberen Halle aufgestellt. Etwas Protzigeres kann man sich nicht denken; zu einem Bilde von etwa 2,75 m und 1 m Grösse, wurde ein Epitaph von etwa 7 m Breite und 9 m Höhe, in Eichenholz gefertigt, hergestellt. Anstatt es bescheiden zu halten und in der Architektur der Güldenammer anzuschliessen, wurde es in Formen, Profilen usw. in Barock und so klobig hergestellt, dass man statt Holz hätte Sandstein verwenden müssen. Da die Beleuchtung des Bildes eine schlechte war, erhielten die daneben sitzenden Fenster Vorhänge von

In der unteren Güldenammer waren die Wände mit Marine-Landschaften aus dem Anfange des vorigen Jahrhunderts geschmückt. Die obere Halle war durch eine hölzerne niedrige Scheidewand, ähnlich geschnitzt und verziert wie die äusseren Wände der Güldenammer, in 2 Hälften getrennt. Auf der Spindel der grossen Wendeltreppe stand ein das Schwert ziehender römischer, farbig bemalter Krieger. Von der Decke herab hingen zwei Modelle von hanseatischen oder bremischen Orloggeschiffen und an dem Mittelfenster der Südseite sass das in Glas gemalte Bild des Kaisers Max, von Albrecht Dürer. In den Fenster-nischen der Langseite hingen oben an noch vorhandenen Haken in Goldrahmen die Oelbilder der Kaiser aus dem Habsburgischen Hause, die Leopold und Ferdinands. Von der Decke hingen messingne Kronleuchter. — Was ist von alledem noch vorhanden?

dunklen Stoffen, sodass man bei Gelegenheit nicht mal mehr die Guldtkammer von der Hallenseite besehen kann. Und das alles um dieses Bild.

Als 1868 König Wilhelm der Stadt Bremen einen Besuch abstatten wollte, musste die obere Halle zu einem Festsale eingerichtet werden. Ich erhielt den Auftrag die Halle zu schmücken und für dieses Fest einzurichten. Da sie an und für sich in den Wandflächen, den Fenstern, der Treppe mit dem Glaskasten einen nüchternen Eindruck machte, so wurden, da die alten Wappensteinfenster nicht mehr so schnell wiederhergestellt und eingesetzt werden konnten, Imitationen in Rouleaux hergestellt. Der Glaskasten der Treppe wurde entfernt und das Treppenloch mit einer neuen Balustraden-Einfassung versehen. Die Fensternischen erhielten Sitzbänke mit Täfeling in Eichenholz. Die

Wandflächen wurden, der Täfeling der Guldtkammer nachahmend, ringsum mit in Leimfarbe gemalter imitirter Wandtäfeling versehen usw. Das

Ganzemachte nun einen imposanten Eindruck. Alle diese Theile und Aenderungen sind bis auf den heutigen Tag verblieben und es soll nunmehr diese imitirte gemalte Wandtäfeling in Wirklichkeit hergestellt werden.

Hatte der Architekt, welcher einst die Guldtkammer-Täfeling entwarf und fertigte, mal daran gedacht, die Halle ringsum mit Täfelingen zu versehen? Wäre damals die Täfeling ringsum an den Wänden durchgeführt worden, dann hätten die Eingänge zu den Räumen des hinteren Anbaues, welche aber spätere Zuthaten sind, entsprechende Einfassungen und Thüren erhalten. Die jetzigen sind in allen Stilarten gefertigt. Nunmehr ist mit den verschiedenen in der Architektur gehaltenen Portalen zu rechnen.

Es wird aber kurz oder lang doch zu einem Vergrößerungs-

bau des Rathhauses kommen müssen. Dann verfällt die Langwand einem vollständigen Umbau, wobei die Täfelingen und hoffentlich auch das Loigny-Bild fortfallen würden. Hierbei könnte Rücksicht auf eine bessere Beleuchtung der Guldtkammer-Schnitzereien genommen werden und man brauchte sie nicht, wie von Künstlern und Dilettanten seinerzeit geplant wurde, ohne organischen Zusammenhang mit dem Gebäude auf diese Langwand zu setzen. In gleicher Weise erscheint die Aufstellung eines Kachelofens zur Erwärmung der Halle unzweckmässig. Die Halle hat einen kubischen Inhalt von rd. 4400 cbm und da drängt sich doch die Frage auf, wie gross der Kachelofen sein müsste, um bei einer mittleren äusseren Temperatur von -9° R. den Raum auf nur $+12^{\circ}$ R. zu erwärmen.

Was soll nun aber mit den Fensterverglasungen, der Deckenmalerei, den Wandgemälden, alten Bildern, der Standuhr, Wendel-

terre usw. geschehen, wenn der Poppe'sche Entwurf durchgeführt ist? Die beiden Eckfiguren auf der oberen Balustrade der Fassade sind bereits 1865, trotzdem die alten Figuren, wenn auch beschädigt, vorhanden waren und noch auf dem Bauhofe stehen, vom Bildhauer D. Kropp neu und nicht den alten entsprechend angefertigt und aufgebracht worden. Die Figuren und Baldachine sollten in alter Farbenpracht wieder hergestellt werden, ebenso der Roland. Aber als ich mit der Bemalung der Fassade des Gewerbehause in den aufgefundenen Farben und Vergoldungen durch die tonangebenden hiesigen Architekten gestört werden sollte, indem sie mein Vorgehen höheren Orts angriffen und selbes als nicht mehr modern charakterisirt, durfte ich derartiges nicht mehr wagen; trotzdem führte ich später die Bemalung und

Vergoldung der Stadtwaagen- und Kornhaus-Giebel durch. Diese drei Gebäude prangen noch heute im Farbenschmuck.

Die untere Halle soll demnächst von den Einbauten zumtheil befreit werden. Hoffentlich entfernt man dann auch die modernen Umkleidungen der hölzernen Säulen und sonstiges auch Bewegliches, was nicht dahin gehört, damit die Halle nicht mehr wie ein Raum für einen Produkten-Händler aussieht.

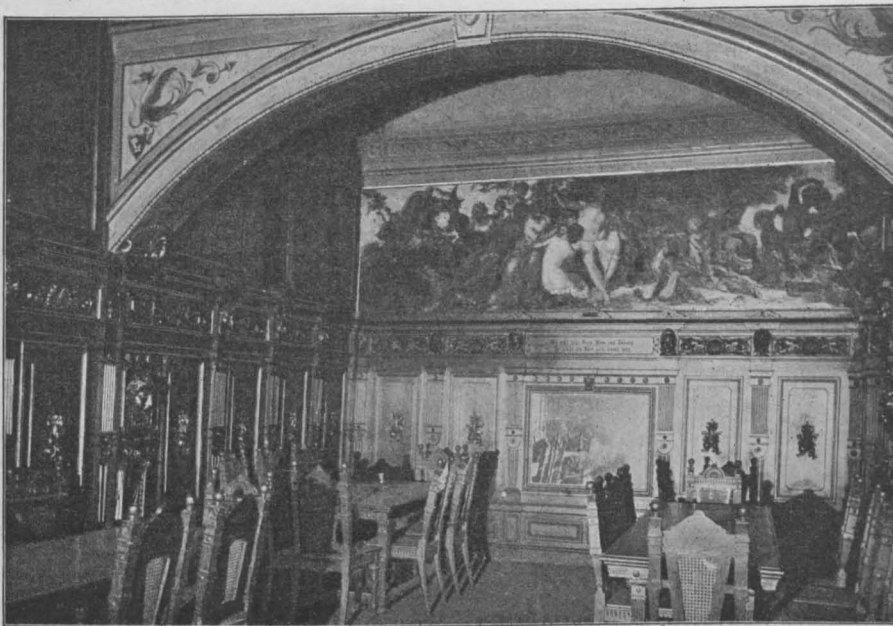
Der Rathskeller ist nicht mehr in dem Zustande wie er um 14—1600 war.

Jedenfalls sind die Gewölbe und Pfeiler andere geworden und es finden sich keine gothischen Kreuzgewölbe, Bögen mehr darin vor. Die sogenannte „Rose“ befand sich bis 1874 in einem Abtheil des jetzigen Echosaales, welcher seinerzeit nur 2 Jochreihen Pfeiler und Gewölbe hatte. Für dieselbe baute ich derzeit einen neuen Keller, worin der Rosewein noch jetzt liegt und nahm den so leergewordenen Raum mit zum Echosaal, welcher dabei mit dem neuen Rathskeller durch eine Thür verbunden wurde und über welcher

das von Steinhausen in Marmor gefertigte Medaillon mit Hauff's Brustbild prangt. Die gemalte und an dem Kuppelgewölbe (nicht Kreuzgewölbe) befestigt gewesene Rose, inform einer Blechscheibe von rd. 0,75 m Durchmesser, wurde einer alten gleich geformt und gemalt gewesenen Scheibe vor etwa vierzig Jahren getreulich nachgebildet (nicht einer in Stein gehauenen, welche nachweislich niemals vorhanden gewesen sein kann), auch mit in den neuen Rathskeller gebracht und dort am Gewölbe befestigt. Das besagte Original muss seinerzeit mindestens 40—50 Jahre alt gewesen sein, als die jetzige Kopie gefertigt wurde. Der jetzige Bachussaal mit den Gemälden von A. Fitger wurde von mir 1874 als solcher umgebaut und mit Täfeling in Eichenholz und Schnitzereien, im Stile der Guldtkammer gehalten, versehen. Die Wand- und Gewölbe-Malereien sind später umgeändert und den Gemälden angepasst, auch die



Bremer Rathskeller. (Im Hintergrunde der Echosaal, rechts die „Priölken“.)



Bachuszimmer im Bremer Rathskeller.

Spitzenaufsätze der Tafelung entfernt, damit die Gemälde dadurch nicht gestört wurden; auch entfernte man zur besseren Beleuchtung der Bilder die stilgerechten Messingkronen und brachte dafür unterm Gewölbe „Sonnenbrenner“ an, modernisirte also nach Möglichkeit. Jetzt hat der Keller überall elektrische Beleuchtung. Dieser Raum war früher Schenke für den Rathskellermeister und stand in Verbindung mit den hinter dem Rathshaus belegenden Kellereien für die Weine, welche aber beim Umbau aufgehoben ist. In einer rechtsseitig belegenen, in der Abbildung sichtbaren Nische ist ein Glasschrank für alte Krystallbecher und Gläser (Humpen) angebracht, welche ich seinerzeit zufällig in einem verschlossenen Glasschrank als der Verwaltung völlig unbekannt fand. Derselbe stand in einem Nebenzimmer der Rathshaushalle und war theilweise ohne Benutzung. So ging es her!

Mit dem Rathskeller stand bis 1874 der grosse Keller unter der chem. Börse nur durch einen etwa 2 m breiten, 13 m langen gewölbten Gang in Verbindung. Im Jahre 1874 erhielt ich den Auftrag, beide Keller durch einen Kellerbau in grosser Ausdehnung zu verbinden und es ist der jetzige Büffetraum das Ergebniss meiner damaligen Thätigkeit gewesen. Dadurch hatte der Rathskeller eine freie Länge von rd. 91 m erhalten, welche den Gewölbeformen nach in 3 Abtheilungen zerfiel. Die Breite war überall ziemlich gleichmässig, etwa 12 m.

Leider ist diese grossartige Durchsicht vor etwa 10 Jahren zerstört worden, indem beim Brande der alten Börse der Gelände-Verhältnisse halber das gesammte Gewölbe und so auch der Keller tiefer gelegt werden mussten. Anstatt nun die lichte Kellerhöhe um 50–60 cm geringer zu machen, wurde eine Sen-

kung des Fussbodens um 10 Stufen = 2 m beschlossen und ausgeführt. Das Imposante des Kellers war somit dahin. Mein Nachfolger musste den Beschlüssen der gesetzgebenden Körperschaften gehorchen. Diese Aenderung ist das schlimmste, was dem so berühmten Rathskeller widerfahren konnte. Zu alledem stehen jetzt zur Verschönerung noch verschiedene recht moderne Leucht- und Reguliröfen im Keller zur Beheizung desselben herum. Mir misslang seinerzeit die Herstellung von stilgerechten Kaminen an der Langwand des Kellers, welche ich in Sandstein ausführen wollte.

Bei einer Renovirung der Kellergewölbe fand ich oberhalb eines Gewölbe- und Pfeilertheiles, wo früher die Lohgerber-Innung ihren Sitzplatz hatte, eine hübsche Malerei aus dem 17. Jahrhundert, ebenso eine Wandmalerei mit der Urkunde der Sitzgerechtigkeit. Nach mir wurde dieses alles einfach mit Kalktünche überstrichen und somit für alle Zeiten ausgelöscht, anstatt die Malereien wieder aufzufrischen. Das kürzlich gefundene kleine Wandgemälde ist auch noch nicht wieder hergestellt und wird wahrscheinlich demnächst übergeweiht werden. Die Wände und Bekleidungen, Fenster usw. der Kabinete (sogen. Priölken) stammen aus dem Anfange dieses Jahrhunderts und sind so unpassend wie möglich. Es wäre für diese doch wohl mal endlich eine stilgerechte Erneuerung nöthig, aber obgleich der Keller dem Bremischen Stadtsäckel jährlich etwa 150 000 M einbringt, sind doch für derartige Besserungen keine Gelder vorhanden.

Das waren bisher die Schicksale unseres schönen Bremer Rathshauses.

Bremen, im April 1896

Joh. Rippe, Architekt.

(Schluss folgt)

Mittheilungen aus Vereinen.

Württembergischer Verein für Baukunde. In der Versammlung am 2. Mai hielt Bauinsp. Kräutle einen Vortrag über die in neuester Zeit von der k. württ. Eisenbahn-Verwaltung hergestellten eisernen Brücken. Der Redner entwarf zunächst ein Bild von dem Umfang des württ. Staatseisenbahnnetzes; er bemerkte, dass im Jahre 1891 zur Befriedigung lokaler Verkehrsbedürfnisse mit dem Bau von Nebenbahnen begonnen wurde, und dass von den letzteren 3 Linien mit Vollspur und die übrigen mit 0,75 m Spur angelegt sind. Von den interessanten Mittheilungen möge Folgendes angeführt werden:

Bis zum Jahre 1861 wurden die Gurtungstheile der Hauptträger der eisernen Blech- und Gitterbrücken an den Stössen zusammengeschweisst und es wurde bis zum Jahre 1891 aufgrund von Zerreiassungsversuchen angenommen, dass bei unversehrten Schweisstellen 50 % des geschweissten Querschnitts als wirksam in Rechnung gestellt werden können. Nachdem aber später vorgenommene Zerreiassungsversuche mit Probestäben aus den Schweisstellen einer ausgewechselten Gitterbrücke ungünstige Ergebnisse geliefert haben, wurden die Schweisstösse als offene Stösse in die Berechnung eingeführt und wurden die geschweissten Brücken in den letzten Jahren theils ausgewechselt, theils verstärkt.

Bei den württ. Eisenbahnen beträgt die Summe aller Brückenöffnungen und Viaduktängen zus. 0,74 % der Bahnlänge, und es sind auf diese Bauten auf 1 km Bahnlänge durchschn. 32 100 M oder 10,6 % der Baukosten verwendet worden. Bei sämtlichen vollspurigen deutschen Bahnen sind die betreffenden Ziffern 0,46 %, 21 200 M bzw. 8,6 %.

Die statische Berechnung der Brücken hat unter Zugrundelegung der grössten, in jedem einzelnen Fall möglichen Belastung durch Eigengewicht, Verkehrslast (einschl. Fliehkraft), Winddruck und der Bremswirkung der Fahrzeuge zu erfolgen. Bei den Hauptbahnen beträgt das Maschinengewicht 97 t, das Wagen-gewicht 25 t. Das neueste Belastungsschema weist eine vergleichende Belastung von 6 t für 1 lfd. m auf. Zu den tragenden Theilen der Brücken wurden bis zum Jahre 1892 ausschliesslich Schmiedeeisen bzw. Schweisseisen verwendet. Zwischenkonstruktionen wurden theilweise auch aus Gusseisen hergestellt. Von da ab wurde auch Martinfusseisen unter Schweisseisen verwendet und seit dem Jahre 1894 ist die Verwendung von Flusseisen zu den Brückenträgern allgemein zugelassen.

Es sind deshalb die Normalbedingungen für die Lieferung von Eisenkonstruktionen vom Jahre 1893 bezüglich der Vorschriften für die Güte des Materials und die Materialbearbeitung mit folgenden Zusätzen versehen worden:

1. Es ist vom Unternehmer eine bindende Erklärung der Hüttenwerke beizubringen, dass sie von den Lieferungs-Bedingungen Kenntniss haben. 2. Die Prüfung ist bei Flusseisen in der Regel satzweise vorzunehmen. 3. Bei grösseren Flusseisen-Lieferungen sind Nachweise über die Ergebnisse der chemischen Analysen in den Hüttenwerken beizubringen. Die chemische Reinigung (das Beizen) des Materials wurde in den Vorschriften beibehalten, da bei dem unbearbeitet im Freien gelagerten Flusseisen grosse Neigung zum Rosten beobachtet worden ist. Bei Verwendung von Thomasflusseisen und Martinfusseisen an einem

und demselben Bauwerk hat eine Materialvertheilung stattzufinden, damit jederzeit angegeben werden kann, aus welcher Materialsorte ein Konstruktionsheil besteht.

Seit dem Vorwiegen des Flusseisens ist die hydraulische Nietung mehr in Anwendung gekommen. Entgegen den anderwärts gemachten Erfahrungen haben angestellte Versuche ergeben, dass der Gleitungs-widerstand bei hydraulischer Nietung nicht geringer ist, als bei Handnietung.

Als zulässige Beanspruchungen sind für Schweiss- und Flusseisen auf 1 qcm festgesetzt: für kleinere Brücken von 2–10 m

Stützweite 700 kg, für grössere Brücken 700 ($1 \pm \frac{1}{2} \frac{S_{\min}}{S_{\max}}$)

höchstens 800 kg, für Fahrbahn-Bestandtheile 500–600 kg, für Querverbindungen, Horizontalverband und Belageisen 800–1000 kg. Gewalzte I-Träger und C-Träger werden bis zu 10 % weniger beansprucht. Die Scheerspannung der Niete darf nicht mehr als $\frac{4}{5}$ obiger Werthe haben; bei den Stehblechen von Blechträgern darf die Schubspannung 350 kg betragen; der Nietloch-ladungs-Druck darf nicht grösser als 1400 kg sein. Die Nietlöcher werden auch bei den gedrückten Stäben in Abzug gebracht. Die sämtlichen Theile der Brücken sollen für die Untersuchung und die Erneuerung des Anstrichs zugänglich angeordnet werden. Wassersäcke und Verkröpfungen sind zu vermeiden. Eisenstärken unter 8 mm sind nicht zulässig. Die Träger sind nur in Ausnahmefällen kontinuierlich anzuordnen. Die Trägerhöhe ist bei Balkenbrücken = $\frac{1}{9}$ der Stützweite zu wählen. An den Brückenenden sollen die gezogenen Theile steif konstruirt werden, damit dieselben sich nicht ausbiegen, wenn sich auf den beweglichen Auflagern starke Reibungswiderstände geltend machen.

Zur Erhöhung des Schutzes vor Betriebsunfällen werden die Anschlüsse nicht mit Gelenkbolzen, sondern mit Niete hergestellt. Sich kreuzende Füllungstheile sind nur zu verschrauben. Gegenstreben sind durch druckfähige Ausbildung der Stäbe, welche abwechselungsweise gezogen und gedrückt werden, zu vermeiden. Lange Flacheisen ohne Versteifung machen erhebliche Seitenschwankungen, lockern die Anschlussnieten und scheuern sich an den Kreuzungsstellen mit anderen Streben ab; es sind deshalb die Zugstreben durch Benutzung von Winkeln usw. steif auszubilden. Von den Auflagern ist eines der beiden Haupt-Trägerenden beweglich herzustellen. Zu demselben werden bei Brücken bis zu etwa 20 m Stützweite gusseiserne Auflagerplatten mit gewölbter Oberfläche und mit 18 kg auf 1 qcm Druck auf die Quader angewendet. Bei grösseren Stützweiten kommen Zapfenkipplager zur Verwendung. Die festen Kipplager bestehen aus Grundplatte, Lagerstuhl, Zapfengelenk und Kopfplatte; die beweglichen aus Grundplatte, Rollen mit Rollenrahmen (nur in Ausnahmefällen Pendel), Rollplatte, Zapfengelenk und Kopfplatte. Die Lagerstühle werden aus Gusseisen, bei grösseren Brücken aus Gussstahl, mit einfachen Formen aus geschmiedetem Stahl hergestellt. Zwischen der Platte und dem Quader wird Zementguss oder eine Bleiplatte eingebracht; bei grösseren Brücken wird zwischen Platte und Eisenwerk gleichfalls eine 8 mm starke Bleiplatte eingefügt. Bei Brücken im Gefälle werden die festen Lager am unteren Lagerende, bei Brücken, welche in bestimmter Richtung befahren werden, am zuletzt befahrenen Ende angebracht.

Bei kleineren Brücken, sowie bei grösseren Brücken in Städten wird das Schotterbett auf Zores-Eisen oder Buckelplatten übergeführt. Hierdurch wird der Vortheil erreicht, dass kein Wechsel in der Art des Oberbaues (Schienen- und Schwellenbelag) nöthig wird. Für die Fahrbahn haben sich die hölzernen Langschwellen nicht bewährt, da dieselben leicht Längsrisse erhalten; besser hingegen die hölzernen Querschwellen. Dieselben gestatten ein besseres Ausrichten des Gleises als eiserne Fahrbahnen. Zur Verhütung des Einbrechens entgleister Fahrzeuge auf Brücken werden neuerdings zwischen die eichenen Hauptschwellen forchene (kieferne) Zwischenschwellen eingelegt, wodurch bei einem Lichtabstand derselben von 40 mm ein sogenannter Fallboden entsteht; ausserdem werden, um das Ablauen der Räder vom Belag zu verhindern, äussere Saumschwellen von 25/14 cm aus Forchenholz angeordnet. Die Feuergefährlichkeit dieser Anordnung sucht man durch das Aufbringen eines Riffelblechbelages zwischen den Fahrschienen zu beseitigen. Der Belag wird in der Regel aus imprägnirten forchenen Dielen gebildet. Neue Bahnbrücken erhalten beiderseitige Geländer in 40 cm Abstand von der Umgrenzungslinie des lichten Raumes. Bei Brücken von mehr als 60–80 m Weite werden Schienenauszüge mit unterkriechender Zunge ähnlich wie bei den Weichen angeordnet.

Seit dem Jahre 1884 werden die Brücken alle 5 Jahre einer sogenannten periodischen Prüfung unterzogen. Dieselbe erstreckt sich 1. auf die äussere Untersuchung auf lockere Nieten, Schrauben, Risse, Brüche, Verbiegungen, Rissbildungen; 2. auf die Messung der Zunahmen der bleibenden Einsenkungen der Hauptträger; 3. auf das Messen vorübergehender Durchbiegungen, der Seitenschwankungen, Trägerververlängerungen. Letztere Untersuchungen werden mit besonderen Belastungszügen und nur bei Brücken über 15 m Weite vorgenommen. Die bis jetzt vorgenommenen periodischen Messungen der elastischen Durchbiegung der Hauptträger unter Belastungszügen erweisen sich weniger werthvoll. Nach den gemachten Erfahrungen sind neben der sorgfältigen statischen Berechnung die Untersuchungen nach Punkt 1 u. 2 besonders geeignet, über den Zustand einer Brückenkonstruktion Aufschluss zu geben. Die bisherigen Prüfungen berechnen zu der Annahme, dass die Dauer gut erhaltener eiserner Brücken in keiner Weise durch nicht bekannte, unzuverlässige Eigenschaften der Konstruktions-Materialien beschränkt wird. Die Bauschinger'schen Versuchs-Ergebnisse bestätigen diese Annahme sowohl bezüglich gleichgerichteter Spannungen als auch für Spannungswechsel. Auch wurde durch Versuche gefunden, dass das Eisenmaterial durch 40–50 jährigen Bahnbetrieb keine Einbusse seiner Festigkeits-Eigenschaften erlitten hat.

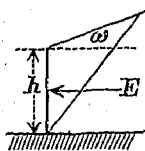
Was die Anstrichs-Materialien betrifft, so wurden Versuche mit verschiedenen Farben gemacht. Dieselben haben sich ziemlich gleich und nicht besser als der seither übliche graue Deckanstrich auf 2 Grundrings-Anstrichen mit Bleimennige erwiesen.

An den mit reichem Beifall aufgenommenen 1 1/2 stündigen Vortrag, für welchen der Vorsitzende, Präsident v. Leibbrand, den Dank des Vereins abstattete, knüpfte sich eine längere Besprechung an der Hand der ausgestellten Zeichnungen.

Eine grosse Freude bereitete der Versammlung ferner eine Ausstellung von Entwürfen des verstorbenen Direktors Gnauth für die württemb. Vereinsbank hier, welche auf Veranlassung des Vorsitzenden von dem Oberbürgermeister Gnauth in Giessen, dem Bruder des Künstlers, in gütigster Weise übermittelt wurden. Aus all den verschiedenen Zeichnungen, an deren Hand die Ausbildung der dem Entwurf zugrunde liegenden Idee verfolgt werden konnte, spricht die Genialität des Künstlers. Der Anblick der Zeichnungen erweckte nicht nur die Bewunderung der geistigen Arbeit des Architekten, sondern auch bei verschiedenen der anwesenden Mitglieder angenehme Erinnerungen an den früher im Verein verkehrenden Kollegen.

Vermischtes.

Erdbelastung von Bauwerken. In der No. 38 der Bauzeitung ist in dem Artikel über Erdbelastung von Bauwerken ein überaus kurzes Verfahren zur Ermittlung des Erddrucks mitgetheilt. Ich vermisse indess den Nachweis der Konstruktion zu Abbildg. 3, sowie denjenigen der Richtigkeit der Voraussetzung zu Abbildg. 5. Auch ist der nebenstehende Fall unberücksichtigt geblieben.



Für diesen wird die analyt. Formel lauten:

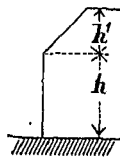
$$E = \gamma \frac{h^2}{2} \left\{ \frac{\operatorname{tg}^2 \left(45^\circ - \frac{\varphi}{2} \right)}{\operatorname{tg}^2 \left(45^\circ - \frac{\varphi}{2} \right) - \operatorname{tg} \omega} \right\}$$

Für den in Abbildg. 3 des Aufsatzes vorgesehenen Fall wird aber die Formel schon wesentlich unbequemer, und es empfiehlt sich das graph. Verfahren von Rebhann. Es wäre mir sehr erwünscht, einige nähere Angaben über die Richtigkeit der in der nebenstehenden Konstruktion erhalten zu können.

Bremen.

Sveistrup, Baumeister.

Ich habe in der Konstruktion 3 den Erdschub willkürlich wagrecht angenommen und gradlinig mit dem Verhältnisse $\frac{h_1}{h}$ wachsen lassen, was beides allerdings der Theorie nicht entspricht. Die vorgeschlagene Konstruktion wird wohl für kleine Werthe $\frac{h_1}{h}$ zu kleine Werthe



des Erdschubes und für grosse Werthe $\frac{h_1}{h}$ zu grosse

Erdschübe ergeben; doch glaube ich, dass innerhalb der praktischen Grenzen die Ergebnisse noch verwendbar sein werden. In eine Formel umgesetzt liefert die Konstruktion

$$E = \frac{1}{2} h^2 \gamma \operatorname{tg}^2 \left(45^\circ - \frac{\varphi}{2} \right) \left(1 + 2 \frac{h_1}{h} \cdot \frac{\operatorname{tg}^2 \left(45^\circ - \frac{\varphi}{2} \right)}{\operatorname{tg}^2 \left(45^\circ - \frac{\varphi}{2} \right) + \cotg \omega} \right)$$

wofür genau genug geschrieben werden kann mit $\omega = \varphi$

$$E = \frac{1}{2} h^2 \gamma \operatorname{tg}^2 \left(45^\circ - \frac{\varphi}{2} \right) \left(1 + 0,32 \frac{h_1}{h} \right).$$

Mit $\cotg \varphi = \frac{3}{2}$ würde

für $\frac{h_1}{h} =$	0,5	$E = 0,17 h^2 \gamma$
1,0	0,19	"
2,0	0,23	"
4,0	0,33	"
10,0	0,60	"
20,0	1,06	"

Für den oben angegebenen Belastungsfall lautet meines Wissens die Formel unter Annahme eines wagrechten Erdschubes:

$$E = \frac{1}{2} h^2 \gamma \frac{1}{(1 + \operatorname{tg}^2 \varphi) \cdot \left(1 + \sqrt{\frac{\operatorname{tg}^2 \varphi - \operatorname{tg} \varphi \operatorname{tg} \omega}{1 + \operatorname{tg}^2 \varphi}} \right)^2}$$

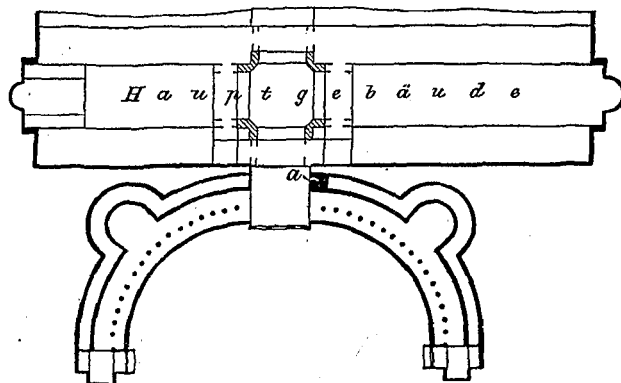
Dieselbe giebt mit $\varphi = \omega$ und $\cotg \varphi = \frac{3}{2}$ etwa $0,72 h^2 \gamma$.

Die oben beigelegte Formel scheint mir nicht genau, weil darnach mit $\operatorname{tg} \omega = \operatorname{tg}^2 \left(45^\circ - \frac{\varphi}{2} \right)$ $E = \infty$ und mit $\operatorname{tg} \omega = 0$ $E = \frac{1}{2} h^2 \gamma$ würde.

Soviel mir bekannt, ist übrigens bei ansteigender Erdoberfläche der Erdschub ersterer parallel.

In der Konstruktion 5 habe ich in Ermangelung einer mir bekannten anderen, der neueren Theorie entsprechenden Konstruktionsart den Erdschub ebenfalls wagrecht angenommen und gradlinig von $0 - \frac{1}{2} h^2 \gamma \operatorname{tg}^2 \left(45^\circ - \frac{\varphi}{2} \right)$ mit der Zunahme der Wandneigung von $\varphi - 90^\circ$ wachsen lassen. H.

Für die die Berliner Gewerbe-Ausstellung besuchenden Fachgenossen dürfte es von Werth sein zu erfahren, dass der Verein deutscher Ingenieure in Gemeinschaft mit dem Verbands deutscher Architekten und Ingenieur-Vereine, dem Verbands deutscher Elektrotechniker und dem Elektrotechnischen Verein, Berlin, auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung ein Sprechzimmer eingerichtet hat, welches den Mitgliedern der genannten Vereine als ungestörter Aufenthaltsort,



zur Erledigung notwendiger Briefe, zum Lesen von Zeitschriften, Katalogen u. dergl. dienen soll. Das in obenstehender Skizze mit a bezeichnete Zimmer ist im Rundgang des Hauptgebäudes gelegen, und zwar unmittelbar neben dem Haupteingange. Diejenigen Herren, welche das Zimmer zu benutzen wünschen, werden gebeten, sich durch ihre Mitgliedskarte auszuweisen.

Zusendungen von Zeitschriften, Prospekten, Preisverzeichnissen usw., welche in dem Sprechzimmer ausgelegt werden sollen, sind an die Adresse: „Verein deutscher Ingenieure, Treptow bei Berlin, Gewerbe-Ausstellung“ zu richten.

Das Zimmer ist wochentäglich von 10 bis 1 Uhr Vormittags und von 2 bis 8 Uhr Nachmittags, am Sonntag von 10 bis 1 Uhr geöffnet. Pbg.

Zur Stellung der Stadtbaubeamten. Die Frankf. Ztg. schreibt in ihrer Nummer vom 20. d. M., dass die Stadtverordneten beantragt haben, auch dem Stadtbaurath für Hochbau, Behnke, die Magistratsstellung zu geben. Es tritt also die Stadt Frankfurt a. M. in die Reihe derjenigen deutschen Städte, welche ihren Technikern die ihnen gebührende Stellung nicht mehr vorenthalten.

Landmesser der landwirthschaftl. Verwaltung. Im Haushaltsplan des pr. Staates findet sich in bezug auf das etwa 1000 Köpfe zählende vermessungstechnische Personal der General-Kommissionen eine einschneidende Neuerung, die man, weil dadurch das ganze Auseinandersetzungswesen, das bereits bis zum Uebermaass juristisch schablonisirt ist, nunmehr auch in technischer Hinsicht in der freien Entwicklung aufgehalten und in einseitige Bahnen gelenkt wird, schwerlich als einen zeitgemässen Fortschritt ansprechen kann. Die bisherige Selbständigkeit der Auseinandersetzungs-Landmesser innerhalb technischer Fragen, die seither nur allein geeignet war, in einem gewissen Wettbewerb die technischen und landwirthschaftlichen Ergründungen zu vereinigen und wenigstens in den Rahmen technischen Kennens und Könnens zum Segen der Landwirthschaft zur Geltung zu bringen, ist auf den 10. Theil heruntergedrückt worden. Es werden nämlich aus der Zahl der Geometer 100 ausgesucht, welche unter dem Titel Oberlandmesser die Aufsicht über die übrigen Techniker auszuüben haben. Für diese Mühewaltung sind 25 000 M. in den Etat eingestellt. Dass bei der Auswahl in der Regel — wenn auch unabsichtlich — weniger auf technische Erfahrung und selbständige Ansicht, als auf Kenntniss der Verwaltungsformen und Unterordnung unter juristische Vorgesetzte — Wohlverhalten genannt — gesehen werden dürfte, ist jedenfalls nicht unwahrscheinlich.

Auf dem allgemeinen Kunstgewerbetag zu Berlin vom 5. bis 9. Juni sprechen Hr. Geh. Reg.-Rth. Prof. Dr. Julius Lessing über „die Stellung von Kunst und Kunstgewerbe im öffentlichen Leben“; Hr. Dir. Dr. P. Jessen über die Frage: „Wie ist das Naturstudium für das deutsche Kunstgewerbe zu fördern“ und Hr. Arch. K. Hoffacker über „Die Gestaltung der Berliner Gewerbe-Ausstellung“. Ausserdem gelangen auf Anregung einzelner Vereine eine Reihe von aktuellen Fragen zu Berathung, von denen wir die vom Kunstgewerbe-Verein zu Pforzheim angeregten nennen und zwar: 1. Rückgang der guten kunstgewerblichen Handarbeit in der Schätzung des Publikums, Ursache, Wirkung und Abhilfe. 2. Künstlerische Erziehung des Volkes und der Jugend auf den Universitäten. 3. Pflichten der Gesetzgebung und des Staates zur Förderung des Kunstgewerbes. — Für die Theilnehmerkarte ist einschl. der Theilnahme am Festbankett der niedere Preis von 10 M. festgesetzt. —

Preisbewerbungen.

Wettbewerb Rathhaus Hannover. Die offizielle Bekanntmachung über den Ausfall des Wettbewerbs im Anzeigenthail der heutigen Nummer enthält keine Bemerkung über den Ankauf von Entwürfen. Die öffentliche Ausstellung der letzteren findet am Donnerstag den 4. bis einschl. Donnerstag den 18. d. M., täglich von 10—3 Uhr im Provinzial-Museum statt.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. A. P. in E. Die verschiedensten Abbildungen für Ihren Zweck finden Sie in der „Leipziger Illustr. Ztg.“; ausserdem verweisen wir auf den Festschmuck der Berliner Strassen beim Einzug des Königs von Italien in den Blättern für Architektur und Kunsthandwerk, auf entspr. Veröffentlichungen im Génie civil, Bd. XX. No. 491.

Hrn. B. in Düsseldorf. Obgleich wir annehmen, dass der betreffende Ansatz unschwer zu verstehen ist, wollen wir Ihnen doch gern die gewünschte Erläuterung geben. Die zugrunde liegende Angabe bezieht sich auf Millimeter und Sekunden. Demzufolge mussten einerseits die Meter in Millimetern ausgedrückt — daher die Multiplikation mit 1000 — andererseits die Stundeneinheit in Sekunden gegeben werden — daher die Division durch 3600.

Hrn. G. W. in L. Ein einfacher Blick auf die Zeichnung lehrt, dass der Seitenschub des skizzirten Dachstuhles nicht genügend aufgehoben ist. Uns in eine ausführliche Begutachtung der Holzstärken des Dachstuhles einzulassen, müssen wir ablehnen.

Hrn. Gen.-K. L. H. in Fr. 1. Durch Bestreichen mit schwarzer Seife. 2. Jeder helle, gut deckende Oelfarbenanstrich. 3. Durch Auflösen mit ungekochtem Leinöl und nachherigem Streichen mit Oelfarbe. Befragen Sie einen tüchtigen Anstreicher.

Hrn. Fr. in Erckenbach. Die Beantwortung Ihrer Anfrage gehört nicht in die Deutsche Bauztg.

Hrn. Gem.-Bmstr. E. in N. Das Ausgiessen der Fugen des Pflasters mit Asphalt ist besonders in den Berliner Neupflasterungen in Gebrauch und hat sich durchaus bewährt.

Hrn. Arch. E. W. in M. Zur Herstellung säurefester Fussböden empfiehlt sich uns die Firma C. F. Beer in Köln a. Rh., Salierring 14.

Anfragen an den Leserkreis.

Welche deutsche Schreinereifabrik fertigt als Spezialität englische oder holländische Schiebefenster nach neuester Konstruktion?

C. H. in C.

Giebt es in der Litteratur Angaben über Anlage von Wildscheibenständen (mit beweglichen Scheiben)? Was für Firmen liefern die hierzu nöthigen Gleisanlagen, Scheibenwagen usw.

S. S. in M.

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

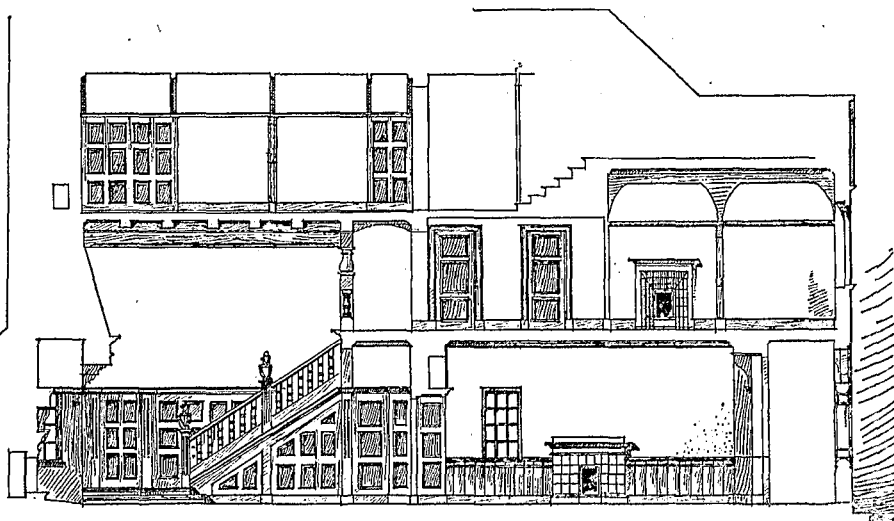
Bezüglich der Anfrage 2 in No. 39 erlaube ich mir folgendes anzugeben: Der äussere Theil der Mauer ist mindestens 1 Stein stark zu machen, wenn die Isolirschrift voll ihren Zweck erreichen soll. Man legt die Isolirschrift deshalb bei $1\frac{1}{2}$ Stein starken Mauern $\frac{1}{2}$ Stein von innen, muss dann aber die 3 oberen Schichten voll ausmauern, wenn die Mauern Balken tragen. Bei stärkeren Balken tragenden Mauern macht man den inneren Theil 1 Stein, bei nicht Balken tragenden Mauern nur $\frac{1}{2}$ Stein stark. Genaueres ist zu finden in meinem Lehrbuch der Baukonstruktionen (für Schule u. Praxis, II. Band, 1. Abtheil., 1. Heft; Neubner-Köln).

Ewald, Bauingenieur.

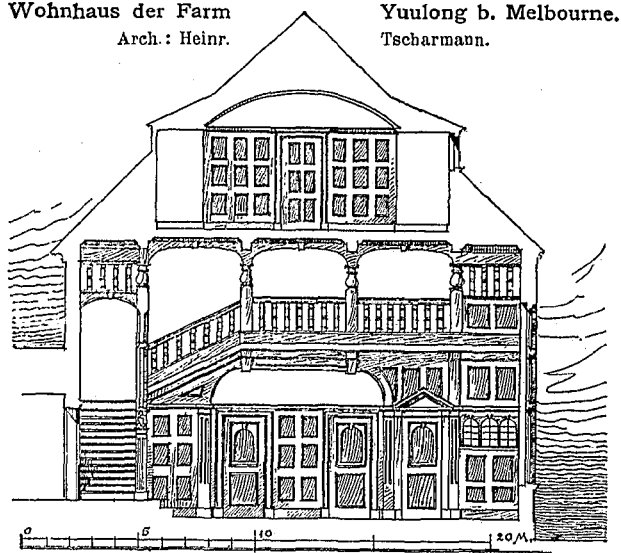
Zur Anfertigung von Zentralheizungen vom Küchenherde aus (S. Anfrage 2, S. 260) nennen sich uns die Firmen: Hoflieferanten Gebrüder Demmer in Eisenach, Franz Halbig-Düsseldorf, Janek & Vetter in Berlin, Teltowerstr. 17 und A. Bergmann Nachfolger, Harburg (Elbe).

Hrn. K. in B. zu S. 216. Auch hier haben sich die Bordsteine aus Zementbeton nicht bewährt und ist Granit bei fast gleicher Preislage weitaus vorzuziehen.

Stadtbmstr. Schmidt, Weimar.



Wohnhaus der Farm
Arch.: Heine.



Yuulong b. Melbourne.
Tscharmann.

Berlin, den 10. Juni 1896.

Inhalt: Zur Frage eines Neubaus für das Sächsische Ständehaus in Dresden. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten. — Offene Stellen.

Zur Frage eines Neubaus für das Sächsische Ständehaus in Dresden.

Die von der Sächsischen Staatsregierung schon seit mehreren Jahren eingeleiteten Vorarbeiten für den Neubau eines Ständehauses in Dresden sind zurzeit an einem Wendepunkte angelangt. In welcher Richtung sie fortgeführt und abgeschlossen werden sollen, ist eine Frage, die wegen des Hineinspiels verschiedener künstlerischer und kunstgeschichtlicher Gesichtspunkte nicht nur für Dresden und das Land Sachsen, sondern für jeden deutschen Kunstfreund interessant und wichtig ist. Eine Aufklärung über deren Lage wird daher den Lesern d. Bl. sicherlich erwünscht sein.

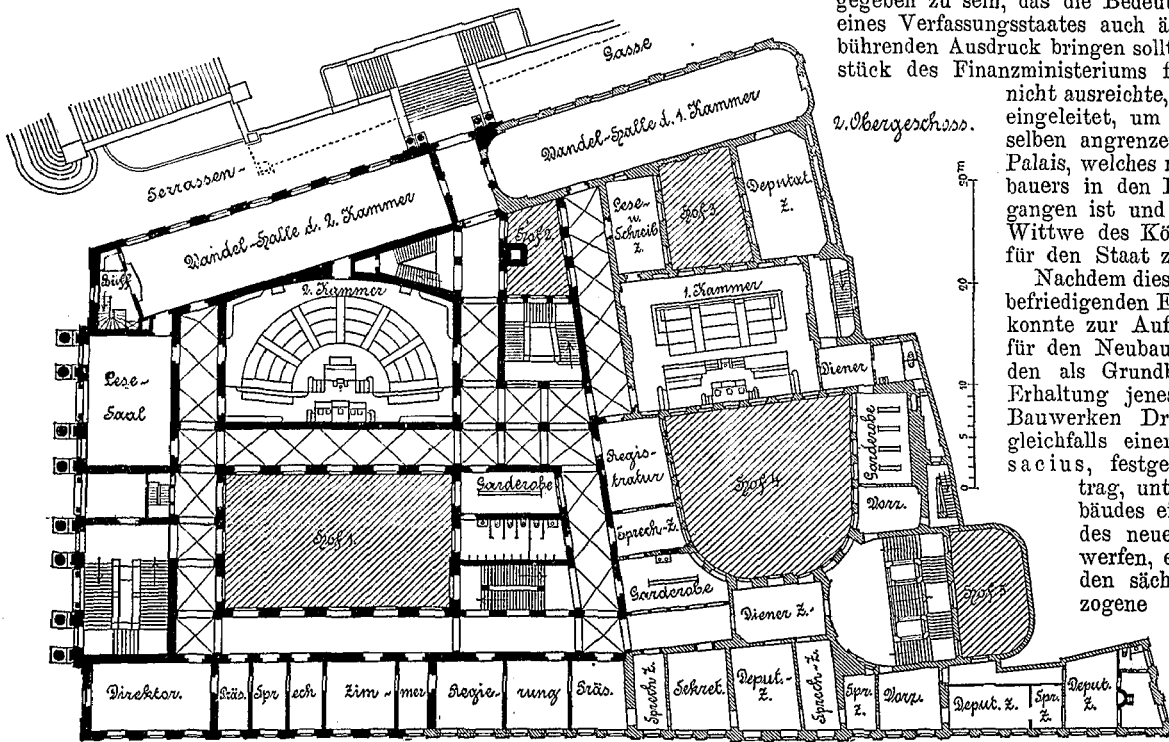
Der sächsische Landtag („die Stände“) hat seit Einführung der parlamentarischen Verfassung seinen Sitz in dem an der

rungen an Zweckmässigkeit und Bequemlichkeit nicht mehr, so dass der Bau eines neuen Ständehauses längst in Anregung gekommen war. Unseres Wissens sind Entwürfe für einen solchen Neubau und zwar auf dem Gelände des alten Landhauses zunächst durch die zuständigen Baubeamten des Staates aufgestellt worden. Der betreffende Plan wurde jedoch aufgegeben, nachdem durch Errichtung eines Dienstgebäudes für das kgl. Finanzministerium auf dem der Bebauung jüngst erschlossenen Gelände der Neustadt das bisher von dieser Behörde benutzte Haus am Schlossplatz zwischen der Brühl'schen Terrasse und der Augustus-Strasse frei geworden war. Dort, in der schönsten und vornehmsten Lage der Hauptstadt, in unmittelbarer Nähe des kgl. Schlosses, schien der würdigste Platz zur Auführung eines Gebäudes gegeben zu sein, das die Bedeutung der Volksvertretung eines Verfassungsstaates auch äusserlich zu dem ihr gebührenden Ausdruck bringen sollte. Da jedoch das Grundstück des Finanzministeriums für den fraglichen Zweck

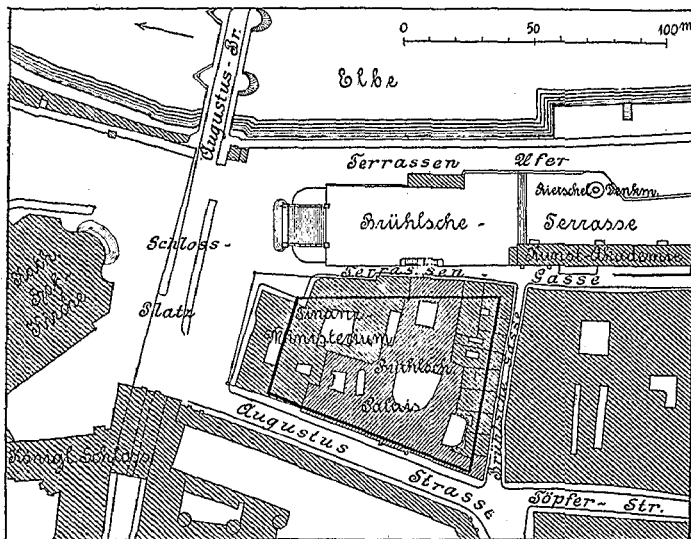
nicht ausreichte, so wurden Verhandlungen eingeleitet, um auch das im Rücken desselben angrenzende ehemalige Brühl'sche Palais, welches nach dem Tode seines Erbauers in den Besitz der Krone übergegangen ist und zuletzt als Wohnsitz der Wittve des Königs Johann gedient hat, für den Staat zu erwerben.

Nachdem diese Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnisse geführt hatten, konnte zur Aufstellung eines Entwurfes für den Neubau geschritten werden, für den als Grundbedingung die möglichste Erhaltung jenes, zu den „historischen“ Bauwerken Dresdens zählenden Palais, gleichfalls einer Schöpfung von Krubsacius, festgesetzt wurde. Den Auftrag, unter Benutzung dieses Gebäudes einen Plan zur Errichtung des neuen Ständehauses zu entwerfen, erhielt der mittlerweile in den sächsischen Staatsdienst gezogene Architekt des deutschen Reichshauses, Geh. Bau- rath Prof. Dr. Paul Wallot.

Wie der Künstler seiner schwierigen Aufgabe gerecht geworden ist, zeigt der hier mitgetheilte Grundriss von



Wallot's Entwurf zum Neubau eines Ständehauses mit Benutzung des Brühl'schen Palais.



In Vorschlag gebrachte Baustelle für einen vollständigen Neubau.

Landhausstrasse gelegenen, seit Durchführung der König Johann-Strasse auch von dieser zugänglichen Landhause. Das in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts von dem Oberlandbaumeister Krubsacius als Palais für einen der Grossen des Sächsisch-Polnischen Hofes errichtete Gebäude hat — anscheinend in den 20er Jahren unseres Jahrhunderts — für diese Bestimmung theilweise eine neue, in strengen hellenischen Formen durchgeführte Einrichtung erhalten, entspricht jedoch den heutigen Anforder-

2. Obergeschoss der von ihm geplanten Anlage, das den örtlichen Verhältnissen nach zum Hauptgeschoss derselben gemacht werden musste. Denn erst von der Höhe dieses Geschosses ist es möglich, einen freien Ausblick über die der Nordseite des Gebäudes sich vorlagernde Brühl'sche Terrasse nach der Elbe und der jenseits derselben sich ausbreitenden Neustadt zu gewinnen. In dieses Geschoss waren daher auch s. Z. die Festräume des Brühl'schen Palais verlegt worden, von denen der Festsaal noch heute in seinem alten, freilich einer Auffrischung bedürftigen Glanze erhalten ist. Von ihm aus führt jene Freitreppe nach der Terrasse hinab, die als ein Belegstück für den historischen Namen derselben daran erinnert, dass der betreffende Theil der alten Wallanlagen Dresdens seine Erhaltung zunächst dem Umstände zu verdanken hatte, dass er als Gartenanlage für das Palais des allmächtigen Staatsministers nutzbar gemacht wurde.

Auf die Einzelheiten des meisterhaften Entwurfs kann hier nicht in ausführlicher Weise eingegangen werden. Man ersieht, dass die Räume des Brühl'schen Palais, soweit dasselbe erhalten werden konnte, im wesentlichen für die Zwecke der 1. Kammer ausgenutzt sind, die ihre Sitzungen in dem ehemaligen Festsalle desselben abhalten soll^{*)}, während der nach der Elbseite hin gelegene sogen. Canaletto-Saal zu ihrer Wandelhalle bestimmt ist. Die Räume der 2. Kammer haben dagegen in dem nach dem Schlossplatze zu gelegenen neuen Theile des Hauses Platz gefunden. Ihre Wandelhalle ist als ein Gegenstück zu dem Canaletto-Saale ausgebildet worden; zwischen beiden führt von der Terrasse her wiederum ein Treppenaufgang unmittelbar ins Haus, der von den Mitgliedern beider Kammern wohl in erster Linie

^{*)} Vielleicht würde es sich bei der geringen Mitgliederzahl der 1. Kammer empfehlen, auf die parlamentarische Ausstattung des Sitzungssaales zu verzichten und die Versammlung an einem gemeinschaftlichen hufeisenförmigen Tische tagen zu lassen, wie dies z. B. der Bundesrath des Deutschen Reichs thut. Dem Saale bliebe hierdurch sein altes Gepräge des Festsalles besser erhalten.

benutzt werden dürfte. Die eigentlichen Eingänge ins Erdgeschoss bilden für die 1. Kammer die alte, in der Axe des Hofes No. 4 liegende Einfahrt des Brühl'schen Palais, nach welcher die Prachttreppe des letzteren sich öffnet, für die 2. Kammer die in der Axe der Schlossplatzseite gelegene Einfahrt in den Hof No. 1, mit welcher die Haupttreppe des neuen Bautheils in entsprechender Verbindung steht.

Im 1. Obergeschoss des Hauses sind neben Sprechzimmern, Räumen für die Stenographie, Korrekturzimmern, die Kanzlei, Registratur und Bibliothek des Landtages sowie eine Anzahl weiterer Deputations-Zimmer, im 3. Obergeschoss, soweit es nicht von den Tribünen mit ihrem Zubehör, den Zimmern der Presse usw. beansprucht wird, Dienstwohnungen untergebracht. Der nicht von Vorplätzen usw. eingenommene Raum des Erdgeschosses soll die Verwaltung der Staatsschulden, deren Beziehung zu dem Landtage ja allerdings eine organische ist, aufnehmen. Um eine bessere Beleuchtung und Lüftung der an der Nordseite gelegenen Räume der beiden unteren Geschosse zu erzielen, ist eine Verbreiterung der zwischen dem Hause und der Terrasse liegenden Terrassen-Gasse in Aussicht genommen, indem von der letzteren ein rechts vom Treppenaufgange liegender, zurzeit als todter Winkel zu bezeichnender dreieckiger Streifen abgeschnitten werden soll.

In der Gestaltung der Aussen-Architektur musste der Künstler selbstverständlich den Fassaden, welche Krubsacius seinerzeit dem Brühl'schen Palais gegeben hat, sich anschliessen, doch gab die dem Schlossplatze zugekehrte Hauptfront immerhin Gelegenheit zur Entfaltung einer reicheren Säulen-Architektur. Dass die Wirkung des Ganzen trotz seiner Einfachheit eine monumentale und mächtige sein würde, ist uns eben so wenig zweifelhaft, wie dass das historische Gepräge von Alt-Dresden durch dasselbe keine Einbusse zu befürchten hätte. Im Gegentheil. Wenn der wieder zu neuem Glanze erweckten Deutsch-Renaissance-Architektur des Schlosses und der üppigen Barockpracht der katholischen Hofkirche ein entsprechend mächtiges Beispiel der klassischen Dresdener Baukunst aus dem Zeitalter des Auslebens der Spätrenaissance unmittelbar gegenübertritt, so wird hierdurch ein für die Geschichte der herrlichen Elbstadt so bezeichnendes Architekturbild geschaffen werden, wie es dieselbe bisher noch nicht besitzt.

In der letzten Tagung des sächsischen Landtages ist diesem der soeben besprochene Entwurf Wallot's von der Staatsregierung zusammen mit dem Antrage auf Erwerbung des Brühl'schen Palais vorgelegt worden. Den letzteren haben beide Kammern angenommen und es ist das Gebäude daher mittlerweile in Staatsbesitz übergegangen. Den Wallot'schen Entwurf dagegen, welchen die 2. Kammer nahezu einstimmig genehmigt hatte, hat die 1. Kammer vorläufig beanstandet.

Vermuthlich haben zur Herbeiführung dieses Beschlusses verschiedene Gründe mitgewirkt. Es ist sehr glaubhaft, dass es manchen Mitgliedern der 1. Kammer nicht behagt hat, diese in die alten, in ihrem gegenwärtigen verwahrlosten Zustande nichts weniger als anziehenden Räume des Brühl'schen Palais verwiesen zu sehen, während die 2. Kammer ihren Sitz in einem dem kgl. Schlosse unmittelbar zur Seite gestellten Neubau erhalten soll. Den thatsächlichen Anlass zu der Stellung der Kammern gab jedoch das Eingreifen des Vertreters der Stadt Dresden, des Hrn. Oberbürgermeister Beutler, welcher darauf hinwies, dass das geplante Bauunternehmen eine günstige Gelegenheit darbiete, eine wesentliche Verbesserung in den gesundheitlichen Verhältnissen des unmittelbar hinter der Brühl'schen Terrasse liegenden, durch diese leider in seiner Entwicklung und Neugestaltung schwer beeinträchtigten Stadtquartiers herbeizuführen. Er brachte in Vorschlag, auch noch die östlich an das Brühl'sche Palais anstossenden, durchweg sehr jämmerlichen Häuser der Brühl'schen Gasse, deren Ankauf bereits von der Stadt vorbereitet ist, zu erwerben und sodann nach Abbruch sämtlicher auf dem bezgl. Block stehenden Baulichkeiten und unter wesentlicher Zurücklegung der Baufluchten das neue Ständehaus als einen völlig frei stehenden einheitlichen modernen Neubau zu errichten. Natur-

lich würde bei einem solchen der 1. Kammer, welche weniger Raum bedarf, ganz von selbst der schmalere, dem Schlossplatz zugekehrte, der 2. Kammer der breite hintere Theil des Hauses zufallen. Dieser, in dem umstehenden Lageplan skizzierte Vorschlag fand den lebhaften Beifall der Kammer, welche die Regierung ersuchte, denselben zunächst einer weiteren Bearbeitung unterziehen zu lassen und die Entscheidung auszusetzen, bis beide Pläne einander gegenüber gestellt werden könnten.

Die kgl. sächsische Staatsregierung und nicht minder der durch ihr Vertrauen zur Lösung der Aufgabe berufene Architekt sind damit vor einen eigenartigen Zwiespalt gestellt.

Denn allerdings lässt sich nicht verkennen, dass, vom Standpunkte einseitiger Zweckmässigkeit angesehen, der Beutler'sche Vorschlag viel Bestechendes hat. Einmal ist die Verbesserung, welche dem betreffenden Bauviertel inbezug auf Zuführung von „Luft und Licht“ zutheil würde, in der That eine bedeutende; namentlich die Verbreiterung der Brühl'schen Gasse und die Beseitigung der elenden Wohnhäuser auf ihrer Westseite, der binnen kurzer Zeit wohl eine neue Bebauung der Ostseite folgen würde, fallen schwer ins Gewicht. Es steht aber von vornherein auch ebenso fest, dass die vorliegende Bauaufgabe auf einer allseitig freiliegenden Stelle und unter Fortfall jedes durch den Anschluss an alte Baulichkeiten gegebenen Zwanges eine ungleich günstigere Lösung finden kann und durch die Künstlerhand Wallots auch sicherlich finden wird, als es unter den bisher festgestellten Bedingungen möglich war und dass sich dieses Ziel ohne einen wesentlich grösseren Kostenaufwand wird erreichen lassen. Ja, selbst vom ästhetischen Standpunkte aus ist es durchaus verständlich, wenn man in Sachsen wünscht, ein so bedeutendes, seiner Bestimmung nach der Neuzeit angehöriges Bauwerk nicht in ein der Vergangenheit entlehntes Gewand zu kleiden, sondern es auch äusserlich zu einem als geschlossener selbständiger Organismus entwickelten Denkmal unserer Tage auszugestalten. Ist man doch im heutigen Dresden der von Krubsacius und seinen Zeitgenossen angestrebten architektonischen Schlichtheit, die man dort erst vor kurzem mit dem Namen des „Hungerstils“ belegt hat, nichts weniger als hold. Einem sich aufräuhelnden Bedenken, ob nicht der Schlossplatz durch die ihm zugedachte wesentliche Verbreiterung seine bisherige geschlossene Erscheinung verlieren könnte, liesse sich erforderlichen Falls leicht abhelfen, obgleich wir glauben, dass einer solchen Wirkung schon durch die grössere Höhe des neuen, auf seiner Ostseite zu errichtenden Monumentalbaues begegnet werden würde.

Dem gegenüber sprechen für die bisher in Aussicht genommene Lösung allein die Rücksichten geschichtlicher Pietät. Allerdings ist ihre Sprache eindringlich genug. Dresden hat durch die Bauthätigkeit der letzten Jahrzehnte schon so viele von den monumentalen Zeugen seiner glänzenden Vergangenheit verloren, dass man sich entschieden dagegen auflehnen muss, wenn nunmehr auch ein für seine Zeit so bezeichnendes Bauwerk wie das Brühl'sche Palais den Bedürfnissen der Neuzeit zum Opfer fallen, wenn durch seine Beseitigung die denkwürdige Beziehung der weltberühmten Brühl'schen Terrasse zu ihm für immer verwischt werden soll. Man kann auch denen nicht Unrecht geben, welche ein solches Vorgehen gegen den kunstgeschichtlichen Besitz der Stadt unter allen Umständen vermieden zu sehen wünschen.

Es sind also nicht etwa individuelle Besonderheiten verschiedener Entwürfe, sondern zwei grundsätzlich verschiedene Auffassungen der ganzen Baufrage, die einander gegenüber stehen und zwischen denen zu wählen ist. Gute Gründe lassen für beide sich geltend machen und es ist wenig wahrscheinlich, dass die Vertreter der einen diejenigen der anderen überzeugen werden: den Ausschlag kann und wird lediglich das persönliche Empfinden der Einzelnen geben.

Unsererseits halten wir uns nicht für berufen, in dieser, jedenfalls noch interessante Erörterungen in Aussicht stellenden Frage bestimmte Partei zu nehmen. Es mag genügen, wenn wir das innere Wesen und die Bedeutung derselben vor einem weiteren Kreise dargelegt haben.

— F. —

Mittheilungen aus Vereinen.

Architekten- und Ingenieur-Verein für Niederrhein und Westfalen zu Köln. Versammlung am 4. Mai 1896. Vorsitz. Hr. Kaaf, Schriftf. Hr. Zieger; anwes. 32 Mitgl.

1. Unter den Eingängen ist hervorzuheben: a) eine Einladung des Sächsischen Ingenieur- und Architekten-Vereins zu Dresden zur Theilnahme an der Feier des 50 jähr. Bestehens des Vereins am 10. Mai d. J. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, dem Jubiläum-Verein die Glückwünsche des hiesigen Vereins schriftlich zu übermitteln.

b) ein Schreiben des Kölner Bezirksvereins deutscher Ingenieure, worin zunächst für die Mitglieder dieses Vereins, des weiteren aber auch für diejenigen des Arch.- u. Ing.-Vereins vorgeschlagen wird, zur Pflege einer leichteren persönlichen Annäherung und zum Bekanntwerden der Mitglieder untereinander, wie solches an den Sitzungsabenden nicht gut zu erreichen sei, in

einem gewissen Lokale zusammen zu kommen. Es würde dies auch den Vortheil haben, dass nicht nur hiesige, sondern auch auswärtige Fachgenossen bei ihrer Anwesenheit in Köln stets wüssten, wo sie Kollegen antreffen würden. Als Versammlungs-ort wird das Kränkel'sche Lokal empfohlen, in welchem bereits jetzt, besonders an Montag Abenden Fachgenossen zahlreich zusammen zu sein pflegen. Wer also Montags Abends ausgehe, möge zu Kränkel (I. Stock) kommen.

Durch Abstimmung wird Hr. Reg.-Bmstr. Maassen in Unkel als auswärtiges Mitglied des Vereins aufgenommen.

Der Vorsitzende berichtet sodann über die Verhandlungen mit der Direktion der Gas- und Wasserwerke betreffend Vorschritten zur Ausführung von Hausentwässerungen. Auf Veranlassung der Deputation der städtischen Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke habe eine Sitzung stattgefunden, an welcher theil nahmen Bürgermeister Thewalt als Vorsitzender, die Mitglieder der genannten Deputation, der Direktor der Gas- und Wasser-

werke Joly, Stadth. Heimann, die Stadtbauinsp. Steuernagel und Moritz, Branddirektor Brüllow, ferner als Vertreter der Klempner- und Installateur-Innung Obermeister Stilbach, als Vertreter der Maurer- und Steinmetz-Innung Bauunternehmer Perthel, als Vertreter der Vereinigung Kölner Architekten: Arch. Paefgen und als Vertreter des Architekten- und Ingenieur-Vereins die Hrn. Kaaf, Schellen und Thoma. Die einzelnen vom diesseitigen Vereine an dem Entwurfe der neuen Vorschriften für Ausführung der Hauswasserleitungen gemachten Ausstände, die sich mit denjenigen von anderer Seite gemachten ziemlich deckten, seien eingehend besprochen und begründet worden. Da die Verhandlungen nach Lage der Sache nur einen beratenden, keinen beschließenden Charakter haben konnten, so konnten auch vonseiten des Hrn. Vorsitzenden feste Zusagen zur Aenderung nicht gemacht werden, indessen „wolle er gerne unsere Vorschläge zur weiteren Berathung im Schoosse der Verwaltung ad referendum nehmen.“ Ganz besonders sei die Nothwendigkeit der Einreichung von besonderen Baugesuchen mit den verlangten vielen und ausführlichen Zeichnungen bekämpft worden. Ein Vermittelungs-Vorschlag, das Baugesuch mit dem Gesuch zur Entwässerungs-Anlage, welches bei der Baupolizei-Behörde jetzt schon eingereicht werden müsse, zu verbinden und letzteres dahin zu erweitern, dass dasselbe auch die Hauswasserleitung, also die Bewässerungs-Anlage enthalte und dass alsdann ein 3. Exemplar Zeichnungen mit diesem Gesuche für die Akten des Wasserwerks eingereicht werde, wurde ebenfalls ad referendum genommen, ohne dass hiermit unsererseits, noch auch seitens der Mehrheit der Versammlung die Nothwendigkeit der verlangten Baugesuche überhaupt zugestanden werden konnte.

An den ausführlichen Bericht über die weiteren zur Berathung gekommenen Punkte schliesst sich eine längere Besprechung, an welcher sich ausser dem Hrn. Vorsitzenden die Hrn. Unna, Steuernagel, Blanke und Reg.-Bmstr. Schilling beteiligten.

Hr. Schott spricht über „Reisen unter der Sperre und Verwandtes“. Der höchst interessante und durch vielen Humor gewürzte Vortrag erntete den lebhaftesten Beifall.

Hr. Oslender legt die Zeichnung einer Villa aus Nancy vor, welche erst im vorigen Sommer erbaut wurde, also die neuesten Leistungen unserer westlichen Nachbarn darstellt, in bezug auf die Heizeinrichtung aber geringe Erfahrungen bekundet. Es ist das in Deutschland seit mindestens 10 Jahren fast aufgegebene System der Luftheizung angewandt; die Anordnung der Heizrohre im Keller zeigt ein polypenartiges wirres Durcheinander und die frische Luft wird geschöpft in nächster Nähe der — Klossets.

Der III. allgemeine deutsche Kunstgewerbetag, dessen Abhaltung wir wiederholt ankündigten, hat in den Tagen vom 5.—8. Juni stattgefunden; für die Berathungen waren die Festräume des Architektenhauses gewählt. Der Begrüssung der Gäste in den Räumen des Vereins Berliner Künstler am Abend des 5. Juni folgte am Sonnabend, den 6. Juni der Hauptversammlungstag, bei dem neben den Vertretern der 23 kunstgewerblichen Vereine des Verbandes Vertreter der kgl. Staatsregierung in der Person der Hrn. Gen.-Dir. der kgl. Museen Schöne, Geh. Ob.-Reg.-Rthe. Lüders und Müller, der allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft, des Architekten-Vereins in der Person seines Vorsitzenden, Geh. Brth. K. Hinckeldeyn, der Vereinigung Berliner Architekten in der Person des Hrn. Vorsitzenden, Hrn. Reg.-Bmstr. K. Reimer, des Vereins Herold usw. sowie eine grosse Anzahl Mitglieder des Verbandes der deutschen Kunstgewerbe-Vereine anwesend waren. Der Vorstand der Versammlung bestand aus den Hrn. K. Hoffacker als erstem, Dir. von Lange-München als zweitem Vorsitzenden, sowie aus den Hrn. Hofrath Graff-Dresden und Dir. Waag-Pforzheim. Ueber die Redner haben wir bereits berichtet. Es war die Empfindung verbreitet, dass es dem Charakter des allgemeinen deutschen Kunstgewerbetages mehr entsprochen haben würde, wenn es gelungen wäre, neben den Rednern aus Berlin auch solche aus Mittel- und Süddeutschland zu gewinnen.

Der Begrüssung der Versammlung durch den Vorsitzenden folgte als erster Redner Hr. Geh. Reg.-Rth. Prof. Dr. Julius Lessing mit einem Vortrage über „die Stellung von Kunst und Kunstgewerbe im öffentlichen Leben“. In der modernen Kunstbewegung sei ein Zusammengehen von Kunst und Kunstgewerbe unerlässlich. Durch die mehr und mehr zunehmende Trennung des Kunstgewerbes von der hohen Kunst sei der handwerksmässige Betrieb entstanden. Der Formenreichtum muss der Formeneinfachheit weichen; die Abweisung des Formenüberschusses schliesst die Verwendung historischer Formen nicht aus. In der bisherigen kunstgewerblichen Waare offenbart sich nicht sowohl ein Misstand des Kunstgewerbes, als ein soziales Uebel. Einrichtung und Kleidung des Handwerkers sollen sich nach dessen Begriffen nicht von denen der oberen Stände unterscheiden. Die billigen Zimmer-Einrichtungen, für welche die Stadt Berlin einen Preis ausschrieb, wurden nicht von Handwerkern und Arbeitern, sondern von mittleren und höheren Beamten gekauft. Im weiteren Verlaufe seiner mit dem lebhaftesten Beifall der

Versammlung aufgenommenen lebendigen und kritischen Rede sprach Lessing die Vermuthung aus, dass im Verlaufe der neueren Bewegung der Ausdruck „Kunstgewerbe“ vielleicht ganz verschwinde und die Kunst an seine Stelle trete, die sich ja in allen Formen äussere. Was uns dazu aber noch fehlt, sind die Mittelpunkte idealer Anschauung. Staat, Stadt, grosse Korporationen und die gesammte Oeffentlichkeit müssen zusammenstehen, die Kunst zu fördern. Aber nicht dadurch werde sie gefördert, dass man bei einem neuen Gebäude 500 Schlösser statt zu 2 *M* zu 3 *M* nehme; auch darin liege nicht der Schwerpunkt der Frage, ob man für einen Gegenstand 500 oder 5000 *M* ausbe. Wohl aber darin, dass dieser Gegenstand im organischen Zusammenhang mit seinem Zweck stehe, dass man schon bei dem Entwurfe eines Bauwerkes auf die künstlerische Ausschmückung Rücksicht nehme und diese nicht im letzten Augenblicke einem Kunsthandwerker übertrage. Das Gleiche sei der Fall mit andern Aufträgen. Am Kunstgewerbe-Museum bestehe ein Fond von 150 000 *M*, aus welchem für hervorragende kunstgewerbliche Arbeiten, die der Unterrichtsanstalt übertragen werden, zum Zwecke einer höheren künstlerischen Ausbildung Beiträge bewilligt werden können. Die wahre Kunst ist aber nicht blos im Monumentalbau zu suchen, sondern in der zweckentsprechenden künstlerischen Behandlung auch des Kleinsten. In diesem Sinne hat der Staat viel mehr von der Kunst zu erhalten, als die Kunst vom Staate. Denn die Kunst ist eine staats-erhaltende moralische Kraft.

Es war dem folgenden Redner, Hrn. Dir. Dr. P. Jessen, der die Frage erörterte, „Wie ist das Naturstudium für das deutsche Kunstgewerbe zu fördern?“ nicht leicht, sich der überzeugenden Lebendigkeit des Vortrages seines Vorgängers gegenüber zu behaupten, zumal mit einem Thema, das kaum durch Worte erörtert, sondern nur durch Thaten gefördert werden kann; denn der Wege sind viele und alle sind gangbar. „Wir reden alle sehr viel und sehr lange, unterdess aber werden die einzelnen guten Sachen gemacht“; mit diesen Worten, mit welchen der Redner seine im wesentlichen historischen Erörterungen schloss, erfasste er den Schwerpunkt der Angelegenheit. An der Besprechung, die diesem Vortrage folgte, beteiligten sich die Hrn. Kimbel, Lüders, Lessing, Graff, Schultz und der Vorsitzende.

Die vom Kunstgewerbe-Verein in Pforzheim angeregten 3 wichtigen Punkte wurden zum ausführlichen Referat und Korreferat den Vereinen Pforzheim und Hanau zugewiesen und für den nächsten Delegirtentag bestimmt. Ueber die weiteren Veranstaltungen des Kunstgewerbetages, insbesondere auch über den Vortrag des Hrn. Arch. Hoffacker über „die Gestaltung der Berliner Gewerbe-Ausstellung“ glauben wir nicht weiter berichten zu müssen. Ueber den gleichen Vortrag des Redners wurde von uns schon früher ein Bericht gegeben und eine Schilderung der übrigen Veranstaltungen fällt nicht so sehr in den Wirkungskreis unserer Zeitung.

Vermischtes.

Die neue Garnisonkirche in Hannover, die nach den Plänen des Architekten Prof. Chr. Hehl in Charlottenburg errichtet wurde, ist am Sonntag den 7. Juni in feierlicher Weise eingeweiht worden. Die Kirche ist eine 1500 Plätze enthaltende dreischiffige Basilika mit Querschiff und Chorapsis, deren Mittel- und Querschiff mit einer sichtbaren, gemalten Balkendecke überdeckt, deren Seitenschiffe und Chor aber gewölbt sind. Vor das Mittelschiff lagert sich eine Vorhalle, zu deren beiden Seiten sich zwei schlaue viereckige Thürme erheben, die vom 4. Geschoss ab ins Achteck übergehen. Ueber der Vierung sitzt eine achteckige Kuppel. Der Stil des Bauwerkes ist der des strengen deutschen romanischen Stils, dessen möglichste Treue im Aeussern neben einer archaisirenden Formengebung insbesondere auch durch die natürliche Verwendung ausgefugten Bruchsteinmauerwerks zu erreichen versucht und erreicht ist. Die Kirche hat drei Haupteingänge. Das Innere, an Hildesheim erinnernd, zeigt die abwechselnde Verwendung von Pfeilern und Säulen, und hat durch Prof. Schaper eine künstlerische Ausmalung erhalten, die in der Feinheit der Form und der Farbe eine Glanzleistung romanischer Dekorationsmalerei darstellt und sich mit den schönen Bildhauerarbeiten zu einem harmonischen Ganzen glücklich vereinigt. Die Emporen beschränken sich auf zwei schmale Querschiffs-Emporen. Die Kanzel steht am rechten Chorpfeiler, am linken befindet sich die Kaiserloge. Der Altar zeigt einen baldachinartigen Ueberbau, die Orgel tritt bescheiden in eine Orgelnische zurück und entsendet aus dieser volltönende Akkorde in das den Schall gut aufnehmende Haus. Hervorzuheben sind auch die Holzarbeiten der Thüren, des Gestühls und des Orgelprospektes. Die kleinen sechspassförmigen Chorfenster haben farbensatte Glasmalereien erhalten.

Eine II. Klosterausstellung in Stein a. Rh. soll nach dem schönen Erfolge der ersten Ausstellung im vergangenen Jahre in der Zeit von Anfang August bis Mitte Oktober dieses Jahres abgehalten werden. Die Ausstellung findet wiederum in den köstlichen Räumen des Klosters St. Georgen und auf Ver-

anlassung seines Besitzers, des Professors an der Hochschule zu Bern Dr. Ferd. Vetter, der auch der Veranstalter der verflochtenen Ausstellung war, statt. Zur Ausstellung zugelassen sind ausser alten Möbeln und Antiquitäten jeder Art neue Glasmalereien, Gegenstände der Kirchenausstattung, kunstgeschichtliche Verlagswerke, photographische Aufnahmen aus Stadt und Umgebung usw. Es ist beabsichtigt, die Veranstaltung dieser Ausstellungen wennmöglich zu einer dauernden zu machen.

Die Einweihung des neuen Landesgewerbemuseums in Stuttgart hat am Samstag, den 6. Juni in Gegenwart des Königspaares und unter Anwesenheit der beim Bau thätig gewesenen Künstler, der Hrn. Prof. Sk. Neckelmann-Stuttgart, Prof. Ferd. Keller-Karlsruhe, Prof. Gust. Eberlein-Berlin und Prof. Hundrieser-Charlottenburg in feierlicher Weise stattgefunden. Von der Bauleitung waren anwesend die Hrn. Brth. Knoblauch und Reg.-Bmstr. Held. Von den Künstlern wurden einige durch Titel- und Ordensverleihungen ausgezeichnet, über die wir an anderer Stelle berichten. Aus Anlass des Festes ist eine Festschrift: „Das kgl. Württ. Landesgewerbe-Museum in Stuttgart. Festschrift zur Einweihung des neuen Museumsgebäudes. Stuttgart 1896“ erschienen. An die Einweihung des neuen Bauwerkes schloss sich die Eröffnung der Ausstellung für Elektrotechnik und Kunstgewerbe in Stuttgart.

Preisbewerbungen.

Wettbewerb Rathhaus Hannover. In den beteiligten Kreisen ist es aufgefallen und wird mit Recht als eine seitens der städtischen Kollegien beliebte unvollständige Austragung des Wettbewerbes betrachtet, dass von dem ausdrücklichen Vorbehalt der Bedingungen des Wettbewerbes, weitere als die preisgekrönten Entwürfe für je 3000 M anzukaufen, bisher kein Gebrauch gemacht wurde. Sollte ein Versehen des Preisgerichtes hieran die Schuld tragen? In den offiziellen Bekanntmachungen über die Entscheidungen desselben ist von einem Vorschlage zum Ankauf von Entwürfen keine Erwähnung geschehen und doch ist nach unserem Dafürhalten eine Anzahl tüchtiger Entwürfe vorhanden, welche nicht nur die Ehre dieser Auszeichnung verdient hätten, sondern sogar anstelle eines durch seine wenig künstlerische Grundriss- und Aufbau-Entwicklung auffallenden preisgekrönten Entwurfes eines Preises für würdig gehalten werden. Wir verfehlen nicht, die Aufmerksamkeit des wenn auch bereits wieder auseinander gegangenen Preisgerichtes und der städtischen Kollegien auf diese Unterlassung — als das darf man den bemängelten Vorgang bei dem guten Durchschnittswerthe der Entwürfe wohl bezeichnen — hinzulenken.

Bei der Preisbewerbung um eine Synagoge für Dortmund waren 59 Entwürfe eingekommen. Das Preisgericht, in welches anstelle des erkrankten Hrn. Geh. Ober-Reg.-Rths. Persius Hr. Brth. Schmieden-Berlin eingetreten war, hat den ersten Preis (5000 M) dem Entwurfe des kgl. Reg.-Bmstr. Fürstenau in Potsdam, den zweiten Preis (3000 M) den Arch. Höniger & Sedelmeier in Berlin, den dritten Preis (1500 M) dem Arch. G. Neff, Lehrer an der Baugewerkschule in Magdeburg zuerkannt. Die Entwürfe mit den Kennworten „Kuppel“, „Vorhof“, „Elias“ sind zum Ankauf empfohlen worden.

Personal-Nachrichten.

Preussen. Die Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Lottmann in Northeim, Merten in Arnstadt, Herr in Berlin, Middendorf in Erfurt, Borggreve in Marburg, Petri in Berlin, Brunn in Kreuznach und Lohmeyer in Glogau, der Eisenb.-Bauing., Brth. Rizer in Hannover, sowie die Eisenb.-Bauinsp. Herr in Grunewald, Domschke in Berlin, Brüggemann in Breslau, Schmedding in Essen a. d. Ruhr und Falke in Berlin sind zu Regierungs- u. Bauräthen, der Eisenb.-Masch.-Insp., Brth. Meyer in Weissenfels, sowie d. Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Pritzel in Insterburg, Weber in Guben u. Recke in Uelzen zu Eisenbahn-Direktoren mit dem Range der Räte 4. Kl. ernannt.

Versetzt sind: Der Reg.- u. Brth. Hahn in Aachen als Vorst. d. Betr.-Insp. nach Hildesheim, sowie der Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Leonhard in Jülich als Vorst. der Betr.-Insp. I. nach Aachen, Kullmann in Hannover als Vorst. d. Betr.-Insp. nach Jülich und Spannagel in Frankfurt a. M. als Vorstand d. Bauabth. nach Markranstädt.

Der kgl. Reg.-Bmstr. Denkhau in Lemgo ist zum Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. ernannt.

Zu Reg.-Bmstrn. sind ernannt: Die Reg.-Bfhr. Schau aus Gera, Bätge aus Hannover, Schmitz aus Kerpen, Selle aus Freienwalde a. O. und Rosenfeld aus Thorn (Ing.-Bfch.); Engelke aus Hannover und Schmitz aus Sechtem (Masch.-Bfch.).

Der Wasserbauinsp. Paul Koch in Oppeln ist nach Königsberg i. Pr. versetzt. Den kgl. Reg.-Bmstrn. Bürstenbinder in Hamburg u. Winkler in Driesen ist die nachges. Entlass. aus dem Staatsdienste ertheilt.

Dem Priv.-Arch. Laur zu Sigmaringen ist das Ritterkreuz des Ordens der kgl. rumän. Krone verliehen.

Schwarzburg-Sondershausen. Der kgl. preuss. Reg.-Bmstr. Erlandsen in Breslau ist zum Reg.- u. Brth. und zum vortr. Rath im fürstl. Minist. ernannt.

Württemberg. Der Reg.-Bmstr. Schanzenbach bei dem bautechn. Bür. d. Gen.-Dir. d. Staatseisenb. ist zum Abth.-Ing. bei diesem Bür. befördert.

Der städt. Strassenbau-Insp. a. D. Kemmler in Stuttgart u. d. fürstl. Bmstr. a. D. Haug in Oehringen sind gestorben.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Dr. Graf & Co., Chem. Fabr. Berlin-Friedrichsberg. Wir nehmen gerne von der von Ihnen mitgetheilten Nachricht Kenntniss, dass Ihnen der Name „Schuppenpanzerfarbe“ unter No. 15898 durch das kaiserliche Patentamt als Waarenzeichen geschützt worden ist und dass keine andere Fabrik die gleiche oder eine ähnliche Bezeichnung für ihre Materialien verwenden darf. —

Hrn. Stadtbmstr. P. in R. Ihr Verhältniss zur Stadt ist, soviel wir sehen, ein blos vertragsmässiges und die mehrjährige Versehung des Amtes giebt Ihnen noch keinen Anspruch auf Zuertheilung des Pensionsanspruchs. Nur durch eine lange Dauer des Amtes und unter Umständen, welche die Annahme zulassen, dass beiderseits an eine dauernde Beschäftigung gedacht worden ist, könnten Sie die Pensionsberechtigung gewissermassen „er-sitzen“. Wenn die Stadt sich weigert für einen bestimmten Theil der Verwaltung, der nach der Städteordnung von einem „Beamten“ versehen werden muss, einen solchen anzustellen, so giebt es dagegen nur die Beschwerde an den Regierungs-Präsidenten bezw. an die höheren Instanzen: den Oberpräsidenten und den Minister des Innern.

So wenig wie die Projektirung und Leitung des Baues von kommunalen Anlagen und die Thätigkeit als technischer Rathgeber der Baupolizei Ihnen Beamten-Eigenschaft verleihen, ebenso wenig geschieht dies durch die laufende Wahrnehmung baupolizeilicher Revisionen, da Sie bei diesen Geschäften nicht kraft eigenen Amtes und unter eigener Verantwortung in Thätigkeit sind, sondern nur als für einzelne Geschäfte Beauftragter der von der Stadtbehörde wahrzunehmenden Polizeigeschäfte.

Hrn. Archit. B. in Dortmund. Der Ausdruck „Gebäude“ ist ein Relativ-Begriff, der unter Umständen auch auf Zäune an der Grenze und unterirdische Röhrenleitungen Anwendung findet. Im weitesten Sinne genommen umfasst derselbe „Alles, was nach den Regeln der Baukunst aufgeführt ist“. Im engeren Sinne und nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch wird unter Gebäude nur verstanden: ein durch Umfassungsmauern oder Wände umschlossener und gewöhnlich bedachter Raum über der Erde, der ein Behältniss darstellt zum Aufenthalt von Menschen oder Vieh oder zur Aufbewahrung beweglicher Gegenstände. Ein massives Wasserbassin ist hiernach jedenfalls ein Gebäude, ein offenes Zelt aber nicht, und ebenso wenig sind gärtnerische Anlagen Gebäude; eine Gartenmauer wird aber meist als Gebäude angesehen.

Beantwortungen aus dem Leserkreise.

Zu der in No. 44 Hrn. Mrmr. M. C. in B. ertheilten Antwort erlauben wir uns mitzutheilen, dass die Verwendung gewöhnlicher Zementplatten (etwa 30 cem und 4 cm dick), wie wir solche anfertigen, für den Belag in Molkereien nur empfohlen werden kann. Die Festigkeit einer guten Zementplatte ist unbedingt genügend, um noch stärkere Beanspruchungen als in Molkereien vorkommende zu vertragen. Von den vielen Fällen, wo unsere Platten sich starker Beanspruchung gegenüber viele Jahre tadelloso gehalten haben, legen verschiedene Weinkeller und Kellerräume in hiesiger Gegend Zeugnis ab.

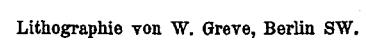
Schwenzow & Co., Cementwaaren-Fabrik in Unkel a. Rh.

Offene Stellen.

Im Anzeigentheile der heut. No. werden zur Beschäftigung gesucht.

a. Reg.-Bmstr. und -Bfhr. Architekten und Ingenieure.
1 besold. Beigeordneter, Reg.-Bmstr. d. d. Oberbürgermstr.-Amt-Mainz; 1 Garnis.-Bmstr. d. d. Garnis.-Bauamt-Lyck. — 1 Reg.-Bfhr. d. d. Stadtbauamt-Altona. — 1 Bauassistent d. d. kgl. Eisenb.-Betr.-Insp. I.-Wesel. — Je 1 Arch. d. d. kgl. Landbauamt-Dresden III.; Arch. Gust. Bühr-Charlottenburg; Arch. E. Schulz-Kottbus; Arch. Jos. Roos-Pforzheim; Arch. Kirstein-Schleswig; Büttner & Co.-Verneuchen; V. 596, Exp. d. Dtsch. Bztg. — Je 1 Ing. d. d. Rath d. Stadt Leipzig; Strassenbau-Dir.-Bremen; Dir. d. vereinig. Schweizer Bahnen-St. Gallen; Stadtbauinsp. Knauft-Kottbus; David Grove-Berlin; J. 584, Exp. d. Dtsch. Bztg. — 1 Eisenkonstrukt. d. E. 580, Exp. d. Dtsch. Bztg. — Je 1 Arch. u. Ing. als Lehrer d. d. Dir. d. Baugew.-Schule-Barmen; Unterrichts-kanzlei-Bremen.

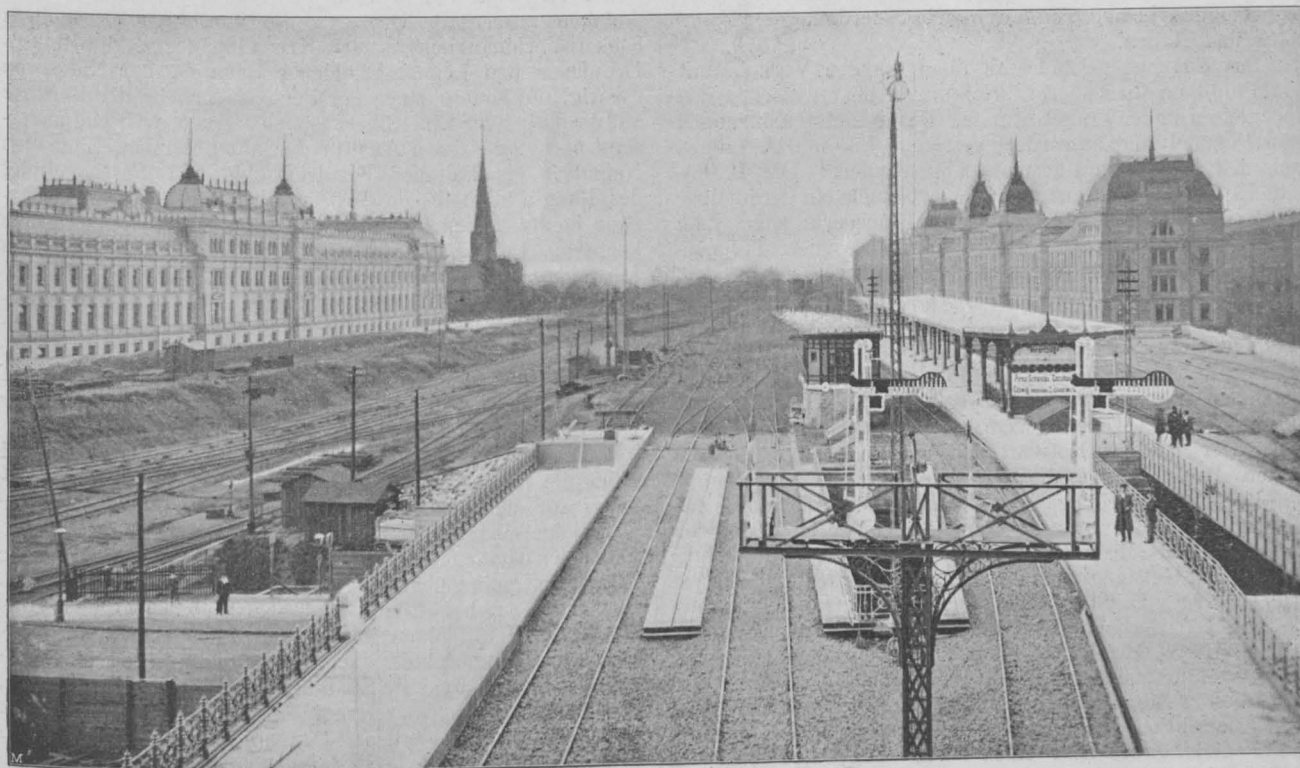
b) Landmesser, Techniker, Zeichner usw.
1 Landmess. d. Reg.-Landmess. Becker-Graudenz. — Je 1 Bfhr. d. d. grossh. Bez.-Bauinsp.-Achern; X. 583, Exp. d. Dtsch. Bztg. — Je 1 Techn. d. d. Stadtbauamt, Abth. I.-Hannover; Stadtbauamt-Elmsborn; Reg.-Bmstr. Hermanns & Riemann-Elberfeld; Reg.-Bmstr. Süssapfel-Osnabrück; Kreisbauinsp. E. Otto-Leer; Arch. Markmann-Dortmund; Arch. de Ball-Torgau; K. 585, P. 590, R. 591, S. 593, Exp. d. Dtsch. Bztg. — 1 Bauaufseher d. d. städt. Hafen-Verwaltg.-Duisburg. — Je 1 Zeichner d. Arch. D. Grove-Berlin; K. 585, T. 594, Exp. d. Dtsch. Bztg.



Berlin, den 13. Juni 1896.

Inhalt: Die Umgestaltung der Bahnanlagen in Dresden (Fortsetzung). — Brückenbauten der Stadt Berlin. — Die wechselnden Schicksale des Bremer

Rathhauses (Schluss). — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.



General-Direktions-Gebäude.

Haupt-Verwaltungs-Gebäude.

Bau des neuen Hauptbahnhofes in Dresden-Altstadt 1895. Blick vom Bahnhof nach Osten.

(Nach einer fotogr. Aufnahme von M. Fischer in Dresden.)

Die Umgestaltung der Bahnanlagen in Dresden.

Fortsetzung. (Hierzu eine Planbeilage).

Der als Beilage mitgetheilte Lageplan giebt in grösserem Maasstabe ein Bild der gesamten geplanten Bahnanlagen in Dresden nach Vollendung des Umbaus. Die dem Personenverkehr dienenden Anlagen sind in roth, die dem Güterverkehr dienenden in blau dargestellt. Bei dem immerhin noch kleinen Maasstabe des Planes war es natürlich nur möglich, die wesentlichsten Gleisgruppen zu kennzeichnen. Ebenso ist bei den einmündenden Bahnen ein Doppelgleis nur durch eine Linie ausgedrückt. Auch die verschiedene Höhenlage der Gleise konnte nicht immer scharf hervorgehoben werden. Es ist daher zu berücksichtigen, dass auf der Stadtbahnstrecke sowohl die Personen- als die Gütergleise hoch liegen, dass dagegen auf den Bahnhöfen im allgemeinen nur die Personengleise gehoben sind, während die dem Güterverkehr dienenden Anlagen in alter Höhe liegen blieben. Die von den durchgehenden Gütergleisen abzweigenden Zuführungsgleise zu den Güterbahnhöfen bzw. dem grossen Rangirbahnhof zeigen im Längenprofil daher mehrfachen Wechsel zwischen Steigen und Fallen.

Im Nachstehenden soll auf die Einzelanlagen etwas näher eingegangen werden.

Der Personen-Hauptbahnhof in Altstadt wird auf dem Gelände des bisherigen Böhmisches Bahnhofes zwischen Bismarck- und Wienerstrasse und zwar mit dem grösseren, westlichen Theile in hoher Lage errichtet. Durch Abschneiden des Fusses der beiderseits des Bahnhofes ansteigenden Böschungen und Ersatz derselben durch hohe und steile Futtermauern konnte der Bahnkörper entsprechend verbreitert werden, um die wesentlich erweiterten Gleisanlagen aufzunehmen. Das Kopfbild in No. 45, welches einen Blick von Westen her auf den im Umbau begriffenen Bahnhof im Frühjahr 1895 giebt, lässt die beträchtliche Verbreiterung an der Südseite deutlich erkennen. In gleicher Weise ist inzwischen auch die Verbreiterung an der Nordseite unter Beseitigung des auf dem Bilde noch sichtbaren alten Empfangsgebäudes erfolgt.

Das Bahnhofsgelände wird durch eine Reihe von Strassenzügen geschnitten, von denen die Prager- bzw. Reichsstrasse die wichtigste Verbindung der inneren Altstadt mit der im Süden liegenden neueren Vorstadt bildet. An dieser Strasse war daher der gegebene Platz für die Anordnung des neuen Empfangsgebäudes.

Der Bahnhof ist eine Verbindung einer Durchgangsstation mit einer Kopfstation. Er ist Durchgangsstation für die von Berlin bzw. Leipzig nach Bodenbach, Tetschen führenden Linien und Kopfstation für die Linie Chemnitz-Dresden-Görlitz sowie für alle in Dresden endigenden Linien. Die Gleise sind dabei derart angeordnet, dass die beiden Personengleise der oben genannten Haupt-Durchgangslinie vor dem Bahnhof auseinander gezogen sind, sodass die Gleise für den Kopfbetrieb dazwischen gelegt werden konnten. Da die Durchgangsgleise auf der Strecke zwischen Neustadt und Altstadt von allen Zügen durchfahren werden, so war die Abzweigung der von dieser Seite kommenden Kopfgleise ohne Kreuzungen möglich. Die früher geschil-derten Gelände-Verhältnisse gestatteten es, nur die Durchgangsgleise zu heben, die Kopfgleise westlich der Prager Strasse dagegen in alter Höhe, d. h. etwa in Höhe der umgebenden Strassen liegen zu lassen. Oestlich der Prager Strasse mussten dagegen auch die Kopfgleise für die Sonderzüge nach Bodenbach mit gehoben werden, da hier die vorhandenen Strassen durchweg tief liegen. Mit Rücksicht auf diese Strassen, welche der vorhandenen dichten Bebauung wegen eine wesentliche Senkung nicht gestatteten, mussten die Durchgangsgleise bis 4,5 m über Strassenhöhe gehoben werden. Um eine Niveaureuzung der Chemnitzer Linie mit den südlichen Hochgleisgruppen bei Einführung in den Hauptbahnhof zu umgehen, war diese an der Kreuzungsstelle noch um 3 m zu senken, was allerdings zur Folge hat, dass die Gleise bis zu den Kopfbahnsteigen um dasselbe Maass wieder ansteigen müssen. Andererseits müssen die von den durchgehenden Hochgleisen abzweigenden westlichen Kopfgleise bis zu den Bahnsteigen entsprechend

fallen. Die Fallstrecken haben eine Steigung von 1:100 erhalten.

Die Anordnung der Gleise auf dem Hauptbahnhofe ist in Abbildg. 3 schematisch dargestellt. Abbildg. 4 zeigt in einem Schnitte die durch die verschiedene Höhenlage der Personengleise bedingte ungewöhnliche Anordnung der Bahnsteige und Hallen.

Das Empfangsgebäude mit allen für den Verkehr mit dem Publikum dienenden Einrichtungen liegt zwischen den Hochgleisen an der Prager Strasse. Durch 2 Unterführungen bezw. Tunnel sind ausserdem getrennte Ein- und Ausgänge nach den beiden Parallelstrassen geschaffen. Die Hauptseite liegt an der Wiener Strasse, wo auch ein geräumiger Vorplatz für Droschken und sonstige Fuhrwerke angeordnet ist. Oestlich der Prager Strasse führen besondere Treppenanlagen zu den Bahnsteigen der Sonderzüge nach Bodenbach empor. Bezüglich der Anordnung des Empfangsgebäudes sei auf die Veröffentlichung der Konkurrenz-Entwürfe im Jahrg. 1892 Dtsch. Bztg. S. 589 u. ff. verwiesen, welcher Pläne der beiden mit dem ersten Preise ausgezeichneten Entwürfe von Brth. Rossbach in Leipzig bzw. den Bauräthen Giese & Weidner in Dresden beigegeben sind. Der letztere Entwurf hat als Grundlage für die weitere Bearbeitung gedient.

Die Niederreissung des alten Empfangsgebäudes, das gleichzeitig die Verwaltungsräume der Generaldirektion der sächs. Staatseisenbahnen enthielt, machte die Ausführung eines neuen Gebäudes für diese Verwaltung nöthig. Ebenso war ein neues Dienstgebäude für die Eisenbahn-Hauptverwaltung erforderlich. Die beiden Bauten wurden an der Wiener- bezw. Strehlemer Strasse dicht neben dem Bahnhof ausgeführt und sind beide in Benutzung. Das Kopfbild dieser Nummer zeigt links das Dienstgebäude der Generaldirektion, rechts das Verwaltungsgebäude. Gleichzeitig giebt dieses Bild einen Blick nach Osten über die südliche Hochgleisgruppe kurz vor deren Inbetriebnahme im Sommer 1895. Links im Vordergrund ist ein Stück der Unterführung der Prager Strasse sichtbar. Dahinter erscheinen die alten, noch in Strassenhöhe liegenden Gleisanlagen.

Trotz wesentlicher Verbreiterung des Bahnhofsgeländes reicht dasselbe doch nicht zur Unterbringung der Nebenanlagen für den Personenverkehr aus. Es ist deshalb auf dem Gebiete des früheren Rangirbahnhofes Altstadt ein besonderer Abstellbahnhof ausgeführt worden, der die gesamten Nebenanlagen für den Personenverkehr in Dresden aufnimmt und mit 5 Gleisen mit dem Hauptbahnhofe in Verbindung gesetzt ist. Diese sind unter den durchgehenden Gütergleisen und südlichen Personengleisen hindurchgeführt an der Stelle, wo die Falkenstrasse über den Personenbahnhof hinweggeführt ist. Es liegen hier also 3 Verkehrslinien über einander. Diese Zuführungsgleise mussten sehr tief eingeschnitten werden, sodass besondere Vorkehrungen zur Entwässerung des Bahnkörpers nöthig wurden. Alle von Dresden auslaufenden Züge werden auf dem Abstellbahnhof zusammengestellt, alle in Dresden endigenden Züge werden zuletzt dorthin übergeführt. Ausserdem wird das Reinigen, Anheizen und Beleuchten der Züge daselbst besorgt und der Postpaket- und Eilgutverkehr dort erledigt. 4 grosse Lokomotivschuppen nehmen die Personenzug-Lokomotiven auf.

Die beiden Personenbahnhöfe Dresden-Neustadt und Haltestelle Wettinerstrasse sind Durchgangsstationen, die in ähnlicher Weise wie die Berliner Stadtbahnstationen Friedrichstrasse und Alexanderplatz angeordnet sind. Gleise und Bahnsteige liegen 6^m über der Strasse, während unter ihnen die Räume für das Publikum, Schalter usw. und die Betriebsräume untergebracht sind. Treppen führen zu den Bahnsteigen empor. Die Pläne für den Personenbahnhof Dresden-Neustadt sind noch nicht endgiltig erledigt. Als Prinzip ist bei denselben die scharfe Trennung nach Richtungen und die Vermeidung aller Kreuzungen in Schienenhöhe maassgebend gewesen.

Die Kosten des Personenbahnhofes Altstadt sind zu 16 267 000 *M* veranschlagt, die des Bahnhofes in Neustadt auf 5 178 500 *M*. Die Verbindungsbahn zwischen beiden mit der Haltestelle Wettinerstrasse erfordert einen Aufwand von 4 165 500 *M* ohne die Kosten für die Elbbrücke.

Der Hauptbahnhof bedeckt eine Fläche von 166 200 *qm*

und enthält eine Gleislänge von 25 500 *m*. Der Neustädter Bahnhof wird etwa 127 900 *qm* Fläche und 21 300 *m* Gleislänge, die Haltestelle Wettinerstrasse 21 100 *qm* und 6500 *m* erhalten.

Fertig sind von den dem Personenverkehr dienenden Anlagen ausserhalb Dresdens die zunächst hergestellten beiden Verbindungen an der Kreuzung der Berlin-Zossen-Dresdener und Leipzig-Dresdener Bahn in der Nähe von Coswig. Es konnte daher der Personenverkehr der Berliner auf die Leipziger Linie übernommen werden, während anderseits nach 2gleisigem Ausbau der alten Berliner Linie von Naundorf bis Bahnhof Friedrichstadt und Fertigstellung des Rangirbahnhofes daselbst im Frühjahr 1894 die Güterzüge beider Linien auf das linke Elbufer abgeleitet werden konnten. Im Jahre 1892 wurden dann die Umbauten am Personen-Hauptbahnhofe begonnen. Hier waren, wie die beiden mitgetheilten Kopfbilder zeigen, die südlichen Hochgleise ausserhalb der alten Bahnhofsanlagen ohne Betriebsstörung ausführbar. Gleichzeitig wurde der Ausbau der Hochbahnstrecke zwischen der Marienbrücke und Bahnhof Altstadt, sowie die allmähliche Hebung der Gleise der Linie Dresden-Bodenbach bis Strehlen ausgeführt.

Diese Arbeiten wurden so gefördert, dass am 18. Juni 1895 die provisorische Ueberleitung des gesamten Verkehrs auf die südliche Hochgleisgruppe erfolgen und der alte Böhmisches Bahnhof geschlossen werden konnte. Die unter den südlichen Hochbahngleisen des Bahnhofes an der Bismarckstrasse gelegenen Räume, die später ausschliesslich für den Betrieb bestimmt sind, wurden vorübergehend als Eingangshallen, Warteräume und zur Abfertigung des Publikums eingerichtet. Da im Frühjahr 1894 der neue Rangirbahnhof Friedrichstadt in Betrieb genommen war, konnten die bisher dem Rangirdienst in Altstadt dienenden Anlagen beseitigt werden. Der an ihrer Stelle errichtete Abstellbahnhof war bereits im Sommer 1895 theilweise fertig und ist inzwischen vollständig hergestellt. Auf dem Hauptbahnhofe sind alle alten Anlagen beseitigt und es ist mit dem Bau des Empfangsgebäudes und der nördlichen Hochgleisgruppe bereits vorgegangen, während die östliche Hochgleisgruppe für den Vorortverkehr ebenfalls fertig ist. Nahezu beendet ist der 4gleisige Umbau der Hochbahnstrecke bis zur Marienbrücke, während die Haltestelle Wettinerstrasse im Ausbau schon weit fortgeschritten ist. Ende 1897 bezw. Anfang 1898 sollen die gesamten Anlagen in Altstadt beendet sein, sodass dann mit dem Umbau in Neustadt begonnen werden kann. Hierbei ist von wesentlichem Nutzen, dass die erweiterten Anlagen in Altstadt eine erhebliche Entlastung des Betriebes in Neustadt gestatten werden. Für den Ausbau des Neustädter Bahnhofes ist eine 3jährige Bauzeit vorgesehen.

Bei der vorbeschriebenen Art der Ausführung ist ein Umbau der gesamten Bahnhofsanlagen ohne wesentliche Betriebsstörung möglich. Der günstige Umstand, dass die südlichen Hochgleise des Hauptbahnhofes neben den alten Anlagen hergestellt werden und sodann provisorisch zur Aufnahme des gesamten Verkehrs dienen konnten, gestattete ausserdem, die provisorischen Anlagen auf ein Mindestmaass zu beschränken. Auch der städtische Verkehr wurde nach Möglichkeit aufrecht erhalten, wenn es hier natürlich auch nicht ohne Sperrungen abging.

Ein sehr wichtiges Glied der neuen Bahnhofsanlagen bildet der gemeinsame Rangirbahnhof Friedrichstadt, da seine Ausbildung maassgebend auf den gesamten Betrieb der übrigen Bahnhöfe einwirkt. Sämmtliche von auswärts kommenden Güterzüge, bezw. diejenigen, welche von den Lokal-Güterbahnhöfen kommen, laufen hier ein. Es können jedoch aus den Güterzügen, welche einen Lokal-Güterbahnhof durchfahren, die für diesen bestimmten Wagen direkt ausgeschieden werden, um so eine mehrfache Bewegung zu vermeiden. Dies gilt namentlich für die von Osten, aus Schlesien kommenden Züge, welche zunächst in den Neustädter Bahnhof einlaufen und dort das für Dresden bestimmte Gut abgeben sollen, damit dieses nicht zweimal über die Elbe transportirt werden muss. Der Rest der Züge fährt dann ebenfalls zum Rangirbahnhof. Für die von Berlin und Leipzig kommenden Güterzüge, welche schon bei Coswig abgelenkt werden, um auf das linke Elbufer und sodann unmittelbar in den Rangirbahnhof zu gelangen, muss eine Ausscheidung der für die Stationen zwischen

Coswig und Dresden-Neustadt bestimmten Güter stattfinden. Zu dem Zwecke ist in Coswig ein besonderer kleiner Vershubbahnhof angelegt.

Für den Einlauf der Züge sind im Rangirbahnhof Friedrichstadt 16 Gleise von je 600^m Länge, also für je 150 Axen ausreichend, vorgesehen, von denen zunächst 11 zur Ausführung gekommen sind. In diese Aufstellungsgleise können gleichzeitig und unabhängig von einander von 4 Richtungen Züge einlaufen. In gleicher Weise und Ausdehnung sind die Abfahrtsgleise angeordnet. Die beiden Gleisgruppen nehmen zusammen den östlichen Theil des Bahnhofs ein.

Die Rangirbewegungen auf dem Vershubbahnhofs finden ausschliesslich vermittle der Schwerkraft statt, ein Verfahren, das in grösserem Umfange zuerst in Sachsen angewendet wurde und sodann seine weitere Ausbildung und Anwendung hauptsächlich in England gefunden hat. Die Dresdener Anlage ist wohl die grösste ihrer Art auf dem Kontinent. Die Vortheile dieses Rangirverfahrens liegen namentlich in der wesentlichen Zeitersparniss, ferner in der geringeren Gefahr für das Bedienungspersonal und schliesslich auch in Ersparniss an Gleislänge.

Die angekommenen Züge werden, nachdem die Wagen soweit nöthig noch die genaue Bezeichnung ihres Bestimmungsortes erhalten haben, durch besondere Lokomotiven über ein unter 1:80 ansteigendes Gleis in die am westlichen Bahnhofsende liegenden 1:100 geneigten Ablaufgleise, 4 an der Zahl, gebracht. Die Gleise sind am Ende zusammengezogen und ein fünftes Gleis gestattet der Lokomotive den Rücklauf. Am unteren Ende der eigentlichen Ablaufgleise liegt eine Kreuzweiche in 13,1^m Höhe über den Einfahrts- und Ausfahrtsgleisen. Hinter dieser Weiche beginnen die beiden Weichenstrassen, von denen die zur Ordnung nach Richtungen dienenden Sortirungsgleise abzweigen. In diese, ebenfalls unter 1:100 geneigten Gleise laufen die an den Ablaufgleisen einzeln losgelassenen Wagen vermittle der Schwerkraft ein. Es sind 23 Sortirungsgleise ausgeführt und weitere 5 vorgesehen. Soweit diese Ordnung nach Richtungen nicht schon für einzelne Linien genügt, findet eine weitere Ordnung nach den Zwischenstationen statt. Im ersteren Falle laufen die sortirten Wagen sofort als fertiger Güterzug nach den Ausfahrtsgleisen, im anderen Falle werden sie mittels sogenannter Gleis-Roste, die zuerst im Rangirbahnhof Edge-Hill bei Liverpool angewendet wurden, nochmals nach den Zwischenstationen geordnet, wobei die Schwerkraft wiederum die bewegende Kraft ist. Diese Gleisroste liegen im mittleren Theile des Bahnhofs. Es lässt sich mit denselben eine Zerlegung nach 32 Stationen ausführen. Die so geordneten Wagen gelangen schliesslich ebenfalls in die Ausfahrtsgleise. Jeder Wagen hat also von den Ablaufgleisen bis zur Ausfahrt eine Höhe von 13,1^m herabzusinken.

Zum Auffangen verlaufener Wagen sind hinter den Rostgleisen, also vor den Ausfahrtsgleisen zwei Sandweichen nach dem Köpcke'schen Patent angeordnet, in ähnlicher Weise, wie sie im Civilingenieur Bd. XXXIX, Heft 1 beschrieben sind. Es liegt neben dem Hauptgleise ein mit diesem durch Eingangs- und Ausgangsweiche verbundenes Nebengleis, dessen Fahrschienen von Schutzschwellen eingefasst sind, die über den Kopf der Schiene hervorragen. Der Zwischenraum zwischen diesen Schutzschwellen ist mit Sand ausgefüllt, sodass also die Fahrschiene vollständig in Sand eingebettet ist. Während der Rangirbewegungen steht die Sandweiche offen, sodass alle etwa entlaufenden Wagen in dieses Gleis abgeleitet und durch den Widerstand des Sandes zum Stillstand gebracht werden. Verfasser hatte Gelegenheit, die rasche Wirkung dieser Gleise zu beobachten.

Ueber das östliche Ende des Rangirbahnhofs hinweg, d. h. über sämmtliche Aufstellungsgleise und sonstige Neben-

gleise, im ganzen 56, ist in 300^m Länge die Walther-Str. übergeführt. Neben dieser Ueberführung liegt das Verwaltungsgebäude und ein besonderer Steg mit Treppenanlagen nach den Aufstellungsgleisen dient für das Zugpersonal. Neben der Waltherstrasse ist auch die Personen-Haltestelle Friedrichstadt angelegt, auf deren Inselbahnsteig man durch eine Treppe von der Strasse hinabgelangt.

Der Rangirbahnhof bedeckt eine Fläche von 544000^{qm} und hat 76700^m Gleislänge. Die Kosten belaufen sich nach dem Anschlage auf 7,95 Mill. *M.* Die grösste Länge beträgt über 2,5^{km}. Der grosse Ablaufdamm liegt an seinem westlichen Ende um 17^m höher als das umgebende Gelände. Zu seiner Herstellung mussten 1,55 Mill. ^{cbm} Boden bewegt werden. Die hierzu nöthigen Massen wurden durch Ausschachtung des zwischen Rangirbahnhof und Elbe im sog. Grossen Gehege gelegenen neuen Verkehrs- und Winterhafens gewonnen. In seiner jetzigen Anlage ist der Rangirbahnhof für die Behandlung von täglich 4000 Wagen ausreichend.

An der Südostseite des Rangirbahnhofs liegen die grossen Lokomotivschuppen, nördlich ist ein Lokal-Güterbahnhof, südlich ein ausgedehnter Werkstätten-Bahnhof angeschlossen. Der Lokal-Güterbahnhof ist durch geringe Vergrösserung des bereits vorhanden gewesenen Güterbahnhofs Friedrichstadt entstanden. Fernere Erweiterung ist vorgesehen, da zu erwarten steht, dass sich dieser Güterbahnhof wegen seiner bequemen Lage einer grösseren Frequenz erfreuen wird.

Für den Werkstätten-Bahnhof ist ebenfalls eine spätere Erweiterung in ausgedehntem Maasse vorgesehen und gesichert durch den Erwerb eines breiten Landstreifens südlich vom Rangirbahnhof, der umfasst wird von dem Lauf der vor Beginn der Bahnhofsbauten verlegten Weisseritz. Diese floss früher längs des Kohlenbahnhofs und der Verbindungsbahn unmittelbar in die Elbe, während sie jetzt soweit westlich verlegt ist, dass sie erst bei dem Dorfe Cotta mündet. Auf den Werkstätten-Bahnhof kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Hervorgehoben sei nur, dass die Anordnung der Gleise so getroffen ist, dass man möglichst mit unmittelbarer Weichenverbindung nach den einzelnen Werkstattgebäuden gelangen kann und dass alle Arbeitsmaschinen elektrischen Antrieb besitzen. Der Bahnhof bedeckt eine Fläche von 192000^{qm} und besitzt 17300^m Gleislänge. Seine Kosten betragen nach dem Anschlage 4,3 Mill. *M.*

Der neue Hafen steht durch ein Verbindungsgleis in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Rangirbahnhof. Das Hafenbecken ist zunächst in einer Länge von 1000^m und einer Breite von 150^m ausgeführt. Es ist jedoch eine spätere Verlängerung nach Osten auf 2000^m bei entsprechend abnehmender Breite vorgesehen. Vorläufig bieten die vorhandenen 2000^m Kailänge Gelegenheit zum gleichzeitigen Löschen und Laden von 45 Schiffen, während im Winter 200 Fahrzeuge aufgenommen werden können. In dem unteren weiteren Theile des Hafens ist der Einbau einer 1000^m langen Zunge geplant, sodass dann schliesslich 6000^m Kailänge gewonnen werden. An der Mündung in die Elbe ist eine Eisenbahnbrücke übergeführt, um auch die Nordseite des Hafens mit Gleisanlagen versehen zu können. Die Ufer sind mit Kaimauern eingefasst. Die Kaiflächen liegen über dem höchsten Hochwasser. Die vorhandenen Krähne besitzen ebenfalls elektrischen Antrieb. Die Verlängerung des Hafengleises ist bis zu den alten Kaianlagen am linken Elbufer an der Marienbrücke geführt, sodass auch die Gleise dort mit dem Rangirbahnhofs in mittelbare Verbindung gesetzt sind. Das Hafengelände hat etwa 327400^{qm} Fläche und 16300^m Gleislänge. Die Kosten sind auf 7,45 Mill. *M.* veranschlagt. Der Hafen hat bereits 1894/95 als Winterhafen gedient.

(Schluss folgt.)

Brückenbauten der Stadt Berlin.*)

Zwischen unserm letzten Berichte und dem heutigen liegen fast 5 Monate, in welcher Zeit, dank dem milden Winter, alles fertiggestellt worden ist, was mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgte Eröffnung der Gewerbe-Ausstellung fertiggestellt werden sollte.

Bereits am 17. Dezbr. v. J. konnte die Oberbaumbrücke dem Verkehre freigegeben werden. Daran schloss sich unmittelbar der Abbruch der hölzernen Nothbrücke, so dass am 1. April

alle Hindernisse für die Schifffahrt beseitigt waren. Die Fortschritte im Aufbau der Türme und der Hochbahn sind dagegen nicht so grosse gewesen, wie man anfangs erwartet hatte, da die Schwierigkeiten in der Herstellung und Lieferung der vielen Ziegelformsteine in dem grossen Klosterformat sich doch grösser erwiesen haben, als zunächst angenommen war. Mit dem

*) Siehe den letzten Bericht in No. 102, Jahrg. 95 d. Bl.

Aufbringen der Eisenkonstruktionen für die Hochbahn ist im Frühling begonnen worden. Es darf zuversichtlich erwartet werden, dass das stolze Bauwerk am 1. Oktober fertig sein wird.

An der Weidendammer Brücke wird eben die Eisenkonstruktion montirt. Seitens der Verwaltung wird daran festgehalten, die gesammten Bauarbeiten bis zum 1. Okt. d. J. zu beenden. Das kunstvolle eiserne Geländer ist der Firma Fabian übertragen worden. Die Brücke erhält elektrische Beleuchtung und eine Holzpflasterung zwecks Minderung der Stösse auf die Eisenkonstruktionen.

Fertiggestellt sind die Gertraudenbrücke bis auf die Figur der heiligen Gertrudis, die nach dem Modell des Hrn. Prof. Siemerling von der Firma Lauchhammer in Bronze gegossen wird, und die v. d. Heydtbrücke. Diese hat als figürlichen Schmuck auf den Endpostamenten von Prof. Herter modellirte Schiffsschnäbel aus Sandstein mit darauf sitzenden Broncefiguren, Neck und Nixe darstellend, erhalten.

Endlich fertiggestellt ist auch die Kurfürsten-Brücke. Die am 9. Mai in Gegenwart der Herren Minister Bosse und Thielen und eines zahlreichen geladenen Publikums von Staatsbeamten, Magistrats-Mitgliedern, Stadtverordneten und Baubeamten stattgehabte feierliche Enthüllung des Denkmals des Grossen Kurfürsten kann als der Schlussakt der gesammten Spree-Regulirung betrachtet werden. Im hinteren Theile des neuen Sockels des Denkmals wurde eine Urkunde vermauert, die folgenden Wortlaut hat:

„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preussen usw., thun hiedurch kund und fügen zu wissen:

Nachdem unter der ruhmgekrönten Führung Unseres in Gott ruhenden Herrn Grossvaters, des Kaisers und Königs Wilhelms des Grossen Majestät, in den Jahren 1870 und 1871 nach heissen und opferreichen Kämpfen in einmüthigem Zusammenhalten der deutschen Fürsten und Stämme der Friede erstritten war, dessen fünfundzwanzigjährige Wiederkehr zu begehen vor kurzem durch Gottes Gnade Uns beschieden gewesen ist, hat sich nicht nur unter dem milden und weisen Regimente des grossen Verewigten das geeinte deutsche Vaterland der Segnungen dieses Friedens während einer langen und glücklichen Reihe von Jahren zu erfreuen gehabt, sondern es ist weiterhin auch Uns, nach dem schmerzlich beklagten frühen Hinscheiden Unseres vielgeliebten Herrn Vaters, des Kaisers und Königs Friedrich III. Majestät, vergönnt gewesen, Unserem Volke und Vaterlande das theure Gut des Friedens bis heute ungestört zu erhalten.

Während dieses fünfundzwanzigjährigen Zeitraumes haben Handel und Wandel einen hochbedeutsamen Aufschwung genommen, die Industrie hat sich zu reichster Blüthe entfaltet und der Wohlstand Unseres Volkes hat sich unter Gottes sichtlichem Segen zu einer bisher unerreichten Höhe gehoben. Der Handelsverkehr insbesondere hat sich in mächtiger Weise entwickelt und sich zumtheil neue Wege gebahnt, zum anderen Theil zur Erweiterung schon vorhandener Wege geführt, welche seinen gesteigerten Anforderungen nicht mehr zu genügen vermochten.

So wurde es auch zur Nothwendigkeit, die bisher bestandene, nur für den Verkehr kleinerer Fahrzeuge geeignete und nunmehr unzulänglich gewordene Verbindung zwischen Elbe und Oder zu einer neuen grossen Schifffahrtsstrasse umzubauen und auszugestalten. In diese neu geschaffene, wichtige und verkehrsreiche Wasserstrasse wurde auch der bisher nicht schiffbare Theil der Spree innerhalb Berlins von der Friedrichsbrücke bis zum Mühlendamm eingefügt. Um aber seiner neuen Bestimmung dienen zu können, war ein Ausbau dieser Flusstrecke durch eine Erweiterung und Vertiefung des alten Spreebettes erforderlich.

Die hiermit verbundenen umfangreichen Wasserbauarbeiten führten die Nothwendigkeit eines Neubaus der von Unserem in Gott ruhenden Ahnherrn, des Königs Friedrich I. Majestät errichteten Kurfürsten-Brücke herbei. Unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin unternahm es, diesen Neubau aus ihren Mitteln und unter Aufsicht Meiner Staatsbehörden in würdiger Weise auszuführen.

Hiermit wurde, nachdem inzwischen seit dem Jahre 1870 die Bevölkerungszahl der Stadt von 800 000 auf mehr als das doppelte angewachsen war, den Anforderungen des in entsprechendem Maasse gesteigerten städtischen Verkehrs, zu dessen Bewältigung die frühere Brücke wegen ihrer beschränkten Breitenabmessungen nicht mehr genügte, durch eine erhebliche Verbreiterung des neuen Bauwerks in ausreichender Weise Rechnung getragen.

Die neue Brücke wurde kurz vor Ablauf des Jahres 1895 dem Verkehr übergeben. Das auf der Kurfürsten-Brücke im Jahre 1703 errichtete Reiterstandbild Unseres erhabenen Ahnherrn, des Grossen Kurfürsten Friedrich Wilhelm, musste bei dem Neubau von seinem bisherigen Standorte entfernt werden. Es wurde auf der neuen Brücke wieder aufgerichtet und erhielt hierbei anstelle seines alten, nicht mehr tauglichen Unterbaues ein neues; in unveränderter Form gestaltetes Marmor-Postament.

Am heutigen Tage wurde von dem wiederhergestellten Standbilde die umhüllende Rüstung entfernt und damit nicht nur die Vollendung des neuen Brückenbaues erreicht, sondern auch das bedeutsame Werk der Wasserstrasse, welche zwei mächtige deutsche Ströme verbindet, welche dem Handelsverkehr einen neuen wichtigen Weg zu erschliessen und dem Wohlstand Unseres Volkes zu dienen bestimmt ist, zum glücklichen Abschluss gebracht.

Dess zum Gedächtniss haben Wir gegenwärtige Urkunde in zwei gleichlautenden Ausfertigungen mit Unserer Allerhöchst-eigenhändigen Namens-Unterschrift vollzogen sowie mit Unserem Königlichen Insignel versehen lassen und befehlen Wir, die eine in den Unterbau des Denkmals niederzulegen, die andere in Unserem Staatsarchive aufzubewahren.“ —

An neuen Berliner Brückenbauten stehen für dieses Jahr in Aussicht: die Bauten der Alsen-, Potsdamer- und der Schöneberger Brücke.

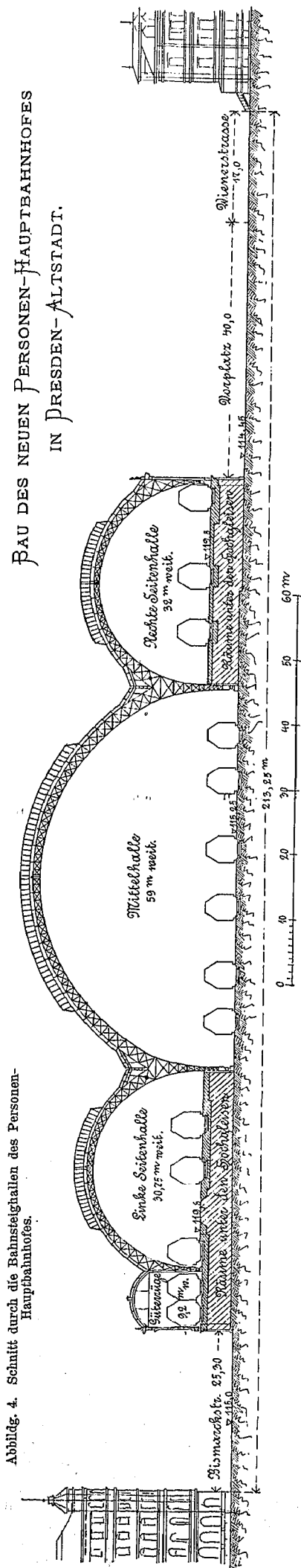
Die wechselnden Schicksale des Bremer Rathhauses.

(Schluss.)

Die in No. 66 d. Bl. durch Hrn. Arch. Joh. Rippe gegebene Schilderung der bisherigen Schicksale des Bremer Rathhauses führt eine beredte und eindringliche Sprache, beredt für alle diejenigen, welche die künftigen Schicksale unserer vaterländischen Baudenkmale einer grossen Zeit mit Theilnahme und Opfersinn verfolgen, eindringlich für alle die, welche es wagen, das durch die Jahrhunderte geheiligte Erbe einer ruhmvollen Vergangenheit aus der deutschen Geschichte anders als in lediglich erhaltendem Sinne anzutasten. So sollte man meinen. Für die Rolandstiftung freilich ist diese Sprache noch nicht eindringlich genug. Sie weist darauf hin, wie es ihr gelungen sei, „den herrlichen Giebel der sogenannten Essigfabrik und den staatlicherseits schon zum Abbruch empfohlenen schönen Erker am Ulenstein vor dem Untergange“ zu retten und wirft sich in die Brust und fragt: „Sollte dieselbe Kommission die so bethätigte Gesinnung verleugnet haben, um gegen das kostbarste Kleinod der Renaissance, das Bremen besitzt, ein Attentat zu planen, das „noch in letzter Stunde“ einen Appell an Senat und Bürgerschaft nothwendig machte?“ Jawohl, „ein Attentat gegen das kostbarste Kleinod der Renaissance, das Bremen besitzt“, welches nicht sehr weit zurückbleibt hinter demjenigen, welches der berühmte Mélae im März des Jahres 1689 gegen das Heidelberger Schloss verübte, nur dass dieses insofern einer gewissen diabolischen Grösse nicht entbehrte, als es der Ausdruck der rücksichtslosen Verfolgung eines bestimmten Zweckes war, während die in Aussicht genommene Zerstörung des geheiligten Eindruckes der Bremer Rathshalle so unendlich klein ist, weil sie für den, der in den Berichten der Kommission für die Rolandstiftung zwischen den Zeilen zu lesen vermag, nichts anderes bedeutet, als das beklagenswerthe Bestreben nach Befriedigung eines in falsche Bahnen geleiteten künstlerischen Ehrgeizes. So wird, was ursprünglich einem entschuldbaren Trieb sein Entstehen verdankt haben mag, zum Attentat und das ist der Fluch der bösen That, dass sie fortzeugend Böses nur gebäret.

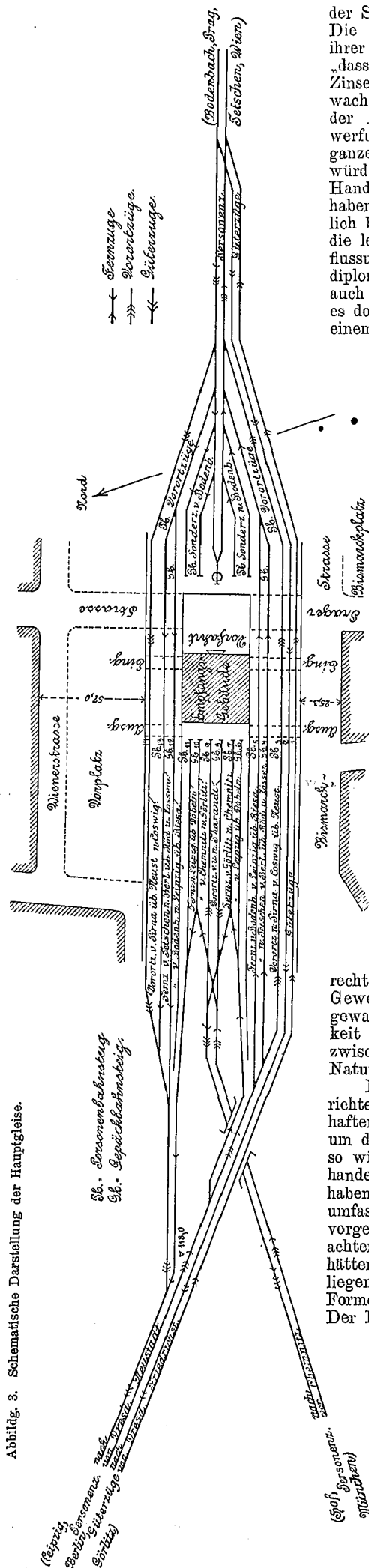
Sehen wir zu, wie es zu dem Attentat — um das Wort der Rolandstiftung festzuhalten — gekommen ist. Wir benützen zu diesem Zwecke eine Eingabe, welche die für die „Aus schmückung“ der Rathshalle eingesetzte Kommission der Rolandstiftung, unterzeichnet von dem stellvertretenden Vorsitzenden Otto Gildemeister und veröffentlicht in den Bremer Nachrichten vom 6. Mai d. J., unter dem 19. März d. J. an den Senat richtete. Die Veranlassung zu der Eingabe war ein Einspruch des Hrn. Prof. Thiersch in München und Genossen, auf den noch zurückzukommen sein wird. Aus dem Rippe'schen Bericht haben die Leser entnommen, dass die Veränderungen und „Verschönerungen“ am Bremer Rathhause bis in die achtziger Jahre dauerten. Die letzte „That“ war die Umrahmung des Loigny-Bildes. Im Winter 1886/86 trat dann die genannte Kommission zuerst der Ausschmückung der Rathhaushalle näher. „Ihr Mitglied, der Architekt Poppe, arbeitete Skizzen dafür aus, die mit Ausnahme einer später auf eingeholten Rath der Sachverständigen getroffenen, allerdings nicht bedeutungslosen Anordnung im allgemeinen dem jetzt Beschlossenen entsprechen, namentlich was den Umfang der geplanten Ausschmückung betrifft.“ Das, was heute noch beabsichtigt ist, stellt demnach eine wesentliche Einschränkung der ursprünglichen Skizzen vor. Wie uferlos müssen danach die ersten Pläne gewesen sein. Am 15. März 1887 suchte die Kommission das Einverständnis zu den Skizzen nach und als dieses gegeben war, beauftragte sie Poppe, gegen ein Honorar von 10 000 M die Einzelzeichnungen für die gesammte Halle anzufertigen. Zugleich überreichte Otto Gildemeister als Ertrag eines Bazar's eine Summe von 80 447,25 M namens des dafür zusammengetretenen Comité's mit der ausdrücklichen Bestimmung, „dass diese Gelder für die Ausschmückung der Rathhaushalle aufgrund der Poppe'schen Pläne bestimmt seien“. Hierzu ist eine Klarstellung nöthig: Ist den Spendern des Bazar's bei Eröffnung desselben die letztere Bedingung bekannt gewesen oder ist sie erst nach dem Ergebniss

BAU DES NEUEN PERSONEN-HAUPTBAHNHOFES
IN DRESDEN-ALTSTADT.



Abbildg. 4. Schnitt durch die Bahnsteighallen des Personen-Hauptbahnhofes.

Abbildg. 3. Schematische Darstellung der Hauptgleise.



der Sammlung durch das Comité festgesetzt worden? Die Kommission stützt sich im weiteren Verlauf ihrer Eingabe auf diese Bedingung mit den Worten: „dass der Kommission das, inzwischen durch die Zinsen per 1. Januar 1896 auf 104 884,65 M angewachsene Kapital ausdrücklich nur zur Verwirklichung der Poppe'schen Pläne anvertraut ist, eine Verwerfung der letzteren also mit einer Verwerfung des ganzen Unternehmens überhaupt gleichbedeutend sein würde. Die Vorlegung neuer Pläne von anderer Hand würde daher nur einen akademischen Charakter haben, wozu die Mittel darzubieten der Staat schwerlich bereit sein würde.“ Abgesehen davon, dass wir die letztere Aeusserung als eine ungehörige Beeinflussung des bremischen Staates und als eine wenig diplomatische Wendung betrachten müssen, wie sie auch anderen Stellen des Berichtes wiederkehren, ist es doch immerhin fraglich, ob nicht der Staat auch einem besseren Plane zustimmen würde und ob nicht „die Verwerfung des ganzen Unternehmens“ dieser bessere Plan ist.

Doch zurück zur geschichtlichen Entwicklung. Am 26. Oktober 1892 bot die Kommission Senat und Bürgerschaft an, das Werk auf ihre Kosten und zum Besten der Stadt auszuführen. Die Baudeputation, an welche die Angelegenheit überwiesen wurde, empfahl die Annahme. Bei dieser Gelegenheit sprach der Oberhandirektor Franzius, bekanntlich ein hervorragender Wasserbauer, das klassische Wort: Wenn auch das Schönheitsbedürfniss sich in Bremen meistens nur selten zur Geltung zu bringen weiss, so ist doch der Wunsch, den trostlosen Zustand der ehrwürdigen Rathshaushalle bald abzustellen und in einen ihrer würdigen umzugestalten, ein so alleseitiger, dass das Vorhaben der Rolandstiftung mit Freuden begrüsst und nach besten Kräften gefördert werden muss.“ Nach solcher Empfehlung wurde die Zustimmung der Bürgerschaft „mit besonderer Befriedigung“ bereits am 19. April 1893 erlangt. Der genehmigte Entwurf bestand in Skizzen und diese waren das Ergebniss von Abänderungs-Vorschlägen, welche die als Sachverständige berufenen Hrn. Brth. Wallot, Geh. Reg.-Rth. Ende und Geh. Hfth. Lübke gegenüber dem zweiten Entwurfe Poppe's machten. Nach der Genehmigung der Entwürfe durch die Bürgerschaft entstand eine Bewegung unter den bremischen Gewerbetreibenden, welche die Herstellung des genehmigten Werkes ausschliesslich durch das bremische Gewerbe wünschten. Wir halten diesen Wunsch für durchaus gerechtfertigt, vorausgesetzt, dass sich das bremische Gewerbe den gestellten Anforderungen in jeder Weise gewachsen zeigen würde. Zum Nachweis dieser Fähigkeit mussten Musterstücke eingeliefert werden. Inzwischen hatte Poppe auch die Einzelzeichnungen in Naturgrösse fertiggestellt.

Nun kam der an Senat und Bürgerschaft gerichtete Münchener Einspruch. Er giebt dem „lebhafte Wunsche“ Ausdruck, „es möge, wo es sich um den Eingriff in ein kunst- und kulturhistorisch so wichtiges Vermächtniss vergangener Jahrhunderte handelt, wie wir es im Bremer Rathhaus überkommen haben, eine Aenderung nur nach eingehendster und umfassendster Prüfung durch bewährte Autoritäten vorgenommen werden.“ Er betont, dass die Gutachter vom 19. Mai 1892 es als unmöglich bezeichnet hätten, „bei dem skizzenhaften Charakter der vorliegenden Entwürfe einen sicheren Schluss auf den Formcharakter und die Detailbildung zu ziehen.“ Der Einspruch fährt fort: „Es ist in Deutschland so viel Schönes und Alterthümliches zerstört worden in der Absicht, Besseres an seine Stelle zu setzen, dass der Wunsch berechtigt erscheint, es möge diese vorliegende Frage nur unter völliger Ausnützung des jetzigen Standes der einschlagenden Wissenschaft gelöst werden. Unter den deutschen Baudenkmalern nimmt das Bremer Rathhaus eine der ersten Stellen ein; nicht nur der Bremer, sondern der Deutsche ist stolz auf dieses Erbe deutscher Kunst und deutschen Bürger-sinnes. Wie der Ruhm Albrecht Dürer's z. B. nicht Nürnberg allein gehört, sondern dem ganzen Vaterlande, so ist auch Bremen

— ideell betrachtet — nicht die Besitzerin des Rathhauses, sondern die Hüterin dieses Kleinodes des deutschen Volkes. Die pietätvolle Art, in welcher in letzter Zeit so manche herrliche Bremer Renaissancebauten gerettet worden sind, in welcher Senat und Bürgerschaft wetteiferten, wenn es sich handelte den altherwürdigen Dom aus langem Verfall neu erstehen zu lassen, oder den Marktplatz zu einheitlicher Vollendung zu gestalten, giebt uns die zuversichtliche Hoffnung, dass es nur dieser Anregung bedurfte, um unsere Bitte zu erfüllen, noch in letzter Stunde ein sachverständiges Urtheil über die detaillirten Zeichnungen einzuholen“. Unterzeichnet ist die Eingabe von den Hrn. Geh. Rth. Dr. W. H. von Riehl, Direktor des bayerischen National-Museums; Geh. Rth. Dr. F. von Reber, Direktor der kgl. bayerischen Staats-Gemäldegalerie und Professor an der technischen Hochschule; Fr. Thiersch, Architekt und Professor; Gabriel Seidl, Architekt und Professor; Rudolf Seitz, Akademie-Professor; Dr. F. von Lenbach; Leopold Gmelin, Professor und Redakteur der Zeitschrift des bayerischen Kunstgewerbe-Vereins; Dr. Georg Hirth, Verleger und Kunstschriftsteller, sämtlich in München; ferner von den Hrn. Carl Schäfer, Ob.-Brth. und Professor in Karlsruhe; Gustav von Bezold, erster Direktor des germanischen Museums in Nürnberg; Johannes Otzen, Geh. Reg.-Rth. und Professor in Berlin; Otto March, kgl. Brth. in Charlottenburg; Prof. Dr. R. Muther-Breslau; Prälat Dr. Schneider-Mainz; Prof. Lichtwark, Direktor der Kunsthalle in Hamburg und Hans Grisebach, Architekt in Berlin. Diese Unterzeichner nennt der Verfasser des Berichtes, als welchen wir uns einen Kollegen, vielleicht Hrn. Poppe selbst vorzustellen haben, da in dem Berichte von „Kollegen“ gesprochen wird, „die die Pläne nie mit Augen gesehen haben“ (woher weiss der Verfasser das?), „eine immerhin nur beschränkte Anzahl von Männern der Wissenschaft und Kunst, die dem Projekte skeptisch gegenüber steht“; es scheint dem Verfasser des Berichtes somit die Wahrheit, dass man die Stimmen wägen müsse und nicht zählen dürfe, noch nicht aufgegangen zu sein. Im übrigen giebt die Kommission der Rolandstiftung die vom Senate geforderte Aeusserung dahin ab, „es sei, unbeirrt durch die Anregung der Eingabe, mit der Ausführung des Werkes dem durch die verfassungsmässigen Beschlüsse vorgezeichneten Geschäftsgange gemäss vorzugehen.“

Dieser Geschäftsgang aber ist der, „dass die vom Architekten Poppe inzwischen fertig gestellten Werkzeichnungen der Baudeputation (!) vorzulegen sind, damit diese ihr Urtheil darüber abgebe, ob sie der gestellten Bedingung, nämlich der Uebereinstimmung mit den genehmigten Detailzeichnungen und der Harmonie mit dem Muster der Güldenammer entsprechen“, also derselben Deputation, die 1893 das Vorhaben der Rolandstiftung „mit Freuden begrüsst“ und erklärte, dass es „nach besten Kräften“ gefördert werden müsse. Man sieht, der Verfasser des Berichtes kennt seine Leute.

Nicht so sicher wie die Rolandstiftung war indessen der Senat. „Angesichts der Zweifel, die von Männern der Wissenschaft und Kunst in verschiedenen Theilen Deutschlands bezüglich des inrede stehenden Projektes geäussert werden und der dadurch erregten öffentlichen Meinung, sowie bei der Bedeutung der Rathhaushalle in künstlerischer und kunstgeschichtlicher Beziehung schien es dem Senate angezeigt, dass ohne Rücksicht auf die bereits erfolgte Genehmigung des Werkes vorab noch eine namhafte und allgemeinen Ansehens geniessende Stelle anzurufen sei, um ihr Urtheil darüber abzugeben, ob die jetzt erhobenen Zweifel begründet sind“. Nun hätte man glauben sollen, dass die Rolandstiftung, die sich doch als so durchdrungen von der Güte ihrer Sache gezeigt hat, diesem unverfänglichen Vorschlage des Senates rückhaltlos zustimmen werde. Nach entschiedener Bekämpfung der Eröffnung des Senates, wobei sie sich mehr auf den formalen als auf einen rein sachlichen Standpunkt stellt, entschliesst sie sich, „im Interesse der Sache äusserstensfalls auch dem vom Senate jetzt in Aussicht genommenen Verfahren sich zu fügen“. Den Weg der Anrufung der preussischen Akademie für Bauwesen, den der Senat vorgeschlagen hatte,

hält die Rolandstiftung für nicht einfach und für verzögerlich. Noch ein anderer Grund bestimmt die Rolandstiftung, dem Senatsvorschlage nicht zuzustimmen. Die Abtheilung Hochbau der Akademie für Bauwesen zählt 38 Mitglieder, „die sich zusammensetzen aus höheren Regierungsbeamten, Architekten, Ingenieuren, Malern, Bildhauern u. a. m. Bei aller Würdigung der ohne weiteres anzunehmenden hohen Befähigung jedes einzelnen derselben in seinem Fache können wir doch das Bedenken nicht unterdrücken, ob ein Beschluss, den eine von Umständen aller Art abhängige zufällige Mehrheit unter einem Kollegium von 38 Herren, noch dazu über eine von ästhetischen, kunsthistorischen und lokal-bremischen Gesichtspunkten beherrschte und dabei vom persönlichen Geschmacke schwer zu trennende Frage (!) fällen werde, die sichere Gewähr biete, die in Rücksicht auf eine für Bremen endgiltig maassgebende Entscheidung beansprucht werden muss.“ Mehr Zutrauen hat die Stiftung zu einer Sachverständigen-Kommission, die, wie in einem früheren Falle, aus den Hrn. Ende und Wallot, sowie zweien bezw. dreien vom Senat zu wählenden Sachverständigen, die jedoch bezeichnender Weise „nicht aus dem Kreise der Unterzeichner der Eingabe“ zu wählen sind. Wir stehen nicht an, diesem wenn auch abgerungenen formellen Entgegenkommen der Rolandstiftung die schuldige Anerkennung zu schenken. Der Senat glaubte aber bei seinem Vorschlage, die Bauakademie zu einem Gutachten zu veranlassen, beharren zu sollen. Nunmehr wurde die Angelegenheit dem Beschlusse der Bremer Bürgerschaft unterworfen, welche dieselbe in ihrer Sitzung am 13. Mai behandelte. Es wird nicht nöthig sein, auf die Verhandlungen näher einzugehen. Die erste Abstimmung blieb mit 52 gegen 52 Stimmen unentschieden; die darauffolgende zweite namentliche Abstimmung ergab mit 55 gegen 53 Stimmen die Annahme des Vorschlages der Rolandstiftung. Wir haben alle Ursache, uns auch dieses Ergebnisses, mit welchem unsere Angabe auf S. 271 berichtet sein möge, herzlich zu freuen und dem Ausgange mit vollem Vertrauen entgegen zu sehen.

Gerne hätten wir gewünscht, dass die Poppe'schen Entwürfe der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten geblieben wären. Bereits in unserer Nummer 35 vom 29. April haben wir den Wunsch einer Veröffentlichung ausgesprochen. Am 1. Mai d. J. hat sich die Schriftleitung der „Zeitschrift des Bayerischen Kunstgewerbe-Vereins zu München“ an die Rolandstiftung mit dem Erbieten gewendet, die Entwürfe Poppe's in der Zeitschrift zu veröffentlichen und sie so der öffentlichen Kritik zu unterstellen. Und wie lautete die Antwort der Stiftung vom 4. Mai? Hr. Poppe habe erklärt, dass „bei dem gegenwärtigen Stande der Sache ihm der Zeitpunkt für die Veröffentlichung nicht geeignet erscheine“. Das ist die schlagendste Selbststrichung, die Hrn. Poppe widerfahren konnte und mit Recht meint die genannte Zeitschrift, Hr. Poppe habe wohl nicht erwogen, „dass er durch diese Ablehnung den Verdacht wachruft, seine Entwürfe hätten das Licht öffentlicher Kritik zu scheuen“. Zehn lange Jahre schon währt die Bearbeitung der Angelegenheit und während dieser langen Zeit hat Hr. Poppe keinen „geeigneten Zeitpunkt“ gefunden, die Oeffentlichkeit mit seinen Absichten bekannt zu machen. Ist da nicht der Zweifel berechtigt, ob er diesen geeigneten Zeitpunkt je in der Zukunft finden werde? —

Was als Bodensatz der langjährigen Behandlung der Angelegenheit der „Aus schmückung“ des Bremer Rathhaussaales übrig geblieben ist, ist ein tiefes künstlerisches Misstrauen gegen die Rolandstiftung und den von ihr gewählten Architekten, ein Misstrauen, welches durch die ängstliche Scheu vor der Oeffentlichkeit erregt und durch die durch sie veranlassten Winkelzüge genährt und erhalten wurde. Es wird für die erwählten Sachverständigen keine leichte Aufgabe sein, vor die sie sich gestellt sehen; es wird auch nicht an eindringlichen Versuchen fehlen, sie der Sache der Rolandstiftung günstig zu stimmen. Aber sie mögen sich des Umstandes bewusst sein, dass sie ihr Votum im Namen und zugunsten unserer schönen alten deutschen Kunst abgeben und die tiefe Verehrung für dieselbe ist es, die uns den Ruf von den Lippen löst: „Landgrafen, werdet hart!“

— y. —

Mittheilungen aus Vereinen.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Wiesbaden (Ortsverein des Mittelrh. Arch.- u. Ing.-Ver.) 6. Versammlung am 28. April d. J. Vors. Hr. Brth. Winter; anwes. 17 Mitgl. und 4 Gäste.

Auf der Tagesordnung stand die Verbandsfrage: Neuregelung der Norm zur Berechnung des architektonischen Honorars, über die Hr. Arch. Euler berichtete. Nach eingehender Erörterung, an der sich die Hrn. Winter, Genzmer, Lang, Euler und Weidmann theilnahmen, wurde beschlossen, dem Mittelrh. (Haupt-) Verein mitzutheilen: „Der Arch.- u. Ing.-Verein zu Wiesbaden schliesst sich im allgemeinen der von der „Vereinigung Berliner Architekten“ ausgesprochenen Ansicht an, dass die zur Zeit gültigen Honorarsätze infolge der in jeder Beziehung gesteigerten Anforderungen, die in der Neuzeit beim Entwurf und der Ausführung eines Baues an den Architekten

gestellt werden, sich als unzureichend erwiesen haben und insbesondere in einzelnen Bauklassen der Erhöhung bedürfen. Wegen der Kürze der bisher zu den Verhandlungen über diese hochwichtige Angelegenheit verfügbaren Zeit ist eine endgiltige Entschliessung oder Stellungnahme des Vereins z. Z. noch nicht möglich; letzterer behält sich diese jedoch vor und wünscht, dass die Verhandlungen über den Gegenstand noch nicht abgeschlossen werden möchten.“

Nach Erledigung einiger weiterer geschäftlicher Angelegenheiten erhält das Wort Hr. Ing. F. Schipper, Dir. der „Gesellschaft für Linde's Bismaschinen“, zu einigen Mittheilungen über „die Erzeugung niederer Temperaturen“:

Bis zu Anfang des verflossenen Jahres war die Herstellung von Temperaturen, die erheblich niedriger als 100° unter Null liegen, nur in Laboratorien durch stufenweise Abkühlung mittels einer Reihe ineinander arbeitender Maschinen verschiedener Systeme möglich. Dieses ausserordentlich umständliche und kostspielige

Verfahren ist nunmehr von Hrn. Prof. Linde in München durch eine genial erdachte und konstruierte Maschine ersetzt, die imstande ist, auf die einfachste Weise jedes Gas flüssig zu machen. Die Wirkungsweise dieser Maschine beruht auf dem früher zwar bekannten, aber nicht weiter beachteten Umstand, dass sich komprimierte Gase bei der Expansion etwas abkühlen. Diese Abkühlung, die z. B. bei der Expansion der atmosphärischen Luft unter gewöhnlicher Temperatur $\frac{1}{4}^{\circ}$ für jede Atmosphäre Druckdifferenz beträgt, nimmt bei niederen Temperaturen der Luft ausserordentlich zu und wird zur allmählichen immer intensiveren Abkühlung der in der Maschine zirkulierenden Luft nutzbar gemacht. Die Maschine besteht im wesentlichen aus einer Kompressionspumpe, einem mit gewöhnlichem Brunnenwasser gespeisten Vorkühlapparat, sowie dem eigenartigen Gegenstromkühler (Wärmeaustauschapparat) und einem Sammelgefäss. Hierzu kommt noch die Rohrleitung, die die vorstehend genannten Apparate verbindet und beim Eintritt zum Sammelgefäss ein Regulirventil besitzt. Die angesaugte Luft wird zuerst durch die Kompressionspumpe auf etwa 100 Atm. komprimiert und die hierbei erzeugte Wärme in dem Vorkühlapparat an das Brunnenwasser abgegeben, so dass die Luft stets mit einer ganz konstanten Temperatur, die nur wenig höher als die des Brunnenwassers ist, in den Gegenstromkühler eintritt. Derselbe besteht hauptsächlich aus zwei ineinanderliegenden spiralförmig gewundenen Röhren, die durch die sorgfältigste Isolierung gegen Kälteverluste nach aussen geschützt sind. Durch die innerste der beiden Röhren gelangt die Luft zum Regulirventil und von da zum Sammelgefäss. Beim Durchströmen des Regulirventils findet infolge der erheblichen Druckverminderung die erwähnte Abkühlung der Luft statt, wobei die in das äussere Rohr des Vorkühlers eintretende Luft zur vollständigen Abkühlung der neuen zum Regulirventil kommenden Luft des inneren Rohres dient. Aus dem äusseren Rohre wird die Luft wieder von dem Kompressor angesaugt, um den gleichen Prozess in der beschriebenen Weise von neuem durchzumachen. Da nun, wie bereits bemerkt, die Temperatur, mit der die Luft in den Gegenstromkühler eintritt, konstant ist und beim jedesmaligen Durchströmen des Regulirventils eine Erniedrigung der Lufttemperatur stattfindet und ferner infolge der ausgezeichneten Konstruktion des Gegenstrom-Apparates der Wärmeaustausch zwischen zuströmender und abströmender Luft ein fast vollkommener ist, so gelangt die Luft mit immer geringerer Temperatur zum Regulirventil. Nachdem so schliesslich die kritische Temperatur von -140° erreicht ist, beginnt beim Austritt in das Sammelgefäss eine theilweise Verflüssigung der Luft. Von diesem Zeitpunkt an, der in mehreren Stunden nach Inangsetzen der Maschine erreicht wird, findet der eigentliche normale Betrieb und die gleichmässige Gewinnung der verflüssigten Luft statt, die schliesslich immer reichlicher kondensiert und eimerweise aus der Maschine herausgelassen werden kann.

Welchen grossen Fortschritt in der praktischen Kältetechnik diese Erfindung darstellt, geht wohl am besten daraus hervor, dass die Gewinnung eines Liters flüssiger Luft bisher mehrere Tausend Mark Kosten verursacht hat, während in Zukunft sich der Herstellungspreis der gleichen Menge der gewonnenen Flüssigkeit nur auf wenige Pfennige stellen wird.

Bei der vorgenommenen Untersuchung der in der Maschine kondensierten Flüssigkeit ergab sich, dass dieselbe aus etwa 56 % Sauerstoff und nur 44 % Stickstoff bestand; es war also das Verhältniss der beiden Bestandtheile der Luft ganz erheblich zugunsten des Sauerstoffes verändert. Dies erklärt sich leicht dadurch, dass die Siedetemperatur des Sauerstoffes für atmosphärischen Druck bei -184° liegt, während die des Stickstoffes -198° beträgt, der erstere also bei gleichem Druck früher flüssig werden muss, als der letztere.

Die aus der Maschine gewonnene flüssige Luft, die sich in dünnen Glasflaschen mit doppelten Wandungen, deren Zwischenraum möglichst luftleer gemacht ist, stundenlang aufbewahren lässt, perlt immerwährend wie Champagner im Glase und ist zuerst vollständig klar, jemeher indessen der zunächst verdampfende Stickstoff verschwindet, je sauerstoffhaltiger also die Flüssigkeit wird, umso mehr zeigt dieselbe eine bläuliche Farbe. Hier findet also die Trennung des Sauerstoffes vom Stickstoff auf rein mechanischem Wege statt. Eine ähnlich konstruierte Linde'sche Maschine bezweckt eine noch rationellere Scheidung dieser beiden Luftbestandtheile in grösserem Maassstabe. Dies wird durch Anwendung einer Maschine aus zwei in entsprechender Wechselwirkung stehenden Gegenstromapparaten erreicht, bei der auf der einen Seite fast reiner Stickstoff, auf der anderen Seite fast reiner Sauerstoff und zwar bei atmosphärischer Pressung und gewöhnlicher Lufttemperatur austritt.

Die sämtlich erzeugte Kälte bleibt in der Maschine. Diese hat fast nur die geringen unvermeidlichen Kälteverluste zu decken. Die Tragweite der aufgrund rein theoretischer Untersuchungen und Erwägungen gemachten Erfindung für die praktische Verwendung lässt sich vorläufig noch garnicht absehen, doch dürften in erster Linie die Bleicherei, Gährungsindustrie, sowie die Metallurgie von der leichten Herstellbarkeit des reinen Sauerstoffes Nutzen ziehen.

Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen an der Hand

grosser Zeichnungen gehaltenen ungemein fesselnden Vortrag, an den sich noch ein längerer Meinungsaustausch knüpfte.

G—z—.

Verein für Eisenbahnkunde in Berlin. In der Sitzung am 12. Mai d. J., in der der Wirkl. Geh. Ob.-Brth. Streckert den Vorsitz führte, sprach Hr. Dir. Wilke von der Aktien-Gesellschaft für Fernsprech-Patente über gleichzeitiges Telephoniren und Telegraphiren auf einem Draht. Das vom Vortragenden erörterte, vom Telegraphen-Ingenieur Müller angegebene System soll nicht, wie die älteren, dem allgemeinen Fernsprechverkehr dienen, sondern ist für die Verwendung im Eisenbahn-Betriebe bestimmt, um, den bestehenden Telegraphenleitungen als billige und einfache Zusatzeinrichtung hinzugefügt, die Ausnutzung der vorhandenen Telegraphenleitungen auch für das Telephoniren von Station zu Station und von der Strecke aus zu ermöglichen. Der Vortragende erläuterte das System an einer Ruhestromlinie des Telegraphen-Betriebes, bei der die Schreibapparate durch Unterbrechen des Stromkreises thätig werden. Um auch während dieser Unterbrechungen durch die Leitung sprechen zu können, ist die Körperschiene mit dem Ruhestrom-Kontakt durch einen Kondensator verbunden, der in üblicher Weise nach dem Prinzip der Leidener Flasche hergestellt ist. Dieser Kondensator lässt wohl die Wechselströme des Telephonbetriebes, nicht aber den Gleichstrom des Telephonbetriebes durch. Der Kondensator macht auch die störenden Geräusche unschädlich, die infolge der beim Öffnen des Schreib-Stromkreises aus den Rabismagneten entstehenden Extraströme in der Sprechleitung entstehen würden. Statt der augenblicklichen Stromunterbrechung tritt eine allmähliche Abschwächung der Stromstärke ein, indem sich der Kondensator bei der Unterbrechung ladet und dadurch den Strom während eines kleinen Zeitraumes noch aufrecht erhält. Der Vortragende erörterte die Einzelheiten des Systems an zeichnerischen Darstellungen und einer kleinen im Saale aufgestellten Versuchslinie genauer.

Hr. Brth. Fischer-Dick eröffnet die Besprechung über den von ihm in der Aprilsitzung gehaltenen Vortrag über die elektrischen Strassenbahnen in Berlin. In Ergänzung seines Vortrages legt er Zeichnungen des in Dresden zur Ausführung gebrachten Tiefzuleitungskauals zur Ansicht vor, der insbesondere die Beibehaltung eines kräftigen haltbaren Oberbaues gestattet, auch die Unterführung des Kanals an jeder Stelle sofort ermöglicht, hingegen die Schwierigkeit der Anordnung von Weichen und Kreuzungen vermehrt. Zu den Kosten des Schlitzkanals für Tiefzuleitungen übergehend, bemerkt der Vortragende unter Nachweisung der Kosten im einzelnen, dass für 1 km Betriebslänge der doppelgleisigen Anlage rd. 300 000 M aufzuwenden seien. Diese ungemein hohen Kosten, verbunden mit den sonst vorhandenen grossen Mängeln und Misständen, werden nach Ansicht des Vortragenden weitere Ausführungen dieser Art des elektrischen Betriebes für die Folge wohl unmöglich machen. Auf Befragen setzt der Vortragende die Umstände des gemischten Betriebes — theils Tiefzuleitung, theils Oberleitung — auseinander und bemerkt dabei, dass die bisher mit dem gemischten System gemachten Erfahrungen recht ungünstig seien. Auf weitere Anfrage, inwieweit etwa ein Verschlammen der Tiefkanäle befürchtet werden könne, führt er aus, dass diese Gefahr namentlich in Berlin nahe liege, wo bei Platzregen infolge Rückstanes in den Kanalisationsleitungen leicht Ueberschwemmungen eintreten würden. In Berlin, wo auf die Strassenreinigung grosse Sorge verwendet wird, ist für die Tiefkanäle die Wahrscheinlichkeit vorhanden, dass der Strassenschmutz zumtheil in die Rillen des Tiefkanals gelangt.

Hr. Prof. Goering giebt seiner Genugthuung darüber Ausdruck, dass die bisherigen Ausführungen von Hochzuleitungs-Anlagen das Bedenken, es möchten derartige Leitungen das Strassenbild verunstalten, wohl endgiltig beseitigt hätten. Hr. Eisenb.-Dir. Bork weist hinsichtlich der Bedenken, die gegen das Abirren der Ströme im Untergrund geltend gemacht werden, darauf hin, dass die Firma Siemens & Halske sich mit Erfolg bemüht habe, die störenden Einflüsse der Ströme auf magnetische Messinstrumente zu beseitigen. Nach einem Vorschlage von Kapp würde es möglich sein, durch ein seitlich neben den Fahr-schienen verlegtes Kabel die irrenden Ströme aus dem Arbeitsbereich der Instrumente fernzuhalten. Die ästhetische Frage der Hochleitungen sei, wie er zustimme, heute ohne Belang. Hr. Fischer-Dick glaubt, dass die vagabundirenden Ströme mit nicht zu erheblichen Kosten unschädlich gemacht werden können, gleichviel ob ihr Einfluss auf Messinstrumente oder Rohrleitungen in Frage stehe. Hr. Dir. Kohlrausch habe seine Ansicht dahin ausgesprochen, dass man die Schienen dann unbedenklich zur Rückleitung des Stromes verwenden könne, wenn man sie in Asphalt bette; in dieser Weise lasse er — der Vortragende — bereits jetzt bei jedem Neubau die Schienen sichern. Hr. Oberstlieut. Buchholtz kommt noch auf die Gefahr von Kurzschlüssen zu sprechen, die beim Bruch von Leitungsdrähten, namentlich auch Telephondrähten, eintreten kann. Hr. Fischer-Dick bemerkt hierzu, dass auch in dieser Beziehung grosse Fortschritte gemacht sind. Während sonst eine Spannung des elektrischen

Stroms von 100 Volt angewendet wurde, erfolge der Betrieb auf den neuen Linien in Berlin mit 300 Volt. Bei einer derartigen Spannung sei jede Lebensgefahr, ausser freilich bei Pferden, ausgeschlossen. Im übrigen habe man Sorge getragen, die Sicherheit gegen herabfallende Drähte durch geeignete Schutzvorkehrungen zu vermehren.

In üblicher Abstimmung wird als einheim. ordentl. Mitglied Hr. Dr. Büttner in den Verein aufgenommen.

Vermischtes.

Auf der 36. Jahresversammlung des deutschen Vereins von Gas-Wasserfachmännern, die in den Tagen vom 16. bis 18. Juni in Berlin stattfindet, werden neben den üblichen Vereinsangelegenheiten und den Berichten der Kommissionen und zwar der Lichtmess- (Dir. Thomas-Zittau), der Gasmesser- (Dir. Wunder-Leipzig), der Gasheiz- (Ing. Körting-Hannover), der Wasserstatistik- (Dir. Thometzek-Bonn), der Wassermesser-Normalien- (Ob.-Ing. Lindley-Frankfurt a. M.) und der Gasöfen- (Dir. Reissner-Berlin) Kommission folgende Vorträge gehalten: „Ueber Entstehung und Ausnutzung der Lichtwellen: Hr. Prof. Dr. W. Wedding-Berlin. Die Entwicklung der Gasanstalten im letzten Jahrzehnt: Hr. Dir. Dr. E. Schilling-München. Das Auerische Gasglühlicht: Hr. Dir. Söhren-Bonn. Ueber die Berechtigung des Gasmotoren-Betriebes für Erzeugung elektrischer Energie: Hr. Ing. Joh. Körting-Hannover. Die neue Gasanstalt in Kassel mit besonderer Berücksichtigung des Betriebes von Öfen mit geeigneten Retorten: Hr. Dir. E. Merz-Kassel. Erfahrungen mit Lade- und Ziehmaschinen auf der Gasanstalt II Charlottenburg: Hr. Ing. G. Schimming-Charlottenburg. Ueber Nebenprodukte und Hilfsstoffe der Gasindustrie: Hr. Hfrth. Dr. H. Bunte-Karlsruhe. Ueber den Einfluss der Wassergewinnungs-Anlagen auf die Bodenfeuchtigkeit: Hr. Ing. O. Smreker-Mannheim. Der Einbau von Ventilen in die Hausleitungen vor den Wassermessern: Hr. Dir. Beer-Berlin. Ueber einige älteste Wasserleitungen und deren Beziehung zu neuesten: Hr. Ing. Giebeler-Berlin. Ueber Kombinations-Wassermesser: Hr. Fr. Lux-Ludwigshafen.

Die Grundsteinlegung zur Erweiterung der Ofener Burg hat anlässlich der ungarischen Milleniumsfeier am 6. Juni durch den König Franz Josef stattgefunden. Der Erweiterungsbau, durch den sich, wie die Ungarn annehmen, der König in sinniger Weise als ersten Bürger seiner ungarischen Hauptstadt betrachtet, wird in einem solchen Umfange durchgeführt, dass der gegenwärtige Theil der Burg nur einen Flügel der zukünftigen Gesamtanlage bilden wird. Die Pläne stammen von Nikolaus Ybl, ausgeführt werden sie durch den Architekten Prof. Hausmann. Der Neubau ist hauptsächlich zur Unterkunft der Erzherzoge und anderer Fürstlichkeiten während ihres Aufenthaltes in Pest bestimmt; die Urkunde bezeichnet ihn als „Unser und Unserer Nachfahren Heim“, das sich an dieser durch geschichtliche Ereignisse geheiligten Stelle erhebe.

Der Besuch der kgl. Technischen Hochschule zu München bezieht sich im Sommersemester 1896 auf 1508 Personen, von welchen 1154 Studierende, 98 Zuhörer und 256 Hospitanten sind. Von diesen kommen auf die allgemeine Abtheilung 93 Stud., 5 Zuh. und 189 Hosp.; in der Ing.-Abth. betragen die entspr. Zahlen 321, 1 und 6; in der Hochbau-Abth. 181, 47, 23; in der mechan.-techn. Abth. 446, 36, 13; in der chem.-techn. Abth. 97, 9, 22; in der landwirthschaftl. Abth. 16, —, 3. 895 Personen sind aus Bayern, 342 aus den übrigen Staaten des deutschen Reiches und 271 aus dem Auslande, vorwiegend aus Oesterreich-Ungarn (67), Russland (70) und der Schweiz (35). Die Hospitanten bestehen der Hauptsache nach aus 122 Studierenden der Universität, 68 Studierenden der thierärztlichen Hochschule und 32 Technikern. Die vorstehenden auf den Gesamtbesuch bezogenen Zahlen bedeuten gegen das Vorjahr eine Zunahme von 143 Studierenden und 53 Hospitanten, dagegen eine Abnahme von 44 Hörern. Die Gesamtzunahme beträgt demnach 152 Personen.

Gratifikationen an Beamte des Dresdener städtischen Hochbauamts. Aus Veranlassung der Vollendung mehrerer bedeutender Hochbau-Ausführungen (des neuen Stadthauses an der Annenstrasse, der Hauptmarkthalle und der neuen Ausstellungshalle) haben die Stadtverordneten Dresdens in einer geheimen Sitzung am 21. Mai beschlossen, Hrn. Stdtbrth. Bräter 12000 M., Hrn. Stdtbmstr. Möbius 5000 M., den Stdtbauinsp. Hrn. Sachse, Louis und Hertzsch je 1800 M., den Arch. Hrn. Schmeil, Krause, Möbius und Umlauf je 500 M., sowie 2 Sekretären 500 bzw. 300 M. als ausserordentliche Zuwendung zu bewilligen. Diese Anerkennung ist um so erfreulicher, als sie nicht nur — wie in anderen Fällen — dem an der Spitze stehenden Beamten, sondern allen an jenen Bauten mitbetheiligten Kräften zu theil geworden ist. Dass sie von einem gewissen Theile der Dresdener Presse in abfälliger Weise besprochen wird, darf freilich nicht Wunder nehmen.

Hierzu eine Planbeilage: Die Umgestaltung der Bahnanlagen in Dresden.

Preisbewerbungen.

Bismarck-Denkmal am Starnberger See. Zu der Notiz in No. 45 geht uns die Mittheilung zu, dass der Vorstand des Bismarck-Vereins bereits vor mehreren Tagen den Konkurrenten von dem Beschluss Nachricht gegeben hat, ein Ehrenhonorar von 500 M. auszuzahlen, zugleich mit der Aushändigung dieser Summe.

Das Preisausschreiben um Entwürfe für eine evangelisch-lutherische Kirche in Kiel, das am 15. Mai fällig war, ist von 33 Entwürfen beschiedt worden. Unter ihnen erhielt den ersten Preis von 2500 M. (s. S. 84) der Entwurf des Hrn. Fern. Lorenzen in Hamburg; den zweiten Preis von 1500 M. der des Hrn. J. Kröger in Berlin und den dritten Preis von 1000 M. der Entwurf des Hrn. K. Voss in Kiel. Die Entwürfe der Hrn. D. Tölken in Bremen und Bischoff u. Kunze in Karlsruhe wurden zum Ankauf empfohlen.

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Die Erlaubniss zur Anleg. der ihnen verl. Orden ist ertheilt und zwar: des Kommandeurekreuzes des kgl. niederl. Ordens von Oranien-Nassau d. Brth. Schneider, vortr. Rath im Minist. d. öffentl. Arb.; des Offizierkreuzes dess. Ordens dem Reg.- u. Brth. Dörner in Leipzig.

Der techn. Hilfsarb. Glafey im kais. Patentamt ist z. kais. Reg.-Rath u. z. Mitgl. d. Patentamts ernannt.

Baden. Dem Prof. Ferd. Keller a. d. Akademie d. bild. Künste in Karlsruhe ist das Komthurkreuz d. Ordens d. württemb. Krone verliehen; dem Reg.-Bmstr. K. Schmidt in Mannheim die nachges. Entlassung aus d. Staatsdienst ertheilt.

Württemberg. Dem Prof. Neckelmann an d. techn. Hochschule in Stuttgart ist das Ritterkreuz des Ordens der württemb. Krone verliehen.

Der kgl. Reg.-Bmstr. Held in Stuttgart ist zum Bauinsp. ernannt.

Der Ing. Fritz Knorr aus Ulm ist gestorben.

Brief- und Fragekasten.

Wettbewerb Rathhaus Hannover. Wir haben die Absicht, mit der Besprechung des vorgenannten Wettbewerbes eine Abbildung eines Grundrisses sowie einer perspektivischen Ansicht des Entwurfes mit dem Kennzeichen eines weissen Hasen im blauen Wappenfeld zu verbinden und erlauben uns, den uns unbekannten Verfasser im Falle seines Einverständnisses zu bitten, dieses unmittelbar an Hrn. Photographen Georg Alpers jr., Hannover, Heinrichstr. 63, berichten zu wollen. —

Hrn. Ingen. H. R. in G. Sonderschriften über Dükanalanlagen in Kanalisationswerken sind uns nicht bekannt. Das Wissenswerthe zur Sache finden Sie u. a. in Baumeister, Städtisches Staats-Strassenwesen und Städtereinigung, Berlin, und im Handbuch der Ingenieur-Wissenschaften, Bd. 8.

Frageantwortungen aus dem Leserkreise.

Hrn. G. K. in W. Ich verwende seit längerer Zeit mit gutem Erfolg die Kessler'schen Fluats. Insbesondere geschieht dies bei Zementarbeiten, um die im Zement enthaltenen, Sandstein und Gipsstück zerstörenden Alkalien zu neutralisiren, auch um Zement für den sofortigen Anstrich mit Oelfarbe zu präpariren. Ich möchte dringendst davon abrathen, Zementgewölbe an Sandstein anstossen zu lassen oder zu stücken, ohne vorher den Zementgrund mittels Fluaten so zu präpariren, bis er sauer reagirt. Tränkt man Zementbelag bis zur Sättigung mit Fluaten, so wird er sogar von konzentrirten Säuren nicht angegriffen.

Es kann nicht oft genug davor gewarnt werden, Zementflächen mit schwacher Salzsäurelösung abzuwaschen. Hierdurch wird die Wirkung der Alkalien im Zement nur auf kurze Zeit unschädlich gemacht, dahingegen aber der Zementgrund mehr oder weniger zerstört. Allerdings erfordert die Behandlung mit Kessler'schen Fluaten eine gewisse Übung und man sollte solche Arbeiten nur geschulten und zuverlässigen Arbeitern anvertrauen. Insoweit mir bekannt ist, wurde das Fluatiren von Zementflächen in grösserem Umfange beim Bau des Kaiserin-Augusta-Bades in Baden-Baden und im grossh. Palais in Darmstadt mit bestem Erfolge angewendet. Arch. Z. in M.

Auf die in No. 39 enthaltene Anfrage gestatten wir uns höflich zu bemerken, dass zum Wetterbeständigmachen die betreffenden Dachziegelsteine mit einem braunrothen Erdfarbenanstrich, der mit Testalin No. I. aufgetragen wird, zu versehen sind, welcher dann mit Testalin-Lösung No. II. fixirt wird. Nähere Auskunft ertheilen wir gern.

Hartmann & Hauers in Hannover.

Anfragen an den Leserkreis.

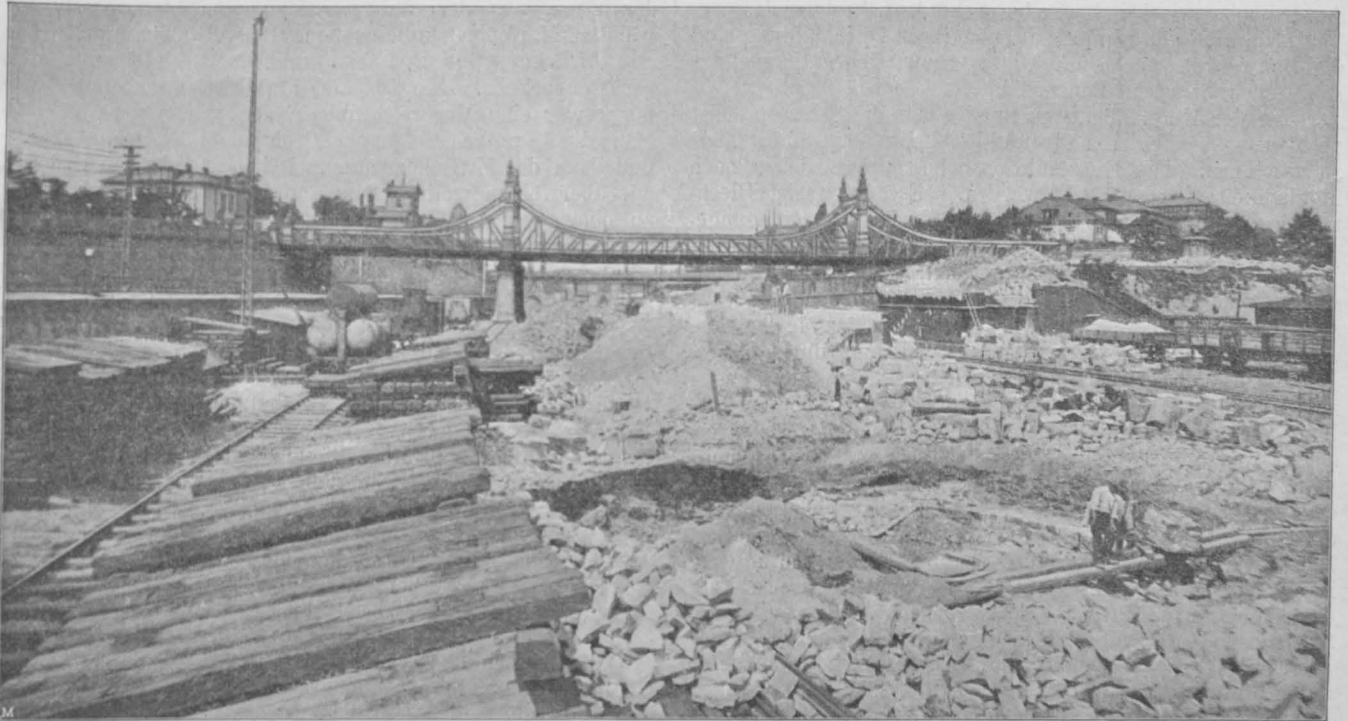
Es wird um Mittheilung von Erfahrungen über die bewährtesten Arten von Zementdachplatten und insonderheit über Erfahrungen mit Thormann's Zementdachplatten (D. R. P. 49238) ersucht.

H. Sch. in Barmen.

Berlin, den 17. Juni 1896.

Inhalt: Die Umgestaltung der Bahnanlagen in Dresden (Schluss). — Der Wettbewerb um Entwürfe für ein neues Rathaus in Hannover. — Mit-

theilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.



Neue Ueberführung der Kohlschütter-Strasse.
Bau des neuen Hauptbahnhofes in Dresden-Altstadt 1895. Blick vom Bahnhof nach Westen.
(Nach einer fotogr. Aufnahme von M. Fischer in Dresden.)

Die Umgestaltung der Bahnanlagen in Dresden.

(Schluss.)



ie gesamten Bahnanlagen in der Stadt einschl. der alten Kaianlagen werden eine Fläche von rd. 215 ha, d. i. etwa 8% des Stadtgebietes, bedecken und über 270 km Gleislänge besitzen.

Zur Beleuchtung dieses Gebietes ist am nordwestlichen Ende des Rangirbahnhofes Friedrichstadt zwischen dem Bahnhof, dem sog. Flügelweg und dem nach dem Hafen abzweigenden Gleise ein besonderes Elektrizitätswerk von der Firma Siemens & Halske mit einem Kostenaufwande von etwa 1 $\frac{3}{4}$ Mill. M. einschl. der Maschinen ausgeführt. Dies Werk versorgt die gesamten Anlagen mit Licht und treibt ausserdem in dem Werkstätten-Bahnhof eine grosse Zahl von Motoren und ebenso Krahne im Hafen und Fahrstühle in den Personenbahnhöfen. Es sind vorläufig 4 Maschinen von je 300 P. S. aufgestellt, es ist aber noch eine Vermehrung um 600 P. S. vorgesehen. Auf den Kurbeln dieser Maschinen sitzen Drehstrom-Maschinen, von denen jede bei 150 Volt Spannung unter normalen Verhältnissen 200 Kilowatt leistet. Durch 9 Transformatoren wird die niedrige Maschinenspannung in eine solche von 3118 Volt verwandelt und sodann an die blanken Fernleitungen abgegeben. Diese Fernleitungen zerfallen in 3 Hauptgruppen, von denen eine den Werkstätten-Bahnhof, eine den Hafen und die dritte das gesammte übrige Gebiet versorgt. Jedes der Gebiete, von denen das letzte noch in die drei Abtheilungen des Altstädter, Neustädter und Friedrichstädter Bahnhofs getheilt ist, hat zwei von einander unabhängige Zuleitungen. Unter den Hochspannungsleitungen ist ein Schutznetz aus starken Drähten ausgespannt, um etwa herabfallende Drähte aufzufangen, über denselben ist ein besonderer Blitzschutzdraht geführt. Das Leitungsnetz einschliesslich der an den Versorgungsstellen aufgestellten Transformatoren, welche die Hochspannung wieder in eine Niederspannung umsetzen, ist von der Gesellschaft Helios in Köln ausgeführt und übertrifft in seinen Herstellungskosten noch die Zentralstation. Die Anlage ist seit Mitte vorigen Jahres auf 4 Maschinen ausgebaut; es werden aber noch Jahre vergehen, bis sie entsprechend dem Fortschritt der Bahnhofsanlagen in vollem

Umfange ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt wird. Nähere Angaben finden sich in der „Elektrotechnischen Zeitschrift“ 1895, Heft 27 und 28.

Die Ausführung der neuen Bahnanlagen hat natürlich eine ganze Reihe interessanter Bauwerke nothwendig gemacht, unter denen die Baulichkeiten des Personen-Hauptbahnhofes in Altstadt bezw. die neue 4gleisige Elbbrücke an erster Stelle stehen.

In No. 48 ist die allgemeine Anordnung des Personenbahnhofes in Altstadt im Grundriss und Querschnitt dargestellt. Die grosse Mittelhalle, welche die westlichen, tief gelegenen Kopfgleise überdeckt, hat eine Spannweite von 59 m, übertrifft also z. B. diejenige der Halle in Frankfurt a. M. noch um 3 m. Während sich dort aber 3 gleiche Hallen neben einander legen, besitzt hier die nördliche Halle nur 32, die südliche nur 30,75 m Spannweite. An der Südseite schliesst sich dann noch eine seitlich offene Halle von 9,2 m Lichtweite für die beiden Gütergleise an. Abbildg. 5 (S. 313) giebt einen Einblick in die südliche Seitenhalle von Osten her, kurz vor der Eröffnung im Juni v. J. Die Hallenbinder sind als Bogenträger mit 3 Gelenken ausgeführt. Die Kämpfergelenke sind dabei durch Bolzen, die Scheitelgelenke durch federnde Winkel gebildet. Abbildg. 6 giebt eine Ansicht des östlichen Kopfendes der südlichen Seitenhalle, Abbildg. 7 die Aussenansicht der Südhalle. Der Architekt hat hier die Hallenkonstruktion durch eine in Eisen ausgeführte Fassade verdeckt, welche in ihren Formen die Steinarchitektur des Unterbaues nachahmt. Verwiesen sei schliesslich noch auf das Kopfbild in No. 45, welches die südliche Seitenhalle im Hintergrunde zeigt und die Grössenverhältnisse im Vergleich zu der Umgebung erkennen lässt. Unter den Hochgleisen der beiden Seitenhallen sind Diensträume bezw. Läden und Restaurationen angeordnet, deren Decken von genieteten Trägern und Hängeblechen gebildet werden. Genietete Säulen dienen als Stützen. Besondere Sorgfalt ist auf die wasserdichte Abdeckung unter den Gleisen verwendet, die durch mehrfache Lagen von Asphaltfilz und Asphaltbeton erreicht ist. Die überdeckten Bahnsteige sind mit Gussasphalt, die offen-

liegenden mit Platten aus Stampfasphalt abgedeckt, die in heissem Asphalt verlegt und damit vergossen werden.

Der Unterbau der Hochgleise ist nur an den Stationen in Einzelstützen aufgelöst, an welchen es darauf ankam, Betriebsräume usw. zu gewinnen. Im übrigen sind nur Stützmauern mit zwischen liegender Schüttung hergestellt.

Zahlreich und mannichfaltig in ihrer Durchbildung sind die Bauwerke, welche zur Unter- bzw. Ueberführung der städtischen Strassen dienen.

An den Unterführungen musste man die Strassen meist noch etwas senken, um die nöthige lichte Durchfahrthöhe zu gewinnen. Die Konstruktionshöhe musste daher nach Möglichkeit eingeschränkt werden. Es sind meist Blechträger auf 2 an den Bordkanten stehenden Stützen angeordnet. Die Träger sind dabei theils kontinuierlich und mit Verankerung der Enden ausgeführt, wie z. B. bei der grossen Unterführung der Prager Strasse neben dem Personen-Hauptbahnhof, theils wurden sie dicht vor den Stützen durchschnitten. Die kurzen Enden sind dann durch Federgelenke mit den mittleren Trägern verbunden. Bei einzelnen Brücken, so bei der Unterführung der Löbtauer Str. kurz vor dem östlichen Ende des Rangirbahnhofes Friedrichstadt, sind die Träger in 3 vollständig getrennte Theile mit zentraler Lagerung über den Stützen aufgelöst. Bei der genannten Unterführung wurden die beiden Stützen als Gitterpfeiler ausgebildet, während sie bei den meisten Bauwerken aus gusseisernen Säulen mit oberem und unterem Kugelgelenk bestehen. Die Gelenke sind in diesem Falle durch dekorative Zuthaten meist verdeckt. Nur an einigen Stellen sind die Stützen als schmiedeiserne Pfeiler mit kastenförmigem Querschnitt ausgestattet, welche die Gelenke unverhüllt zeigen. Die Fahrbahn ist mit Buckelplatten abgedeckt. Auf gefällige Erscheinung der Bauwerke, namentlich an den belebteren Strassen, ist besonderer Werth gelegt.

Der hohe Damm des Rangirkopfes am westlichen Ende des Rangir- und Güterbahnhofes Friedrichstadt gestattete die Ausführung einiger massiven Unterführungen, die vollständig in Beton hergestellt wurden. So ist der von der Hamburger Strasse nach dem Dorfe Cotta abzweigende Flügelweg mit einer Wölbung von 17^m Lichtweite und 9^m lichter Höhe überspannt und die verlegte Weisseritz mit einer solchen von 18^m Weite und 12^m Höhe. Bei beiden liegt über dem Gewölbescheitel noch je 6^m Dammschüttung. Die Bauwerke sind einschliesslich der Ansichtflächen vollständig in Beton hergestellt. Für das letztere Bauwerk waren 6000 cbm Beton erforderlich. Die Ausführung nahm nur 3 Monate in Anspruch (vgl. D. Bztg. No. 24 d. J., S. 155).

Ueber den breiten Gleisgruppen der Rangir- und Güterbahnhöfe sind einzelne Strassen überführt. Ebenso gestatteten die Gelände-Verhältnisse ein gleiches Vorgehen zwischen dem neuen Hauptbahnhof Altstadt und der Abzweigung nach dem Abstellbahnhof. Es sind hier 3 Brücken erbaut im Zuge der Kohlschütter-, Chemnitzer- und Falkenstrasse. Diese besitzen alle 3 Spannungen mit Zwischenstützen entsprechend der Dreitheilung der Bahnhofsgleise in 2 höher liegende und 1 tief liegende Gruppe. Die Ueberführung der Falkenstrasse zeigt seitlich Blechträger auf Pendelstützen und im mittleren Theile auf massiven Zwischenpfeilern einen Parabelträger mit doppeltem Netzwerk. Die Fahrbahnplatte ist aus Zoréseisen hergestellt. Die Ueberführung der Chemnitzer Strasse ruht nur auf Pendelstützen, die Träger sind als kontinuierliche Parallelträger ausgebildet, die Fahrbahn liegt in der Mitte. Am gefälligsten ist die dem Bahnhofs zunächst gelegene Ueberführung der Kohlschütter Strasse, die hohe Brücke, ausgeführt. Sie ist anstelle des alten gewölbten Bauwerkes getreten, das in dem Kopfbild der No. 45 im Vordergrund erscheint. Das Kopfbild der vorliegenden Nummer zeigt dagegen die neue Brücke, deren über der Fahrbahn liegende Hauptträger als Kragträger ausgebildet sind. Schmiedeiserne Portale verbinden die beiden Hauptträger über den massiven Zwischenpfeilern. Der mittlere Trägertheil ist ähnlich wie bei der Forth-Brücke mit Pendelstützen in den kastenförmigen Endvertikalen der Kragarme aufgehängt. Die Fahrbahnplatte ist aus Buckelplatten hergestellt. Die Bürgersteige sind auf Konsolen ausgekragt. Sie entwässern, ebenso wie bei den anderen Ueberführungen nach aussen in Rinnen, die an den Konsolen aufgehängt und an den Brückenenden in die Abfallrohre der Rinnsteine eingeführt

sind. Die Abdeckung ist mit Stampfasphaltplatten erfolgt, die in heissem Asphalt verlegt wurden, genau wie bei den freiliegenden Bahnsteigen des Hauptbahnhofes.

Für die viergleisige Verbindung der Altstadt mit der Neustadt wird in einem mittleren Abstände von 55^m von der alten, aus dem Jahre 1852 stammenden massiv gewölbten Marienbrücke eine neue Brücke ausgeführt. Die alte Brücke trägt 2 Gleise und dient gleichzeitig dem Strassenverkehr. Sie ist auf Pfahlrost gegründet. Anfangs war eine Verbreiterung in der Weise geplant, dass man dicht unterhalb pneumatisch neue Pfeiler absenken und dann den Zwischenraum zwischen den beiden Brücken mit überwölben wollte. Man entschloss sich jedoch später zu einem ganz selbständigen Bauwerke, umso mehr, als es wünschenswerth erschien, die alte Brücke dem gesteigerten Verkehrsbedürfnisse entsprechend in voller Breite für den Strassenverkehr auszunutzen.

Für die Pfeilerstellung der neuen Brücke ist die alte insofern maassgebend gewesen, als man mit Rücksicht auf Hochwasserabführung und Eisgang die neuen Pfeiler genau in die Axe der alten gestellt hat. Statt der 7 Stromöffnungen hat man jedoch nur deren 4 angeordnet, von denen 3 von Mitte zu Mitte Pfeiler 65,75^m messen, während die vierte am linken Ufer kleiner ist und noch einen Theil der Uferstrasse mit überspannt. An diese grossen Oeffnungen schliesst sich wie bei der alten Brücke der Inundationsviadukt am linken Ufer, der mit 5 Oeffnungen das von Hochwasser überfluthete Vorland überschreitet. Er liegt in einer Kurve von 300^m Halbmesser und besitzt 4 Oeffnungen von je 31,5^m mittlerer Weite und eine Oeffnung von 15^m im Anschluss an den Bahndamm. Am rechten Ufer schliesst sich noch eine kleinere Oeffnung an, unter welcher die Hafengleise der Kaianlagen daselbst hindurch geführt sind. Der Inundationsviadukt ist massiv und zwar vollständig in Beton mit Sandstein-Verblendung der Stirnen ausgeführt, während die Strombrücke einschliesslich der Oeffnung am rechten Ufer in Eisen hergestellt werden soll. Die Hauptträger, 5 an der Zahl, sind als kontinuierliche Bögen mit doppeltem Netzwerk konstruirt, welche durch die als Dreigelenkträger ausgebildete, künstlich belastete kleine Oeffnung am rechten Ufer derart in Spannung versetzt werden, dass der durch das Eigengewicht entstehende Horizontalschub nahezu aufgehoben wird. Es ist also hier ein ähnliches Prinzip durchgeführt, wie es Köpcke zuerst bei der Rieser Elbbrücke verwendet hat, bei welcher die im Untergurt der als Balkenträger konstruirten Hauptträger auftretenden Zugspannungen durch eine mit belasteten Hebeln erzeugte Pressung aufgehoben werden.

Die Belastungsträger des dritten Gelenkbogens sind natürlich getrennt von den die Gleise tragenden Hauptträgern angeordnet, da sie zu starke Auf- und Abwärtsbewegungen zu machen haben. Trotzdem wird einschliesslich der zur künstlichen Belastung nöthigen Eisenbarren noch eine erhebliche Materialersparniss gegenüber einer gewöhnlichen Bogenbrücke erzielt.

Die Fahrbahnplatte der Strombrücke wird aus Buckelplatten gebildet, auf denen eine dünne Kiesschicht ruht, die jedoch nur schalldämpfend wirken soll. Die Gleise liegen nicht in Bettung, sondern auf besonderen Schienenträgern. Die Eisenkonstruktion war im Anfang April d. J. fertig entworfen und sollte demnächst vergeben werden. Fertig gestellt waren bereits im Herbst 1895 die von Harkort pneumatisch gegründeten Strompfeiler.

Der etwa 200^m lange Inundations-Viadukt ist, abgesehen von der in Sandstein hergestellten Stirnverblendung, durch die Firma Dyckerhoff & Widmann vollständig in Stampfbeton ausgeführt und zwar von der unmittelbar auf dem scharfen Kies ruhenden Fundamentsohle bis zum Hauptgesims. Die Bögen besitzen Scheitel- und Kämpfergelenke aus Stampfbetonquadern, die sich mit gekrümmten Flächen aufeinander abrollen können. Es ist diese Konstruktion zuerst von Köpcke ausgeführt (vergl. Hannöversche Zeitschrift 1888), ebenso wie von ihm überhaupt die Anregung zur Anwendung von 3 Gelenken bei Bogen- bzw. Hängebrücken ausgegangen ist (Hannöversche Ztschrift. 1860). Die Gelenke bleiben hier unvergossen und auch in der Ueberschüttung und in den Stirnmauern setzt sich über den Kämpfergelenken eine offene Fuge fort, die im unteren Theile der Stirn übrigens mit weichem Kalk-

mörtel, im oberen nur durch Asphalt-Filzeinlage ausgefüllt ist. Die Beweglichkeit bleibt also dauernd erhalten. Um trotz der Krümmung des Viaduktes die mittleren Gewölbe theile gerade ausführen zu können, haben einerseits die Pfeiler keilförmige Gestalt erhalten und andererseits sind die untersten Gewölbe theile bis zu den Kämpferquadern windschief hergestellt. Die Gelenkquader sind im Mischungsverhältniss von 1 Theil Portlandzement auf $2\frac{1}{2}$ Th. Sand auf $2\frac{1}{2}$ Th. Steinschlag von Syenit ausgeführt und enthalten einen festeren Kern von $1:1:1\frac{1}{4}$. Sie wurden erst ein Jahr nach der Herstellung verwendet. Die Berührungsflächen der Kämpfersteine haben 14–20 cm Breite. Nach den Mittheilungen in der Dtsch. Bztg. 1896, No. 24 S. 155 haben die Gelenke bei voller Betriebslast auf allen 4 Gleisen einen Druck von 285 t für 1 m Breite aufzunehmen. Die Belastung der berührten Gelenkflächen beträgt 143–204 kg für 1 qm. Bei der Ausführung der Gewölbe sind die Gelenkquader wie Werkstein versetzt, während das Gewölbe selbst an Ort und Stelle auf der Schaalung eingestampft wurde. Die Mischung ist hier $1:5:6\frac{3}{4}$. Für die Ausfüllung der Gewölbezwickel ist nur ein Mischungsverhältniss von $1:10:13$ angewendet worden. Ausgedehnte Versuche über Gelenkquader in Sandstein und Beton sind vor Ausführung der Konstruktion in der mechanisch-technischen Versuchsanstalt in Charlottenburg vorangegangen. Zu bemerken ist noch, dass die Gewölbe in der Längsrichtung getheilt sind, sodass jedes Gleispaar für sich durch einen besonderen Bogen getragen wird.

Grosse Sorgfalt ist der Abdeckung und Entwässerung der Gewölbe zugewandt worden. Die Zwickel über den Pfeilern sind für sich entwässert, ausserdem ist jedes Gewölbe in 4 Entwässerungstreifen mit je einem eigenen Abfallrohr getheilt. Die Abfallrohre zeigen eine eigenartige Ausbildung insofern, als das Tagewasser und das Sickerwasser getrennt abgeführt wird. Ueber dem weiten Abfallrohr für das Sickerwasser sitzt ein besonderer Aufsatz, der das Tagewasser aufnimmt. In den Zwischenraum zwischen den beiden Rohren können event. Lampen eingehängt werden, um ein Einfrieren zu verhindern. Die Abdeckung ist zunächst durch Asphaltfilzplatten bewirkt. Auf diesen liegt eine imprägnirte Holzlattung, sodann eine Schicht

starker, mit Hand gepackter Kieselsteine, hierauf schliesslich die Bettung. Ueber dem Gelenkschlitz liegt erst Zinkblech und darauf der Asphaltfilz, der an einem Ende lose ist, sodass er alle Bewegungen mitmachen kann. Die speziellen Entwürfe des ganzen Brückenbauwerkes sind unter der Oberleitung Köpcke's durch den Bauinspektor Krüger ausgearbeitet. Mit der Montage der Brücke wird voraussichtlich noch in diesem Sommer vorgegangen werden.

Die generellen Entwürfe zu den gesamten Umbauten, wie sie 1890 den Ständekammern vorgelegt wurden, sind unter Oberleitung des Finanzministeriums durch ein besonderes „Bureau für die Dresdener Bahnhofsbauten“ ausgearbeitet und ein gemeinsames Werk des Geh. Rath's Köpcke und des Baurath's Klette. Letzter verblieb auch an der Spitze des Bureaus für die Ausarbeitung der speziellen Entwürfe, nachdem diese Aufgabe nach erfolgter Genehmigung durch die Stände der Generaldirektion übertragen war. Auf die Ausgestaltung der Entwürfe haben als Referenten des Finanzministeriums Geh. Rath Köpcke für die Anlagen in Neustadt, Geh. Finanzrath Schulze für diejenigen in Altstadt dauernd eingewirkt. Finanzrath Peters ist mit der Oberleitung der Bauausführung betraut, welche im übrigen durch 5 Sektionsbureaus bewirkt wird, die den Bauinspektoren Krüger, Wolf, Menzner, Toller und Rüden unterstellt sind.

Ueber die Umgestaltung der Dresdener Bahnanlagen finden sich, abgesehen von der im „Civilingenieur“ 1895 von Brth. Klette im Auftrage des Finanzministeriums veröffentlichten Mittheilung und abgesehen von kurzen Notizen im „Centralblatt der Bauverwaltung“ 1894, eingehendere Angaben über den generellen Entwurf in der „Zeitschr. d. V. dtsh. Eis.-Verwaltg.“ 1890, ferner über die speziellen Entwürfe daselbst 1892 u. 1894. Eine weitere Veröffentlichung findet sich im „Organ f. d. Fortsch. d. Eisenb.-Wesens“, 1895, mit einigen Plänen.

Mit der für das Jahr 1900 in Aussicht genommenen Fertigstellung der gesamten Umbauten wird ein für die Weiterentwicklung des Verkehrs der Stadt Dresden hochbedeutsames Werk beendet sein, das in Entwurf und Ausführung für den Techniker ausserdem reiche Anregung bietet.

Fr. Eiselen.

Der Wettbewerb um Entwürfe für ein neues Rathhaus in Hannover.



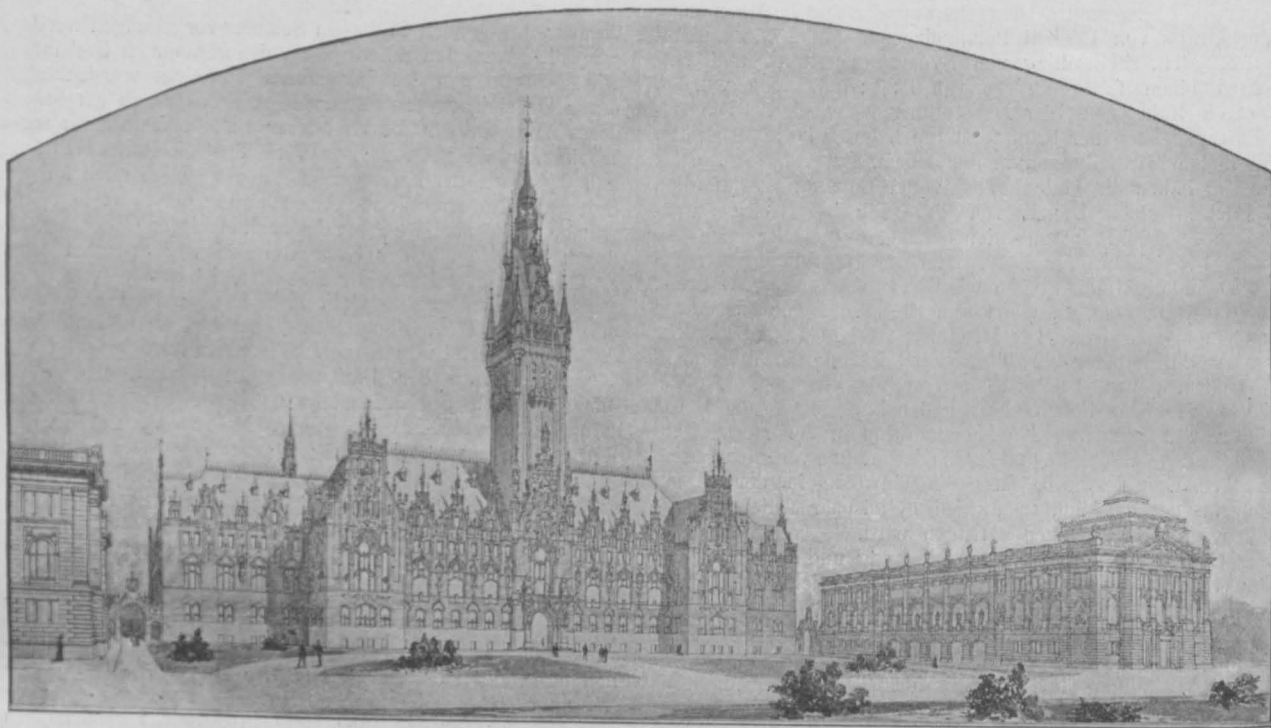
n dem Wachsthum der deutschen Städte nach dem nationalen Aufschwung des Jahres 1870 nahm auch Hannover theil; vielleicht nicht in dem Maasse, wie die durch Festungsgürtel eingeschnürt gewesenen Städte, die nach der Niederlegung der ihr Wachsthum hemmenden Vertheidigungswerke in eine ungeahnte Entwicklung eintraten; auch nicht in dem Maasse, wie eine Reihe von Landeshauptstädten und Handelsstädten, die ihre Einwohnerzahl verdreifachten oder vervierfachen, aber immerhin in einem Maasse, welches sich in dem Anwachsen der Bevölkerung von etwa 80000 Seelen im Jahre 1864, als Hannover noch Hauptstadt des Königreiches war, auf etwa 180000 Köpfe, welche die heutige Provinzial-Hauptstadt infolge natürlicher Zunahme und Einverleibung mehrerer Vororte, wie List, Vahrenwald, Hainholz und Herrenhausen zählt, sprechend ausdrückt. Mit dem Anwachsen der Bevölkerungszahl ging selbstverständlich das Anwachsen des städtischen Verwaltungskörpers Hand in Hand. Seinen Bedürfnissen entsprachen bald mehr weder das alte, aus dem 15. und 16. Jahrhundert stammende, werthvolle Kunstschatze enthaltende, 1882 durch C. W. Hase wieder hergestellte und durch Prof. Schaper mit einem schönen Wandgemälde geschmückte Rathhaus am Markt und an der Köblinger- und Marktstrasse, noch auch das neue Rathhaus an der Friedrich-Strasse. Längere Zeit suchte man sich einzurichten, aber die Verhältnisse reiften einer Entscheidung entgegen, sodass die städtischen Kollegien in ihrer Sitzung vom 15. März 1895 gezwungen waren, die Nothwendigkeit der Erbauung eines neuen Rathhauses anzuerkennen und das Stadtbauamt mit den Vorarbeiten dafür zu betrauen. In gemeinsamer Arbeit der Hrn. Stadtbauinsp. Aengeneyndt und Rowald, sowie unter Mitwirkung des städtischen Garten-Inspektors Trip wurden Studien über die Lage des Bauplatzes des neuen Rathhauses angestellt

und das Bauprogramm für dasselbe aufgrund eines Vorwurfes bearbeitet, den Hr. Stadtbauinsp. Rowald verfasst hatte. Den städtischen Kollegien wurde der Vorschlag gemacht, das neue Rathhaus auf den vorderen Theil der Masch zu stellen und sie beschlossen auch dem entsprechend. Vorschlag und Beschluss fanden aber nicht die allseitige Billigung der Bürgerschaft. Es erhob sich eine starke Opposition, nicht sowohl gegen die Wahl des Platzes an sich, wie gegen die städtischerseits vorgeschlagene architektonische Ausgestaltung des gesamten Geländes, auf welchem sich das vor einigen Jahren neu errichtete Kestner-Museum bereits erhebt und das neue Provinzial-Museum sowie das inrede stehende Rathhaus noch erheben sollen. Der Führer der Opposition war Hr. Bth. Th. Unger in Hannover, der eine Gruppierung der in Aussicht genommenen Bauwerke nach eigenem Plane dem Entwurfe des Stadtbauamtes entgegenstellte. Der Kampf wurde zum nicht geringen Theile auch in der „Deutschen Bauzeitung“ und zwar in Jahrg. 1895 S. 221 ff. und 427 f. geführt. Auf die dort unter Beigabe von Lageplänen erfolgten Darlegungen kann mit dem Hinweise verwiesen werden, dass die Opposition, die bereits bei der Ausschreibung der Konkurrenz um Entwürfe für das neue Provinzial-Museum sich erhob, sich bis zur Ausschreibung des Wettbewerbes um Entwürfe für ein neues Rathhaus eines Erfolges nicht rühmen konnte. Auch das Ergebniss des Wettbewerbes selbst war nicht geeignet, die Stellung der Opposition zu verstärken; es ergab vielmehr einen Sieg des Vorentwurfes des Stadtbauamtes.

Zu der Preisbewerbung waren Angehörige des deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie eingeladen. Um den nationalen Charakter der Konkurrenz auch in der Zusammensetzung des Preisgerichtes zum Ausdruck zu bringen, war Hr. k. k. Ob.-Brth. Otto Wagner aus Wien eingeladen worden, neben den deutschen Preis-

richtern das Preisrichteramt zu übernehmen. Es liefen, wie bereits berichtet werden konnte, im ganzen 53 Entwürfe ein, eine im Vergleich zu dem Ergebniss der entsprechenden Wettbewerbe in Elberfeld und Stuttgart und im Hinblick auf die Bedeutung der Aufgabe auffallend geringe Zahl, die

geben sind. Wenn nun auch anzunehmen ist, dass nicht sämtliche 23 Entwürfe, die in Hannover aufgegeben wurden, auch dort gefertigt sind, wenn auch das Interesse der dortigen Architekten am intensivsten war und wenn auf der anderen Seite die Annahme nicht bestritten werden



Entwurf des Hrn. Heinrich Seeling in Berlin. (Ein dritter Preis.)



Entwurf des Hrn. Prof. Hubert Stier in Hannover. (Erster Preis.)

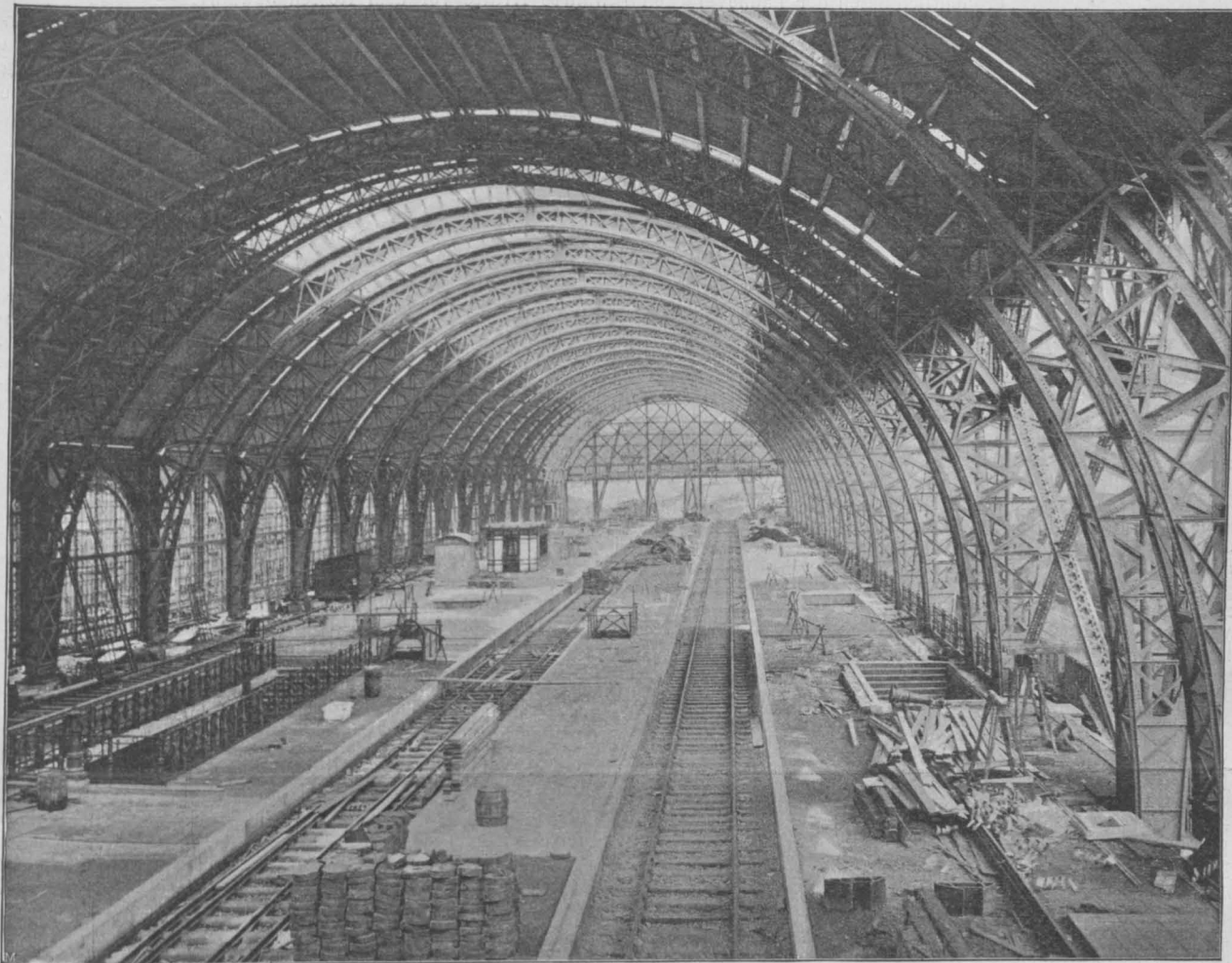
Der Wettbewerb um Entwürfe für ein neues Rathhaus in Hannover.

aber namentlich in zwei Umständen ihre natürliche Erklärung findet. Einmal in dem Umstande, dass — zufolge von Angaben, welche auf unbegreifliche Weise in die Presse gelangt und geeignet sind, die strenge Anonymität der Wettbewerbe zu durchbrechen — in Hannover 23 Entwürfe, in Berlin und Umgegend dagegen nur 10 Entwürfe aufge-

kann, dass Berlin zweifellos mit mehr als 10⁷ Entwürfen auf den Plan getreten ist, so ist doch das Verhältniss dieser beiden Zahlen zu einander ein gegen alle Erwartung auffallendes. Liegt es nicht nahe, die unzweifelhafte Zurückhaltung Berlins mit den Vorarbeiten für die Gewerbe-Ausstellung in Verbindung zu bringen?

Auf der anderen Seite waren es die Freiheiten des Programmes inbezug auf die Annahme eines oder zweier Bauwerke für die Räume des neuen Rathhauses und inbezug auf die Beibehaltung oder Abtragung des Kestner-Museums, welche manchen Zweifler bewogen haben mögen, sich nicht

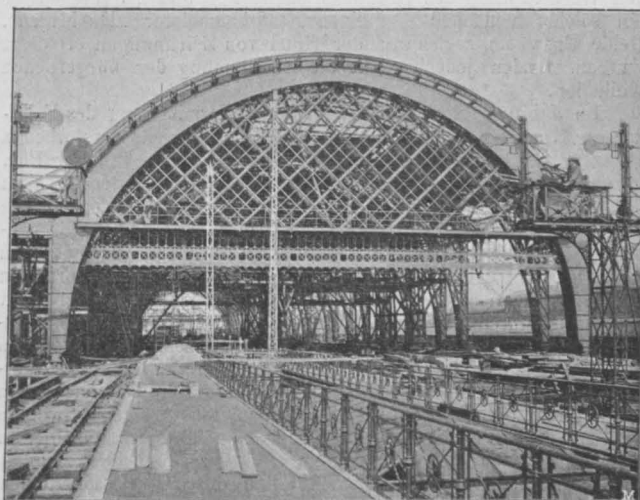
Diensträume des neuen Rathhauses auf ein oder zwei Gebäude aufgestellt zu sehen wünschten und welche die Erfüllung dieser Forderungen grundsätzlich verlangten. Wir meinen mit Unrecht. Denn ein Wettbewerb ist doch in erster Linie dazu da, durch Erlangung einer besten Lösung für eine



Abbild. 5. Südliche Seitenhalle (kurz vor der Eröffnung, Juni 1895).



Abbild. 7. Seiten-Ansicht der Südhalle a. d. Bismarckstrasse.



Abbild. 6. Oestliche Kopfansicht der Südhalle.

VOM BAU DES HAUPTBAHNHOFES IN DRESDEN-ALTSTADT 1895.

(Nach fotogr. Aufnahmen von M. Fischer in Dresden.)

an dem Wettbewerbe zu betheiligen. Wir haben einige Stimmen gehört, die bei der immerhin anfangs noch sehr reichlich bemessenen Arbeit, die jedoch später verringert wurde, bestimmte Forderungen des Programmes inbezug auf das Kestner-Museum wie inbezug auf die Vertheilung der

noch unbestimmte Aufgabe die möglichste Klarheit in diese zu bringen. Und da sollte bei einer Aufgabe von so weittragender Bedeutung wie das neue hannoversche Rathhaus die Stadt nicht berechtigt sein, auch in Punkten der Raumvertheilung die etwa herrschenden Zweifel der Lösung

durch einen Wettbewerb zu überlassen? Durchaus! Wir haben immer zu denjenigen gehört, welche in erster Reihe für die möglichste Ersparung unnützer Arbeit bei Wettbewerben gekämpft haben, aber im vorliegenden Falle stehen wir auf der Seite der hannoverschen Stadtverwaltung.

Der Umstand, dass „nur“ 53 Entwürfe (darunter nach den vorhin genannten Veröffentlichungen der hannoverschen Tagesblätter 3 aus Oesterreich) eingelaufen sind, erklärt sich somit in genügender Weise und wer darin eine Abnahme des Interesses an Wettbewerben erblicken will, der wird angesichts des hohen Durchschnittswerthes der Entwürfe sowie angesichts der stattlichen Zahlen, welche bei einer Reihe mittlerer Wettbewerbe in letzter Zeit erzielt wurden, eines besseren belehrt.

Mittheilungen aus Vereinen.

Württembergischer Verein für Baukunde. In der Versammlung am 16. Mai gedachte der Vorsitzende, Präsident v. Leibbrand, vor dem Eintritt in die Tagesordnung des kürzlich verstorbenen Baudirektors v. Morlock und hob in ehrenden Worten dessen vielseitige erspriessliche Thätigkeit bei der wrtbg. Eisenbahn-Verwaltung hervor. Der Verstorbene war bis zu seinem Tode Mitglied des Vereins. Mit Interesse wurde sodann ein Vortrag des Stadtmstrs. Wenzel in Heilbronn über den sogenannten Kirchbrunnen und über verschiedene in letzter Zeit von der Stadtgemeinde Heilbronn unter seiner Oberleitung ausgeführte Bauten entgegen genommen.

Demselben entnehmen wir Folgendes: Die nachweisbare Geschichte von Heilbronn, das seinen Namen von dem seit mehreren Jahren wegen Wassermangels provisorisch zugedeckten Heil-, auch Siebenrohr- oder Kirchbrunnen genannt, erhalten hat, beginnt zwischen den Jahren 741–747. Der alte, im Frührenaissancestile im Jahre 1541 erbaute Kirchbrunnen, von welchem eine aus dem Jahre 1732 stammende Kupferstich-Zeichnung ausgestellt war, soll im Jahre 1809 durch ruchlose Hand zerstört worden sein. Die Zeichnung giebt die Hauptansicht des Brunnens in klarer Weise. Zur Seite des Brunnens sind auf Schilden die zwei Sprüche: „Das Wasser, das ich gebe, wird ein Bron in das ewig Leben“ Johannes, und „Herr gieb mir dasselbige Wasser, das mich nicht durste“ deutsch zu lesen. Unter dem Brunnen befinden sich das Wappen und eine kleine Darstellung der Stadt Heilbronn, rechts und links allegorische Figuren des Wein- und Feldbaues, darüber Darstellungen von Landschaften, in denen Korn und Wein geerntet wird. Oben ist die heilige Dreieinigkeit in einer Glorie abgebildet, aus dem Herzen Christi ergossen sich 2 Segensströme auf die musizirenden Genien, die den Brunnenaufsatz krönen. Ein Spruchband enthält den lateinischen Vers: „Prospera sic supra manent e fonte salutis“ (also ströme das Glück aus dem oberen Brunnen des Heiles). Gestochen ist das Bild von Johann Michael Pressel.

Im Jahre 1855 wurde von Professor Heideloff ein Plan über den Wiederaufbau des Brunnens entworfen und 2 Jahre später ein solcher von dem damaligen Stadtbaumeister „De Millas“. Beide Entwürfe, welche an der Hand von Zeichnungen erläutert wurden, fanden jedoch nicht die Zustimmung der bürgerlichen Kollegien.

Im Jahre 1882 wurde sodann durch Vermittelung des Fabrikanten Bruckmann in Heilbronn von dem nunmehr verstorbenen Direktor Gnauth ein im Frührenaissancestile gehaltener Plan ausgearbeitet, dessen Ausführung anstelle des alten Brunnens im Jahre 1894 nach Anhörung des Dombaumeisters Beyer in Ulm vom Gemeinderath Heilbronn beschlossen wurde. Die vielen Einsprachen, welche gegen die Aufstellung des Brunnens auf dem alten Platze wegen der hiermit verbundenen Verkehrsstörungen erhoben worden sind, veranlassten jedoch einige Bürger der Stadt Heilbronn, durch Professor Romeis in München einen neuen Entwurf in gothischem Stile ausarbeiten zu lassen, nach welchem der Brunnen an anderer Stelle erbaut und in unmittelbare Verbindung mit der südlichen Kirchenterrasse der bekanntlich in gothischem Stile erbauten St. Kilianskirche gebracht werden soll. Die bürgerlichen Kollegien haben am 26. März d. J. hierauf beschlossen, zur vollen Beurtheilung dieser Frage die zu dem neuesten Entwurfe erforderlichen Pläne durch Professor Romeis ausarbeiten zu lassen.

Die angeführten Ausführungen des Redners veranlassten eine höchst angeregte Debatte, bei welcher verschiedene Ansichten bezüglich der Platzfrage und des zu wählenden Stils des Brunnens zum Ausdruck kamen.

Von der Beschreibung der in letzter Zeit ausgeführten grösseren städtischen Bauten erregte diejenige des neuen Schwimmbades besonderes Interesse.

Der unter 18 Konkurrenzarbeiten mit dem II. Preise gekrönte Entwurf von Peters & Eckhoff in Berlin diente als Grundlage für die Ausarbeitung des endgiltigen Planes. Das Bad enthält 1 Kassenlokal mit Waschabgaberaum, 1 Wartezimmer, 1 Schwimmbassin mit 182 qm Wasserfläche, 11 Badekabinette

Und das ist auch gut so. Denn wenn etwas die deutsche Architektenschaft im Vergleich zu der unserer Nachbarländer frisch und leistungsfähig gemacht und erhalten hat, so ist es die segensreiche Einrichtung der öffentlichen Wettbewerbe, welche es auch dem verborgensten Talente ermöglicht, ans Licht zu treten und bereits bewährte Kräfte vor dem Rosten bewahrt.

Im nächsten Aufsatze sei zunächst der Versuch unternommen festzustellen, wie sich die Zahl der Entwürfe zu den einzelnen möglichen Freiheiten des Programms inbezug auf die Erhaltung des Kestner-Museums und die Annahme eines oder zweier Gebäude für das Rathhaus verhält.

(Fortsetzung folgt.)

I. und II. Kl. für Männer und 10 Badekabinette I. und II. Kl. für Frauen, 9 Volksbadekabinette, 2 Brausebäder, 1 Doppelbad (Nobelbad), 1 Medizinalbad mit 2 Wannen, 1 Bad für Israeliten mit 2 Wannen, 1 römisch-irisches Bad mit 6 Ruhezellen, 1 russisches Dampfbad, ein Kastendampfbad, 1 Waschraum mit Trockenkammer, Mang- und Bügelraum, 1 Maschinen- und Kesselraum, 1 Werkstätte und je eine Wohnung für Verwalter und Heizer.

Die Baukosten haben 251 034 M betragen, von welchen entfallen auf die Hochbauten 174 000 M (= 14,5 M auf 1 qm umbauten Raum), das Dampfkamin 2027 M, die maschinelle Einrichtung 61 832 M, die elektrische Beleuchtung 8310 M, die Gasbeleuchtung 644 M, die städtische Wasserleitung 697 M, die Kanalisation 2209 M, die Einfriedigung 110 M, Chaussierung, Planirung 859 M, Unvorhergesehenes 355 M. Ausserdem betragen die Kosten für Brunnenarbeiten 13 550 M, für die Anschaffung von Inventar und Wäsche 14 100 M, sodass sich die Gesamtkosten ohne den Bauplatz auf 278 100 M belaufen.

Bezüglich der Rentabilität theilte der Redner mit, dass die jährlichen Einnahmen rd. 44 000 M, die Ausgaben rd. 48 500 M betragen und sich somit ein jährlicher Fehlbetrag von 4500 M ergibt. Dabei ist aber neben der Verzinsung des Anlagekapitals (abzüglich gestifteter 100 000 M) mit 4%, eine Abschreibung von 1% für Gebäude und 2% für Maschinen und Inventar in Rechnung genommen; auch besteht ein Freibad für die Volksschüler, je einmal für Knaben und einmal für Mädchen in der Woche während der Wintermonate.

Der Gesamtbesuch der Badeanstalt beläuft sich durchschnittlich auf 15 400 Bäder im Jahre, was bei einer Einwohnerzahl von 33 000 als ein recht guter bezeichnet werden kann. Da unter diesen 15 400 Bädern etwa 6200 Freibäder sind, so darf der geringe Fehlbetrag, namentlich in Anbetracht des durch diese Anstalt geschaffenen allgemeinen Nutzens, nicht als Verlust angesehen werden.

Nachdem der Vorsitzende dem Redner für seine Mittheilungen den gebührenden Dank abgestattet hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

Architekten-Verein zu Berlin. Am 1. d. M. besuchte der Verein die am Ringbahnhof Rixdorf gelegene, im Jahre 1882 gegründete Linoleum-Fabrik unter der Führung des Direktors Dr. Poppe und des Aufsichtsrath-Mitgliedes Hrn. Komm.-Rth. Wirth.

Das Linoleum hat bekanntlich durch seine Vorzüge, unter denen sehr grosse Widerstandsfähigkeit gegen Abnutzung, schlechte Wärmeleitung und Undurchlässigkeit für Nässe die wesentlichsten sind, rasch allgemeinen Eingang als Fussbodenbelag gefunden. Es besteht aus einem festen Jutegewebe, auf das ein Gemisch von oxydirtem Leinsamenöl und pulverisirtem Kork mit Zusatz von Harzen und Farbstoffen in plastischem Zustande aufgetragen und in einer einige Millimeter dicken Schicht aufgewalzt wird.

Die namentlich bei der Fabrikation von Flaschenkorken übrig bleibenden Korkabfälle werden zunächst von dem sogenannten Vorreisser grob zerkleinert und sodann in Mahlgängen fein gemahlen. Das Mehl wird mit dem dick eingekochten, kautschukartigen Leinöl gemischt und unter Zusatz der Grundfarbe durch einen 2 maligen Walzprozess innig durcheinander gemengt. So wird es mit dem vorher auf der Rückseite mit einem Firnisstrich versehenen Jutestoff, der in einem hohen Gebäude in Längen bis zu 26 m über Rollen geführt ist und am unteren Ende durch einen Kaland, d. h. ein starkes Walzenpaar mit verschiedener Umdrehungs-Geschwindigkeit läuft, zusammen gebracht und durch die Walzen unter starkem Druck aufgepresst. Das Linoleum kommt nun in eine Trockenkammer, wo es längere Zeit verbleibt. Damit hier nicht etwa durch übermässige Erhitzung eine Entzündung des Leinöls entsteht, ist das Gebäude mit Thermometern ausgestattet, die auf elektrischem Wege sofort ein Alarmsignal geben und eine Regenvorrichtung auslösen, sobald die Temperatur 60° Celsius überschreitet.

Das zu der Fabrikation verwendete Leinöl wird zunächst in grossen, geschlossenen Kesseln unter Einwirkung eines Sauerstoffgebläses oxydirt und eingekocht und sodann in offenen

Bottichen durch weitere Siedung auf die nöthige Konsistenz gebracht und schliesslich in flachen Behältern abgekühlt und eingemupft.

Der fertige Jutestoff, der auf dem Kalandar auch gleich auf eine Breite von 2 m zugeschnitten wird und je nach dem zugesetzten Farbstoff einen rehbraunen, braunen, grünlichen oder gelblichen Ton besitzt, kann nun durch Aufdrucken bunter Muster unter Verwendung von mit Oel und Lack angeriebenen Farben reicher ausgestattet werden. Die Druckplatten, welche für jede Farbe gesondert herzustellen sind, bestehen aus einer Grundplatte von hartem Holz, auf der das Muster in Messinglinien und Stiften eingesetzt ist. An den Becken sind Eisenstifte angebracht, die in entsprechende Vertiefungen eines eisernen Lineals genau passen, das vom Drucker quer über den Linoleumstreifen gelegt wird, um bei Verwendung mehrerer Farben die Druckplatten stets genau auf dieselbe Fläche setzen zu können, sodass also eine Verschiebung des Musters ausgeschlossen ist. Es wird mit 4–9, gewöhnlich aber mit nicht mehr als 6 Platten gedruckt. Natürlich steigt der Preis mit der Zahl der Platten.

Ausser dem Handdruckverfahren benutzt die Fabrik auch den Druck mittels einer grossen Maschine. Das zu langen Streifen zusammengeknäute Linoleum läuft dabei über eine grosse Trommel, auf deren Peripherie in entsprechenden Abständen kleine Walzen mit den entsprechenden Mustertheilen und Farben befestigt werden. Das Linoleum gleitet nun zwischen der Trommel und den kleinen Walzen hindurch, und jede von den letzteren presst ihren Musterstreifen auf den Stoff ab. Es wird hierdurch natürlich bedeutend an Zeit gespart, da bei einmaligem Durchlaufen der Maschine das Linoleum sofort das fertige Muster erhält.

Das bedruckte Linoleum wird nun nochmals getrocknet, sodann aufgerollt oder in abgepasste Stücke zerschnitten und zum Versandt fertig gemacht.

Die Baulichkeiten sind so angeordnet, dass die Materialien in bequemer Weise den vorgeschriebenen Rundlauf machen können. Das Kesselhaus für die Leinölsiederei ist natürlich möglichst isolirt gelegt. Im übrigen ist das Grundstück zur Verminderung der Feuersgefahr nur elektrisch beleuchtet und reichlich mit Wasserleitung ausgestattet. Für das Arbeitspersonal ist zu ebener Erde im Fabrikhof ein grösserer Saal angelegt, an den sich einige Brausebäder anschliessen. Die ganze Anlage macht in ihren einfachen, zweckentsprechenden, aber sehr sauber ausgeführten Baulichkeiten einen gefälligen Eindruck. Die Leistungsfähigkeit der Fabrik kann im übrigen als bekannt vorausgesetzt werden.

Fr. E.

Wanderversammlung des Verbandes deutscher Gewerbeschulmänner und der Vereinigung deutscher Baugewerkschulmänner. Seit etwa 10 Jahren besteht ein den Interessen des gewerblichen Unterrichts sich widmender „Verband deutscher Gewerbeschulmänner“, dem nicht nur Leiter und Lehrer gewerblicher Unterrichts-Anstalten aller Art, sondern auch Regierungs- und höhere Kommunalbeamte sowie — als korporative Mitglieder — Schulen, Magistrate usw. angehören. Gegenwärtig zählt der Verband, der sich des Wohlwollens der Regierungen (namentlich auch der preussischen) erfreut, gegen 800 Mitglieder. Während in den vorangegangenen Jahren vornehmlich die allgemeinen Handwerker-, Zeichen- und Kunstgewerbeschulen, die gewerblichen Fortbildungsschulen und die mannichfaltigen städtischen Gewerbeschulen einen Sammelpunkt und eine Art von Interessen-Vertretung in dem genannten Verbands besaßen, sind seit dem Anfang dieses Jahrzehnts auch Leiter und Lehrer der Baugewerkschulen, zuerst vereinzelt, nach und nach aber in grösserer Zahl demselben beigetreten.

Als im Juli des Jahres 1893 die von dem Innungs-Verbande deutscher Baugewerksmeister ins Werk gesetzte Ausstellung von Schülerarbeiten deutscher Baugewerkschulen in Hannover stattfand und eine grosse Zahl von Angehörigen des Baugewerkschuldienstes in diese Stadt zusammenführte, brach sich die Erkenntniss Bahn, dass es nunmehr an der Zeit sei, eine besondere Vereinigung der Baugewerkschulmänner ins Leben zu rufen, die sich der vielfältigen Fragen des im Aufblühen begriffenen Baugewerkschulwesens annehmen sollte. Es verblieb jedoch damals bei der blossen Anregung und erst 2 Jahre später, zu Pfingsten 1895, ward bei Gelegenheit der in Darmstadt abgehaltenen 7. Wanderversammlung des Verbandes deutscher Gewerbeschulmänner die „Vereinigung deutscher Baugewerkschulmänner“ als Gruppe jenes Verbandes begründet. Zum Zwecke setzte sich diese neue Vereinigung die selbständige Behandlung der Baugewerkschul-Angelegenheiten. Eine Anzahl ihrer ersten Mitglieder übernahm es, zunächst die Anerkennung der Vereinigung als „Gruppe“ des Verbandes herbeizuführen und dann bis zur nächstjährigen Versammlung mit der weiteren Festigung der Gruppe und mit der Vorbereitung von Verhandlungs-Material für dieselbe sich zu befassen.

In seiner am 4. Juni 1895 abgehaltenen Hauptversammlung beschloss der Verband deutscher Gewerbeschulmänner die Anerkennung der Vereinigung deutscher Baugewerkschulmänner als einer zu ihm gehörigen Gruppe. Dieser können seitdem alle

Mitglieder des Verbandes, die an der Weiterentwicklung des Baugewerkschulwesens im besonderen ein Interesse haben, sich anschliessen, während sie zugleich vollberechtigte Mitglieder des Verbandes bleiben. Als Organ dient der Vereinigung deutscher Baugewerkschulmänner wie dem Verbands deutscher Gewerbeschulmänner die von diesem herausgegebene, bei E. A. Seemann in Leipzig halbmonatlich erscheinende „Zeitschrift für gewerblichen Unterricht“.

Zu Pfingsten dieses Jahres nun hielten sowohl der „Verband deutscher Gewerbeschulmänner“ wie die als Gruppe zu ihm gehörige „Vereinigung deutscher Baugewerkschulmänner“ ihre Wanderversammlung in Berlin ab. Der Magistrat hatte für die Verhandlungen Räume im Rathhause zur Verfügung gestellt. In den beiden Hauptversammlungen des „Verbandes“ (am 25. und 26. Mai) fanden ausser vereinsgeschäftlichen Verhandlungen Vorträge über Gegenstände des gewerblichen Unterrichts statt. Es sprachen u. a. der Direktor Haedicke aus Remscheid über die Werkstatt im Dienste der Schule und der Bibliotheksdirektor am Kunstgewerbemuseum in Berlin, Dr. P. Jessen, über das deutsche Kunstgewerbe und den Zeichenunterricht. Vielleicht wird sich später Gelegenheit finden, auf einige Grundgedanken der gehaltenen Vorträge zurückzukommen. Für die Leser dieser Zeitung dürfte es zunächst von Interesse sein, zu erfahren, was die am 26. Mai abgehaltene Sondersammlung der Vereinigung deutscher Baugewerkschulmänner zutage gefördert hat. Zu unserm Bedauern kann nur festgestellt werden, dass das Ergebniss gleich Null oder doch nur winzig gering war.

Auf die Tagesordnung waren anscheinend wichtige Dinge gesetzt: „Berathung der Satzungen“, „Vorstandswahl“ und „Prüfungsordnung für Baugewerkschulen“. — Nun konnte aber eine Berathung der Satzungen nicht stattfinden, weil den zur Versammlung Erschienenen nicht vorher, wie es wohl erforderlich gewesen wäre, ein Entwurf der Satzungen mitgetheilt worden war. Keiner wusste, was da kommen werde, als der Vorsitzende ein Papier aus der Tasche zog und von demselben die der Vereinigung zugedachten Satzungen vorlas. Nachdem von einzelnen Mitgliedern auf das Ungewöhnliche und Bedenkliche dieses Verfahrens hingewiesen worden, kam es schliesslich mit geringer Stimmenmehrheit doch zur Annahme des Verlesenen ohne Berathung, gewissermassen „auf Treu und Glauben“ und nur für ein Jahr — damit man, wovor ein geschätztes Mitglied warnte, doch nicht ganz resultatlos wieder auseinandergehe. — Ähnlich verlief die Vorstandswahl. Die Versammelten schienen bereits unter dem Eindrucke zu stehen, dass die in Darmstadt begründete Vereinigung vorläufig noch nicht recht wisse, was sie eigentlich wolle, und dass es der bisherigen provisorischen Geschäftsleitung nicht gelungen sei, zu einer fruchtbaren Vereinsthätigkeit anzuregen. So ward denn — damit doch etwas geschehe — wiederum ein provisorischer Vorstand, gleichfalls für ein Jahr, gewählt.

Dann kam es noch zu einem Vortrage über die Mängel der unter dem 6. September 1882 für die preuss. Baugewerkschulen erlassenen Prüfungsordnung, ein Thema, das offenbar als Lückenbüsser gewählt war, weil man die Punkte im Baugewerkschulwesen, an denen es der Besserung vor allem bedarf, nicht zu berühren wagte. Abgesehen davon, dass es eine Vereinigung deutscher Baugewerkschulmänner, in der mindestens ebenso viele nichtpreussische wie preussische Schulen vertreten sind, garnicht zustehen konnte, an der preussischen Prüfungsordnung zu rütteln, ist diese einerseits durchaus nicht das Verbesserungsbedürftigste im preussischen Baugewerkschulwesen und anderseits sogar das einzige, das den einzelnen Schulen zur gemeinsamen Richtschnur dient. Dass ihr gewisse Mängel anhaften, soll nicht bestritten werden, aber diese sind gering gegenüber anderen, die, so lange sie bestehen bleiben, das innerliche Gedeihen der Baugewerkschulen, die wahre Erfüllung ihres Zweckes in bedauerlichem Maasse verhindern. Man braucht nur an die sehr ungleiche und meist ungenügende Vorbildung der Schüler und an die noch sehr der Vervollkommnung bedürftige Lehrkunst der (eine mühsam zusammengeworbene Schaar Berufener und Unberufener darstellenden) Lehrer zu denken, ferner an die noch ungeklärten „Fragen“ betreffs der Lehrstoffe und deren Vertheilung über die jetzigen vier oder etwa über fünf Klassen, sowie betreffs der Handhabung des Unterrichts, der Beschaffung von Lehrmitteln usw. — Als in diesem Sinne zunächst ein einziger Redner sich äusserte, dem dann noch zwei oder drei andere sich anschlossen, da bemächtigte sich der ganzen Versammlung ersichtlich das Empfinden, dass die bisherige Geschäftsleitung sich in der Wahl dieses Themas überhaupt vergiffen, und dass die grösste Mehrzahl der Theilnehmer die Reise nach Berlin, soweit wenigstens die Verhandlungen der Vereinigung deutscher Baugewerkschulmänner inbetracht kommen, vergeblich gemacht hätten.

Der Erkenntniss, dass die Verhandlungen eigentlich gegenstandslos seien und dass es einer vorherigen Aeusserung berufener Fachmänner über die wichtigeren Fragen bedürfe, gab dann auch der anwesende Vertreter einer hohen Behörde Ausdruck. — Und damit war die Sache zu Ende, so völlig zu Ende, dass auf die für den folgenden Tag vorgesehene Fortsetzung der Berathungen und auf die in Aussicht gestellten weiteren Vorträge ganz verzichtet wurde. Um wenigstens etwas als Er-

gebniß der Verhandlungen mit von dannen zu nehmen, ward auf Vorschlag eines Mitgliedes die Resolution beschlossen, „dass die preussische Prüfungs-Ordnung vom Jahre 1882 einer Aenderung bedürfte“. Nun, das wusste eigentlich jeder Betheilte schon vorher.

Der zur einstweiligen Weiterführung der Geschäfte der Vereinigung berufene, aus 3 Mitgliedern bestehende Vorstand, in den erfreulicherweise auch der Leiter einer grossen süddeutschen Anstalt eingetreten ist, wird nun zu zeigen haben, ob er die Zwecke der Vereinigung richtig auffasst und ob er für die nächstjährige Verbands-Versammlung, die in Leipzig stattfinden soll, geeignetes Verhandlungs-Material vorzubereiten versteht. — Mit vollem Bedacht sind in diesem Bericht, soweit er die Versammlung der Baugewerkschulmänner betrifft, Personennamen nicht genannt worden.

Vermischtes.

Die einheitliche Organisation der Denkmalspflege ist nunmehr endlich auch in Preussen zur Durchführung gelangt. Die Anregung ist von der kgl. Staatsregierung ausgegangen; ihr sind sämtliche Provinzial-Verbände mit Ausnahme des Reg.-Bez. Wiesbaden gefolgt. Nach der neuen Organisation sind Provinzial- bzw. Bezirks-Kommissionen zur Erforschung und zum Schutze der Denkmäler gebildet, denen der betr. Oberpräsident und zumeist der Landesdirektor, Delegirte des Kreisausschusses, des Konsistoriums, der bischöflichen Organe, sowie Mitglieder der grösseren Geschichts- und Alterthums-Vereine angehören und welchen als sachverständiger Beirath und zugleich als staatlicher Delegirter der Provinzial- bzw. Bezirks-Konservator zur Seite steht. Letzterer fungirt ebenso wie die Mitglieder der Denkmäler-Kommissionen im Ehrenamt. Zu Provinzial- bzw. Bezirks-Konservatoren sind ernannt: für die Provinz Ostpreussen der Arch. Adolf Böttcher zu Königsberg, für die Provinz Westpreussen der Landesbauinsp. Heise in Danzig, für die Provinz Brandenburg der Landesbrth. Geh. Brth. Bluth in Berlin, für die Provinz Pommern der Gymnasialdir. Prof. Lemcke in Stettin, für die Provinz Posen der Landesbiblioth. und Dir. des Provinzial-Museums Dr. Schwartz in Posen, für die Provinz Schlesien der Landbauinsp. Lutsch in Breslau, für die Provinz Sachsen der Archiv-Assist. Dr. Theuner in Magdeburg, für die Provinz Schleswig-Holstein der Gymnasial-Obhfr. Prof. Dr. Haupt in Schleswig, für die Provinz Hannover der Dir. des Provinzial-Museums Dr. Reimers in Hannover, für die Provinz Westfalen der Provinzial-Bauinsp. Ludorff in Münster, für den Reg.-Bez. Kassel Dr. Bickell in Marburg, für die Rheinprovinz der Priv.-Doz. Dr. Paul Clemen in Bonn, für die Hohenzollernschen Lande der Arch. Wilhelm Friedrich Laur in Sigmaringen. Da die Genannten für ihren Amtsbezirk in jeder Hinsicht den Konservator der Kunstdenkmäler in Berlin vertreten, so sind an sie auch alle bezüglichen Anzeigen und Anträge zu richten.

Die IV. Jahresversammlung des Verbandes deutscher Elektrotechniker findet vom 17.—20. Juni d. J. zu Berlin statt. Die Verhandlungen beginnen am 18. Juni und werden im Architektenhause abgehalten. Dem geschäftlichen Theile folgen Vorträge und zwar sprechen am 18. Juni Hr. Gen.-Dir. Rathenau: „über die Kraftübertragungs-Werke zu Rheinfelden“; Hr. Dir. Sarasin „über die elektrischen Anlagen auf der Berliner Gewerbe-Ausstellung“; Hr. Dr. Ebeling „über die magnetischen Arbeiten der physikalisch-technischen Reichsanstalt“ und Hr. Ing. Bauch „über Vorgänge im Anker von Drehstrommotoren“. Der 19. Juni ist den Besichtigungen des elektrotechnischen Laboratoriums der physikalisch-technischen Reichsanstalt in Charlottenburg, des Neubaus der Maschinenfabrik der Allg. Elektrizitäts-Gesellschaft in der Ackerstrasse, der Fabrik der Akt.-Ges. Mix & Genest und der Berliner Elektrizitätswerke gewidmet. Am 20. Juni sprechen nach Erledigung des geschäftlichen Theiles Hr. Dir. Schwiager „über elektrische Hoch- und Tiefbahnen in grossen Städten“; Hr. Prof. Dr. Heim „über ein störungsfreies ballistisches Galvanometer“; Hr. Dr. Kallmann „über die Interessen der Stadtverwaltungen an den schwebenden grossen Fragen der Elektrotechnik“ und Hr. Ob.-Ing. Görges „über Drehstrom-Motoren mit vermindelter Tourenzahl“.

Die technische Hochschule in Braunschweig ist im laufenden Studienjahr von 474 Personen und zwar 311 immatrikulirten Studierenden, 114 nicht immatrikulirten Studierenden und 49 Zuhörern besucht. Von ihnen kommen auf die Abth. für Architektur 38 immatrikulirte, 12 nicht immatr. Studierende; für die Abth. f. Ingenieurwesen sind die betr. Zahlen 46 und 8, für die Abth. für Maschinenbau, Elektrotechnik und Textilindustrie 115 und 64, für die Abth. für chemische Technik 66 und 30, für die Abth. für Pharmacie 39 und —, für die Abth. für allg. bild. Wissenschaften und Künste sind sie 7 immatrikulirte Studierende und 49 Zuhörer. Von den 425 Studierenden stammen 135 aus Stadt und Land Braunschweig, 156 aus Preussen, 77 aus den übrigen Staaten des deutschen Reiches, der Rest aus dem Auslande und zwar die grösste Zahl (25) aus Russland.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortl. K. E. O. Fritsch, Berlin. Druck von Wilhelm Greve, Berlin SW.

Preisbewerbungen.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für Plakate erlässt das typographische Institut von Giesecke & Devrient in Leipzig, Nürnbergerstr. 12, mit Termin zum 15. Oktober d. J., Abends 6 Uhr. Es handelt sich um ein Preisausschreiben für die Entwürfe zu einem Plakat für die Fahrrad-Industrie und um ein solches für Entwürfe zu einem Plakat für die Nähmaschinen-Industrie. Die Entwürfe für die in 6 Farben im Hochformat 65:98 cm zu druckenden Plakate sollen in einfachem und vornehmen Stil, für den eine besondere künstlerische Richtung nicht vorgeschrieben ist, gehalten sein. Es wird gleichermaassen sowohl die moderne, wie die strenge alte Richtung berücksichtigt werden, sofern nur die Forderungen, die an ein gutes Plakat gestellt werden müssen, erfüllt sind. Es gelangen zwei Preise von je 1000 M., zwei von je 500 und zwei von je 300 M. zur Vertheilung. Ueber ihre Zuerkennung befindet ein Preisgericht, das aus den Hrn. Prof. Hans von Bartels, München, Prof. E. Doepler d. J.-Berlin, Prof. M. Honegger, Max Klinger und Hfrth. Prof. Dr. Schreiber, letzte in Leipzig, besteht. Die anderweitige Vertheilung der Preise oder die Nichtvertheilung einzelner derselben bei ungenügenden Ergebnissen ist in gleicher Weise vorbehalten, wie der Ankauf je dreier weiterer Entwürfe aus jeder der beiden Konkurrenzen um je 200 M. —

Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für zwei neue Kirchen in Gross-Lichterfelde. Unter den rechtzeitig eingelaufenen insgesamt 67 Entwürfen wurden den folgenden Preise zuerkannt: Für den Kirchen-Entwurf für die Dorfaue der 1. Preis mit 2000 M. dem Entwurf „Schlicht“ des Hrn. Arch. Fr. Gottlob-Berlin; der 2. Preis von 1500 M. dem Entwurf „Ohne Kampf kein Sieg“ des Hrn. Heinr. Arnolt in Metz; der dritte Preis von 1000 M. dem Entwurf „L. im Doppelkreis“ der Hrn. Fritz und Wilhelm Hennings in Charlottenburg. Für den Entwurf einer Kirche für den Wilhelmsplatz erhielten den 1. Preis von 1200 M. Hr. Reg.-Bmstr. Ernst Goldbach-Berlin; den 2. Preis von 800 M. die Hrn. Alfr. Heubach und Theo. Schlieben in Hannover und den 3. Preis von 500 M. Hr. Reg.-Bmstr. C. Wilde im Grunewald. Sämtliche Entwürfe sind vom 21. bis einschl. 28. Juni in der Gemeindeschule III in Gross-Lichterfelde, Kastanien-Str., Sonntags von 11—1, Weektags von 4—6 Nachmittags öffentlich ausgestellt.

Wettbewerb Rathhaus Dessau. Der Termin für die Einreichung der Entwürfe ist auf den Antrag einer grösseren Zahl von Architekten hin auf Montag, den 21. Septbr. d. J., abends 6 Uhr verschoben worden.

Personal-Nachrichten.

Hamburg. Die Ing. Heymann u. Ulrich Meyer sind z. Bmstrn. d. Baudeput., Sektion für Strom- und Hafenbau ernannt.

Preussen. Dem Bauinsp. von Pelser-Berensberg bei der kais. Botschaft in Wien u. dem Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Klinke in Berlin ist der Rothe Adler-Orden IV. Kl. verliehen.

Die Reg.-Bfhr. Theobald aus Homberg und Meyer aus Papenburg sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. A. M. in O. und „Ringofen“ zu 1). Richten Sie Ihre Anfragen an die Redaktion der Thonindustrie-Zeitung, Berlin NW. 5, Krupp-Str. 6. Zum Entwerfen und Detailliren von Bautischler-Arbeiten empfehlen wir Cremer & Wolfenstein: „Der innere Ausbau“.

Beantwortung der Anfragen aus dem Leserkreise.

Zu Frage 2 an M. & G. in K. in No. 39. Nach meinen Erfahrungen ist es bei 1½ Stein starken und stärkeren Frontmauern am einfachsten und solidesten, wenn man die Luftisolirscheicht abwechselnd in den Schichten nach innen und aussen, also umspringend anlegt, wie im nebenstehenden Querschnitt angedeutet, weil dadurch die Mauer in keiner Weise geschwächt wird und kein Verhau der Steine stattfindet, wenn die Mauer im gewöhnlichen Blockverband aufgeführt wird.

Neu-Strelitz, 27. Mai 1896.

Brth. Müschen.

Zu der Antwort in No. 46 an Hrn. Arch. E. W. in M. Ich fertige säurefeste Asphalt-Fussböden seit einer langen Reihe von Jahren an.

Leopoldshall-Stassfurt.

A. F. Malchow.

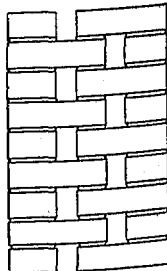
Anfragen an den Leserkreis.

1. Wo findet sich Litteratur über versenkbare Schaufenster?

C. K. in B.

2. Welche Firma fabrizirt farbigen Theer zum Anstrich flachliegender Dächer?

Fr. K. in D.



Berlin, den 20. Juni 1896.

Inhalt: Die Anlage und die Bauten der Berliner Gewerbe-Ausstellung des Jahres 1896. VI. — Neuaufstellung oder Revision der Norm zur Berechnung des Honorars für baukünstlerische und technische Arbeiten? — Die

neue Bauordnung für die Aussenbezirke der Stadt Köln. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Die Anlage und die Bauten der Berliner Gewerbe-Ausstellung des Jahres 1896.

(Hierzu die Abbildungen auf S. 320 und 321).

VI.



Das im Nachstehenden zu besprechende Gebäude für Fischerei und Nahrungsmittel, nach den Entwürfen des Hrn. Arch. Karl Hoffacker errichtet, zeigt von allen Ausstellungs-Gebäuden die vielgestaltigste Grundriss-Anlage. Diese ist nicht ein zufälliges Ergebniss. In der Verfolgung eines bestimmten Gedankens ist der Versuch unternommen, verschiedenen Zwecken dienende Räume zu einer künstlerisch einheitlichen Baugruppe zusammenzulegen, in der gleichwohl jeder Raum für sich in seiner Bedeutung in die Erscheinung tritt. Wir dürfen es als ein bemerkenswerthes Zeichen parlamentarischen Geschickes betrachten, dass es dem Architekten gelungen ist, ihrer Natur nach widersprechende Interessen der verschiedenen Gewerbe- und Widersprüche, die nun einmal in der menschlichen Charakteranlage liegen, in dem Maasse zum Schweigen zu bringen und zu besiegen, dass die sich jetzt vor unseren Augen erhebende glücklich gruppierte Anlage möglich wurde. Ein Blick auf den Grundriss erleichtert das Verständniss hierfür. Die Ausstellung des Deutschen Seefischerei-Vereines und die mit ihr verbundene Ausstellung lebender See- und Flussfische war die Ursache, dass das Fischereigebäude, wie es von nun ab der Kürze halber genannt sein mag, möglichst nahe an den Rand der Spree gerückt wurde, von der aus zwei Kanäle ein mittleres Wasserbecken füllen, um welches sich die ganze Anlage derart gruppirt, dass um das rechteckige Becken, das gegen die Spree hin durch eine Wandelbahn abgeschlossen ist, an drei Seiten ein Gang sich hinzieht, hinter dem, dunkel gehalten, ein zweiter Gang liegt, in welchen die Besucher zur Besichtigung der von oben beleuchteten Aquarien mit den lebenden Fischen und anderen Wasserthieren eintreten. An die linke Seite dieses Kreuzganges, wenn man will, legt sich das Gebäude für Fischerei und Sport, eine dreischiffige Anlage aus Holz, deren Seitenschiffe sich auch um das Querschiff ziehen und geräumige Gallerien enthalten. Das Prinzip des maassvoll durch Schnitzerei und Farbe geschmückten offenen Dachstuhles als Abdeckung des Raumes ist wie bei allen den Hallenbauten Hoffacker's auch bei diesem Bau durchgeführt. Die Abschlusswand gegen die Spree hat eine wirkungsvolle ornamentale Malerei erhalten, die sich in ihrer Stilbildung an die nordischen Schlingornamente anlehnt; Friese von Georg Koch umziehen die Sportabtheilung. Im übrigen schmücken den stattlichen Raum grosse Netze, deren leichtes, durchsichtiges und verschleiernes Knüpfwerk in die Raumwirkung eine eigenartige, sympathische Weichheit bringt, die in ihrem feinen grauen Ton mit dem Holzwerk und den aufgestellten farbigen Darstellungen vorzüglich zusammengeht, sodass dieses Gebäude mit seinem doch immerhin recht heterogenen Inhalt einen durchaus einheitlichen Eindruck bietet.

An der rechten Seite des Kreuzganges liegt das Gebäude für Nahrungs- und Genussmittel. Hier haben die Wurst-, Liqueur-, Brod-, Chokoladen- und andere Fabrikanten, die Bierbrauereien und Fabrikanten für künstliche Mineralwasser, kurzum die ungeheure Zahl aller der Fabrikationszweige, deren Erzeugnisse dazu bestimmt sind, in den menschlichen Magen zu gelangen, ihre Stände aufgeschlagen. Die Bedürfnisse und Ansprüche hierfür waren auch hier so verschiedenartig wie möglich. Und wenn es gelungen ist, auch die Schwarmgeister dieser Gruppe zu zügeln und sämtliche Aussteller so unter eine Einheitlichkeit zu zwingen, wie sie sich in so ansprechender Weise darbietet, so kann auch an dieser Thatsache die vorhin gegebene Charakterisirung des Künstlers gemessen werden. Was den Raum an und für sich anbelangt, so macht er einen ähnlichen Eindruck, wenn auch nicht so imposant, wie der des Gebäudes für Sport und Fischerei. Seine Gestaltung beruht auf den gleichen künstlerischen Grundzügen. Von dem Aeusseren giebt die Abtheilung S. 320 ein skizzenhaftes Bild; es bleibt vorbehalten, dasselbe durch eine Aufnahme nach der Natur zu ergänzen. Aus der Skizze ist die reiche, malerische Gruppierung zu erkennen, die ihre Motive in freier Weise und gern bei den norwegischen Stabkirchen sucht und die Romantik ihrer vielgestaltigen schützenden Dachformen, die den Niederschlägen eines strengen Klimas stand zu halten haben, in einer gewissen verwandten Regung und mit Erfolg in unsern auch etwas milderem Klima herüberzunehmen trachtet. Eine verhältnissmässig reiche Ausbildung durch Schnitzwerk (durch G. Riegelmann, der auch die

anderen Schnitzarbeiten dieses Gebäudes in technisch tüchtiger Art lieferte) und farbige Mittel hat die Schauseite gegen die Spree erhalten. Mit dem blendenden Weiss der Sockeltheile des Gebäudes gehen das satte Braun des Holzwerkes, die sparsame Farbe einschl. Vergoldung und das Grün der grossen Dachflächen aus Leinwand vorzüglich zusammen.

Das Gebäude bedeckt einen gesammten Flächenraum von etwa 7500 qm; es hat eine grösste Längenausdehnung von etwa 130 m und eine grösste Tiefe von etwa 95 m. Mit seiner Beschreibung möge die Schilderung der Haupt-Ausstellungsgebäude abgeschlossen und im Weiteren eine übersichtliche Aufzählung derjenigen unter den ungemein zahlreichen kleinen Bauwerken, die über den ganzen Ausstellungspark zerstreut sind, versucht sein, welche sich durch besondere künstlerische Gestaltung auszeichnen oder sich in ihrer Form doch wenigstens etwas über das triviale sonst übliche Ausstellungsmittel hinausheben. Die Namen der Künstler nennen wir dabei, soweit sie uns auf unsere Bemühungen hin, dieselben zu erfahren, bekannt geworden sind. Für die Reihenfolge der Aufzählung sei die Reihenfolge maassgebend, in welcher sich die Bauwerke auf einem Rundgange durch die Ausstellung darbieten.


Wer vom Bahnhof Treptow die Chaussee benützt, um zum Haupteingang der Ausstellung zu gelangen, der gewahrt zur Rechten das bewegt gruppierte, mit lustigen Dächern gedeckte Schankhaus der Brauerei von Oswald Berliner, von den Architekten Cremer & Wolfenstein errichtet und im Innern mit einem ausgezeichneten Glasmalerei-Fenster von A. Lüthi in Frankfurt a. M. sowie guten, eigenartigen Dekorationsmalereien versehen. Hinter der Maschinenhalle taucht sodann das Haus der Fabrik für Mühlen-Einrichtungen der Firma Petzold & Comp. Ld. in Berlin, Inowrazlaw und London auf, das eine wirkungsvoll bemalte Vorderfassade besitzt, deren ausgeschnittene Bretter-Architektur stilisierte Pflanzenformen hat, die sich auf das Gewerbe, dem der Inhalt des Hauses dient, beziehen: hier Aehrenbüschel usw. Unverdientermaassen versteckt hinter dem Hauptgebäude, gegen die Köpenicker Landstrasse zu, liegt das Weberhaus von Th. Zimmermann in Gnadenfrei und Hausdorf, das nach den Entwürfen des Arch. Bruno Möhring mit der nachdrücklichen Absicht der Hervorbringung einer Art Volkskunst in Form und Farbe errichtet ist und in gefälliger Weise Gegenstände des handwerklichen Betriebes der Weberei als schmückende Motive verwendet. Von dem gleichen Künstler ist der Pavillon für das Prachtwerk Berlin, dem gegenüber ein ansprechender Pavillon im maurischen Stil die Freunde des internationalen Liqueurhauses aufnimmt. Die, wie wir glauben aussichtsreiche Kunst der stilisierten bemalten Blumen in der Kleinarchitektur, namentlich im Holzbau, ihre schlichte, ja naive Auffassung findet sich an dem Haus der Honigkuchenfabrik Fielitz von H. A. Krause, einem frischen, ursprünglichen Künstler, der in dem Verkaufsstand der Firma Carl Martienzen, in dem die Grenzen des Kleinbaues weit überschreitenden, mit einem gewissen Prunk auftretenden, zweithürmigen, in Gold, Silber und Farbe prangenden Tabak-Museum der Firma Loeser & Wolff, in der chinesischen Theebude von Carl Joh. Hoelting und an anderen Stellen der Ausstellung Proben einer eigenartigen selbständigen Auffassung und Erfindung der architektonischen Formen gegeben hat. Schlicht und anmuthig liegt das Weinhäusl da, im Achteck, an

altchristlichen Aufbau erinnernd, erhebt sich der Edison-Pavillon und maurisch wiederum ist der Pavillon Zuntz. Wieder schlicht und gefällig, ohne aufdringliche Mittel, jedoch mit der zurückhaltenden Eigenart, die den Künstlern eigen ist, ist das Haus des Berliner Vereins für Volksbäder von Solf & Richards errichtet. An den norwegischen Stabau erinnert der Holzbau von Desca Reichel, das gerade Gegentheil zu seiner aufsteigenden Gestalt ist der breit gelagerte Blockbau des Münchener Bürgerbräu, das in seiner köstlichen Nachahmung eines oberbayerischen Dorfbierausschanks eine viel besuchte Erholungsstätte ist. Die lebenswürdige Nachbildung aller, auch der kleinsten Zufälligkeiten verrathen, namentlich auch in der echten Malerei, eine scharfe Beobachtung bei grossem künstlerischem Feingefühl. Das Innere entspricht in seiner Ausbildung durchaus der breiten Behaglichkeit des Aeusseren. Von ähnlichem Eindruck ist das nach den Entwürfen Hoffackers errichtete Spreewalldorf, in welchem der Berliner Verein zur Erhaltung der Volkstrachten eine kleine Ausstellung eingerichtet hat und zu dem man gelangt, wenn man an dem nach den Entwürfen des Hrn. Brth. A. Tiede in persischem Stil errichteten stattlichen Pavillon der Firma Sarotti vorübergekommen ist.

Im Vergnügungspark sind es das Automatische Restaurant (Arch. H. A. Krause), der gefällige kleine Fachwerksbau der Münchener Malzbierbrauerei von Christoph Groterjan, mit vortrefflichen Malereien geschmückt (Arch. Ernst Jacob), sowie der Turmbau nach Entwürfen des Hrn. Bruno Möhring, welche die Aufmerksamkeit auf sich lenken. Beim Verlassen des Vergnügungsparkes begegnen wir zuerst dem Theater Alt-Berlin (Arch. Bernh. Sehring), einem feuersicheren Bau mit Eintags-Charakter, auf dessen Bühne das Berliner historische Schauspiel der neuesten Dichter-Generation sowie das historische Ausstattungstück aus der Berliner Vergangenheit eine Stätte gefunden haben, dann dem in Ziegelfugenbau in romanischen Formen errichteten Haus des Vereins für Feuerbestattung und gelangen noch zu dem diesseits der Treptower Chaussee gelegenen Tucherbräu (von Hoffacker), der als deutscher Fachwerksbau errichteten Weinlaube der Berliner Weinhändler (Hoffacker) und dem Haus von Siemens & Halske, sowie zu dem in den Formen der französischen Renaissance der abgetragenen Tuilerienbauten gehaltenen Pavillon „Fürstenbrunn“. Jenseits der Treptower Chaussee liegen das Gebäude der Stadt Berlin, entworfen auf dem städt. Hochbauamte und zu der Abtheilung der Berliner Schulen einen reizvollen Portaleinbau enthaltend, das ausserordentlich geschickt und echt komponierte Alpenpanorama (Arch. Hochgürtel), der thorburgartige Ausschank des Bürgerlichen Bräuhauses Pilsen und die romanische Sektklaue von Kloss & Foerster in Freyburg a. U., mit guten Malereien von der geschickten Künstlerhand Max Seligers. Es ist eine grosse Fülle launiger und witziger Einfälle, die über die vielfach frischen Gestaltungen dieser kleinen Bauten ausgegossen ist.

(Schluss folgt.)

Neuaufstellung oder Revision der Norm zur Berechnung des Honorars für baukünstlerische und technische Arbeiten?

 In der hier aufgeworfenen Frage hat der Mittelrhn. Bezirk des Badischen Arch.- u. Ing.-V. in seiner 14. Sitzung am 10. Juni d. J. Stellung genommen. Der Verein würdigt voll und ganz die Erwägungen, welche die Vereinigung Berliner Architekten ihrer geistvollen Neuaufstellung der Grundsätze für Honorarberechnung vorangestellt hat, um diese mit den gesteigerten heutigen Ansprüchen in Einklang zu bringen. Während wir schachthaltig mit der Auffassung, welcher die vorgeschlagene Um- und Neugestaltung entsprungen ist, übereinstimmen, können wir uns jedoch — getreu der Stellung, die wir schon gleich beim Auftauchen dieser Frage eingenommen und durch unsere Abgeordneten auf dem Schweriner Verbandstag zum Ausdruck gebracht haben — mit dem hierzu betretenen Weg des Aufgebens der Form und theilweise auch des Inhalts der bestehenden Norm nicht befreunden. Hat sich diese doch als eine Grundlage erwiesen, die nach dem eigenen Zugeständniss der V. B. A. seither eine immer weiter greifende Geltung in den beteiligten Kreisen gewonnen hat, d. h. also einer stetigen Zunahme an Ansehen und Bedeutung sich erfreut.

Wenn daher Unzulänglichkeiten vorhanden und Misstände

erkannt sind, welche zur Abstellung und Verbesserung drängen, so muss unseres Bedünkens alles vermieden werden, was — wie es durch grundsätzliche Neuerungen zweifellos geschehen würde — die ruhige segensreiche Entwicklung der bestehenden und in gemeinsamer Arbeit und Pflege der Fachgenossenschaft kaum erst erstarkenden Verhältnisse infrage zu stellen und zu gefährden geeignet wäre.

Der Vorschlag der V. B. A. scheint uns — abgesehen davon, dass er nur auf die Verhältnisse des Architekten zugeschnitten ist und den mühsam errungenen Zusammenhang mit den übrigen technischen Gebieten leichten Herzens aufgibt — keineswegs so einfach und leichtverständlich, dass er ohne weiteres zur Annahme empfohlen werden könnte. Es herrscht vielmehr in den uns zugänglichen Fachkreisen darüber die Ansicht vor, dass der vorzunehmenden Trennung in Rohbau und Ausbau etwas Gesuchtes und Gekünsteltes anhafte, das dem Bauherren und den Gerichten schwerer begreiflich zu machen sein werde, als dies mit der seitherigen Norm und deren Bauklassensystem der Fall ist. Zum Zankapfel aber dürfte der Berl. Vorschlag in der Mehrzahl der Fälle werden, in denen „gewisse Baukosten zu den

beiden Klassen der Arbeiten“ gehören und daher Erläuterungen und Auseinandersetzungen zwischen Architekt und Bauherrn nöthig machen oder wenn — wie bei Kirchen — die Hypothese höherer Ausbaukosten hineingezogen werden muss, um für die aufzuwendende Arbeit den Gleichwerth zu schaffen.

Unter solchen Verhältnissen dürfte es nicht unverdienstlich, ja sogar geboten sein, eine Untersuchung darüber anzustellen, ob sich denn die angestrebten und nothwendigen Aenderungen nicht etwa auf dem natürlichen Wege zeitgemässer Verbesserung und des Ausbaues der vorhandenen Norm unter Festhalten an ihrer herkömmlichen und zum Verständniss herangeleiteten Gliederung und Form gewinnen lassen. Unseres unmaassgeblichen Bedünkens scheint dieses Ziel durchaus nicht unerreichbar zu sein und zwar sowohl in der Richtung einer Vereinfachung durch Minderung der Bauklassen und der Baukostenstufen, als auch in Hinsicht einer vortheilhaften, d. h. richtigeren Gestaltung der Gebührensätze.

Dabei müssen die von der V. B. A. ausgegangenen, grossentheils vortrefflichen Anregungen, insbesondere die klar hervorgehobene, allgemein empfundene Nothwendigkeit der Neuordnung jener Gebührensätze, welche sich auf die Arbeiten des Ausbaues beziehen, volle Berücksichtigung dadurch finden, dass zur Erhöhung des Gebührensatzes an sich und zur anderen Vertheilung der Gebührenleiter geschritten wird. Folgt man dabei der ebenfalls sehr beachtenswerthen Auffassung der V. B. A. für Skizze, Entwurf und Kostenanschlag nicht wie seither einen klassenweise steigenden, sondern ein und denselben Prozentsatz durchzuführen, so wird der verfügbare Rest des mit der Höhe der Bauklasse wachsenden Gesamthonorars in seiner naturgemässen Steigerung hinreichen, um der begründeten Forderung gerechter Entlohnung

der für den Ausbau aufzuwendenden Arbeit und Mühewaltung zu entsprechen.

Dabei sind wir — beiläufig bemerkt — der Ansicht, dass zwischen Bauzeichnungen, Werkzeichnungen und Oberleitung nicht nach Achteln, wie es der inrede stehende Vorschlag Anmerkungen Ziff. 4 will, sondern nach Dezimalen u. zw. $0,35 + 0,35 + 0,30$ geschieden werden sollte. —

Volle Berechtigung ist ferner der Forderung zuzuerkennen, dass auch für die Bauvorlagen (Polizezeichnungen) eine Stelle im Tarif geschaffen wird, welche dem Architekten Ersatz seiner hierfür aufzuwendenden Arbeit und Auslage verbürgt.

Ein weder in der jetzigen Norm noch in dem Vorschlag der V. B. A. geregelter Fall ist, wenn Bauten unter der Oberleitung des Architekten ohne Bestellung besonderer Bauaufsicht ausgeführt werden. Dieses in Provinzialstädten und ländlichen Verhältnissen nicht so gar seltene Vorkommniss, welches gesteigerte Mühe und Verantwortung der Oberleitung einschliesst und zu dessen Ordnung bisher private Vereinbarung mit dem Bauherrn erforderlich war, sollte unseres Erachtens seine geregelte Lösung in der Honorarnorm durch Festsetzung eines entsprechenden Prozentschlages für Oberleitung finden.

Von diesen Grundsätzen und Gesichtspunkten ausgehend, hat unser Verein den Versuch unternommen, die vorhandene Norm unter möglichster Festhaltung an Form und Inhalt einer Uebersarbeitung zu unterziehen, die er — selbstverständlich ohne zu wähnen, damit schon etwas Entgeltliches geschaffen zu haben — als seinen bescheidenen Beitrag der Fachgenossenschaft zur wohlwollenden weiteren Erörterung dieser hochwichtigen Frage zu unterbreiten sich gestattet.

W.

Die neue Bauordnung für die Aussenbezirke der Stadt Köln.

Für den Stadtkreis Köln ist aufgrund der § 6, 12 u. 15 des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizei-Verwaltung und des § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverw. vom 30. Juli 1883, die am 20. März 1894 erlassene „Bauordnung für den Umfang der Stadtgemeinden des Reg.-Bez. Köln usw.“ unter dem 25. Februar 1896 durch den Regierungs-Präsidenten abgeändert worden. Anstelle der §§ 26—28 treten die §§ 2—8 der neuen Verordnung für den ausserhalb der äusseren Grenze des zweiten Festungsrayons, oder wo ein solcher nicht besteht, für den ausserhalb der äusseren Grenze des ersten Rayons der Festung Köln an beiden Rheinufern gelegenen Theil des Stadtkreises — der Kölner Aussenstadt. — Für den bis zur äusseren Grenze des zweiten Rayons, oder soweit ein solcher nicht besteht, für den bis zur äusseren Grenze des ersten Rayons belegenen Theil des Stadtkreises bleiben die bisherigen Vorschriften, insbesondere auch diejenigen der Polizei-Verordnung vom 20. Dez. 1889 „über die Bauten im ersten und zweiten Rayon“ in Geltung, insofern nicht in § 9 der neuen Bauordnung, welche für einzelne Bezirke innerhalb der Verwaltung offene Bebauung vorschreibt, die denselben Gegenstand betreffenden Ortspolizei-Verordnungen ausser Kraft gesetzt werden.

In der Aussenstadt werden 4 Klassen von Strassen unterschieden. Jedes zur Bewohnung oder zum längeren Aufenthalt von Menschen bestimmte Gebäude ist so anzulegen, dass der im öffentlichen Gesundheits-Interesse erforderliche Zutritt von Licht und Luft gesichert ist. Jedes bebaute Grundstück soll zu diesem Zwecke einen einzigen freien Hofraum von mindestens 3 m lichter Breite besitzen. Ausserdem sind folgende Vorschriften gegeben:

Klasse	Bebauung	Von der Grundstücksfläche bleiben als freier Hofraum		Zulässige Gebäudehöhen (max.) m	Zulässige Anzahl der Stockwerke
		in Prozenten im Strassenzug	bei Eckhäusern		
I	—	25	15	20	4
IIa	einstöckig	25	15	—	—
IIb	mehrstöckig	35	25	17	3
IIIa	einstöckig	35	25	—	—
IIIb	mehrstöckig	50	40	15	2
IV	—	60	50	15	2

Die Anlage von mehren Höfen, jedoch nicht unter je 30 qm Grösse, kann ausnahmsweise auf den Grundstücken an Strassen der Klassen I, II und III zugelassen werden, wenn bei 3 m Breite die Mindestgrösse erreicht und den feuer- und gesundheitspolizeilichen Erfordernissen in genügender Weise Rechnung getragen wird. Bei schiefwinkligen Grundstücken muss $\frac{3}{g} > \tan 45^\circ$ sein, damit das spitze Dreieck mit der Grundlinie g bei 3 m Höhe als freie Hofraumfläche zur Anrechnung gelangen kann.

Vorgärten bleiben in den Klassen I—III bei der Grundstücks- und Hofgrösse ausser Berechnung; in Klasse IV kommen die unbebaut gelassenen Theile der Vorgärten als Hofraum in Anrechnung. — Zweifelhaft bleibt es, ob bei $\frac{3}{g} < \tan 45^\circ$ das

Dreieck ausser Anrechnung gesetzt oder als bebaute Fläche behandelt wird, ebenso, ob gemeinschaftliche Grenzmauern als bebaute Grundflächen zählen.

Ausnahmen für die Grösse und Abmessung des Hofraumes sind für öffentliche Gebäude und industrielle Anlagen, sowie bei Grundstücken unter 1 Ar Grundfläche und bei Eckhäusern zulässig, wenn die Freilassung des vorgeschriebenen Hofraumes ohne zu grosse Beeinträchtigung der Bebauungsfähigkeit des Grundstücks nicht erreichbar erscheint und die feuer- und gesundheitspolizeilichen Erfordernisse auch in anderer Weise erfüllt werden. Auch an Grundstücken in solchen Strassen, welche zur Zeit des Inkrafttretens der Verordnung bereits bebaut sind, können bezüglich der Hofgrösse Ausnahmen in allen Klassen genehmigt werden. Die Höhe der Gebäude darf in Strassen von weniger als 6 m Breite für die Vorderseite höchstens 11,5 m werden, bei 6—9 m Strassenbreite höchstens 12,5 m. In Strassen von mehr als 9 m Breite (b) kann die Höhe (h) von 12,5 m um das Maass der Mehrbreite der Strasse über 9 m überschritten werden ($b = h + 3,5$ m). Auch für die einmündenden Strassen überliegenden Gebäude sind diese Höhenbestimmungen maassgebend und bei ungleicher Strassenbreite sind entweder verschiedene Höhen oder ein einheitliches mittleres Höhenmaass für die ganze Vorderseite festzustellen. Eckhäuserhöhen an Strassen von verschiedener Breite werden bis auf die Länge von 12 m von der Baufluchtlinie der breiteren Strassen ab gemessen, wobei die Vorderseiten bis zu ihrem Schnittpunkte zu rechnen sind, also die abgestumpften Ecken ausser Berücksichtigung bleiben. Soll für beide Vorderseiten ein mittleres Höhenmaass ermittelt werden, so werden beide aus Vorderseitenlängen und zulässigen Gebäudehöhen erhaltenen Produkte summiert und durch die Summe der Vorderseitenlängen getheilt.

Die Strassenbreite wird zwischen den festgesetzten Baufluchtlinien gemessen, also nicht mehr, wie die Bauordnung vom 20. März 1894 in § 27, Abs. 5 in Uebereinstimmung mit einem rechtskräftig gewordenen Urtheil es vorschreibt, zwischen der gegenüber bestehenden (alten) und der Fluchtlinie des zu errichtenden Gebäudes. Mit Ausnahme von Treppenhäusern dürfen die Hinterseiten der Vordergebäude sowie die Vorderseiten der Seiten- und Hintergebäude die zulässige Höhe an der Strassen- seite nicht überschreiten.

Unter Gebäudehöhe wird die Höhe von Oberkante Bürgersteig bis Oberkante Hauptgesims und bei Giebelhäusern bis $\frac{1}{3}$ der Höhe des Giebeldreiecks verstanden. Bei abfallendem Gelände wird die mittlere Strassenhöhe angenommen. Oberhalb der zulässigen Höhe der Vorderseite dürfen die Dächer über eine in einem Winkel von 50° zur Wagerechten gedachten Luftlinie nicht hinausgehen. Gebäude mit Mansardendächern haben sich innerhalb desjenigen Profils zu halten, das nach den vorstehenden Bestimmungen über zulässige Höhe der Vorderseite sich ergibt. — Ausnahmen können bei Kirchen, öffentlichen Gebäuden oder einzelnen, für Zwecke der Kunst, Wissenschaft und Industrie bestimmten Gebäuden getroffen werden. Sonst wird beim Aufbau von Thürmen, Giebeln, Dachlukken usw. die durchschüssliche Höhe der Vorderseite dadurch bestimmt, dass von der zulässigen Höhe der Vorderseite des Gebäudes ein Flächenstreifen in Abzug

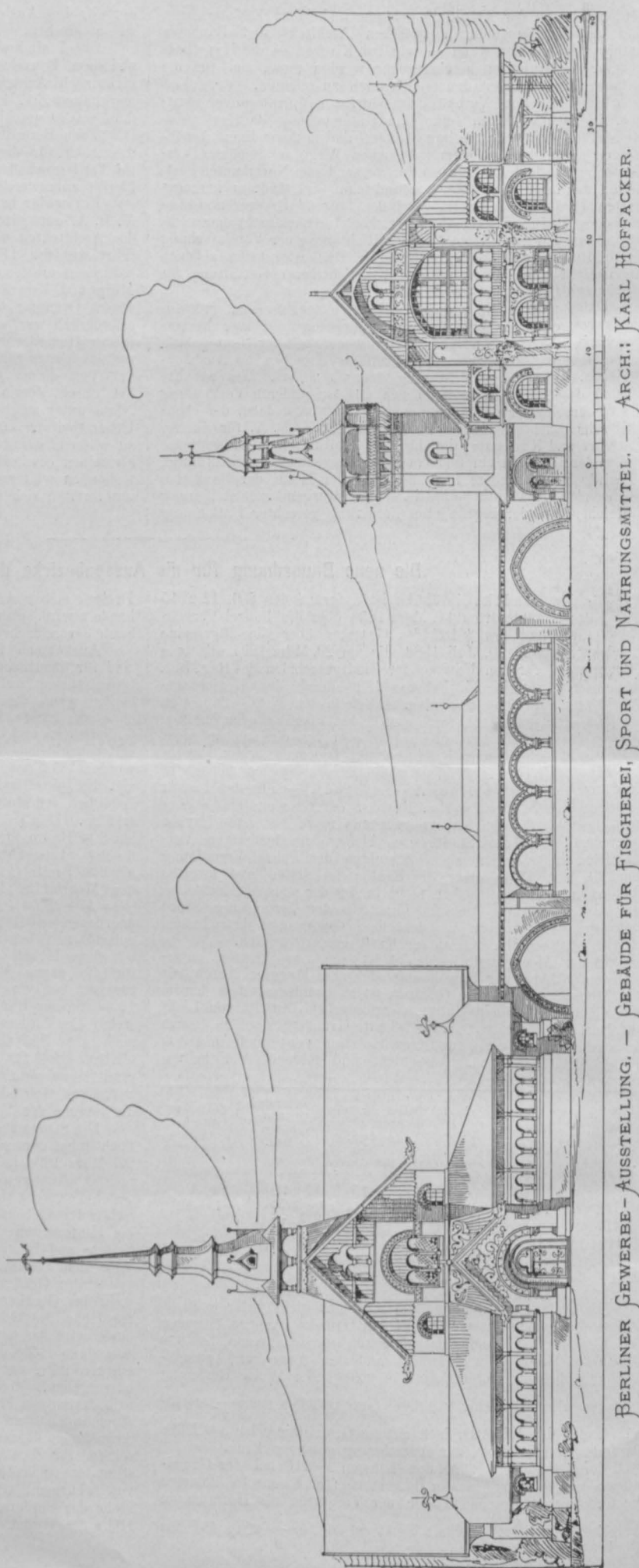
gebracht wird, welcher gleichen Inhalt mit der Ansichtsfläche (?) der Aufbauten besitzt.

Bei der Anzahl der Stockwerke (§ 6) wird zu der zulässigen Geschossanzahl ein zu Wohnzwecken eingerichtetes Kellergeschoss, das Erdgeschoss und ein etwaiges Zwischengeschoss mitgerechnet. Ohne Einfluss auf die zulässige Geschossanzahl hingegen bleiben Räume im Keller, welche wie Küchen, Waschküchen, Plätt- und Baderäume nur vorübergehend dem Aufenthalt von Menschen dienen. — Ein über dem höchsten zulässigen Stockwerk befindliches Dachgeschoss darf nur zur Hälfte zu Wohnzwecken eingerichtet werden. Weitergehende Einrichtungen bedingen, dass dasselbe als volles Geschoss in Anrechnung gebracht wird. Als Erdgeschoss kann nur noch ein solches angesehen werden, dessen Fussboden nicht mehr als 2,5 m über der Oberkante des Bürgersteiges liegt. Ob hier die gegenwärtige oder auch eine gleichmässig vorgesehene, aber zurzeit des Neubaus noch nicht durchgeführte veränderte Höhenlage der Strasse gemeint ist, geht nicht aus der Verordnung hervor. In den der Ueberschwemmung ausgesetzten Strassen muss der Fussboden mindestens 50 cm über der für die Zukunft festgesetzten Höhenlage der Strassenkrone gelegt werden. Bis zur Ordinate + 10 m (relativ am Kölner Pegel (Pegelnul = 35,932 + N.N.) sind die Mauern der dem Hochwasser ausgesetzten Gebäude in hydraulischem Mörtel auszuführen. Keller, die unter die Ordinate + 6 m hinabreichen, sind in allen Theilen wasserdicht herzustellen und alle unter der Ordinate + 10 m liegenden Bretter-Fussböden müssen in Asphalt auf Beton gelegt werden. Die Höhe der Wohnräume soll mindestens 3 m im Lichten, die von Kellerwohnungen 2,70 m betragen; für das Dachgeschoss genügt eine lichte Höhe von 2,5 m. — Auf 30 cbm Inhalt eines Raumes muss mindestens 1 qm lichte Fensterfläche vorhanden sein. Fenster müssen eine zum Aufmachen eingerichtete Oeffnung von mindestens 0,50 m Breite und 1 m Höhe im Lichten erhalten.

Der § 7 regelt die offene Bebauung der Grundstücke an den Strassen der IV. Kl. 5 m Abstand von der Nachbargrenze und 10 m vom Nachbargebäude sind innezuhalten, jedoch ist es gestattet, 2 Nachbargebäude unmittelbar aneinander zu setzen, wenn im übrigen jedes derselben die erwähnten Mindestabstände einhält und beider Frontlänge nicht mehr als 40 m beträgt. — Die Offenräume können mit niedrigen Vorbauten in 1,25 m Höhe oder mit aufsteigenden, welche nicht mehr als durch zwei Geschosse gehen, besetzt werden. In ersterem Falle dürfen sie 2 m vor die betr. Gebäude- seite vorspringen, in letzterem 1 m. Sie dürfen ausserdem nicht mehr als $\frac{2}{5}$ der Ansichtshöhe einnehmen. — Im Hintergrund können auf den Grundstücken der IV. Kl. Nebenanlagen (Ställe, Schuppen, Gewächshäuser, Schutzdächer usw.) ausnahmsweise an der Grenze zugelassen werden, sobald der erforderliche freie Hofraum vorhanden ist und nach der gegenüberliegenden Grenze ein Abstand von 5 m gewahrt bleibt.

Gewerbliche Anlagen auf Grundstücken an Strassen der Klasse IV und auf einigen Grundstücken an Strassenzügen der Klasse II dürfen nicht errichtet, auch bestehende Gebäude dafür nicht eingerichtet werden, sobald bei regelmässigem Betriebe derselben eine Verbreitung schädlicher oder belästigender Dünste, starken Rauchs, grösserer Staubmengen, oder durch Erregung ungewöhnlichen Geräusches Gefahren, Nachtheile oder Belästigungen für Publikum und für den Verkehr auf öffentlichen Wegen zu befürchten stehen (§ 8).

Innerhalb der Umwallung der Stadt Köln (§ 9) ist ebenfalls offene Bebauung an bestimmten Strassen vorgesehen. Hier darf kein Gebäude höher als Erdgeschoss und



BERLINER GEWERBE-AUSSTELLUNG. — GEBÄUDE FÜR FISCHEREI, SPORT UND NAHRUNGSMITTEL. — ARCH.: KARL HOFFACKER.

zwei Obergeschosse einschl. Dachgeschoss gebaut werden. Hinsichtlich der Entfernungen vom Nachbargebäude usw. findet § 7 Anwendung. Die bebauten Flächen dürfen im ganzen nicht mehr als $\frac{2}{3}$ der nach Abzug der seitlichen Streifen und eines etwa durch den Bebauungsplan vorgeschriebenen Vorgartens verbleibenden Fläche betragen.

Die Polizeiverordnung ist am 26. Febr. 1896 in Kraft getreten. Die Karten, in denen die Strassenklassen farbig unterschieden sind, liegen bei der städt. Polizeiverwaltung zu Jedermanns Einsicht aus; auch ist ein zweites Exemplar derselben in den Akten der kgl. Regierung niedergelegt.

Die den Verkehrs-Verhältnissen Kölns angepasste Bauordnung wird, abgesehen von den Schädigungen, welche den Landpekulanten und Grundbesitzern durch die auferlegten Beschränkungen erwachsen, nur dann durchführbar sein, wenn auch die örtlichen Verhältnisse der Bauplätze selbst einigermaßen damit in Einklang gebracht werden können. Schiefwinklig geschnittene Grundstücke, wie solche häufig vorkommen werden, setzen in der Regel eine Umlegung und Neuautheilung voraus und hiermit wird es, wie in allen anderen Grosstädten auch in Köln hapern. Es wäre seinerzeit bei der Einführung der Grundbuchgesetze nicht schwer gewesen, erleichterte Bestimmungen über den Ausgleich und die andere Gestaltung von Grundstücken zu erlassen, ähnlich wie solche in der Landwirtschaft längst durch Gesetze vom 3. März 1850, vom 27. Juni 1860, vom 12. April 1885 und

vom 12. April 1888 (§ 76) eingeführt sind. Dass dort so wenig Gebrauch von diesen Bestimmungen gemacht wird, liegt daran, dass das Verfahren durch die Generalkommissionen zu umständlich, kostspielig und zeitraubend ist. Für städtische Zwecke kann zwar ebenfalls von dem § 76 des Gesetzes vom 12. April 1888 Gebrauch gemacht werden, allein es ist noch niemals davon Gebrauch gemacht worden. Die Universitätsstadt Marburg hat vor etwa 10 Jahren die Anlegung einer Strasse von der Generalkommission vornehmen lassen, dabei handelte es sich aber um eine förmliche Verkoppelung eines Aussenbezirks und zwar im landwirthschaftlichen Sinne. Die erste Umlegung und Neuautheilung von Bauparzellen findet in Preussen in dem abgebrannten Marktflecken Brötterode am Inselsberg statt. Hier war der Erlass einer Nothstands-Verordnung erforderlich, welche bekanntlich von der gesetzgebenden Körperschaft nachträglich genehmigt worden ist. Als Grundlage diente ein schleunigst aufgestellter und nach dem Fluchtliniengesetz festgesetzter Bebauungsplan, dessen Ausführung ohne kgl. Verordnung unmöglich wurde.

Da man bei unbebautem Gelände, wie es von der Kölner Bauordnung getroffen wird, aber weder von einer gutsherrlichen noch bäuerlichen Landregulirung reden kann, noch öffentliche Zwecke infrage kommen, so kann der § 76 des Einführungsgesetzes zur Grundbuch-Ordnung schwerlich Anwendung finden. L.

Mittheilungen aus Vereinen.

Arch.- u. Ing.-Verein für Niederrhein u. Westfalen. Versamml. am Montag, d. 18. Mai 1896. Vors. Hr. Stübgen; anwes. 25 Mitgl.

Der Hr. Oberpräsident der Rheinprovinz verlangt bis zum 20. d. M. und künftig alljährlich bis zum 1. März die Einsendung eines Berichtes über die Thätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre. Anzugeben sind u. a.: Aenderungen im Vorstande und der Mitgliederzahl sowie Mittheilungen über gehaltene Vorträge, Ausflüge und Veröffentlichungen, auch hinsichtlich der Betheiligung an Ausgrabungen und der Denkmalspflege. Das zu übersendende Material wird in den seitens des Provinzial-Konservators der Rheinprovinz bezw. der Provinzial-Kommission alljährlich geplanten Veröffentlichungen über den Stand der Denkmalspflege usw. entsprechende Verwendung finden.

Hr. Kiel berichtet namens des Ausschusses über die Aenderung der Satzungen. Hr. Unna habe im Oktober v. J. bei dem Vorstande beantragt, dahin zu wirken, dass:

a. der § 2 der Satzungen in der Weise erweitert werde, dass nicht nur solche Personen in den Verein aufgenommen werden könnten, welche eine technische Fachbildung besäßen, sondern auch solche, welche diese Sonderbildung zwar nicht hätten, wohl aber aufgrund ihrer allgemeinen wissenschaftlichen Vorbildung als Freunde des Bauwesens zur Förderung der Baukunst und der Technik beizutragen imstande seien;

b. das Aufnahme-Verfahren verschärft werde, indem der Aufzunehmende von 2 Mitgliedern dem Vorstande vorzuschlagen sei und dabei einen Anmeldebogen vorzulegen habe, aus welchem seine technisch-wissenschaftliche, künstlerische oder allgemein-wissenschaftliche Vorbildung und seine Fachthätigkeit ersichtlich sei. Nach Prüfung dieser Unterlagen habe der Vorstand die Aufnahme entweder zu verweigern oder dem Vereine zur Abstimmung vorzulegen.

Der Vorstand habe das Bedürfniss zur Aenderung des bestehenden Aufnahme-Verfahrens nicht anerkannt, dagegen dem Antrage unter a. insofern Folge gegeben, als er vorgeschlagen habe, den § 2 der Satzungen durch Einschaltung nachstehenden Satzes zu erweitern: „Ausnahmsweise können auch solche Personen aufgenommen werden, welche, ohne technische Vorbildung zu besitzen, vermöge ihrer amtlichen oder gewerblichen Stellung die Vereinszwecke zu fördern imstande und gewillt sind.“

Der zur Prüfung der Angelegenheit eingesetzte Ausschuss beantrage diesen Vorschlag des Vorstandes abzulehnen und dem Absatz 2 des genannten Paragraphen nur die nachstehend gesperrt gedruckten Worte zuzusetzen: „Wer aufgenommen zu werden wünscht, ist von einem Vereinsmitgliede dem Vorstande unter Nachweis der Aufnahmefähigkeit namhaft zu machen, und von diesem nach Prüfung des Antrages dem Vereine vorzuschlagen.“

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird die Angelegenheit bis zum Herbste vertagt, da zur endgültigen Abstimmung die erforderliche Anzahl von Mitgliedern fehlt.

Berichtigung. Unter No. 6 der Aufzeichnungen über die vorige Sitzung hat sich ein Irrthum eingeschlichen. Es sollte heissen, dass das System der Luftheizung für den vorliegenden Fall — die Villa in Nancy — nicht zweckmässig sei.

Vermischtes.

Ueber nationale Wohnungsreform verhandelte in den letzten Tagen des Mai die 2. Spezialkonferenz des VII. evangelisch-sozialen Kongresses in Stuttgart. Als Grundlage der

Berathungen hatte Staatsminister a. D. von Schöffle Leitsätze aufgestellt, in welchen die allgemeine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der unbemittelten Volksklassen als eine Grundforderung christlicher Sozialpolitik und die grundlegende Voraussetzung für den Erfolg aller praktischen Sozialreform betrachtet wird. Das Ziel könne erreicht werden, wenn, abgesehen von freiwilligen Opfern, die Wohnungsreform im Einklang mit der bestehenden Gesellschaftsordnung ihre Kosten selbst decke. Die Förderung der Wohnungsreform für die unbemittelten Klassen durch Gemeinden, Arbeitgeber, gemeinnützige Vereine, solide Privat-Unternehmungen sei thunlichst zu unterstützen, jedoch darauf zu achten, dass die Reform stets nach Maassgabe des örtlich und zeitlich verschiedenen Bedürfnisses schrittweise unternommen wird. Die Reform ist von den öffentlichen Verwaltungsbehörden nach der administrativen und nach der finanziellen Seite maassgebend zu beaufsichtigen, im übrigen aber, soweit es sich um Ergänzung der von den vorhin genannten Körperschaften und Privaten unternommenen Bestrebungen handelt, selbständigen Landes-, Bezirks- und Ortskommissionen zu übertragen. Auf diese, auf ihre Bildung und Geschäftsführung übt der Staat durch Ernennung des Vorsitzenden, durch Berufung eines Theils der Mitglieder, durch Bestätigung des andern Theils derselben, sowie durch Genehmigung der Hauptbeschlüsse für den Bau einen der zu übernehmenden Garantieverpflichtung entsprechenden Einfluss aus. Jedoch gestattet der Staat eine auf Wahl und Zuwahl beruhende ehrenamtliche Zusammensetzung der Kommissionen nach Statuten, welche, um eine schablonenhafte Durchführung der Reform zu vermeiden, den besonderen Verhältnissen jedes Wohnungsreform-Bezirktes Rechnung tragen.

Gegen diese Leitsätze wurde u. a. geltend gemacht, die wichtigste Verbesserung der Wohnverhältnisse sei ein angemessener Lohn; man solle daher diesen zu verbessern trachten. Dem wurde entgegen gehalten, dass mit dem Lohn auch die Wohnpreise steigen. Das Genossenschaftswesen dürfe nicht als alleiniges Heilmittel betrachtet werden: Gemeinden und Staat hätten einzutreten. So gut der Staat Eisenbahnen baue, könne er auch Wohnungen bauen. Im übrigen ermögliche es die staatliche Garantie, Geld schon zu $3\frac{1}{4}\%$ zu erhalten. Für die vollständige und gleichmässige Durchführung der nationalen Wohnungsreform bedarf es der mittelbaren Förderung durch das Reich und die Einzelstaaten. Bei der Bodenfrage ist das Enteignungsrecht des Staates in Anwendung zu bringen. Für Deutschland wird die Anzahl der Kommissionen von je 12 Mitgliedern zur Durchführung der Reform auf etwa 100 gerechnet, für die eine Reichs-Zentralstätte als Mittelpunkt vorgeschlagen wird. Hand in Hand mit der Wohnungsreform müssen billige Fahrgelegenheiten angestrebt werden. Auf dieser Grundlage wurden die Leitsätze einstimmig angenommen.

Bollwerk oder Bohlwerk. In No. 13 der Dtsch. Bztg. wird von Hrn. Hübbe eine Deutung des Wortes Bollwerk versucht und es will derselbe diese Bezeichnung mit dem holländ. Boll (Bulle, Stier), als Benennung für Rammbar in Verbindung bringen. Nach der Entgegnung des Hrn. de Koning in No. 27 d. Bl. ist diese Ableitung jedoch nicht zutreffend, da die Bezeichnung Boll für Rammbar in Holland weder gebräuchlich noch bekannt ist.

Nach meinem Dafürhalten ist der Name Bollwerk, nieders. Bullwark, durch Verstümmelung des Wortes Pfahlrost, nieders. Poahlwark, entstanden. Diese Muthmaassung möchte ich durch die Thatsache bekräftigen, dass seit uralten Zeiten und noch heute diejenigen Arbeiter, die bei den Uferbefestigungs- und

Stromarbeiten an der Unter-Elbe (Cuxhaven) beschäftigt sind, Bollwerker oder nach nieders. plattdeutscher Mundart Bullwarker genannt werden. Die hier üblichen Uferschutzwerke bestanden in früheren Jahren fast ausschliesslich aus Pfahlwerken oder mehrfachen Pfahlreihen, die den Zweck hatten, Faschinenlagen oder Steinpäckungen zusammenzuhalten oder ihnen als Stützpunkte zu dienen. Eingeschlagen wurden diese Pfähle bei kleineren Tiefen wohl häufig mit schweren 4- oder 6-Männer-Handrammen, also ohne Zuhilfenahme eines Rammhären.

Wir Deutsche sind häufig nur zu gerne geneigt, fremdklingende Bezeichnungen, besonders diejenigen, welche im Deich- und Strombauwesen und in Marinekreisen vorkommen, aus dem Holländischen oder Englischen abzuleiten, während dieselben in den meisten Fällen gute deutsche Ausdrücke sind, die ihre Wurzel in der nieders. plattdeutschen Sprache haben. Durch den Rückgang derselben sind uns diese alten Bezeichnungen allerdings mehr oder weniger völlig fremd geworden, so dass es wohl zu entschuldigen ist, wenn der Versuch zu einer Herleitung derselben auf Irrwege führt.

Der Ausdruck Bohl — Bohlenwerk oder Bahlenwerk kommt m. W. in der älteren nieders. platten Mundart nicht vor und scheint erst neueren Ursprungs zu sein. Auch Chiohich-Löwensberg bringt, ebensowenig wie Hagen, den Ausdruck Bollwerk und spricht nur von Bohlenwerken. In der nieders. platten Mundart ist aber, wie auch Hr. Hübbe angiebt, die Bezeichnung Bohlenwerke und Bollwerk nicht gleichbedeutend. Erwähnt mag noch werden, dass man in der alten Festungs-Baukunst unter Bollwerke ganz bestimmte Vertheidigungswerke verstand, die aber wohl kaum mit dem obigen Begriff von Bollwerken in Verbindung gebracht werden können.

Holzminnen.

E. Döcher, Ingenieur.

Die technische Hochschule in Stuttgart wird in diesem Sommersemester von 506 Personen oder 13 mehr gegen den entsprechenden Zeitraum des Vorjahres besucht. Unter ihnen sind 320 Württemberger und 180 Nicht-Württemberger, von welchen wiederum 120 dem deutschen Reiche, die übrigen dem Auslande angehören. Die grösste Zahl der ausländischen Besucher stellt die Schweiz mit 21 Personen. Zu den Studirenden kommen 52 Hospitirende. Auf die einzelnen Abtheilungen vertheilen sich die Studirenden derart, dass auf die Abth. f. Architektur 111, f. Bauingenieurwesen 90, f. Maschinen-Ingenieurwesen 205, f. chemische Technik 54, f. Mathematik und Naturwissenschaften 21 und f. allgemein bildende Fächer 25 Studirende kommen.

Ein Beitrag zum Submissionswesen. Dem Staatsanzeiger für Württemberg zufolge wurden am 10. Juni in Minsingen die Bauarbeiten für 51 bis zum 1. Juni nächsten Jahres fertig zu stellende Häuser auf dem dortigen Truppen-Uebungsplatze im Gesamtbetrage von 408 000 M vergeben. Den Zuschlag erhielt ein Angebot von 15 %; neben diesem waren Angebote von 20—37 % vorhanden. Kann man es da einfachen Geschäftsleuten verargen, wenn sie sich einmal zu ihrem Schaden verrechnen, wenn seitens der bauleitenden Behörden solche Unterschätzungen stattfinden? Wenn das geschieht am grünen Holz

Bücherschau.

Die Baukunst Frankreichs. Herausgegeben von Cornelius Gurlitt, Dr. phil., a. o. Prof. a. d. kgl. techn. Hochschule zu Dresden. Etwa 200 Tafeln gr. Folio mit Text in 8 Lieferungen à 25 M. Dresden, Gilbers'sche kgl. Hof-Verlagsbuchhandlung, J. Bleyl.

Das Werk beabsichtigt, einen Ueberblick über Werth und Geist der französischen Baudenkmäler und in einer Ausstattung zu geben, welche deren Grossartigkeit entspricht. Aus der überreichen Fülle soll nur das Bedeutendste und Eigenartigste ausgewählt werden, dabei namentlich auch die durch Ursprünglichkeit ausgezeichneten Bauten seltener besuchter Landestheile und zwar von den hellenischen und römischen Anfängen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Doch sollen die einzelnen Bauten wiederum nicht in allen ihren Theilen, sondern das Beste nur vom Besten, nur die bezeichnendsten Einzelheiten gegeben werden. Das wird zu erreichen versucht durch photographische Aufnahmen, Zeichnungen von tüchtiger Künstlerhand und durch Wiedergabe von Handzeichnungen und Stichen der älteren französischen Baukünstler; ein übersichtliche Baugeschichte ergänzt und erläutert den Inhalt der Tafeln.

Misst man an diesem Programm die Leistungen der vorliegenden ersten Lieferung, so muss rückhaltlos anerkannt werden, dass die Versprechungen nicht nur nicht eingehalten, sondern dass die bisher üblichen und selbst weitgehenden Erwartungen, die man an ähnliche Werke zu stellen sich berechtigt glaubte, weit aus übertroffen werden. Die photographischen Aufnahmen sind von unübertrefflicher Klarheit und grosser Durchsichtigkeit in den Schatten, die Wahl des Standpunktes zeugt von einem seltenen architektonischen und malerischen Feingefühl. Der Druck ist von einer Weichheit und einer Feinheit in der Wahl der

Druckerfarbe, dass die Tafeln an die besten Heliogravüren erinnern. In ihm haben sich Römmler & Jonas in Dresden als unerreichte Meister bewährt. Gerne hätten wir gewünscht, dass auch der Name desjenigen angeführt worden wäre, welcher die photographische Aufnahmen leitete. Gleich vortrefflich wie die photographischen Drucke sind auch die von C. C. Meinhold & Söhnen in Dresden besorgten Drucke nach den glänzend dargestellten künstlerischen Zeichnungen. Wenn die übrigen Lieferungen das halten, was die erste Lieferung erwarten lässt, so wird der Fachwelt in dem abgeschlossenen Werke eine Veröffentlichung geboten werden, die die höchste Werthschätzung sich erringen wird. Wir hoffen, dass uns die Verlagsbuchhandlung in die angenehme Lage versetzen wird, auch über die folgenden Lieferungen und in gleich günstigem Sinne berichten zu können. —

Thieme-Preusser, Wörterbuch der englischen und deutschen Sprache. Neue, vollständig umgearbeitete und stark vermehrte Auflage, bearbeitet von Dr. Ig. Emanuel Wessely. I. Englisch-Deutsch. II. Deutsch-Englisch. 207. bis 216. Tausend. Jubiläums-Ausgabe. Hamburg 1896. Haendcke & Lehmkuhl.

Die mannichfachen Vorzüge des hier genannten Wörterbuches können nicht in dem engen Rahmen der wenigen Zeilen aufgeführt werden, die einer Erwähnung des schönen Werkes hier gestattet sind. Wer die Vorzüge im einzelnen verfolgen will, der sei auf die umfangreiche, sehr bemerkenswerthe Vorrede des neuen Bearbeiters, des Hrn. Dr. Ignaz Emanuel Wessely verwiesen. Im übrigen spricht nichts beredter wie Zahlen. Während von dem Werke in seiner ursprünglichen Gestalt als Thieme'sches Wörterbuch bis 1860 26 000 Exemplare, von da bis 1882 120 000 Exemplare abgesetzt werden konnten, ist die Verlagsbuchhandlung in der Lage, der vorliegenden Ausgabe die Bezeichnung 207. bis 216. Tausend vordrucken zu können. Bedarf es da noch einer besonderen Empfehlung? Auch der Techniker findet in dem Werke seine Rechnung. Ein Wunsch bliebe für die zahlreichen Benutzer des Werkes, welche die englische Aussprache nicht beherrschen, zu äussern übrig und das ist der Wunsch, die Aussprache durch die entsprechenden Laute der deutschen Sprache und nicht durch ein Laut-System, das besonders eingepägt werden muss, gegeben zu sehen.

Bei der Redaktion dieses Blattes eingegangene litterarische Neuheiten:

Ballif, Philipp. Wasserbauten in Bosnien und der Herzegowina. 1. Theil. Meliorationsarbeiten und Zisternen im Karstgebiete. Wien 1896. Adolf Holzhausen.

Cadisch, H., Ing. Die Abfallverbrennung vom technischen und finanziellen Standpunkte. Mit Atlas Zürich 1886. Selbstverlag.

David, Ludwig. Rathgeber für Anfänger im Photographiren. 4. Auflage. Halle a. S. 1896. Wilhelm Knapp. Preis 1,50 M.

Föppl, Aug. Mittheilungen aus dem mechanisch-technischen Laboratorium der k. technischen Hochschule München. München 1896. Theodor Ackermann.

Hess, J. u. Dr. med. Mehler. Anleitung zur ersten Hilfeleistung bei plötzlichen Unglücksfällen. Frankfurt a. M. H. Bechhold. Pr. 1 M.

Hydrographische Karte von Norddeutschland in 2 Blatt. Mit Anlage. Berlin 1896. Dietrich Reimer (Hofer & Vohsen). Pr. 6 M.

Kalle, P. Die Aufzeichnung des Geländes beim Krochieren für geographische und technische Zwecke. Berlin 1896. Julius Springer. Pr. 2,40 M.

Koenig, Max. Die geometrische Theilung des Winkels. 2. Heft. Berlin 1896. Georg Siemens. Pr. 75 Pf.

Lang, Gustav. Der Schornsteinbau. 1. Heft. Geschichte und Lichtabmessungen der Schornsteine. Hannover 1896. Helwing'sche Verlagsbuchhandlung. Pr. 4 M.

Lauenstein, R. Die graphische Statik. Elementares Lehrbuch für technische Unterrichts-Anstalten und zum Gebrauch in der Praxis. 3. Auflage. Stuttgart 1896. J. G. Cotta'sche Buchhandlung. Preis 4 M.

Liebig, X. B. Das südbayerische Bahnnetz nebst einigen allgemeinen Bemerkungen über das bayerische Bahnwesen überhaupt. München 1896. Otto Galler. Preis 1 M.

Neumeister u. Häberle. Deutsche Konkurrenzen. Leipzig 1896. E. A. Seemann. Preis für den Jahrgang 15 M. Einzelne Hefte 1,80 M.

V. Bd. Heft 10 No. 58. Reformirte Kirchen für Leipzig und Dresden.

V. Bd. Heft 11 No. 59. Volksgarten-Düsseldorf, Listerthum-Hannover und Flora-Köln.

Schrumpf, Ph. Die Wattfähre. Elberfeld 1896. Baedeker'sche Buch- und Kunsthandlung.

Schulze, Ernst. Industrie-Karte des oberschlesischen Berg- und Hütten-Reviers. Breslau 1896. Schletter'sche Buchhandlung. Preis 1,20 M.

Personal-Nachrichten.

Preussen. Dem Dozenten an der kgl. techn. Hochschule zu Berlin Dr. Müller ist das Prädikat Professor verliehen.

Die kgl. Reg.-Bmstr. Knoll in M.-Gladbach, Garnn in Trier und Becker in Arnsberg sind zu kgl. Gewerbe-Insp., die Reg.-Bmstr. Friedeberg und Heydemann in Berlin sind zu Bauinsp.; die Reg.-Bmstr. von Manikowsky in Osterode O.-Pr., Heise in Tilsit, Haeuser in Beeskow, von Busse in Bromberg, Schröder in Kosel und Weiss in Oldesloe zu Kreis-Bauinsp. ernannt.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Arch. H. K. in Odessa. Wir sind nicht in der Lage, Ihnen ein Rezept zur Herstellung von Kunstsandsteinmasse mitzuthemen, da ein solches Rezept von den betr. Fabriken selbstverständlich als Geschäfts-Geheimniss betrachtet wird.

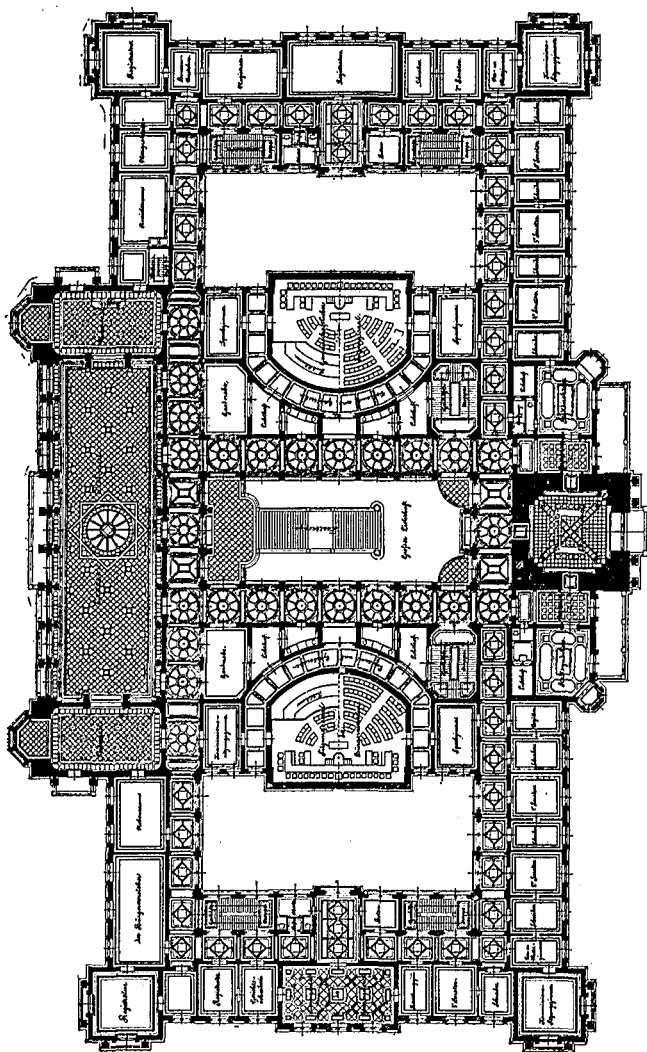
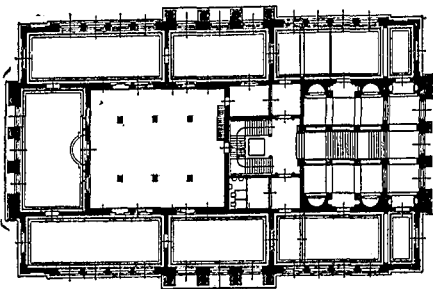
Vereine“ unter der Adresse des Hrn. Stadtbauinsp. Pinkenburg, Berlin NW., Alexander-Ufer 3.

Zu b) Richten Sie eine entspr. Anfrage an das Bureau der bad. 2. Kammer in Karlsruhe.

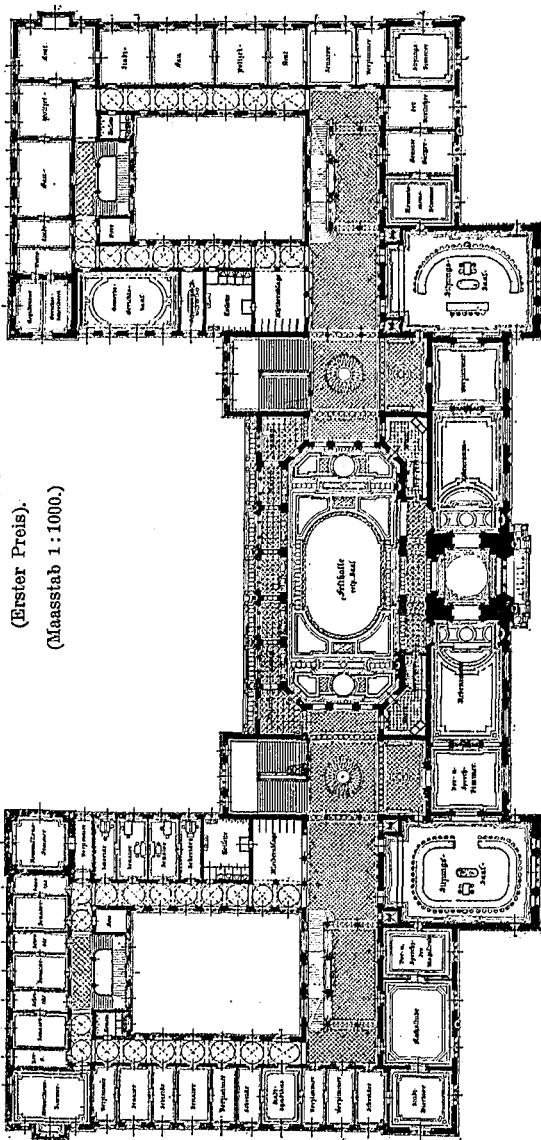
Zu c) Die auf S. 139 genannten Verfügungen sind nur an die Mitglieder der „Vereinigung Berliner Architekten“ zur Versendung gelangt. Ob sie auch anderen Interessenten zugesendet werden, erfahren Sie durch eine entspr. Anfrage an das kgl. Polizei-Präsidium in Berlin.

Beantwortungen aus dem Leserkreise.

Zu der Anfrage in No. 46 (S. S. in M.) Anlage von Wildscheibenständen betr.



Entwurf des Hrn. Prof. Hubert Stier-Hannover.
(Erster Preis).
(Maassstab 1:1000.)



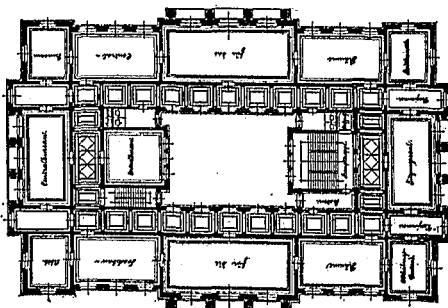
WETTBEWERB RATHHAUS HANNOVER.
Entwurf des Hrn. Heint. Seeling-Berlin (ein dritter Preis).

Vielleicht überlässt man Ihnen eine Lizenz, wenn Sie sich an die im Anzeigenthail u. Bl. angezeigten Firmen wenden.

Hrn. Mrmstr. B. K. in Königshütte. Wir halten den gen. Betrag als Entschädigung für Ihre Mühewaltung für durchaus entsprechend. Es erscheint uns auch nicht zweifelhaft, dass eine Klage auf Entschädigung für entgangenen Gewinn mit Erfolg angestrengt werden kann.

Hrn. Stbmtsass. P. H. in C. Wir empfehlen Ihnen die folgenden, wie die Baukunde des Architekten gleichfalls im Verlag von E. Toeche, Berlin, Bernburgerstr. 31, erschienenen Werke und zwar: „Erdarbeiten, Strassenbau, Brückenbau“ von Barkhausen, Nessenius und Housselle; „Städtisches Strassenwesen und Städtereinigung“ von R. Baumeister; „Der Wasserbau von L. Franzius; „Der Grundbau“ nebst „Ergänzungen zum Grundbau“ von L. Brennecke.

Hrn. Ob.-Ing. K. in Wien. Zu a) Wenden Sie sich an den Vorstand des „Verbandes deutscher Architekten- und Ing.“



Eine vorzügliche mechanische Anlage D. R. P. liefert J. G. Brehme's Ww. in Mühlhausen in Thüringen. Der Mechanismus hat neben seiner Billigkeit den Vortheil, dass zur Bedienung nur 1 Mann erforderlich ist und die Figuren mit gleichmässiger regulirbarer Geschwindigkeit bewegt werden können. —

In der Beantwortung der Frage des Stadtbmstr. P. in R. (Briefkasten in No. 47) ist ein prinzipieller Rechtsirrtum enthalten. Ich habe den gleichen Fall mit Erfolg durchgefochten. Ich würde ergebenst bitten, Hrn. im Fragekasten diesbezgl. an mich zu verweisen.

Correus, Stadtbmstr. in Mysłowitz.

Berlin, den 24. Juni 1896.

Inhalt: Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. — Das Kaiserdenkmal auf dem Kyffhäuser. — Aus dem preussischen Abgeordneten-

Hause. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisaufgaben. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten. — Offene Stellen.

Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Tagesordnung der XXV. Abgeordneten-Versammlung in Berlin am Freitag, den 28. und Sonnabend, den 29. August 1896.

A. Geschäftlicher Theil.

1. Mitgliederstand und Druck der Mitglieder-Verzeichnisse.
2. Vorlage der Abrechnung für 1895.
3. Vorlage des Voranschlages für 1897.
4. Bericht über die litterarischen Unternehmungen des Verbandes.
5. Verbreitung der Verbands-Mittheilungen.
6. Gründung einer Verbands-Zeitschrift.
7. Bestimmung des Ortes für die Geschäftsstelle des Verbandes für die Jahre 1897 bis 1901 (§ 21b der Satzungen).
8. Wahl des Geschäftsführers 1897 bis 1901 (§ 27 der Satzungen).
9. Wahl zweier Vorstands-Mitglieder für 1897 und 1898 (§ 26 der Satzungen).
10. Wahl des Ortes für die Abgeordneten-Versammlung 1897.
11. Wahl des Ortes für die Wander-Versammlung 1898.
12. Allgemeine Angelegenheiten des Verbandes.

B. Technisch-wissenschaftlicher Theil.

13. Aufstellung neuer Berathungs-Gegenstände für 1896/97.
14. Grundsätze für das Verfahren bei öffentlichen Wettbewerben.
15. Schutz der architektonischen Arbeiten gegen Ausbeutung durch die Presse.
16. Darstellung der Entwicklungs-Geschichte des deutschen Bauernhauses.
17. Zulässige Grenze der Stützweiten usw.
18. Die Ausbildung der Studirenden des Bauwesens.
19. Die Einführung einer für ganz Deutschland giltigen Bezeichnung der akademisch gebildeten Techniker.
20. Die Rang- und Titelverhältnisse der preussischen Staatsbaubeamten (Antrag des westpreussischen Vereins).
21. Norm zur Berechnung des Honorars für Arbeiten des Architekten und Ingenieurs.
22. Feststellung der Regen-Niederschläge in Deutschland.
23. Zonenenteignung und Umlegung städtischer Grundstücke.
24. Neuauflage des deutschen Normalprofilbuches für Walzeisen und Vorschriften für die Beanspruchung des Eisens.
25. Stellung der städtischen höheren Baubeamten.

Der Verbands-Vorstand.

Hinckeldeyn. Baumeister. v. Leibbrand. Bubendey. Pinkenburg.

Aus dem preussischen Abgeordneten-Hause.

Die Verhandlungen des preussischen Hauses der Abgeordneten haben sich in den letzten Wochen auf mehrere Gegenstände erstreckt, die das Interesse der technischen Kreise näher berühren und auf welche daher an dieser Stelle in Kürze eingegangen werden soll.

Zunächst stand in den Sitzungen vom 9., 13. und 15. Mai d. J. ein von der Regierung vorgelegter Gesetzentwurf betreffend

die Gewährung von Umzugskosten an Regierungs-Baumeister zur Berathung, der in der zuletzt genannten Sitzung zur unveränderten Annahme gelangte, an den sich jedoch vorher eine ziemlich umfangreiche Besprechung geknüpft hatte.

In dem Gesetze, betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten vom 24. Februar 1877, welches im allgemeinen nur auf die bereits zur festen Anstellung gelangten Beamten sich be-

Das Kaiserdenkmal auf dem Kyffhäuser.

Wohl seit der Glanzzeit der alten, längst zur Ruine gewordenen Burg auf dem Kyffhäuser nicht mehr mochte die goldene Aue zwischen dem Harz und dem Thüringer Wald so viel Festesglanz gesehen haben, als in diesen Tagen, da sich mit Kaiser Wilhelm II. die deutschen Fürsten oder deren Vertreter vereinigten, um ein weiteres Erinnerungsmal der glanzvollen Wiederaufrichtung des deutschen Reiches zu weihen. Da, wo der Barbarossathurm als letzter Rest eines hohenstaufischen Kaiserschlosses dräuend in die Lüfte sich erhebt, ein Thurm, den die ewig thätige Phantasie der Sage mit einem aus Sehnsucht und Erfüllung gewirkten Gewebe umkleidet, das tief im Volksbewusstsein gekannt und gefühlt ist, im Herzen der deutschen Lande und im Mittelpunkt des Schauplatzes deutscher Geschichte erstand ein neues Denkmal zum Andenken an den Kaiser, der das Sehnen von Jahrhunderten zur Erfüllung geführt hat. Als ein stolzer Thurm mit Terrasse ist es auf dem Kyffhäuser aufgethürmt, weit in die Lande schauend, ein Wahrzeichen deutscher Treue und deutscher Kraft. Bruno Schmitz entwarf seine trotzige Gestalt, Emil Hundrieser und Nikolaus Geiger verliehen ihr plastisches Leben und bildnerische Schönheit.

Mit einem Kostenaufwande von 1 300 000 M., durch freiwillige Beiträge der deutschen Kriegervereine zusammengebracht, errichtet, ist das fertige Denkmal ein Denkmal der deutschen Krieger. Von einer weiträumigen halbrunden Terrasse, welche durch eine wuchtige Stirnbrüstung umsäumt wird und die Ungleichheiten des abfallenden Berggeländes auszugleichen berufen ist, führen eine Anzahl Stufen auf ein kleines Plateau, zu dessen beiden Seiten breite Treppenanlagen zur Höhe des Fusses des

eigentlichen Denkmalthurmes leiten. Auf dem Plateau ruht eine dreibogige romanische Halle, die einen Hof abschliesst, an dem sich, eingefügt in den Thurmunterbau, die sitzende Statue des Kaisers Barbarossa, von Geiger modellirt, erhebt. Den Thurmunterbau flankieren vier trotzige Eckpfeiler, zwischen welchen sich der verjüngte Thurm aufbaut, der am Fusse durch einen Tropfenfries geschmückt ist und in dessen vorderer Nische das in Kupfer getriebene Kaiserstandbild mit begleitenden allegorischen Figuren steht. Ein kräftiges Hauptgesims schliesst den vier-eckigen Thurm ab; über dem Hauptgesims folgt ein Tambour, auf dem sich eine Anzahl starker Steinrippen zum Tragen der Kaiserkrone kuppelartig zusammenschliessen. Der ornamentale Theil der Anlage wie Reichsadler, Krone, Wappen, Kapitelle usw. sind von Bildhauer Vogel gemeisselt.

Die Längenausdehnung der ganzen Denkmalanlage beträgt 131 m, ihre Breitenausdehnung 96 m. Vom untersten Punkte der 20 bzw. 12 m hohen ringförmigen Terrasse steigt das Denkmal bis zu einer Höhe von 81 m an; von der Fläche der grossen Terrasse ab beträgt diese Höhe 61 m. Der quadratische Thurmgrundriss hat über dem Sockel eine Seitenlänge von 20 m. Die Höhe des aus der Werkstätte von H. Seitz in München hervorgegangenen Kaiserstandbildes beträgt vom Huf des Pferdes bis zur Helmspitze 8,76 m. Der am Fusse des Reiterstandbildes lagernde germanische Krieger ist 4,82 m, die entsprechende Figur der Geschichte, beide lebhaft bewegt, 5,20 m hoch. Das sind ungewöhnliche Maasse eines ungewöhnlichen Denkmals, das sich an geschichtlicher Bedeutung dem Hermanns-Denkmal im Teutoburger Walde und dem Niederwald-Denkmal ebenbürtig zur Seite stellt, beide jedoch an künstlerischer Kraft und Wucht der Ausdrucksmittel bei weitem übertrifft. —

zieht, ist eine Ausnahme zugunsten der im Staatsdienste ausseretatsmässig beschäftigten Assessoren und Räte dahin vorgesehen, dass auch diesen Umzugskosten gewährt werden sollen, wenn sie vor der Versetzung bereits gegen eine fixirte Remuneration dauernd beschäftigt waren. Auf die Regierungs-Baumeister, die in gleicher Lage sich befinden und bei einer Versetzung grössere Opfer zu tragen haben, weil sie weit später und erst in einem Lebensalter, wo sie in der Regel schon eine Familie besitzen, zur Anstellung gelangen, ist in jenem Gesetze keine Rücksicht genommen worden. Die darin enthaltene Bevorzugung der juristischen Elemente ist von den Betheiligten mit Recht schwer empfunden worden und es war aus Anlass derselben vor 2 Jahren eine Petition an das Haus der Abgeordneten gelangt, in der um eine entsprechende Erweiterung des bezgl. Gesetzes gebeten wurde. Die Regierung hatte s. Z. erklärt, dass sie einer Regelung dieser Frage wohlwollend gegenüberstehe und ist nunmehr dem damals gegebenen Versprechen durch einen Gesetz-Entwurf nachgekommen, nach welchem auch den im Staatsdienste beschäftigten Regierungs-Baumeistern Umzugskosten gewährt werden sollen, „soweit ihnen die Aussicht auf dauernde Verwendung ausdrücklich eröffnet ist“.

Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses, an welchen sich neben dem eifrigen und warmen Vertreter der Interessen des preussischen Baubeamtenthums, Hrn. Dr. Lohmann (Hagen) und dem einzigen akademisch gebildeten Techniker, welcher dem Hause angehört, Hrn. Brth. Wallbrecht, noch die Hrn. Abgeordneten Rickert und Krawinkel sowie als Berichterstatter der Budget-Kommission Hr. Abg. v. Pappenheim-Liebenau betheiligten, während vonseiten der Staatsregierung neben den Kommissarien der Ministerien der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen die Minister Thielen und Dr. Miquel wiederholt selbst das Wort ergriffen, bezogen sich einzig und allein auf den oben im Druck hervorgehobenen einschränkenden Satz. Es wurde geltend gemacht, dass bei einer derartigen Fassung des Gesetzes immerhin noch eine Ungleichheit zwischen der Stellung des juristischen und des technischen Elements innerhalb der Beamtenschaft bestehen bleibe, welche dem letzteren zu Klagen Veranlassung geben werde. Vonseiten des Hrn. Abg. Rickert wurde daher der Antrag gestellt, jenen Satz einfach zu streichen, während Hr. Abg. Dr. Lohmann beantragte, statt seiner die Worte zu setzen: „soweit ihnen erklärt ist, dass sie dauernde Verwendung finden sollen oder sofern sie mehr als 3 Jahre ununterbrochen im höheren Staatsdienst beschäftigt gewesen sind.“

Für die betheiligten Kreise sind besonders wichtig die Erklärungen der beiden Minister, deren entschiedener Haltung es unzweifelhaft zuzuschreiben ist, dass keiner der gestellten beiden Anträge eine Mehrheit zu finden vermochte. Zur Erläuterung der gewählten Fassung des Gesetzes war zunächst durch die Reg.-Kommissarien ausgeführt worden, dass eine einfache Uebernahme des in dem Gesetze vom 24. Febr. 77 enthaltenen, auf die Assessoren bezüglichen Wortlautes unthunlich gewesen sei, weil die Regierungs-Baumeister — wenigstens die von der Eisenbahn-Verwaltung beschäftigten — von vornherein fixirte, d. h. monatlich im voraus zahlbare Tagelöhner beziehen, auch wenn über ihre dauernde Verwendung noch nichts entschieden ist, während Assessoren nur dann fixirte Tagelöhner erhalten, wenn diese Entscheidung getroffen ist. Dass bisher den Regierungs-Baumeistern gegenüber eine Erklärung bezüglich ihrer dauernden Verwendung nicht üblich gewesen sei, begründete der Hr. Kommissar d. Min. d. öff. Arb. damit, dass vor Inkrafttreten eines entsprechenden Gesetzes die Veranlassung zu einer solchen Erklärung gefehlt habe.

Als den Hauptgrund, welcher die gestellten Anträge für die Staatsregierung unannehmbar mache, führte Hr. Minister Dr. Miquel den an, dass durch sie nicht allein eine Verbesserung in der Lage der Regierungs-Baumeister, sondern geradezu eine Bevorzugung derselben vor den Assessoren herbei geführt werden würde; denn die Assessoren der allgemeinen Verwaltung bekämen gegenwärtig nach 3 Jahren nicht einmal mit Sicherheit Diäten, geschweige denn feste Remunerationen. Der Minister glaubte bei dieser Gelegenheit ganz besonders gegen die nach seiner Ansicht herrschende Neigung sich wenden zu sollen,

zwischen ganz verschiedenartigen Verhältnissen eine mechanische Gleichheit herbeizuführen. Die Verhältnisse der Assessoren und der Baumeister aber seien von Grund aus verschieden; während der Assessor von vornherein ein Beamter sei, der nur aufgrund des Disziplinar-Gesetzes aus dem Dienst entfernt werden könne, aber dafür auch verpflichtet sei, dem Staate umsonst zu dienen, könne der Baumeister zwar jederzeit entlassen werden, erhalte aber dafür von vornherein einen Entgelt für seine Thätigkeit und könne ebenso Urlaub bekommen, um anderswo eine lohnendere Beschäftigung zu finden.

Hr. Minister Thielen, der zugeben musste, dass von den bei der Staatseisenbahn-Verwaltung thätigen Regierungs-Baumeistern des Ingenieurfachs nur ausserordentlich selten einer entlassen wird, begründete seine Bedenken gegen die vorliegenden Anträge zunächst damit, dass es für eine Reihe anderer Baumeister, z. B. die von der Eisenbahn-Verwaltung für ganz bestimmte Bauten beschäftigten Hochbau-Techniker allerdings von vornherein annähernd fest stehe, dass sie nach Vollendung ihres augenblicklichen Auftrages nicht weiter verwendet werden. Manche Baumeister, die bei ihrem Eintritt in den Dienst ja zumtheil der praktischen Ausbildung noch entbehrten, entwickelten sich überdies langsam und es werde nicht in ihrem Interesse liegen, wenn die Verwaltung sich innerhalb der ersten 3 Jahre entschliessen müsste, ein endgültiges Urtheil über sie zu fällen und „rigoros“ zu verfahren; hierzu würde sie aber geradezu genöthigt sein, wenn der Begriff dauernder Beschäftigung, aus dem vonseiten der Betheiligten jedenfalls ein Anspruch auf spätere endgültige Anstellung gefolgert werden würde, einer dreijährigen ununterbrochenen Beschäftigung gleich gestellt sei. Thatsächlich habe die Sicherheit, Umzugskosten zu erlangen, ja auch nur für die älteren Herren Bedeutung; sollte dasselbe ausnahmsweise auch für einen jüngeren Baumeister zutreffen, so sei für die Verwaltung die Möglichkeit nicht abgeschnitten, diesem — wie bisher — eine Beihilfe zu geben. Der Minister deutete schliesslich an, dass die Bestrebungen, eine völlige Gleichstellung der Reg.-Baumeister mit den Assessoren durchzusetzen, dahin führen müssten, auch den ersten nicht mehr von vornherein fixirte Diäten zu bewilligen, vielleicht sogar ihnen zunächst auf eine Reihe von Jahren überhaupt keinen Entgelt für ihre Beschäftigung zu gewähren.

Beide Minister warnten übrigens davor, die Frage, ob nicht eine Vermehrung der etatsmässigen Stellen für Baumeister bewirkt werden müsse, mit der vorliegenden, jedes innern Zusammenhangs mit ihr entbehrenden Frage des Rechtes auf Umzugskosten zu vermischen. Dabei gab Hr. Minister Thielen auf neue die Erklärung ab, dass in betreff jener ersten Frage Verhandlungen zwischen den betheiligten Ressorts schweben, während Hr. Minister Dr. Miquel sich hierüber vorsichtig dahin äusserte: es könne ja sein, dass man nach sorgfältigen Ermittlungen dahin gelange, die etatsmässigen Baumeister-Stellen zu vermehren, wenn man mit einiger Sicherheit übersehen könne, dass man die Baumeister dauernd beschäftigen kann; es wäre möglich, dass in dieser Beziehung in der Vergangenheit etwas karg verfahren sei.

Die nach dieser Richtung hin gemachten Andeutungen dürften für die betheiligten Fachkreise wohl das erfreulichste Moment sein, das die Verhandlungen gebracht haben. Denn die Freude an der durch das Gesetz selbst erzielten Verbesserung in der Stellung der preussischen Regierungs-Baumeister dürfte durch die in den Ausführungen der Hrn. Minister enthaltene Schärfe doch etwas gedämpft sein. Diese Schärfe, die sich ja vorzugsweise gegen die Annahme einer dreijährigen Beschäftigungszeit als einer an sich genügenden Vorbedingung für dauernde Beschäftigung im Staatsdienste richtete, scheint darauf hinzuweisen, dass die Staatsregierung willens ist, nur eine ziemlich beschränkte Zahl der bei ihr thätigen Regierungs-Baumeister als dauernd beschäftigt anzuerkennen.

Erst wenn die betreffenden Erklärungen, die nunmehr wohl binnen kurzer Zeit erwartet werden können, wirklich erfolgt sind, wird man die Tragweite des Gesetzes zu übersehen imstande sein. Es sollte uns freuen, wenn unsere Befürchtungen sich nicht erfüllen. —

(Fortsetzung folgt.)

Mittheilungen aus Vereinen.

Architekten-Verein zu Berlin. Die 3. Besichtigung des Vereins fand am 15. d. Mts. statt. Sie galt den Umbauten des Stettiner Bahnhofs und des Bahnhofs Gesundbrunnen. Die Führung und eingehende Erläuterung hatten im Stettiner Bahnhof Reg.- und Brth. Bathmann und Reg.-Bmstr. Schneider, am Bahnhof Gesundbrunnen Eisenbahn-Bauinsp. Klinke und Reg.-Bmstr. Biedermann übernommen.

Der Umbau der beiden Bahnhöfe ist eine Folge der Umgestaltung der Stettiner und Nordbahn. Am Gesundbrunnen kommt hierzu noch der viergleisige Ausbau der Ringbahn, der auf der Strecke Wedding—Landsberger Allee noch fehlt und nunmehr vervollständigt ist. Für die Stettiner Bahn ist die Verlegung der Strecke von der Wiesenstrasse an, Führung durch den Humboldthain und sodann durch den Bahnhof Gesundbrunnen, voll-

ständige zeitgemässe Umgestaltung des Bahnhofs, Trennung des Fern- und Vorortverkehrs, Hebung der Ferngleise innerhalb des Bahnhofs selbst, Einführung des Personenverkehrs der Nordbahn, deren alter Bahnhof nur noch als Güterbahnhof bestehen bleibt, Gegenstand der Ausführung.

Hergestellt ist bereits in den letzten Jahren die Hebung der Gleise von der Wiesenstrasse bis zur Einmündung in den Bahnhof und der Rangirbahnhof Pankow, welcher für Stettiner und Nordbahn nunmehr nur die dorthin bestimmten Güter ausscheidet, während früher die unrangirten Güterzüge in die beiden Bahnhöfe einfahren mussten.

In Ausführung begriffen ist die Erweiterung der Ueberführung der Grenzstrasse um 1 Gleis, so dass hier nun 5 Gleise neben einander liegen, die dann im Einschnitt den Humboldthain passiren und in den Bahnhof Gesundbrunnen, der ebenfalls tief liegt, einmünden. Die Brückenträger werden als Kragträger aus-

stück ja erst seinen vollen Werth erhalte, die Einsicht des Grundbuchs zur Prüfung der Kreditwürdigkeit des betreffenden Bauunternehmers zu gestatten, ohne sie, wie das bisher üblich war, erst von dessen Erlaubnis abhängig zu machen. Denn sonst werde der betreffende Bauhandwerker, der also mit der Vorsicht eines guten Geschäftsmannes handelt, schlechter gestellt zu ungunsten eines Wettbewerbers, der eine solche Forderung an den Unternehmer nicht stelle. Die Vorschrift in § 19 der Grundbuchordnung solle aber nur der Gefahr eines Missbrauchs vorbeugen. Es wird also für den Bauhandwerker nur nothwendig sein, dem Richter nachzuweisen, dass er zu dem Bau Arbeiten oder Material geliefert hat oder vertragsmässig liefern soll. Jedenfalls wird es nützlich sein, wenn diese Auffassung der preussischen Justizverwaltung in den Kreisen der Bauhandwerker möglichst bald allgemein bekannt wird.

Ausstellungen im Jahre 1896. Den Mittheilungen auf S. 239 fügen wir noch hinzu, dass am 20. Juni d. J. die Sächsische Kunstgewerbe-Ausstellung in Dresden eröffnet worden ist, dass am 15. August eine „Internationale Ausstellung und Wettstreit für Hygiene, Volksernährung und Armeeverpflegung in Verbindung mit einer Spezialausstellung für Sport und Fremdenverkehr“ in Baden-Baden beginnt, und dass in den Monaten August und September im Zusammenhange mit der Perman. Rhein.-Westf. Baufach-Ausstellung in Düsseldorf eine Sonderausstellung für Heiz- und Lüftungs-Anlagen veranstaltet wird.

Eine Versammlung von Heiz- und Lüftungs-Fachmännern deutscher Zunge wird aus Anlass der Berliner Gewerbe-Ausstellung und im Anschluss an die Wanderversammlung des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine für die Zeit vom 29. August bis 1. September angeregt. Ausser der Berathung geschäftlicher, wissenschaftlicher und praktischer Fragen von allgemeinem Interesse ist einerseits eine sachkundige Führung zur Besichtigung der einschlägigen Anlagen der Berliner Gewerbe-Ausstellung, andererseits das Studium der neueren Heiz- und Lüftungs-Anlagen in Staats- und städtischen Gebäuden in Aussicht genommen. Unter Umständen sollen auch Ausflüge in die Umgebung von Berlin stattfinden. Die Leitung der Vorarbeiten hat die Redaktion des Gesundheits-Ingenieur in Friedrichshagen bei Berlin in die Hand genommen, welche Auskunft auf Anfragen ertheilt und wohin Anmeldungen zu richten sind. —

Preisbewerbungen.

Einen Wettbewerb um Entwürfe für farbige Plakate für alle Industriezweige erlässt die Kunstanstalt von Grimme & Hempel in Leipzig mit Termin zum 30. Sept. d. J. Den in jeder beliebigen Maltechnik auszuführenden Entwürfen können die Hochformate 86 : 112, 56 : 86 und 36 : 76 cm gegeben werden. Zur Vertheilung gelangen ein erster Preis von 1500, ein zweiter von 1000, ein dritter von 750, drei vierte von je 500, fünf fünfte von je 300 und zehn sechste von je 200 M. Preisrichter sind die Hrn. Prof. Wold. Friedrich-Berlin, Prof. Eugen Klimsch-Frankfurt a. M., Maler Hans W. Schmidt in Weimar, sowie Max Klinger und Hrth. Dr. Th. Schreiber in Leipzig. Eine Ausstellung der eingegangenen Entwürfe findet bis zum 31. Okt. im Kunstgewerbe-Museum in Leipzig statt.

Einen Wettbewerb um Entwürfe für ein böhm. Stadttheater in Pilsen erlässt der „Wiener B.-I.-Ztg.“ zufolge das dortige Bürgermeisterrat mit Termin zum 15. Septbr. d. J. Es gelangen 3 Preise von 2500, 2000 und 1500 Kronen zur Vertheilung; der Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe ist vorbehalten.

Preisverleihungen für nützliche Erfindungen im deutschen Eisenbahnwesen. Im abgelaufenen Verwaltungsjahre sind im Gebiete der preussischen Staatsbahnen an 12 Beamte Preise im Gesamtbetrage von 3900 M für Erfindungen bewilligt worden, welche in technischer oder wirtschaftlicher Beziehung einen Fortschritt im Eisenbahnwesen bedeuten. Ferner hat der im Anfang des Monats Juni in Wiesbaden versammelt gewesene Preisausschuss des deutschen Eisenbahn-Vereins, welcher die deutschen, österreichisch-ungarischen und holländischen Eisenbahnen umfasst, die Entscheidung über die Preisverleihungen für Erfindungen und Verbesserungen im Eisenbahnwesen getroffen. Zum Wettbewerb vorgeführt waren vorwiegend Erfindungen im Signalwesen. Ein Preis von 7500 M fiel an Hrn. Ob.-Brth. Klose in Stuttgart, ein solcher von 3000 M an die Lokomotiv-Fabrik Krauss in München.

Einen allgemeinen Wettbewerb um Entwürfe für ein neues Kreishaus in Wanzleben schreibt der Kreisausschuss dieses Kreises für deutsche Architekten mit Termin zum 31. Dezember d. J. aus. Es gelangen 2 Preise von 2000 und 1000 M zur Vertheilung; ein Ankauf von 2 nicht preisgekrönten Entwürfen für je 500 M ist vorbehalten. Preisrichter sind als Fachleute die Hrn. Geh. Brth. H. Eggert in Berlin, Reg.-

und Brth. Möbius in Magdeburg, Brth. L. Pitsch in Wanzleben und Landbauinsp. Coqui in Magdeburg. Bedingungen und Unterlagen durch den Kreisausschuss. Weiteres nach Durchsicht des Programmes. —

Personal-Nachrichten.

Bayern. Der Ob.-Reg.-Rath Henle bei d. Gen.-Dir. d. bayer. Staatseisenb. ist z. Reg.-Dir. ernannt. Der Betr.-Ing. Markert bei dem Ob.-Bahnamt Nürnberg ist an das Ob.-Bahnamt Würzburg versetzt.

Braunschweig. Die Brthe. Brinckmann und Pfeifer in Braunschweig sind zu Reg.- u. Brthn., der Prof. der Elektrotechn. an der herz. techn. Hochschule Peukert für das Fach der Elektromechanik z. Mitgl. des herz. techn. Prüf.-Amtes ernannt. Der Prof. Lüdecke ist für die Zeit vom 1. Aug. d. J. bis dahin 1898 anstelle des Geh. Hfrths. Prof. Körner zum Rektor der herz. techn. Hochschule in Braunschweig gewählt.

Den Kr.-Bauinsp. Hellemann in Holzminden und Wunderlich in Schöningen ist der Titel Baurath; den Kreis-Bauinsp. Fraun in Wolfenbüttel, Spehr in Blankenburg, Körner in Braunschweig u. dem Prof. Schöttler an der techn. Hochschule in Braunschweig das Ritterkr. II. Kl. des herz. Ordens Heinrichs des Löwen verliehen.

Preussen. Dem Bildh. und Maler Prof. Geiger in Wilmersdorf, dem Arch. Br. Schmitz in Berlin und dem Bildh. Vogel in Charlottenburg ist der Rothe Adler-Orden IV. Kl., dem Bildh. Prof. Hundrieser in Charlottenburg der kgl. Kronen-Orden III. Kl. und dem Bfhr. Lindemann der kgl. Kronen-Orden IV. Kl. verliehen. Die Erlaubniss zur Annahme und Anlegung der ihnen verliehenen fremdländ. Orden ist ertheilt und zwar: des Komthurkr. II. Kl. des herzogl. sachsen-ernestinischen Hausordens dem Geh. Oberbrth. und vortr. Rath im Minister. d. öffentl. Arb. Prof. Adler; des Ritterkreuzes d. kais. u. kgl. österr.-ung. Franz Josef-Ordens dem Ob.-Brth. Wilde; des Ritterkr. I. Kl. des herzogl. braunschweig. Ordens Heinrichs des Löwen dem Reg.- u. Brth. Paffen und des Ritterkr. I. Kl. des grossherz. hess. Verdienst-Ordens Philipps des Grossmüthigen dem Landbauinsp. Brth. Hoffmann in Leipzig. Den Direktoren der Hochschulen Prof. Müller-Breslau in Berlin und Prof. Intze in Aachen ist der Char. als Geh. Reg.-Rath verliehen.

Die Reg.-Bmstr. Schulte in Emden und Pfannschmidt in Münster i. W. sind zu Wasserbauinsp., der Reg.-Bfhr. Mattern aus Taplacken zum Reg.-Bmstr. (Ing.-Bfch.) ernannt.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. H. B. in D. Zweckmässige Fussböden für Schweineställe können auf verschiedene Art hergestellt werden. Am besten ist eine Pflasterung mit Klinkern und ein Belag derselben mit einer 1—2 cm starken Schicht von Staubkalk und Steinkohlentheer (Asphalt), in welche Kies eingestampft wird. Legt man besonderen Werth auf Trockenheit, so kann ein Lattenrost angeordnet werden, welcher die Nässe durch nicht zu weite Fugen abfliessen lässt.

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zu der Anfrage des Hrn. C. H. in C. in No. 46. Wir stellen Ihnen Werkzeichnungen für Schiebefenster, wie sie nach englischem Muster seit 15 Jahren von unserem Hrn. Hintz zu vielen Villenbauten verwendet wurden, gegen Einsendung von 10 M zur Verfügung. Die Zeichnungen sind derart, dass jeder Tischler danach arbeiten kann.

Berliner Bau-Plan-Vereinigung in Gross-Lichterfelde,

Anfragen an den Leserkreis.

Im Januar habe ich in einem Geschäftshause die Erdgeschoss-fussböden, welche durch Schwamm verdorben waren, herausreissen lassen, die Gewölbe vollständig freigelegt, den neuen Fussboden mit Antimerulion streichen lassen und durch die Aussenwände unter dem hohlliegenden Fussboden Ventilationslöcher hergestellt. Trotzdem bald $\frac{1}{2}$ Jahr die Räume täglich gelüftet werden, riecht es heute noch dermaassen stark nach Antimerulion, dass Wäschegegenstände von dem Geruch imprägnirt sind. Mit welchem Mittel ist dieser Geruch zu beseitigen?

H. Sch.

Offene Stellen.

Im Anzeigentheile der heut. No. werden zur Beschäftigung gesucht.

a. Reg.-Bmstr. und -Bfhr., Architekten und Ingenieure.

Je 1 Arch. d. d. Magdeburger Bau- u. Kreditbank-Magdeburg; Reg.-Bmstr. Müller-Strassburg i. Els.; B. 627, F. 681, N. 688 Exp. d. Dtsch. Bztg. — Je 1 Ing. d. d. Stadtbauamt, Abth. f. Wasserbau-Altona; kgl. Eisenb.-Dir.-Köln; Stadtbth. Winchenbach-Barmen; Reg.- u. Stadt-Bmstr. Faensen-Düren. — 1 Arch. als Lehrer d. d. Dir. d. städt. Baugewerkschule-Rosswien. — 1 Masch.-Ing. od. Masch.-Techn. d. d. Dir. d. Baugewerk- u. Maschinenbau-Schule-Vasel a. d. Jade.

b) Landmesser, Techniker, Zeichner usw.

1 Landmess. d. d. Arch. Heide-Lates i. P. — Je 1 Techn. d. d. städt. Bauverwaltg., Abth. f. Zollanschluss-Altona; Magistrat-Sondershausen; Bürgermstr. Krahe-Urdingen; Landes-Bauinsp. Brinkmann-Greifswald; Kreisbmsr. Bresgott-Mohrungen O. Pr.; Arch. Heinker & Witzschel-St. Johann; H. O. 2167a, Haasenstein & Vogler-Berlin; H. 1807, Annoncen-Exp. Herm. Wölker-Bremen; R. 592, A. 626, C. 628, Exp. d. Dtsch. Bztg. — 1 Zeichner d. Dyckerhoff & Neumann-Wetzlar.

Berlin, den 27. Juni 1896.

Inhalt: Der Wettbewerb um Entwürfe für ein neues Rathaus in Hannover (Fortsetzung). — Neuere Stadt- und Vorortbahnen in London, Liverpool und Glasgow. — Aus dem preussischen Abgeordneten-Hause (Fortsetzung). —

Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Der Wettbewerb um Entwürfe für ein neues Rathaus in Hannover.

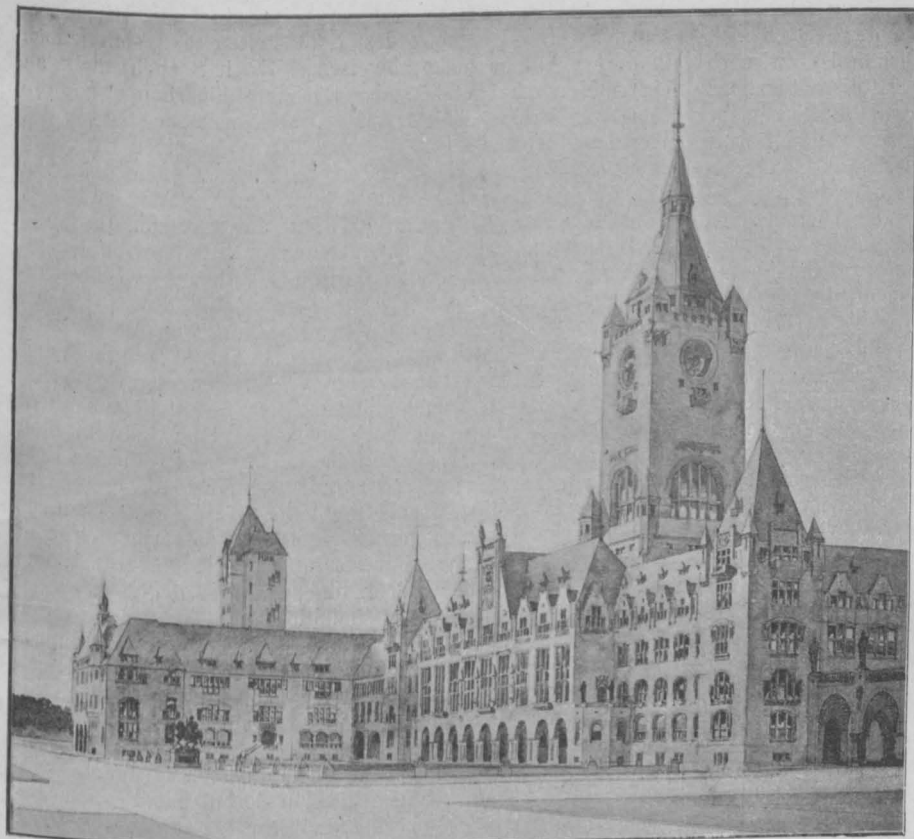
(Fortsetzung.) Hierzu die Abbildungen auf S. 333.



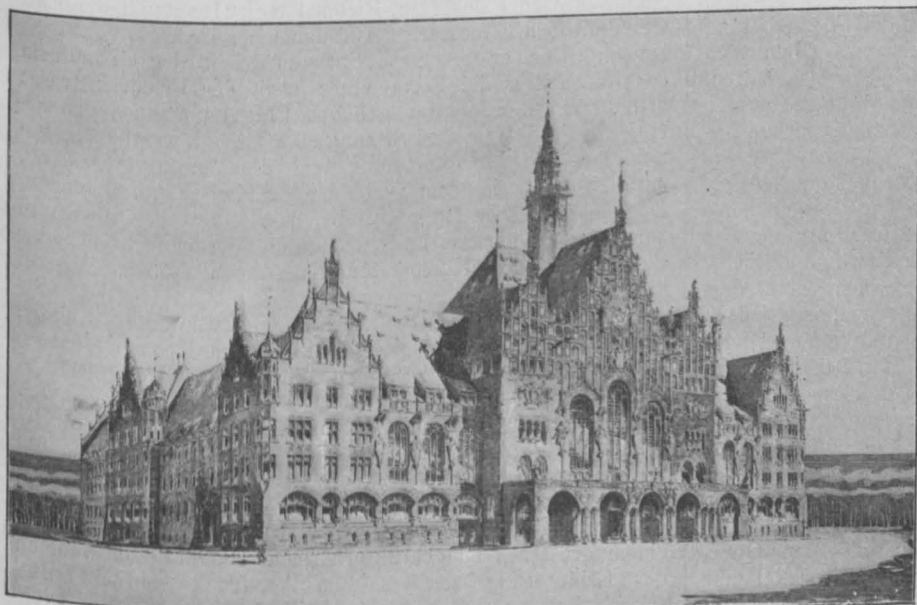
Der Angelpunkt der Vorerörterungen über die Lage des neuen Rathhauses war die Erhaltung oder Abtragung des Kestner-Museums. Die Ansichten hatten sich aber im Laufe der Zeit so weit geklärt, dass das Konkurrenz-Programm nur die Erhaltung und Vergrösserung dieses Museums in

verlangten Räume konnten auf diese beiden Bauten vertheilt oder aber in nur einem Hauptbau untergebracht werden. Beide Grundgedanken sind in der interessantesten Weise verwerthet worden. Es liegt dabei aber auf der Hand, dass sich für den Vorschlag des Stadtbauamtes, der in so bestimmter Form auftrat, dass man annehmen konnte, er gebe die

Wünsche der ausschlaggebenden Partei in der Stadtverwaltung wieder, die meisten Bewerber entschieden. Zu diesem Gesichtspunkt rein praktischer Erwägung trat freilich noch der andere, dass der Vorschlag des Stadtbauamtes etwas „Normales“, zwanglos Gegebenes an sich hatte und schon in dieser Eigenschaft den Beifall einer grösseren Zahl von Wettbewerbern zu erringen geeignet war, als ein Vorschlag, der über das Hergebrachte hinausgehend, der künstlerischen Erfindung einen freieren Spielraum gelassen haben, jedoch für eine gute Lösung einen weitaus grösseren Aufwand an künstlerischer Arbeit gefordert haben würde. Thatsächlich sind es nur zwei gute Entwürfe, welche über das Normale hinausgegangen sind und unter Ueberwindung grosser Schwierigkeiten in geistreichster Weise versucht haben, auf der Grundlage der gegebenen Verhältnisse in Gruppierung und Aufbau ein Rathaus zu schaffen, welches nicht allein einen der Bedeutung der Aufgabe entsprechenden eigenartigen künstlerischen Gedanken aufweist, sondern auch das Bestreben zeigt, die künstlerische Form des Hauses von der durch das Wiener Rathaus gegebenen traditionellen Ueberlieferung loszulösen und sie dem mittelalterlichen Rathhausbau nicht der belgischen, sondern der deutschen Städte in der Zeit ihrer Blüthe zu nähern. Es sind dies die Entwürfe mit dem Kennzeichen eines weissen Hasen im blauen Feld des Hrn. Rich. Schultze, Stadtbaumeister in Berlin, und mit dem Kennwort: „Auf deutscher Erde ein deutsches Haus“. Beide Entwürfe, auf die wir noch eingehender zurück kommen werden, sind, wenn sie auch im Grundriss nicht die konzentrirte Anlage zeigen, welche das Preisgericht zur Ertheilung des ersten Preises an den Entwurf „Piano“ veranlasst haben mochte und selbst wenn sie in der Grundrissanlage nach der Ansicht der Preisrichter einige Unmöglichkeiten enthalten sollten, so hervorragend, dass es uns unbegreiflich erscheint, dass sie nicht beide wenigstens zum Ankauf empfohlen wurden. Merkwürdigerweise ist der eine der Entwürfe, der des Hrn. Richard Schultze, nicht einmal in die engste Wahl gekommen, wäh-



Entwurf des Hrn. H. Billing in Karlsruhe.



Entwurf der Hrn. Lorenz und K. Schauppmeyer in Hannover.

Aussicht genommen hatte und es in das freie Ermessen der Theilnehmer des Wettbewerbes stellte, zu ihm einen symmetrisch gelagerten Flügelbau zu schaffen, der mit dem Hauptbau einen stattlichen Vorhof umrahmen sollte, oder nicht. Die

rend sich in derselben und selbst unter den preisgekrönten Entwürfen Arbeiten befinden, die man lieber nicht in dieser Gruppe gesehen haben möchte. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob hier wieder der allgemach üblich gewordene

blinde Zufall gewaltet hat oder ob sonstige Gründe für die getroffenen Entscheidungen maassgebend gewesen sind. Das Räthsel wird allerdings zumtheil gelöst durch eine in der heutigen Nummer befindliche Notiz, nach welcher es die Preisrichter nicht für zweckmässig gefunden haben, eine Empfehlung zu Ankäufen auszusprechen. Das ist angesichts einer Reihe ausgezeichneten, nicht preisgekrönter Entwürfe hart, sehr hart und wird viel Verstimmung erregen. Das steht unzweifelhaft fest und wird durch diesen Vorfall nur bekräftigt, dass Preisrichter-Kollegien und Konkurrenten sich immer mehr zu zwei Gruppen herausgebildet haben, welche sich statt in Eintracht im Gegensatz befinden, trotzdem (oder weil?) im allgemeinen die erstere Gruppe aus der zweiten hervorgegangen ist. Denn die weitaus grösste Mehrzahl der Preisrichter pflegen doch erfolgreiche Konkurrenten gewesen oder noch zu sein. Man wird ausserdem angesichts von Vorgängen der letzten Zeit unwillkürlich dazu gedrängt, an das Verhältniss zwischen Lehrer und Schüler zu denken; bestärkt wird diese Annahme durch das Auftreten einzelner Preisrichter und durch manche Redewendungen in den Protokollen. Es wird vielfach übersehen, dass in nicht wenigen Fällen die Preisrichter nur der besonderen Gunst eines Hrn. Stadtbaurathes oder lokalen Beziehungen ihre Würde verdanken und dass unter den von ihnen beurtheilten Konkurrenten sich sehr oft Künstler befinden, welche mit zehnmal grösserer Berechtigung auf dem hohen Preisrichtersthule sitzen könnten, als manche der Preisrichter. Also wozu der hohe Ton und das offenkundige Uebersehen der vitalsten Interessen der Wettbewerber? Sollte man es denn für möglich halten, so fragen wir, dass bei einem Wettbewerbe, der an die geistige und physische Leistungsfähigkeit seiner Theilnehmer so hohe Anforderungen stellte, wie kaum ein anderer der letzten 10 Jahre, das Preisgericht seine natürliche Zusammengehörigkeit mit den Wettbewerbern so weit vergessen konnte, dass es den angesichts der ungeheuren Menge geistiger und physischer Arbeit, die in einem Wettbewerb zum Ausdruck kommt, in Aussicht gestellten, wenn auch noch so reich bemessenen, doch in jedem Falle nicht entsprechenden Lohn nicht einmal ganz zur Vertheilung gebracht hat? Nennt man das Anerkennung aufgewendeter Arbeit? Hätte ein Preisrichter-Kollegium von Magistrats-Assessoren unkollegialer verfahren können?

Es wird angesichts der betrübenden Erscheinungen, die in diesem wie in jüngst vorgekommenen Fällen zutage getreten sind, eines geschlossenen Zusammenstehens aller jener bedürfen, welche von der so segensreichen Einrichtung unserer öffentlichen Wettbewerbe eine Zukunft erhoffen, die Aussichten auf diese Zukunft aber durch das in der letzten Zeit mehrfach beobachtete Verhalten der Preisrichter-Kollegien in entmuthigender Weise getrübt sehen.

Doch zurück zu den Entwürfen. Von den 53 Arbeiten, welche zu dem Wettbewerb eingelaufen sind, haben sich 31 an den Vorschlag des Stadtbauamtes derart gehalten, dass sie das Rathhaus parallel zum Friedrichswall legten, unter Bildung eines Vorhofes und Annahme eines symmetrischen Geschäftshauses als Gegensatz zu dem vergrösserten Kestner-Museum; nur in der grösseren oder geringeren Tiefe des Vorhofes zeigten sie einen Unterschied. Die Tiefe des Vorhofes und seine perspektivische Erscheinung war für manche Wettbewerber Gegenstand eingehendster Erwägung. Eine Folge derselben sind z. B. die Anlagen, welche eine Vertheilung der Räume in 2 Gebäuden angenommen, jedoch die sich nun ergebenden 3 Bauwerke in keiner Weise in eine Symmetrie eingezwängt haben. Ein Beispiel dafür ist der Entwurf No. 28 „Rathhaus im Park“ des Hrn. Hfbrth. a. D. E. Klingenberg in Treseburg, der auch in die engste Wahl gelangt ist. In diesem Entwurf ist der Versuch unternommen, die hintere Flucht des Kestner-Museums als Längsaxe des quadratisch mit 4 Höfen und in der Mitte aufragendem Thurm angelegten Rathhauses zu benützen und das Geschäftshaus mit seiner Queraxe in die Verlängerung dieser Axe, jedoch parallel zur Maschrandstrasse und in schräger Lage zum Friedrichswall zu legen. Das Kennwort dieses Entwurfes „Rathhaus im Park“ enthält zu gleicher Zeit eine Andeutung über die Gruppierung des Hauptbaues, dessen innere Kreuztrakte um eine Geschosshöhe über die umgebenden äusseren Trakte in die Höhe gezogen sind und von dem auch in anderen tüchtigen Entwürfen wiederkehrenden zentralen Thurm über-

ragt werden. Aus dieser Anlage ergibt sich für den interessanten Entwurf ein vorzüglich abgestuftes perspektivisches Bild, welches allen Forderungen der freien Lage gerecht wird. Ein anderer Entwurf, der noch in diese Gruppe gehört, zeigt Kestner-Museum, Rathhaus und Geschäftshaus auf eine durchgehende, mit dem Friedrichswall parallele Mittelaxe aufgereiht, ein dritter die 3 Bauwerke mit ihrer Vorderfassade in eine dem Friedrichswall parallele Flucht gerückt. Ein Versuch, der unter Umständen auch noch in diese Gruppe gerechnet werden könnte, ist in dem Entwurf mit dem Kennwort „Bismarck“ unternommen. Das Kestner-Museum bleibt bestehen. Der Hauptbau des Rathhauses wird auf die Axe des Winkels der Friedrich- und Maschrandstrasse gestellt, das nunmehr zum Hauptbau schräg liegende Kestner-Museum mit letzterem verbunden und zu dieser Anlage auf der anderen Seite ein Gegenstück geschaffen. Der Eindruck des Gekünstelten lässt sich jedoch in dieser Anlage nicht abweisen. Es hat auch nicht an einem Versuche gefehlt, das Rathhaus überhaupt an die Maschrandstrasse und zwar parallel mit der Axe des Kestner-Museums zu stellen und dieses in seiner Längsaxe so zu verlängern, dass es ein paralleles Gegenstück von ungefähr gleicher Längenausdehnung zum Rathhaus bildet. Wieder ein anderer Entwurf hat das Rathhaus auf die Halbirungslinie des schon genannten Strassenwinkels gestellt und das Geschäftshaus zwischen Rathhaus und Kestner-Museum, jedoch parallel mit dem Friedrichswall gelegt. Auch das ist ein Versuch, der nicht Natürlichkeit für sich in Anspruch nehmen kann. Noch eine Anzahl anderer Varianten sind auf der Grundlage dieser Annahme der Bauwerke versucht. Es ist jedoch nicht möglich, auf alle einzugehen. Nur einer Variante sei noch gedacht. Es ist die in dem Entwurf von H. Fittschen in Hamburg. In diesem Entwurf wird das um 2 grosse und 2 kleine Höfe gruppierte Rathhaus mit seiner Vorderfront nahezu in die hintere Flucht des Kestner-Museums gerückt, mit diesem verbunden und rechts vom Museum ein weiteres Bauwerk angeordnet, das in der Längsaxe der Verbindungsgalerien liegt.

Sehr verschiedenartig sind die Lösungen, welche unter Verzicht auf die Verwirklichung des gegebenen Raumprogramms in zwei Gebäuden versucht haben, das infolge dessen entstandene grössere Gebäude in mannichfaltige Beziehung zum Kestner-Museum zu bringen. Von den preisgekrönten Entwürfen gehört zu dieser Gruppe nur der des Hrn. Geh. Brth. Hermann Eggert in Berlin, dessen Grundriss wir auf S. 333 geben. Sämmtliche anderen mit Preisen bedachte Entwürfe entsprechen in ihrer Gesamtanlage dem Vorschlage des Stadtbauamtes. Die interessantesten Lösungen ohne Gegenstück zum Kestner-Museum sind der schon genannte Entwurf des Hrn. Richard Schultze und der Entwurf mit dem Kennwort „Auf deutscher Erde ein deutsches Haus“. Der erstgenannte Entwurf giebt der Grundform des Rathhauses die Form eines nach der Friedrichstrasse geöffneten U, ordnet im östlichen Flügel um einen grossen Hof die Festräume und Sitzungssäle an, im westlichen, um 2 kleine Höfe gruppierten Flügel die Verwaltungsräume, die sich auch in dem verbindenden Zwischentheile finden. Das Gebäude aber ist so gestellt, dass seine Ostseite parallel zur Maschrandstrasse läuft, sodass die Vorderflucht mit der Seitenflucht des Kestner-Museums einen spitzen Winkel bildet.

Der andere Entwurf besitzt eine verwandte Anlage, ist aber parallel und rechtwinklig zum Kestner-Museum geordnet und enthält zwischen diesem und dem Rathhaus eine Piazzetta, zu der man über einige Stufen, vor denen nach venetianischer Art Säulen stehen, gelangt. „Die Bezeichnung Piazzetta ist aber nicht gebraucht worden, um unberechtigte Ansprüche zu erheben, sondern lediglich, um damit einen kleineren, architektonisch umrahmten und dem durchgehenden Wagenverkehr entrückten Platz neben einem grösseren zu charakterisiren“. Die in diesen Worten des Erläuterungsberichtes zum Ausdruck gebrachte Bescheidenheit ist die echte Bescheidenheit grossen und vertieften künstlerischen Könnens, das den ungemein interessanten Entwurf auszeichnet.

Es sind imganzen 14 Entwürfe, welche die sämmtlichen im Raumprogramm verlangten Räume in einem Gebäude untergebracht haben, das parallel zum Friedrichswall steht, oder doch mit seiner Fluchtlinie nicht wesent-

lich von der Fluchtlinie der Strasse abweicht. Weitere fünf Entwürfe, welche gleichfalls sämtliche Räume in ein Gebäude vereinigt haben, haben dieses auf die Axe des Winkels von Friedrich- und Maschrandstrasse gestellt. Vier Entwürfe zeigen andere Vorschläge. Wenn die Summe der hier aufgeführten Entwürfe die Zahl der Einlieferungen übersteigt, so kommt dies daher, dass manche Entwürfe Varianten hatten. So z. B. tritt der Entwurf mit dem Kennzeichen des Schlüssels mit zwei Varianten, die sich auf die Lage des Gebäudes beziehen, auf.

Den Unger'schen Gedanken der Anordnung der jetzt in Aussicht genommenen Gebäude und etwaiger späterer Bauwerke in dem zukünftigen Stadtparke vertrat mit aller Entschiedenheit nur ein Entwurf mit dem Kennwort: „Majorum artem prosequor“, der auch in die engere Wahl gelangt ist und vielleicht von Hrn. Brth. Unger selbst herrühren dürfte. Die in ihm vertretenen Gedanken der Gesamtanlage haben im Preisrichter-Kollegium insofern einen Wiederhall gefunden, als dasselbe, wohl auf Veranlassung des Hrn. Ob.-Brth. Wagner aus Wien, den Wunsch aussprach, hinter dem Rathhaus durch die Anlage seitlicher Gebäude einen architektonisch umrahmten Platz geschaffen zu sehen, welcher für die Beurtheilung der Maassstabs-Verhältnisse des neuen Rathhauses die geeigneten Anhaltspunkte giebt und sie besser geben könnte, als eine freie landschaftliche Umgebung. Dieser Wunsch ist aber, wenn wir recht unterrichtet sind, dem Protokoll nur als eine Art Resolution angefügt worden.

Und hiermit seien die Erörterungen über die Lageverhältnisse geschlossen und die Aufmerksamkeit der Leser auf die Entscheidungen des Preisgerichtes hingelenkt, die sich doch in der Hauptsache mit der Raumvertheilung und künstlerischen Gestaltung des Hauptgebäudes zu beschäftigen hatten. Von den eingelaufenen 53 Entwürfen wurden beim 1. Gange 15 wegen künstlerischer und technischer Unzulänglichkeit ausgeschieden. Bei einem zweiten Gange fielen weitere 15 Entwürfe. Auf der engeren Wahl verblieben somit 23 Entwürfe mit den folgenden Kennworten bzw. Kennzeichen: „Rathhaus im Park“ (Verf. Hfbrth. a. D. E. Klingenberg in Treseburg), „hie gut deutsch“ (Verf. Herm. Billing in Karlsruhe), „1895“, „Gefällt's, erstellt's“ (Verf. Prof. K. Henrici in Aachen), „Erst wäge, dann wage“, „Aus Vaterlandsliebe“ (Verf. Fittschen in Hamburg), „Bürgersinn“, „Beatus ille“ (Verf. Ludw. Engel in Berlin), „Rother Kreis“, „In letzter Stunde“, „Auf deutscher Erde ein deutsches Haus“, „Providentiae memor“, „Schlüssel im Dreipass“ (Verf. Vollmer u. Jassoy in Berlin), „Zentralthürme“, „Majorum artem prosequor“ (Verf. Brth. Th. Unger in Hannover?), „Frisch“, „Forum urbis“ und die durch Preise ausgezeichneten Entwürfe.

Es erscheint im Hinblick auf die diesen Aufsätzen beigegebenen Illustrationen kaum nöthig, auf die letzteren ausführlicher einzugehen. Was dem Entwurf „Piano“ des Hrn. Prof. H. Stier die Palme eingebracht hat, erhellt auf den ersten Blick: es ist die ungemein geschlossene, in der Lage der Haupt- und der Verwaltungsräume nach Möglichkeit zusammen gefasste Grundriss-Entwicklung, die in sich alle Vorzüge praktischer Verwendbarkeit mit künstlerischer Gestaltungskraft vereinigt. Die ungemeine Konzentration der Anlage fällt namentlich ins Auge, wenn man diesen Entwurf mit dem gleichfalls vorzüglich disponirten Entwurf „Labor“ des Hrn. Th. Kösser in Leipzig vergleicht. Dass beide Entwürfe die Festräume an die Front

gegen die Masch gelegt und durch eine in einen grossen Lichthof bzw. eine gedeckte Halle eingebaute grosse Treppe zugänglich gemacht haben, erscheint durchaus natürlich. Dass es aber möglich ist, den Verhältnissen auch noch eine andere Seite abzugewinnen, zeigt der geistvolle Entwurf „Das Rathhaus ohne Oberlicht“ des Hrn. Heinrich Seeling in Berlin, der an der dritten Stelle ausgezeichnet wurde. In seiner Grundrissanlage ist der Grundgedanke maassgebend gewesen, die grossen Säle nach Möglichkeit zur Schaffung grosser Architekturmotive nach zwei Seiten zu benutzen, denn es liegt auf der Hand, dass die Ansicht nach der Friedrichstrasse nicht minder wichtig ist, als die nach der Masch. Aus dieser Erwägung der Gleichwerthigkeit und auch aus perspektivischen Gründen entstand die nach der Masch zu geöffnete U-Form des Entwurfes, die der U-förmigen Anlage nach vorne, durch Kestner-Museum und Gegenstück gebildet, entspricht. Kösser hat die beiden Sitzungssäle an die Seitenfronten verlegt, Stier auf ihre Mitwirkung in der Aussenarchitektur zugunsten einer kompakteren Anlage ganz verzichtet. Indessen muss der Unbefangene anerkennen, dass auch der Seeling'sche Entwurf die grösstmögliche Konzentration der Haupträume besitzt. Der zweite mit dem dritten Preise ausgezeichnete Entwurf des Hrn. Arch. O. Schmidt in Chemnitz zeigt eine der Kösser'schen verwandte Anlage.


Wesentlich verschieden von den hier besprochenen Grundrissen ist der des Entwurfes mit dem Zeichen des gestielten Kleeblattes des Hrn. Geh. Brth. H. Eggert-Berlin und zwar infolge der Zusammenlegung sämtlicher Räume in einem Gebäude. Aus dem grossen Ausmaass des verlangten Flächenraumes ergibt sich zunächst die Gruppierung der Anlage um 5 grosse Höfe. Festsäle und Sitzungsräume sind in stattlicher Front gegen die Friedrichstrasse gelegt und durch eine Treppe von grosser Anlage zugänglich gemacht. Ein mächtiger Thurm ist an die östliche Ecke des Bauwerks verlegt und beherrscht dessen fein empfundenen Aufbau. Auch bei diesem Grundriss ist kaum eine grössere Konzentration der Haupträume möglich. Die Höfe geben durch Treppenausbauten usw. Anlass zu interessanter künstlerischer Ausbildung. Ob es zweckmässig ist, die Räume für den Stadtdirektor, den Stadtsyndikus, die Rathsstube und die Kommissionszimmer so weit vom Haupteingange ab zu legen, wie hier, das hängt von lokaler Gewohnheit ab.

Der letzte der preisgekrönten Entwürfe ist der mit dem auffallenden Kennworte „Herzflamme“, das jedoch keineswegs auf die Sturm- und Drangperiode eines heimlich liebenden Jünglings zu schliessen berechtigt, sondern das aus einer Betrachtung der räumlichen Entwicklung der Stadt Hannover sich ableitet. Der Verfasser des Entwurfes will nämlich gefunden haben, dass die heutige Fläche der Stadt Hannover ungefähr Herzform besitze, deren oberer Einschnitt an der Stelle liegt, wo die Masch in das bebaute Gebiet sich hineinschiebt. Nach dem Vorbilde des flammenden Herzens, des in voller Lebensthätigkeit sich befindenden Organes, würde das neue Rathhaus gewissermaassen die Flamme der Herzform bedeuten, zugleich auch sinnbildlich, weil sich in ihm das innere Leben der Stadt konzentriert. Es scheint, als ob die Preisrichter von dieser zweifellos durchaus originellen Idee so hingerissen gewesen sind, dass sie ihretwegen den Entwurf mit einem Preise ausgezeichnet haben; denn andere Gründe konnten wir nicht dafür wahrnehmen.

(Schluss folgt.)

Neuere Stadt- und Vorortbahnen in London, Liverpool und Glasgow.

(Nach Vorträgen von Ing. C. O. Gleim im Arch.- u. Ing.-Verein zu Hamburg.)

 Aufgrund einer Studienreise, welche der Vortragende im Sommer 1895 zur Besichtigung der neueren Stadt- und Vorortbahnen englischer Grosstädte unternommen hatte, sowie aufgrund früherer Bereisungen Englands hielt derselbe im Arch.- und Ing.-Verein zu Hamburg zwei durch ausgehängte Pläne und Zeichnungen unterstützte Vorträge über die Stadt- und Vorortbahnen von London, Liverpool und Glasgow, deren wesentlicher Inhalt im Nachstehenden wiedergegeben wird.

I. London.

Indem der Vortragende zunächst auf die Verhältnisse von London einging, schickte er die Bemerkung voraus, dass dort der Uebergang von Vollbahnen zu Kleinbahnen für

den lokalen Personenverkehr, welcher sich in allen drei von ihm besuchten Städten gegenwärtig vollzieht, am deutlichsten zutage trete. Beim Gebrauche des Wortes „Kleinbahnen“ denke er übrigens nicht etwa an Bahnen von kleiner Spurweite, sondern beziehe diesen Ausdruck in dem Sinne, wie er durch das Kleinbahn-Gesetz der preussischen Gesetzgebung in den Sprachgebrauch eingeführt sei, auf Bahnen, welche wegen ihrer beschränkten Zweckbestimmung von den eigentlichen Eisenbahnen des grossen Verkehrsnetzes abweichen und unabhängig von denselben ohne gegenseitigen Uebergang der Wagen hergestellt werden.

Zur Erläuterung der jetzt stattfindenden Neuerung skizzierte der Vortragende zunächst die bisherige Entwicklung des Eisen-

bahnnetzes von London und griff dabei auf einen Vergleich zurück, den er in einem vor zwei Jahren über die Verkehrsanlagen der Stadt New-York gehaltenen Vortrage zwischen der Entwicklung der Dinge in New-York und London gezogen hatte.

In New-York findet man die frühzeitige grossartige Ausbildung der Pferdebahnen und geringe Heranziehung der Vollbahnen zur Einführung des Lokalverkehrs in die Stadt, dann aber beim Wachsen der Entfernungen infolge der Ausdehnung der Stadt die Entwicklung von Schnellbahnen ausserhalb des Strassen-Niveaus in Gestalt von Kleinbahnen. Denn als Kleinbahnen sind die New-Yorker Hochbahnen anzusehen, da sie trotz Anwendung der normalen Spurweite nicht in Verbindung mit Vollbahnen stehen und bei ihrer leichten, nur für den Personenverkehr bestimmten Konstruktion nicht für den Uebergang des Rollmaterials von Vollbahnen geeignet sein würden. Als Beweis für die strenge Trennung der beiden Bahnsysteme erinnerte der Redner an die in seinem früheren Vortrage dargelegte Thatsache, dass für den nördlichen Endpunkt der New-Yorker Hochbahn, wo eine in das Landgebiet führende Vollbahn anschliesst, aber das Umsteigen sich lästig erweist, die Durchführung der Hochbahnzüge auf diese Vollbahn wegen der ganz anderen Betriebs-

grundbahnen — die „Metropolitan Railway“ — entstanden, welche 1860–63 als Verlängerung der Great Western-Eisenbahn im Tunnel, grossentheils unter Strassen liegend, im Norden der Stadt erbaut wurde. Bald schlossen 3 andere Eisenbahn-Gesellschaften an, und ausserdem baute die Eigenthums-Gesellschaft mehrere nach Westen gerichtete Vorortslinien, um neue Gebiete für die Bebauung aufzuschliessen. Alle diese Verkehre hatten ihren östlichen Endpunkt im Bahnhofe „Moorgate Street“ im Norden der City, und machten den streckenweisen viergleisigen Ausbau, welcher mit technisch höchst interessanten Ausführungen verknüpft war, nothwendig. Etwas später entstand eine zweite Untergrundbahn unter dem Namen „Metropolitan District Railway“, welche gleichfalls in der Richtung von Westen nach Osten mehr südlich grossentheils nahe am Themse-Ufer entlang geführt und 1871 bis zu ihrem östlichen Bahnhofe „Mansion House“ im südlichen Theile der City eröffnet wurde. Nach Westen ist diese Bahn gleichfalls in mehr Vorortslinien verästelt, welche mit denen der Metropolitan-Bahn in scharfer Konkurrenz stehen. Daneben wurde aber auch im Westen, bei Kensington, eine Verbindung beider Bahnen hergestellt, so dass eine Ringbahn entstand, welche vorläufig am östlichen Ende noch nicht geschlossen

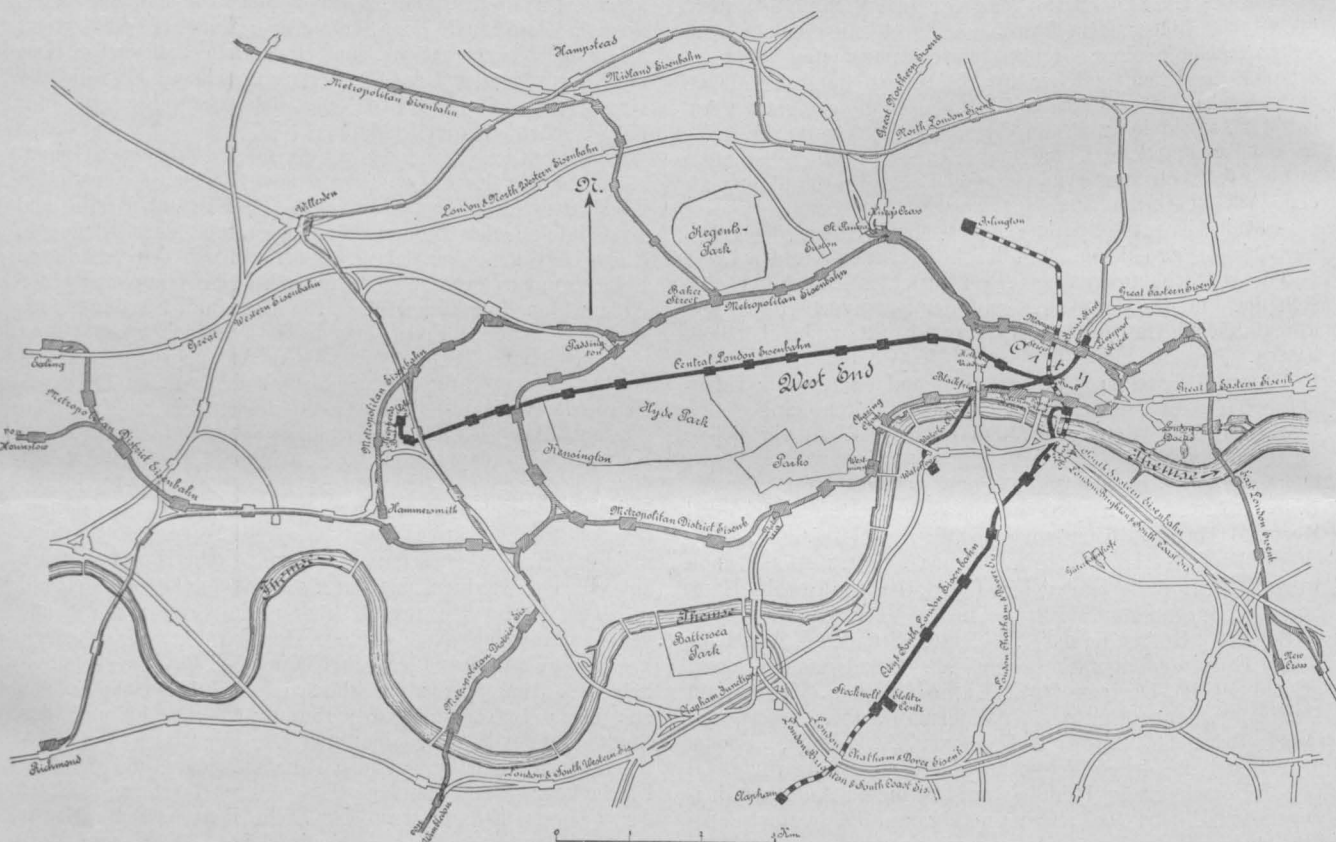


Abb. 1. Eisenbahnnetz von London.

— Vollbahnen. — Netz der älteren Untergrundbahnen mit ihren Abzweigungen. — Elektrische Untergrundbahnen (Kleinbahnen).

verhältnisse für unzulässig erachtet und die selbständige Verlängerung der Hochbahngleise als Kleinbahn auf Erdunterbau in das Landgebiet geplant wird.

In London zeigt sich die umgekehrte Entwicklung: Anfangs gar keine Pferdebahnen, welche auch jetzt von der City und dem West End ausgeschlossen sind; dagegen ausgedehnte Mitbenutzung der Fernbahnen für den Vorortverkehr, und dadurch eine Zurückhaltung des Entstehens von Kleinbahnen für den Lokalverkehr, welche jetzt erst zum Durchbruch gelangen.

Diese Entwicklung der Dinge in London war nur möglich bei der in allen englischen Grosstädten zu beobachtenden Tendenz, die Bahnhöfe thunlichst weit in die Städte vorzuschieben und oft nachträglich noch weiter bis in das Herz derselben hineinzuverlagern. An der Hand des Planes wies der Vortragende diesen Vorgang bei mehreren der in London mündenden Bahnlinien nach. Das bekannteste Beispiel einer derartigen Bahnhof-Vorschiebung ist dasjenige der South Eastern-Eisenbahn, deren früherer Endbahnhof „London Bridge“ auf der Südseite der Themse liegt und den mit der Zeit gesteigerten Verkehrs-Ansprüchen nicht genügt, so dass die Gesellschaft sich veranlasst sah, mit zweimaliger Ueberschreitung der Themse die neuen Bahnhöfe „Cannon Street“ und „Charing Cross“ herzustellen (Abbildg. 1).

Aus einem ähnlichen Bestreben, den Verkehr einer bestehenden Stammbahn, deren Endbahnhof ungünstig lag, in die City hineinzuführen, ist die erste Linie der Londoner Unter-

war, und deren Schlusstück mit Umfahrung des östlichen Theiles der City sich wegen seiner ungeheuren Kosten lange Zeit in der Ausführung verzögerte, bis es schliesslich auf gemeinsame Kosten beider Gesellschaften 1884 hergestellt wurde. Auf dem nunmehr geschlossenen Ringe der Untergrundbahnen findet neben den Eigenbetrieben der beiden Gesellschaften auch ein gemeinsam von ihnen geführter Betrieb von Ringzügen statt, welcher ihnen vom Parlament auferlegt ist. Da jeder Fremde in London die weltberühmten Untergrundbahnen mit ihrem überwältigend grossartigen Betriebe zu besichtigen, dabei aber meistens nur den interessanteren Theil, welcher sich zu dem erwähnten Ringe zusammenfügt, zu besuchen pflegt, während die nach aussen abgezweigten Vorortslinien sich nicht von anderen Bahnen unterscheiden und deshalb keine besondere Beachtung finden, hat sich vielfach die Vorstellung festgesetzt, als ob bei der Londoner Untergrundbahn der Ringbetrieb die Hauptsache sei. Thatsächlich haben aber 1891 nur 196 tägliche Ringzüge verkehrt, während die Stammlinie der Metropolitan-Bahn von 628, diejenige der Metropolitan-District-Bahn von 715 Zügen befahren wurde. Auch würde des Ringbetriebes wegen niemals das östliche Schlusstück des Ringes zustande gekommen sein. Bei demselben handelte es sich vielmehr zugleich um die Herstellung einer Verbindung beider Untergrundbahnen mit der für den Lokalverkehr höchst wichtigen East-London-Eisenbahn, welche unter den London-Docks und durch den berühmten alten Themse-Tunnel nach dem süd-

neuer Gleise für eine Zeitlang erspart. Nachdem diese aber nachträglich doch angefügt worden sind, hat der schliessliche Ausbau infolge der Anschmiegung an das Vollbahnwesen und Benutzung des auf den Vollbahnen verkehrenden Rollmaterials weit grössere Kapitalien verschlungen, als wenn man früher zu einem System einfacherer, nur für den lokalen Personenverkehr berechneter Bahnen übergegangen wäre. Nicht nur, dass die in das Ungeheuerliche gestiegenen Kosten der Untergrundstrecken selbst durch Annahme eines kleineren, auf die Bedürfnisse des Personenverkehrs beschränkten Profils und andere Erleichterungen wesentlich ermässigt worden wären; auch die in das Vorortsgebiet hinaus reichenden Anschlusslinien, welche jetzt als Vollbahnen ausgebildet sind, wären gleichfalls als Kleinbahnen billiger herzustellen gewesen und hätten in ihrer Linienführung gewiss in vielen Fällen besser unabhängig von den Fernbahnen angelegt werden können, welche sie jetzt auf gemeinsamem Bahnkörper ohne nothwendigen Zusammenhang begleiten. Güterzüge werden von beiden Untergrundbahn-Gesellschaften nicht befördert, und der Güterverkehr der anschliessenden Bahnen geht, abgesehen von einer durch die Great-Western-Bahn benutzten Strecke, nicht über die Hauptgleise der Untergrundbahnen, sondern über das auf der viergleisigen Strecke angefügte besondere Gleisepaar. Die Hauptlinien des Untergrundnetzes würden daher das grosse Profil der Vollbahnen entbehren können.

Welche enorme Höhe die Kosten durch den Ausbau als Vollbahnen erreicht haben, ergibt folgende Zusammenstellung für die zur unterirdischen Ringbahn gehörigen Strecken:

Antheil der Metropolitan-Bahn 117 Mill. \mathcal{M} bei 16,4 km Länge, also 7 102 000 \mathcal{M}/km ; Antheil der Metropolitan District-Bahn 103 Mill. \mathcal{M} bei 11,6 km Länge, also 8 828 000 \mathcal{M}/km ; Gemeinsame Schluss-Strecke 65 Mill. \mathcal{M} bei 2,8 km Länge, also

23 247 000 \mathcal{M}/km . Die gesammte Ringbahn kostet hiernach 285 Mill. \mathcal{M} bei 31 km Länge, also 9 200 000 \mathcal{M}/km .

Des Vergleiches wegen mögen angeführt werden die Kosten der Berliner Stadtbahn (viergleisig) 60,5 Mill. \mathcal{M} bei 12,1 km Länge, also 4 985 000 \mathcal{M}/km .

Infolge dieser hohen Kosten hat die Ausführung weiterer Vollbahn-Unternehmungen für den Lokalverkehr in London seit 10 Jahren gestockt. Trotz mancher Pläne ist insbesondere die Fläche des West-End in einer Längen-Erstreckung von 6,5 km bei einer Breite von 2—3 km von der Durchführung von Eisenbahnen unberührt geblieben, bis durch die Einführung von Kleinbahnen in die Verkehrsmittel Londons auch dort jetzt die alleinige Herrschaft des Omnibus und des „Hansom cab“ durchbrochen wird.

Der neue Abschnitt in der Entwicklungs-Geschichte der Londoner Eisenbahnen ist herbeigeführt durch eine Zahl von Bahnen unter Leitung des Ing. J. H. Greathead, bei denen grundsätzlich die Ablösung vom Vollbahnnetz und die Beschränkung auf die Bedürfnisse des Personenverkehrs verfolgt wird. Diese Bahnen, welche übrigens die normale Spurweite beibehalten, bestehen aus zwei getrennten eisernen Röhrentunnels von thunlichst knappem Querschnitt für je ein Gleis in so tiefer Lage, dass sie unter allen Strassenkanälen und sonstigen städt. Leitungen, ohne dieselben zu stören, ausgeführt werden können und zugleich in dem für den Tunnelbau höchst günstigen steifen blauen Thon („London clay“) liegen, welcher den Untergrund von London bildet, während der meist über dem Thon lagernde stark wasserführende Kies dem Bau Schwierigkeiten bereitet haben würde. Die Anordnung mechanischer Aufzüge an den Haltestellen, welche durch diese 15—20 m tiefe Lage unter der Oberfläche bedingt ist und die Anwendung elektrischen Betriebes sind weitere Merkmale dieser neuen Bahnen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem preussischen Abgeordneten-Hause.

(Fortsetzung.)

En seiner Sitzung vom 18. Mai verhandelte das Haus über einen von dem Abg. Hrn. Wallbrecht gestellten Antrag, der „die Einführung von Ortsstatuten zur Sicherstellung der Forderungen für Lieferungen und Arbeiten bei Bauten“ betraf. In der Fassung, welche ihm die zu seiner Vorberatung eingesetzte Kommission des Hauses gegeben hatte, lautete derselbe wie folgt:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschliessen:

Die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem mittels königl. Verordnung für einzelne Stadt- und Landgemeinden nachstehende Bestimmungen Gesetzeskraft erlangen:

I. Die baupolizeiliche Genehmigung eines Neu- oder Umbaus darf von der Polizeibehörde nur dann erteilt werden, wenn von dem Bauschöffenamte der Baupolizeibehörde gegenüber die Erklärung abgegeben ist, dass gegen die Ertheilung seinerseits keine Bedenken obwalten.

II. Das Bauschöffenamte besteht aus dem von der Gemeinde anzustellenden, durch die Aufsichtsbehörde zu bestätigenden besoldeten Gemeindebeamten, der den Vorsitz führt, und den aus der Zahl der Gemeindeglieder durch die Gemeindevertretung zu wählenden Bauschöffen. Mindestens zwei der Schöffen müssen Bauhandwerker, in Orten, wo Bauinnungen bestehen, Bauinnungsmeister sein. Die näheren Bestimmungen über die sonstige Zusammensetzung und Geschäftsführung des Bauschöffenamtes werden nach Anhörung der Gemeindevertretung durch eine von der Aufsichtsbehörde zu erlassende Geschäftsanweisung geregelt.

III. Von dem die Baugenehmigung Nachsuchenden sind der Polizeibehörde ausser den Bauplänen ordnungsmässige Kostenanschläge und eine neueste beglaubigte Abschrift des das Grundstück betreffenden Grundbuchblattes einzureichen.

Die Polizeibehörde übermittelt das Gesuch mit Anlagen dem Bauschöffenamte.

Hat das Bauschöffenamte Bedenken gegen die Zahlungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit des Bauherrn, so hat dasselbe von ihm für die Forderungen der Bauhandwerker, Lieferanten und Arbeiter Sicherheit bestellen zu lassen.

Die Sicherheit kann, ganz oder theilhaft, insbesondere bestellt werden:

1. durch Bürgschaft,
2. in baarem Gelde oder Werthpapieren,
3. durch Hypothek.

Unter den vom Bauschöffenamte für zulässig erklärten Sicherheitsleistungen hat der Verpflichtete die Wahl. Im übrigen bestimmt das Bauschöffenamte die Art und Höhe der Sicherheit nach freiem Ermessen in Gemässheit des Kostenanschlages.

Sofern der Bauherr die verlangte Sicherheit bestellt, ist das Bauschöffenamte nicht berechtigt, die Baugenehmigung zu beanstanden.

IV. Der Bauherr, welchem die polizeiliche Genehmigung zum Bau erteilt ist, haftet allen Handwerkern, Lieferanten oder Arbeitern, deren Lieferungen oder Arbeiten auf den Bau verwendet sind, als persönlicher Schuldner. Seine Haftung bleibt bei Veräusserung des Baugrundstücks bestehen.

In gleicher Weise haftet die etwa bestellte Sicherheit.

Zessionen, Beschlagnahmen oder sonstige Verfügungen über die Sicherheit sind den gedachten Forderungen gegenüber unwirksam.

V. Gegen die auf Grund der Beanstandung des Bauschöffenamtes ausgesprochene Versagung der baupolizeilichen Genehmigung zu einem Neu- oder Umbau findet in Städten über 10 000 Einwohner die Beschwerde an den Bezirksausschuss, in den übrigen Städten und den Landgemeinden die Beschwerde an den Kreis-ausschuss statt.

Deren Entscheidungen sind endgiltige.

Die gegen die Verweigerung der Genehmigung zulässigen Rechtsmittel können insbesondere darauf gegründet werden, dass das Bauschöffenamte die Zahlungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit des Bauherrn ohne Grund in Zweifel gezogen habe.

VI. Das Gesetz findet keine Anwendung:

a) auf Reparaturbauten, welche die Substanz des Bauwerkes nicht verändern,

b) auf Bauten des Deutschen Reiches, des preussischen Staates, der Provinzen, der Kreise, der Gemeinden und ähnlicher Verbände, gleichwie der Mitglieder des königlichen Hauses.“

Abgesehen von einem Zusatz, durch den unter die im letzten Absatze des Antrages genannten, von dem Gesetze nicht betroffenen Bauten auch diejenigen „zu kirchlichen und Wohlthätigkeits-Zwecken“ eingereicht wurden, ist der Antrag mit grosser Mehrheit zur unveränderten Annahme gelangt. Auf den Antrag des Hrn. Abg. Dr. Irmer wurde ausserdem noch beschlossen: „die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, die Erwägungen darüber fortzusetzen, in welcher Weise den Forderungen der Bauhandwerker, Lieferanten und Arbeiter ein wirksamer dinglicher Schutz gewährt werden kann.“

Die Ausführungen der zahlreichen Redner, die in der Besprechung das Wort ergriffen, bewegten sich meist nach einer Seite, die es nicht erforderlich macht, auf sie an dieser Stelle im einzelnen einzugehen. Mit Ausnahme des Redners der freis. Volkspartei, welcher den Vorschlag grundsätzlich bekämpfte und sich bis zu der Aeusserung verstieg, dass nach Einführung eines solchen Gesetzes überhaupt kein anständiger Mensch mehr bauen würde, standen alle übrigen demselben sympathisch gegenüber — die einen lediglich in der Absicht, auf diesem Wege eine wirksame Bekämpfung des Bauschwindels zu versuchen, die anderen mit dem ausgesprochenen Nebengedanken, dass ein solcher Eingriff in die bisherige Freiheit des Bauschäfts nur ein erster Schritt sei, der nothwendiger Weise zur Wiedereinführung des Befähigungs-Nachweises und der Zwangsinnung führen müsse.

Zu dem Versuche, der Ausbeutung der Bauhandwerker durch gewissenlose Bauspekulanten auf dem Wege polizeilicher Bevormundung der Persönlichkeit des Unternehmers entgegen zu treten, sind die Antragsteller gelangt, weil alle Vorschläge dieses Ziel durch strafrechtliche oder zivilrechtliche Mittel zu erreichen, sich bisher als wirkungslos oder undurchführbar erwiesen haben. Immerhin will man, wie die Annahme des Irmer'schen Zusatzes zeigt, noch nicht endgiltig der Hoffnung entsagen, auch auf dem letzten Wege zu befriedigenden Ergebnissen zu

gelangen und es war in diesem Sinne auch von einer erheblichen Minderheit in der Kommission beantragt worden, als eine der Sicherheits-Leistungen, welche der Bauherr auf Verlangen des Bauschöffenamtes zu bestellen hat, in erster Linie eine Kautions-Hypothek am Baugrundstück zuzulassen; es ist indessen hiervon abgesehen worden, weil man eine solche Maassregel für unvereinbar mit unserem bestehenden Hypothekenrecht hält.

Dass der Antrag im übrigen noch zu mancherlei Bedenken Anlass giebt, hat man sich nicht verhehlt, hat jedoch insofern daran keinen Anstoss genommen, als es nicht um einen wirklichen Gesetzentwurf, sondern nur darum sich handelte, der Staatsregierung die Anregung zum Vorgehen nach einer bestimmten Richtung zu geben. Dem Bedenken, dass der Staatsregierung mit der Befugnis, derartige Bestimmungen nach ihrem Ermessen für einzelne Orte einzuführen, ein zu schwer wiegendes Recht in die Hand gegeben sei, stand die Auffassung gegenüber, dass die Gemeinden, welche nach dem ursprünglichen Antrage Wallrecht ermächtigt werden sollten, jene Bestimmungen als Ortsstatut zu erlassen, zu einem solchen Schritte aus freien Stücken wohl selten sich entschliessen würden. Ueber das Bedenken, dass der Bauherr, welchem die polizeiliche Genehmigung erteilt ist, auch nach einer Veräusserung des Grundstücks für die Sicherheit der am Bau beteiligten, vielleicht gar nicht von ihm beauftragten Handwerker usw. haften solle — was juristisch nahezu einzig dasteht — beschwichtigte man sich mit der Erwägung, dass gerade die Veräusserung eines Grundstücks vor Fertigstellung des Baues ein sehr beliebter Schachzug der Bauschwinder sei, dem auf diese Weise ein Ende gemacht werde. Noch leichter ging man über den Einwand, dass dem Bauschöffnamte mit der Befugnis über die Kreditwürdigkeit einzelner Per-

sonen zu entscheiden, ein ganz ungewöhnliches Recht gegeben sei, über den Zweifel, dass man überall zu Bauschöffnen geeignete, zur Uebernahme eines solchen Ehrenamtes willige Männer finden werde und endlich über die Befürchtungen hinweg, dass durch Einführung des beabsichtigten Verfahrens die Bauthätigkeit wesentlich gehemmt, also den Handwerkern, welchen man helfen will, die Arbeitsgelegenheit werde entzogen werden. —

Unsererseits wollen wir uns — in Würdigung der guten Absicht, von welcher der Antragsteller und das Haus sich haben leiten lassen — einer Kritik der Beschlüsse des letzteren im allgemeinen umso mehr enthalten, als wir der Ansicht sind, dass die kgl. Staatsregierung in eine gesetzliche Regelung der Angelegenheit keinesfalls früher eintreten wird, bevor sie den durch ihre praktische Erfahrung zur Beurtheilung derselben zunächst berufenen Kreisen ausgiebige Gelegenheit zur Aeusserung gegeben hat. Wir wollen jedoch nicht unterlassen, gerade auf die letzt-erwähnten Bedenken mit dem Hinweise aufmerksam zu machen, dass man sich die Anforderungen, welche an die geplanten Bauschöffnämter gestellt werden würden, doch wohl nicht hinreichend klar gemacht hat. Um nur eines zu erwähnen: es sollen der Baupolizei künftig neben dem Bauentwurf auch „ordnungsmässige Kostenanschläge“ eingereicht werden und es ist der Vorschlag, dass auch Kostenüberschläge genügen sollen, ausdrücklich zurückgewiesen worden. Hr. Abg. Wallbrecht bezeichnete diese Bestimmung als einen „indirekten Befähigungsnachweis“. Wenn solche Anschläge verlangt werden, muss man sie selbstverständlich auch prüfen. Und eine solche Arbeit will man den Ehrenamte thätigen Bauschöffnen und den dadurch bedingten Zeitverlust dem Baugeschäft zumuthen? —

(Schluss folgt.)

Mittheilungen aus Vereinen.

Württembergischer Verein für Baukunde. In der Vers. am 6. Juni beantragt zunächst der Vors., Präs. v. Leibbrand, den Prof. Neckelmann, den genialen Schöpfer des württemb. Gewerbe-Museums, welches an diesem Tage in feierlicher Weise eröffnet worden ist, zur Vollendung dieses von hohem künstlerischen Geiste durchdrungenen Monumentalbaues zu beglückwünschen.

Sodann verliest derselbe ein Schreiben des Vorstandes des württemb. Bezirksvereins deutscher Ingenieure, in welchem er als Vertreter des Vereins für Baukunde als Ehrengast zur Theilnahme an der zurzeit in Stuttgart tagenden Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure eingeladen wird und beschreibt die kürzlich in Wien stattgefundene Enthüllung des Schmidt-Denkmal, bei welcher er die deutsche Architekten- und Ingenieurschaft zu vertreten die Ehre hatte.

Auf Anregung des Vorsitzenden wird eine Kommission aus 3 Mitgliedern gewählt, welche sich mit der Stiftung einer am Geburtshause des berühmten Landsmanns, am Pfarrhause zu Frickenhausen, Oberamts Hürtingen, anzubringenden Gedenktafel zu befassen hätte.

Demnächst hielt der Vorsitzende einen Vortrag über den Wettbewerb für eine feste Strassenbrücke über den Rhein bei Worms. In der Versammlung waren Konkurrenzentwürfe ausgestellt, welche in sehr entgegenkommender Weise dem Redner zu seinem Vortrag vom grossherzoglich hessischen Ministerium der Finanzen, Abtheilung für Bauwesen, zur Verfügung gestellt wurden. Der Stoff des Vortrags war ein so aussergewöhnlich reicher und es standen der Inhalt des Mitgetheilten und die ansprechende, durchaus persönlich angehauchte Form des Vortrags in so unzertrennbarem Zusammenhang, dass es ein vergebliches Beginnen sein würde, darüber im Auszuge berichten zu wollen. Es sei deshalb nur angeführt, dass der Redner die verschiedenen Entwürfe in Anlehnung an das Urtheil des Preisgerichts einer eingehenden sachlichen Kritik unterzog.

Das Ergebniss des Wettbewerbs bezeichnete er als ein sehr erfreuliches, weil nur gute, zumtheil ausgezeichnete Arbeiten eingereicht worden sind und bemerkte, dass neben der Verbesserung der zum Brückenbau verwendeten Materialien es namentlich die bedeutenden Fortschritte auf dem Gebiete der Theorie sind, welche dem Brücken-Ingenieur es ermöglichen, Aufgaben von so schwieriger Natur zu lösen.

Schliesslich machte der Redner noch auf das bei diesem Wettbewerb stattgefundene erfolgreiche Zusammenwirken von Ingenieur und Architekt aufmerksam und sprach sich dahin aus, dass wir neben dem Praktischen auch auf das Schöne Rücksicht nehmen müssen und dass diesem Grundsatz gemäss das Preisgericht, dem er selbst angehörte, gehandelt hat.

Nach Schluss des Vortrags, welcher mit reichem Beifall belohnt wurde, dankte Baudir. v. Fuchs in warmen Worten dem Redner dafür, dass er den Verein mit dem sehr interessanten Wettbewerb des Näheren bekannt gemacht habe.

Eine hierauf folgende, sehr lebhaft Besprechung über den Antheil des Architekten an der Lösung derartiger Aufgaben, an welcher sich ausser dem Vorsitzenden namentlich Ob.-Brth. v. Hänel, Dir. Walter und Stadt-Brth. Mayer beteiligten, beschloss den Abend.

H. M.

Vermischtes.

Die Vollendung des figürlichen Schmuckes des Parlamentsgebäudes in Wien ist nunmehr, nachdem die Budgetverhältnisse Cisleithaniens seit einer Reihe von Jahren günstige gewesen sind, beschlossen und es sind die einzelnen Arbeiten bereits in Auftrag gegeben worden. Den Löwenantheil des figürlichen Schmuckes erhält das Aeusserere. Von einem Gesamtaufwande von 440 000 Fl. sollen für einen monumentalen Brunnen vor dem Hause, zu dem seit längerer Zeit nach den Entwürfen Hansens das Modell fertig ist, 250 000 Fl. verwendet werden. Das Modell wurde in $\frac{1}{10}$ natürlicher Grösse durch den Bildhauer Hugo Haerdtl ausgeführt. Den Brunnen krönt die Gestalt der Minerva, welche von Prof. Kundmann ausgeführt wird. Zwei Sockelfiguren, die gesetzgebende und die ausübende Gewalt, sind an Prof. Tautenhayn übertragen. Die allegorischen Figuren der 4 Flüsse sind an 2 Künstler übertragen und zwar Inn und Donau an Hugo Haerdtl, Elbe und Save an Prof. Kundmann. Den reichen Aufbau des Brunnens ergänzen Kinder gestalten auf Delphinen, Tritonen mit Muscheln usw. Der Brunnen wird nach Komposition und Abmessung einer der stattlichsten Monumentalbrunnen werden.

Ferner ist als ergänzender Schmuck des Parlamentshauses die Herstellung zweier gewaltiger Flaggenmaste mit einem Kostenaufwande von 50 000 Fl. geplant. Sie erhalten ihren Platz innerhalb der inneren Biegungen der Rampe. Nach ihrer Fertigstellung sowie nach der Aufstellung des Brunnens werden die vielbesprochenen Maassstabs-Verhältnisse der Rampe etwas gemildert werden. Auch die Rampe selbst erhält noch einen figürlichen Schmuck durch 4 Rossebändiger für die 4 Eckpostamente. Für sie ist eine Summe von 80 000 Fl. ausgeworfen. Ausgeführt werden sie von dem Bildhauer Lax.

Auf den 8 noch freien Sockeln der Rampe werden die Kolossalgestalten von 8 Historikern des griechischen und römischen Alterthums zur Aufstellung gelangen. Ausgewählt hierfür sind aus der Zahl der griechischen Historiker Polybios, Xenophon, Thukydides und Herodot; aus der Zahl der römischen Geschichtsschreiber Titus Livius, Julius Cäsar, Tacitus und Sallustius. Die Ausführung dieser Arbeiten wurde an die Bildhauer Alois Düll, Hugo Haerdtl, Kauffungen, Lax, Schwerck, Seib, Bacher und Sterrer übertragen. Für die Historiker-Statuen ist eine Gesamtsumme von 64 000 Fl. ausgeworfen.

Endlich soll auch die grosse Säulenhalle des Innern des Parlamentsgebäudes einen ergänzenden Schmuck erhalten und zwar sollen hier die Hermenbüsten von berühmten Parlamentariern zur Aufstellung gelangen. Als solche sind bezeichnet Smolka, Herbst, Grocholski, Clam-Martinitz, Schmerling und Leo Thun. Die Herstellung dieser Hermenbüsten ist an die Bildhauer Prof. Kundmann, Lax, Haerdtl, Lewandowski und Myslbek übertragen.

Es ist nicht zu leugnen, dass durch die so beabsichtigte Ausschmückung des Reichsrathsgebäudes derselbe grosse Zug geht, der die Ringstrasse und das Gebäude selbst entstehen liess. Auch diese künstlerische That begründet die zweite Renaissance Wiens.

Die Pariser Weltausstellung des Jahres 1900, für welche die Vorarbeiten seit langer Zeit betrieben werden, und

über die an dieser Stelle mehrfach berichtet wurde, ist erst in diesen Tagen durch einen zustimmenden Beschluss des Senates formell gesichert worden. Schon vor einiger Zeit war die Gegenstand der Beratungen der Chambre des députés, welche die Ausstellung nicht ohne starken Widerspruch genehmigte. Der Eintritt in die eigentlichen Arbeiten kann aber erst nach dem nunmehr erfolgten zustimmenden Beschluss der zweiten gesetzgebenden Körperschaft, des Senates, stattfinden. Am Nationalfest, den 14. Juli, soll der festliche Beginn der Arbeiten stattfinden.

Preisbewerbungen.

Wettbewerb Synagoge Dortmund. Aus dem uns zwischen zugegangenen Protokoll entnehmen wir in Ergänzung unserer Mittheilungen auf S. 300, dass nachdem die für den eigentlichen Bau nach Abzug der Summen für Heizanlage, innere Einrichtung, Umfriedigung usw. im Gesamtbetrage von 65000 \mathcal{M} verbleibende Summe von 285 000 \mathcal{M} und hiernach bei Annahme eines kubischen Einheitspreises von 16—17 \mathcal{M} ein Rauminhalt des neuen Gotteshauses von etwa 18 000 cbm festgestellt war, die einzelnen Entwürfe sowohl in dieser Beziehung wie in bezug auf künstlerische und technische Hinlänglichkeit geprüft wurden. Die erste Prüfung ergab ein Ausscheiden von 16 Entwürfen, so dass von 59 noch 43 verblieben. Von diesen fielen bei einer zweiten Sichtung weitere 22. Bei dem Reste der Entwürfe wurde die Einhaltung der Bausumme als Hauptbedingung für die Zuerkennung der Preise aufgestellt; fernere Bedingungen waren die Stellung des Gebäudes auf dem Bauplatze und die Orientirung. Diesen Bedingungen konnten weitere 11 Entwürfe nicht entsprechen, so dass 10 in die engste Wahl kamen. Diese waren der Entwurf mit der Ordnungsnummer 12 und die Entwürfe „Südosten und Osten“, „Kuppel“, „1896“, „Vorhof“, „Jehova“, „Elias“, „Gesetzestafeln“, „Joel“ und „Dortmund“. Die Entwürfe No. 12, „Südosten und Osten“ und „Dortmund“ wurden nach S. 300 mit Preisen bedacht; die Entwürfe „Kuppel“, „Vorhof“ (Verf. Hr. Arch. Paul Rathke in Dessau) und „Elias“ (Verf. die Hrn. Fritz und Wilh. Hennings in Charlottenburg) zum Ankauf empfohlen.

Wettbewerb Kreishaus Wanzleben. Das neue Kreishaus mit Landrathwohnung soll auf einem Grundstücke in der Ritterstrasse in Wanzleben derart errichtet werden, dass zunächst nur das eigentliche Verwaltungsgebäude und erst später auch die Wohnung des Landraths zur Ausführung gelangt. Für beide steht die Summe von 150 000 \mathcal{M} zur Verfügung. Das Raumprogramm giebt weder hinsichtlich des Verwaltungsgebäudes wie auch der Landrathwohnung Veranlassung zu besonderer Betrachtung; es hält sich innerhalb des Ueblichen. Die Wahl des Stiles und des Materials sind den konkurrirenden Künstlern überlassen. Eine Zusicherung der Bauausführung an einen mit einem Preise ausgezeichneten Künstler wird nicht gegeben, ebensowenig die Verpflichtung übernommen, das künftige Gebäude nach einem der eingereichten Pläne zur Ausführung zu bringen. An Zeichnungen werden verlangt: ein Lageplan 1 : 250, Grundrisse, Durchschnitte und Ansichten 1 : 200, eine Strassenansicht 1 : 100; den Entwürfen sind anzufügen: ein Erläuterungsbericht und ein Kostenüberschlag nach der quadratischen und kubischen Einheit.

Rathhaus-Wettbewerb Hannover. Der Umstand, dass bei diesem Wettbewerbe nicht, wie sonst üblich und auch im Programm vorgesehen, einige Arbeiten als zum Ankauf empfohlen vom Preisgericht namhaft gemacht worden sind, hat zu mehrfachen Erörterungen in diesem Blatte Veranlassung gegeben. Es ist diesen gegenüber zu bemerken, dass hier nicht etwa eine Vergesslichkeit des Preisgerichts vorliegt, sondern dass dieses die Frage zwar erwogen, sich aber nicht veranlasst gesehen hat, ausser den prämiirten noch andere Pläne zum Ankauf zu empfehlen. Die Berechtigung zu dieser Entscheidung kann demselben ja wohl nicht bestritten werden trotz der darin liegenden Härte. Auch ein Versuch, die städtischen Körperschaften nachträglich noch zum Ankauf einiger Entwürfe, namentlich des Ungerschen, zu veranlassen, ist gescheitert, da dieselben in einer kürzlich stattgehabten Sitzung dies abgelehnt haben mit der Begründung, dass Ankäufe jetzt, nachdem die Mehrzahl der Namen der Bewerber bekannt sind, leicht als Parteinehme für den einen oder anderen ausgelegt werden könnten. —

Wettbewerb St. Ansgar-Kirche Kiel. Aus dem uns zugegangenen Protokoll des Preisgerichts entnehmen wir zugleich als Ergänzung unserer Notiz auf S. 308, dass neben den 33 rechtzeitig eingelaufenen Entwürfen solche aus München, Hannover und Hamburg verspätet eintrafen und von der Preisvertheilung ausgeschlossen bleiben mussten. Sie wurden indess mit beurtheilt, um sie entsprechenden Falls zum Ankauf vorschlagen zu können. Ein solcher Vorschlag aber hat, da für denselben bessere Entwürfe vorhanden waren, nicht stattfinden können. Von den 33 Entwürfen wurden zunächst 8 wegen künstlerischer und konstruktiver Mängel ausgeschlossen; bei einer zweiten Lesung wurden weitere 7 Entwürfe ausgeschieden. „Die übrig bleibenden 18 Projekte wurden durch Verloosung unter die drei tech-

nischen Mitglieder gleichwerthig vertheilt, denen sich die nicht technischen Mitglieder anschlossen. Das von den einzelnen Mitgliedern verfasste spezielle Urtheil wurde angesichts der Pläne zum Vortrag gebracht und in seinem Wortlaut festgestellt, welcher diesem Protokoll als Anlage 2 beigefügt ist.“ Infolge dieser kritischen Beurtheilung wurden weitere 11 Entwürfe ausgeschieden, sodass 7 in der engsten Wahl blieben. Der Entwurf „St. Ansgar im Dreipass“ (Verf. J. Lorenzen-Hamburg) erhielt den ersten Preis; der Entwurf „Zweischiffig“ (Verf. J. Kröger-Berlin) den zweiten und der Entwurf „3596“ (Verf. K. Voss-Kiel) den dritten. Zum Ankauf empfohlen wurden die Entwürfe „Konzentrische Kreise mit Kreuz“ und „Sphinx“ (Verf. D. Tölken-Bremen und Bischoff & Kunst-Karlsruhe). Die übrigen in der engsten Wahl befindlichen Entwürfe hatten die Kennworte „Luther“ und „Ein Baustein“.

Das Protokoll macht einen sehr gewissenhaften Eindruck. —

Preisvertheilung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen. Unsere diesen Gegenstand betreffende Notiz auf S. 328 sind wir in der Lage dahin zu ergänzen, dass infolge des Preisausschreibens des Vereins vom März 1894 der Preis von 7500 \mathcal{M} Hrn. Ob.-Brth. A. Klose in Stuttgart für sein verbessertes System von Radial-Lokomotiven ertheilt wurde. Einen Preis von 3000 \mathcal{M} erhielten die Direktion der Ausführungen für Eisenbahn-Oberbau in Berlin für eine „Stossfangschiene“, sowie die Lokomotivfabrik Krauss & Co. in München für ein kombiniertes Drehgestell für Lokomotiven. Je einen Preis von 1500 \mathcal{M} erhielten die Hrn. Insp. A. Prasch in Wien für eine neuartige Signalkontrolle; Ob.-Insp. J. Gattinger in Wien für eine Gewitterschutz-Vorrichtung; Reg.-Bmstr. Leschinsky in Breslau für eine selbstthätige Sicherung der Fahrstrasse gegen verfrühte Weichenstellung; Masch.-Dir. Stellv. Belesak in Wien für eine Wagenthür mit zweifacher Drehungsvorrichtung; Eisenb.-Bauinsp. F. Maiss in Berlin für Verbesserungen an Lokomotivpfifen und deren Gestängen; Reg.-Rth. Kemmann in Berlin für das Werk: „Der Verkehr Londons“; Bureau-Vorst. E. Rank in Wien für das Werk: „Das Eisenbahn-Tarifwesen in seiner Beziehung zur Volkswirtschaft und Verwaltung“; Reg.- und Brth. von Borries in Hannover und die Hinterbliebenen des Hrn. Geh. Brth. Bäte in Magdeburg für das Werk: „Die Nordamerikanischen Eisenbahnen in technischer Beziehung“; Gen.-Dir.-Rth. Dr. Röll in Wien für die „Encyclopädie des gesamten Eisenbahnwesens“ und endlich Hr. Geh. Ob.-Reg.-Rth. Dr. Gerstner in Berlin für das Werk: „Internationales Eisenbahn-Frachtrecht“.

Personal-Nachrichten.

Baden. Dem Reg.-Bmstr. Wagner in Karlsruhe ist unt. Ernennung zum Bahnbauinsp. die Stelle des Vorst. der Eisenb.-Bauinsp. Neustadt i. Schw. übertragen.

Preussen. Kgl. techn. Hochschule zu Berlin. Dem Prof. Riedler ist der Charakter als Geh. Reg.-Rath verliehen; dem Doz. Ing. Leist und dem Privat-Doz. Reg.-Bmstr. Lynen ist das Prädikat Prof. beigelegt.

Der Prof. für Maschinenbau an der grossherz. techn. Hochschule in Darmstadt Reichel, sowie die Ob.-Ing. Otto Kammerer u. Josse sind zu etatsm. Prof. ernannt. Dem Prof. Reichel ist das Lehrfach für Maschinen-Elemente und Wasserkraft-Maschinen; Prof. Kammerer die Maschinenkunde (mit Masch.-Zeichnen), die Hebe- und Dampfmaschinen, die Dampfkessel und ein Kolleg über Kraftvertheilung als Lehrgebiet und Prof. Josse die Leitung des neu zu errichtenden Ing.-Laborat. sowie ein Theil des Unterrichts über Dampfmaschinenbau nebst Uebung vom 1. Oktober d. J. ab übertragen.

Der techn. Hilfsarb. W. Gentsch b. kais. Patentamt ist z. etatsm. techn. Hilfsarb. der Doz. an d. techn. Hochschule in Hannover, Prof. E. Müller z. etatsm. Prof. ernannt.

Brief- und Fragekasten.

Berichtigung. S. 322, r. Sp. Z. 4 v. u. muss es statt Pfahlrost heissen Pfahlwerk.

Hrn. Ing. E. O. in M. Die uns vorgetragene Anfrage richten Sie besser an einen Rechtsanwalt, da der Gegenstand der Anfrage nicht technischer, sondern rein rechtlicher Natur ist. Im übrigen erscheint es uns zweifellos, dass Sie erst dann berechtigten Anspruch auf Honorirung von Eingabe-Zeichnungen haben, wenn dieselben einwandfrei genehmigt sind. Das Beispiel des Arztes ist nicht stichhaltig.

Hrn. Tw. in B. und Krsbmstr. Z. in M. Wir sind zu unserem Bedauern um Weiterungen vorzubeugen gezwungen, Ihnen den Anzeigenthail u. Bl. zu empfehlen.

Hrn. Reg.-Bmstr. M. in E. Die zutreffendste Auskunft über alle Angelegenheiten von Veröffentlichungen des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine erhalten Sie durch den Geschäftsführer des Verbandes, Hrn. Stadtbauinsp. G. Pinkenburg, Berlin NW., Alexander-Ufer 3.